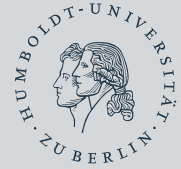


BIM

Berliner Institut für empirische
Integrations- und Migrationsforschung



NACHBARSCHAFTEN DES WILLKOMMENS

Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren

Nihad El-Kayed, Leoni J. Keskinliç,
Sebastian Juhnke, Ulrike Hamann

Unter Mitarbeit von Yağmur Dalga,
Camille Ionescu und Lisa Götz

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Impressum:

El-Kayed, Nihad / Keskinliç, Leoni J. / Juhnke, Sebastian / Hamann, Ulrike (2021):
Nachbarschaften des Willkommens: Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in
super-diversen Quartieren – Forschungsbericht. Unter Mitarbeit von Yağmur Dalga,
Camille Ionescu und Lisa Götz. Berliner Institut für empirische Integrations- und
Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin.

Das vorliegende Projekt wurde durch das Bundesministerium für Bildung und
Forschung (BMBF) gefördert, Förderkennzeichen: 01UG1739X.

Herausgeber: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung
der Humboldt-Universität zu Berlin (BIM)

Humboldt-Universität zu Berlin
Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät
Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Lektorat:
Helen Bauerfeind – www.lektorat-bauerfeind.de

Layout und Satz:
Katharina Hauke

Kontakt:
Humboldt-Universität zu Berlin
www.hu-berlin.de

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
www.bim.hu-berlin.de

<https://doi.org/10.18452/22850>



Alle Inhalte des Berichts stehen unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung
– Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 (CC BY-SA 4.0), Lizenztext:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

INHALT

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse	1
Aushandlungsprozesse um die lokale Aufnahme von Geflüchteten	2
Das Verhältnis zwischen individuellen Einstellungen und öffentlichen Aushandlungsprozessen	2
Ressourcenzugang und soziales Zusammenleben aus der Perspektive von Geflüchteten	3
Zugangschancen Geflüchteter zu lokalem Wohnraum	4
Vier Herausforderungen	5
Summary of key findings	6
Negotiation processes at the political, civil society, and everyday level around the local reception of refugees	7
The relationship between individual attitudes and public negotiation processes	7
Access to resources and social cohabitation from the perspective of refugees	8
Refugees' access opportunities to local housing	9
Four challenges	9
1 Einleitung	10
1.1 Was ist sozialer Zusammenhalt? Entwicklung der Forschungsfragen	11
1.2 Fallauswahl und Methodik	14
2 Das Quartier aus der Perspektive zentraler Akteur_innen und lokale	
Aushandlungsprozesse um den Zuzug von Geflüchteten	19
2.1 Einleitung	19
2.2 Berlin-Kreuzberg	20
2.2.1 Einleitung und Strukturdaten	20
2.2.2 Quartiersbeschreibung	21
2.2.3 Soziales Zusammenleben	23
2.2.4 Konflikte und Aushandlungen um den Zuzug von Geflüchteten	27
2.2.5 Zusammenfassung	30
2.3 Stuttgart-Untertürkheim	30
2.3.1 Einleitung und Strukturdaten	30
2.3.2 Quartiersbeschreibung	31
2.3.3 Soziales Zusammenleben	34
2.3.4 Konflikte und Aushandlungen um den Zuzug von Geflüchteten	37
2.3.5 Zusammenfassung	42
2.4 Hamburg-Eppendorf	42
2.4.1 Einleitung und Strukturdaten	42
2.4.2 Quartiersbeschreibung	43
2.4.3 Soziales Zusammenleben	45
2.4.4 Konflikte und Aushandlungen um den Zuzug von Geflüchteten	48
2.4.5 Zusammenfassung	53
2.5 Dresden-Gorbitz	54
2.5.1 Einleitung und Strukturdaten	54
2.5.2 Quartiersbeschreibung	55
2.5.3 Soziales Zusammenleben	58
2.5.4 Konflikte und Aushandlungen um den Zuzug von Geflüchteten	61

2.5.5 Zusammenfassung	66
2.6 Zwischenfazit	67
3 Die Perspektive der etablierten Bewohnerschaft	70
3.1 Einleitung	70
3.2 Vergleichende Betrachtung der etablierten Bewohnerschaft	71
3.2.1 Soziodemografische Merkmale	71
3.2.2 Miete und Wohnen	73
3.3 Nachbarschaft und sozialer Zusammenhalt	74
3.3.1 Wahrnehmung der Nachbarschaft	74
3.3.2 Einstellungen zu Geflüchteten	78
3.3.3 Zivilgesellschaftliches Engagement für Geflüchtete	79
3.3.4 Netzwerke, Kontakte, Begegnungen	81
3.4 Der Zusammenhang zwischen Kontakten zu Personen anderer Herkunft und Einstellungen gegenüber Geflüchteten	84
3.5 Zwischenfazit	92
3.5.1 Einstellungen gegenüber Geflüchteten sowie zu ihrer Unterbringung im Quartier	92
3.5.2 Unterstützung und zivilgesellschaftliches Engagement für Geflüchtete in der Nachbarschaft	93
3.5.3 Begegnungen zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft in der Nachbarschaft	93
4 Die Perspektive von Geflüchteten auf das lokale Zusammenleben und Ressourcenzugänge	95
4.1 Einleitung	95
4.2 Nachbarschaftsübergreifende Themen	96
4.3 Berlin-Kreuzberg – „Mein Leben hat in Kreuzberg begonnen“	97
4.3.1 Quartiersbeschreibung und Infrastruktur	98
4.3.2 Begegnungen im Alltag und Wahrnehmung des öffentlichen Raums	99
4.3.3 Konflikte und krisenhafte Situationen	101
4.3.4 Unterstützung und Teilhabe	103
4.3.5 Zugang zu Wohnraum im Quartier	105
4.3.6 Zusammenfassung	108
4.4 Stuttgart-Untertürkheim – „...eine freundliche und ruhige Gegend, das einzige Problem ist die Wohnung“	109
4.4.1 Quartiersbeschreibung und Infrastruktur	109
4.4.2 Begegnungen im Alltag und Wahrnehmung des öffentlichen Raums	111
4.4.3 Konflikte und krisenhafte Situationen	112
4.4.4 Unterstützung und Teilhabe	114
4.4.5 Zugang zu Wohnraum im Quartier	115
4.4.6 Zusammenfassung	117
4.5 Hamburg-Eppendorf – „Sie sind nett und höflich, aber du solltest Abstand halten“	118
4.5.1 Quartiersbeschreibung und Infrastruktur	118
4.5.2 Begegnungen im Alltag und Wahrnehmung des öffentlichen Raums	119
4.5.3 Konflikte und krisenhafte Situationen	121
4.5.4 Unterstützung und Teilhabe	122
4.5.5 Zugang zu Wohnraum im Quartier	123
4.5.6 Zusammenfassung	125
4.6 Dresden-Gorbitz – „Das Beste vom Schlechtesten“	126
4.6.1 Quartiersbeschreibung und Infrastruktur	126

4.6.2	Begegnungen im Alltag und Wahrnehmung des öffentlichen Raums	127
4.6.3	Konflikte und krisenhafte Situationen	129
4.6.4	Unterstützung und Teilhabe	133
4.6.5	Zugang zu Wohnraum im Quartier	135
4.6.6	Zusammenfassung	137
4.7	Zwischenfazit	138
5	Fazit	141
	Abbildungsverzeichnis	146
	Tabellenverzeichnis	146
	Verzeichnis der Interviews	147
	Literaturverzeichnis	149

Anhang:

**Handlungsempfehlungen zum Forschungsprojekt „Nachbarschaften des Willkommens
Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren“ (NaWill)**

ZUSAMMENFASSUNG ZENTRALER ERGEBNISSE

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über den Ergebnisstand des Projekts „Nachbarschaften des Willkommens“, das zwischen 2017 und 2021 die Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in Nachbarschaften mit zunehmender Diversität durch Fluchtmigration erforscht hat. Dabei gingen wir der Frage nach, wo Vorstellungen und Praktiken des sozialen Zusammenhalts vorherrschen, die auch neue Bewohner_innen und Nutzer_innen mit Fluchthintergrund inkludieren, und wo dies nicht der Fall ist. In diesem Kontext fragten wir insbesondere danach, wo Geflüchtete, die im Quartier wohnen oder es nutzen, Zugänge zu zentralen Ressourcen wie Wohnraum, Unterstützung, Teilhabe und Mitbestimmung erhalten und wie diese Zugänge lokal ausgehandelt, entschieden und gelebt werden.

Die untersuchten Nachbarschaften weisen unterschiedliche sozioökonomische Zusammensetzungen sowie unterschiedlich ausgeprägte Migrationsgeschichten auf. Auf der Grundlage bisheriger Forschung wurde davon ausgegangen, dass der sozioökonomische Status und die bisherige Migrationserfahrung des Quartiers wesentliche Einflussfaktoren für Reaktionen auf neue, migrationsbezogene Diversität sein können (Pettigrew 1998; Heitmeyer 2011). Um beide Einflussfaktoren aufeinander bezogen untersuchen zu können, wählten wir Nachbarschaften aus, die sich systematisch in der Ausprägung ihrer Migrationsgeschichte sowie im sozioökonomischen Status ihrer Bevölkerung unterscheiden. Berlin-Kreuzberg ist ein Quartier mit einer reichen Migrationserfahrung und vergleichsweise starker sozialer Deprivationserfahrung. Stuttgart-Untertürkheim besitzt eine ähnlich ausgeprägte Migrationserfahrung wie Kreuzberg, die Bevölkerung dort hat jedoch im Schnitt einen höheren sozioökonomischen Status. Hamburg-Eppendorf teilt mit Untertürkheim den im Nachbarschaftsvergleich hohen sozialen Status der Bevölkerung, dort wohnt jedoch nur ein geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Dresden-Gorbitz ist bisher ebenfalls durch eine geringe Migrationserfahrung geprägt, teilt mit Kreuzberg jedoch die sozialen Deprivations- und Armutserfahrungen in der Bevölkerung.

In den vier Nachbarschaften wurde der Frage nach der lokalen Aufnahme von Geflüchteten jeweils aus unterschiedlichen Perspektiven in drei Forschungsphasen nachgegangen:

- Forschungsphase 1: In den Nachbarschaften wurden qualitative Interviews mit zentralen Akteur_innen (aus den Bereichen Sozialarbeit, Zivilgesellschaft, Bildung, Kultur, Sport, Polizei, Stadtpolitik und Stadtverwaltung) durchgeführt, wobei dominante Narrative über die Nachbarschaften sowie lokale Aushandlungen um die Aufnahme von Geflüchteten in den Blick genommen wurden.
- Forschungsphase 2: Darauf aufbauend erfolgte eine standardisierte Befragung der etablierten Wohnbevölkerung hinsichtlich der Einstellungen zu Geflüchteten, der zivilgesellschaftlichen Unterstützung Geflüchteter sowie der sozialen Begegnungen und Kontakte in der Nachbarschaft.
- Forschungsphase 3: Mithilfe qualitativer Leitfadeninterviews wurden Geflüchtete, die um 2015 nach Deutschland gekommen sind und in den Quartieren wohnen oder sie nutzen, zu ihren Perspektiven, Erfahrungen und Zugängen zu verschiedenen Ressourcen in der Nachbarschaft befragt.

Neben dem wissenschaftlichen Interesse bestand ein zentrales Anliegen des Projekts darin, die gewonnenen Erkenntnisse in die Praxis zu übertragen: Was können Verwaltung, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft vor Ort dazu beitragen, Verständnisse und Praxen des lokalen Zusammenhalts herzustellen, die Geflüchteten Zugang zu Rechten, Ressourcen und Teilhabe bieten? Wie kann lokalen Schließungsprozessen im Alltag und in der institutionell-politischen Aushandlung begegnet werden?

Die Praxisbezüge des Projekts wurden in Zusammenarbeit mit lokalen Praxispartnern herausgearbeitet, die das Projekt während der kompletten Laufzeit begleiteten und unterstützten: In Berlin-Kreuzberg war unser Praxispartner der lokal verankerte Verein Kotti-Coop e.V., der als Teil der Mieter_inneninitiative Kotti & Co seit 2011 den Zusammenhang zwischen der Krise des sozialen Wohnungsbaus sowie Armut und Migration thematisiert (Hamann/Kaltenborn/Kotti&Co. 2015; Scheer 2016). In Hamburg begleitete uns der Verein für interkulturelle Bildung dock europe e.V., der in mehreren Hamburger Nachbarschaftskonflikten um die Unterbringung von Geflüchteten moderierend tätig war. In Stuttgart konnten wir das Sozialamt der Stadt Stuttgart als Praxispartner gewinnen, das sich auf verschiedene Weise mit Themen rund um neue Diversität und soziale Kohäsion beschäftigt. Direkt vor Ort ist zudem das Bezirksamt des Stadtteils Untertürkheim in das Projekt eingebunden. Der Ausländerrat Dresden e.V. war unser Dresdner Praxispartner, der unter anderem die Wohnunterbringung von Geflüchteten sozialarbeiterisch betreut.

AUSHANDLUNGSPROZESSE UM DIE LOKALE AUFNAHME VON GEFLÜCHTETEN

In allen vier Nachbarschaften sind geflüchtete Personen untergebracht. In Berlin-Kreuzberg, Stuttgart-Untertürkheim und Hamburg-Eppendorf wurden Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete errichtet. In Dresden-Gorbitz fand die Unterbringung in Wohnungen statt, die von der Stadt angemietet wurden. Eine öffentliche Diskussion um die Unterbringung von geflüchteten Personen, die einen Bearbeitungsdruck aufseiten der Politik und Verwaltung auslöste, fand nur in den beiden Quartieren mit höherem sozioökonomischem Status statt: Eppendorf und Untertürkheim. Hier äußerte sich Protest von Anwohner_innen gegen die Errichtung von Unterkünften etwa in Form von Klagen gegen Baugenehmigungen, Rundbriefen und Flugblättern oder Protesten in Bezirkssitzungen gegen den Unterkunftsbaubau. In Untertürkheim konnte der anfängliche Protest relativ rasch beigelegt werden. In Eppendorf hingegen wurde der Bau einer Unterkunft so stark verzögert, dass ihr Bezug erst in den letzten Monaten des Forschungszeitraums stattfand – obwohl er schon seit Jahren geplant war. Die Bearbeitung der Proteste erforderte hohe personelle, zeitliche und auch finanzielle Aufwände vonseiten der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Hinzu kommt, dass sich die Rationalitäten dieser Aushandlungen (zumindest zeitweise) stärker an den Gegner_innen der Unterkünfte ausrichteten als an den sozialen Rechten und den Bedürfnissen der Geflüchteten oder an den lokalen Befürworter_innen der Unterkünfte.

In Kreuzberg und Gorbitz hat es keine kollektiven lokalen Aushandlungen zwischen (organisierten) Teilen der Bevölkerung und Vertreter_innen aus Politik oder Verwaltung gegeben. In Kreuzberg geht dies mit einer von zentralen Akteur_innen oft hervorgehobenen Alltäglichkeit von Migration und Diversität einher; in Gorbitz hingegen berichten Akteur_innen aus Sozialarbeit und Zivilgesellschaft von rassistischen Anfeindungen und Übergriffen, denen Geflüchtete im Alltag ausgesetzt seien und die die Atmosphäre im Stadtviertel prägten. Deren Bearbeitung findet hier überwiegend auf der Alltagsebene und durch sozialarbeiterische Vermittlungsarbeit statt (s. Kap. 2).

DAS VERHÄLTNISS ZWISCHEN INDIVIDUELLEN EINSTELLUNGEN UND ÖFFENTLICHEN AUSHANDLUNGSPROZESSEN

Die Analyse der Befragungsdaten zeigt eine deutliche Diskrepanz zwischen stattgefundenen bzw. ausbleibenden öffentlichen Aushandlungen und individuellen Einstellungen in der Bevölkerung: So geben überraschenderweise nicht nur in Kreuzberg relativ kleine Anteile der lokalen Bevölkerung an, ablehnend gegenüber Geflüchteten (im Stadtviertel und darüber hinaus) eingestellt zu sein, sondern auch in Untertürkheim und Eppendorf – den beiden Stadtteilen, in denen sich öffentlich wahrnehmbare Proteste gegen die dortigen Geflüchtetenunterkünfte formierten. Die Umfragedaten zeigen also, dass eine starke Ablehnung gegenüber Geflüchteten wesentlich weniger verbreitet ist, als es die öffentlichen Aushandlungsprozesse in diesen Quartieren vermuten lassen. Das heißt nicht, dass hier in der breiten Bevölkerung eine auf allen Ebenen inklusive und offene Vorstellung von sozialem Zusammenhalt vorherrscht, aber doch, dass

stark ablehnende Haltungen, wie sie in den öffentlichen Aushandlungen geäußert wurden, weniger stark verbreitet sind. Nehmen wir dieses Ergebnis ernst, bedeutet dies, dass hier relativ kleine Gruppen von Bewohner_innen einen überproportionalen Einfluss auf die politisch-gesellschaftlichen Aushandlungen vor Ort hatten.

In Gorbitz sind – im Vergleich zu den anderen drei Nachbarschaften – ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten wesentlich stärker verbreitet. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass dies auch hier nicht auf alle Teile der Bevölkerung zutrifft – vielmehr haben wesentliche Teile der Bevölkerung auch mittlere bis offene Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Hier sind unterschiedliche Positionen erkennbar, deren Existenz auch von zentralen Akteur_innen im Quartier betont werden, die jedoch insbesondere in die Wahrnehmung des Stadtviertels von außen kaum Eingang finden.

Es stellt sich also die Frage, wie engagierte und offen eingestellte Bevölkerungsteile gegenüber exkludierenden Tendenzen in den Nachbarschaften unterstützt werden können – in Gorbitz in einem durch Anfeindungen gegenüber Geflüchteten geprägten Alltag, in Eppendorf und Untertürkheim in den öffentlich geführten Auseinandersetzungen um die Unterbringung von Geflüchteten.

In Bezug auf die Dimensionen des Fallvergleichs – sozioökonomischer Status und bisherige Migrations- und Diversitätserfahrung in den Nachbarschaften – zeigen die Daten zur Einstellung gegenüber Geflüchteten ein paradoxes Muster: In Kreuzberg und Eppendorf – den beiden Nachbarschaften mit jeweils gegensätzlichen Merkmalen in Bezug auf sozialen Status und Migrationsgeschichte – finden wir das geringste Ausmaß ablehnender Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Untertürkheim hingegen hat im Nachbarschaftsvergleich ein mittleres Ausmaß an ablehnenden Einstellungen – bei einer ausgeprägten Migrationsgeschichte in Kombination mit einem relativ hohen sozioökonomischen Status der Bevölkerung. Es ergibt sich also auf Nachbarschaftsebene kein klares Bild bezüglich des Zusammenhangs zwischen der Einstellung gegenüber Geflüchteten und dem sozioökonomischen Status bzw. bisheriger Diversitätserfahrung durch Migration. Dies weist darauf hin, dass sozioökonomischer Status und bisherige Migrationserfahrung in den Nachbarschaften durchaus unterschiedlich interagieren (s. Kap. 3).

RESSOURCENZUGANG UND SOZIALES ZUSAMMENLEBEN AUS DER PERSPEKTIVE VON GEFLÜCHTETEN

Auf Grundlage der erhobenen Perspektiven und Erfahrungen der Geflüchteten in den Nachbarschaften wurden zunächst nachbarschaftsübergreifende Themen benannt. Diese betreffen etwa rechtliche Rahmenbedingungen auf Landes- oder Bundesebene und strukturelle Problemlagen. Sie unterscheiden sich daher kaum zwischen den Nachbarschaftskontexten und lassen sich auch meist schlecht auf lokaler Ebene bearbeiten. Gleichwohl prägen sie die Erfahrungen der Geflüchteten und ihre Handlungsspielräume auf lokaler Ebene maßgeblich. Zu diesen nachbarschaftsübergreifenden Themen gehören unter anderem der erschwerte Zugang zu Ressourcen und Rechten, etwa durch Migrationskontrollen und Asylverfahren. Viele Geflüchtete benennen hier lange Warteprozesse, Hürden bei Familienzusammenführungen sowie die Wohnsitzauflage als problematisch. Letztere verpflichtet Geflüchtete nach Abschluss des Asylverfahrens in der Regel für drei Jahre zur Wohnsitznahme in dem Bundesland, in dem ihr Asylverfahren stattfand. Weitere Themen sind die als unwürdig, belastend und freiheitseinschränkend erlebten Wohnbedingungen in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften sowie die Schwierigkeit, eine eigene Wohnung zu finden. Außerdem erleben fast alle Geflüchteten Diskriminierung und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt sowie Ausgrenzung und rassistische Übergriffe im öffentlichen Raum.

Mit Blick auf die Nachbarschaftsebene lässt sich für den lokalen Ressourcenzugang und das soziale Zusammenleben festhalten: Wohlbefinden und Sicherheit sind dort stärker ausgeprägt, wo Geflüchtete Migrations-

geschichte als sichtbar beschreiben. So nehmen die meisten von uns befragten Geflüchteten in Kreuzberg und Untertürkheim kaum Reaktionen auf ihren Zuzug wahr und haben das Gefühl, im öffentlichen Raum weniger aufzufallen, auch wenn hier diskriminierende Alltagserfahrungen ebenfalls nicht ausbleiben. Dagegen geben die interviewten Geflüchteten in Eppendorf und insbesondere in Gorbitz an, dass sie aufgrund der im Quartier fehlenden Diversität extrem auffallen. Dies führt in beiden Nachbarschaften zu Begegnungen, die Geflüchtete als abwertend beschreiben. In Gorbitz kommt es darüber hinaus zu offen(er)en rassistischen Äußerungen und Übergriffen, die das Sicherheitsgefühl vieler Interviewpartner_innen in erheblichem Maße beeinträchtigen.

Für den lokalen Ressourcenzugang von Geflüchteten haben zivilgesellschaftliche Strukturen, migrantische Netzwerke und insbesondere auch vielfältige Sprachressourcen eine besondere Relevanz. Sie erleichtern beispielsweise den Zugang zu Unterstützung und Teilhabe. Die Bedeutung von lokalen Vereinen, institutionalisierten Angeboten und sozialarbeiterischer, zivilgesellschaftlicher wie auch politisch-aktivistischer Unterstützung wird von interviewten Geflüchteten in allen Nachbarschaften hervorgehoben, auch wenn die lokalen Strukturen in den Quartieren unterschiedlich gefestigt sind. Sie sind in der Lage, auch in einem als feindlich wahrgenommenen nachbarschaftlichen Umfeld räumlich abgegrenzte „Willkommensbubbles“ zu schaffen, die Geflüchtete zumindest zeitweise von Alltagsanfeindungen abschirmen und ihnen Unterstützung zukommen lassen. Es stellt sich die Frage, wie die Etablierung solcher Strukturen gefördert und unterstützt werden kann – insbesondere an Orten, wo sie bisher weniger stark verankert sind (s. Kap. 4).

ZUGANGSCHANCEN GEFLÜCHTETER ZU LOKALEM WOHNRAUM

Den Zugang zum Wohnungsmarkt empfinden Geflüchtete in allen untersuchten Nachbarschaften als problematisch, jedoch zeigen sich hier unterschiedliche Dynamiken im Zusammenhang mit den lokalen Wohnungsmarktstrukturen: In Kreuzberg, Eppendorf und Untertürkheim sehen Geflüchtete kaum Chancen, eine Wohnung im Viertel zu finden, auch wenn sie dort gerne bleiben oder hinziehen möchten. In Untertürkheim wirkt insbesondere die Baden-Württembergische Ausgestaltung der Wohnsitzregelung einschränkend, da die Geflüchteten hierdurch gezwungen sind, eine Wohnung auf dem engen Stuttgarter Wohnungsmarkt zu finden, auch wenn einige gern in umliegende Gemeinden ziehen würden. Demgegenüber haben in Gorbitz seit 2015 viele Geflüchtete eigene Wohnungen finden können. Während sie hier einerseits die Unabhängigkeit, die mit einer eigenen Wohnung einhergeht, schätzen, wird doch oft der Wunsch geäußert, in einem Stadtteil oder einer Region Deutschlands zu wohnen, der oder die weniger stark von rassistischen Anfeindungen und Angriffen geprägt ist. Oft sehen sie jedoch kaum Chancen für einen Wohnortwechsel (s. Kap. 4).

So ergibt sich in Bezug auf den Wohnungsmarktzugang in unserem Fallvergleich eine paradoxe Situation: In den Nachbarschaften, die relativ ausgeprägte Erfahrungen im Umgang mit Migration und Diversität auf lokaler Ebene haben – Untertürkheim und Kreuzberg –, ist der Wohnungsmarkt so eng, dass die Chancen für Geflüchtete, dort eine Wohnung zu finden, gering sind. In Gorbitz sind migrantische oder mehrsprachige Unterstützungsstrukturen hingegen durch die bisher geringere Migrationserfahrung in der Nachbarschaft weniger ausgeprägt, hinzu kommt die Bedrohung durch rassistische Anfeindungen und Angriffe im Alltag. Andererseits finden Geflüchtete hier einfacher eine eigene Wohnung. Studien zeigen, dass deutschlandweit insbesondere sozial benachteiligte Nachbarschaften in ostdeutschen Städten, die bisher wenig durch Migration geprägt sind, aktuell einen verstärkten Zuzug von Geflüchteten verzeichnen (Helbig/Jähnen 2019). Hier stellt sich die Frage, inwiefern sich in Gorbitz und ähnlichen Nachbarschaften relevante Unterstützungsstrukturen weiter herausbilden werden oder ob sich hier perspektivisch Formen von sozialer Benachteiligung überlagern und sich lokale Konflikt dynamiken weiter verstärken werden (El-Kayed et al. 2020).

VIER HERAUSFORDERUNGEN

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse lassen sich abschließend vier Herausforderungen für Verwaltung, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft vor Ort formulieren. Diese sind gemeinsam mit den Praxispartnern des Projekts herausgearbeitet und diskutiert worden. Abschließend haben die Praxispartner Handlungsempfehlungen daraus abgeleitet (s. Anhang).

- (1) Wie können lokale Aushandlungsprozesse so gestaltet werden, dass sie sowohl Geflüchtete und ihre Rechte und Bedürfnisse als auch offen(er) eingestellte Bevölkerungsteile stärker einbeziehen und aktivieren?
- (2) Diskriminierung und rassistische Gewalt im öffentlichen Raum und in Institutionen stellen ein zentrales Problem dar. Hier besteht die zentrale Aufgabe darin, Nachbarschaften für Geflüchtete und für Personen, die Rassismus erfahren, zu sichereren Orten zu machen und das Sicherheits- und Akzeptanzgefühl im Quartier und in lokalen Einrichtungen zu stärken.
- (3) Lokale soziale und zivilgesellschaftliche Infrastrukturlandschaften müssen gestärkt, weiter geöffnet und besser vernetzt werden, um bestehende Zugangshürden zu Unterstützung und Teilhabe für benachteiligte Bewohner_innen (u. a. geflüchtete Personen, Personen mit Migrationshintergrund und von Armut betroffene Personen) weiter abzubauen.
- (4) Wie kann die Wohnraumversorgung insbesondere für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und für Sozialhilfebezieher_innen garantiert und auch der Zugang zu Wohnraum in migrantisch geprägten Nachbarschaften gesichert werden, deren Wohnungsmärkte mittlerweile stark durch Gentrifizierungsprozesse und steigende Mieten geprägt sind?

SUMMARY OF KEY FINDINGS

This report provides an overview of the results of the project *Nachbarschaften des Willkommens* (“Welcoming Neighbourhoods”), which from 2017 to 2021 researched the conditions of social cohesion in neighbourhoods with increasing diversity due to refugee migration. In doing so, we explored the question of where ideas and practices of social cohesion that include new refugee residents and users prevail, and where this is not the case. In this context, we asked where refugees living in or using a neighbourhood gain access to key resources such as housing, support, and participation, and how access to these resources is negotiated, decided, and lived locally.

The neighbourhoods studied have different socio-economic compositions and migration histories. Based on previous research, it has been assumed that the socio-economic status and previous migration experience of a neighbourhood can be significant factors that influence reactions to diversity related to new migration (Pettigrew 1998; Heitmeyer 2011). In order to examine both factors in relation to one other, we selected four neighbourhoods that differ systematically in the extent of their migration histories, as well as in the socio-economic status of their population. Berlin-Kreuzberg is a neighbourhood that has a rich migration history and a comparatively substantial experience with social deprivation. Stuttgart-Untertürkheim has a similarly extensive history of migration but, on average, its population has a higher socio-economic status. Similar to Untertürkheim, Hamburg-Eppendorf has a population with high social status, however, only a small number of first- or second-generation immigrants live there. Until now, Dresden-Gorbitz is characterised as having little migration experience, but similar to Kreuzberg it is marked by its populations’ experience of social deprivation and poverty.

In each of the four neighbourhoods, the question of the local reception of refugees was investigated from different perspectives in three research phases:

- Research phase 1: In all neighbourhoods, qualitative interviews were conducted with key actors (from the fields of social work, civil society, education, culture, sports, police, city politics, and the city administration), focusing on dominant narratives about the neighbourhoods and local negotiations around the reception of refugees.
- Research phase 2: Based on this, a standardised survey was conducted among the established resident populations regarding attitudes towards refugees and civil society support for refugees, as well as social encounters and contacts in the neighbourhoods.
- Research phase 3: Using semi-structured qualitative interviews, refugees who came to Germany around 2015 and live in or use the neighbourhoods were asked about their perspectives of, experiences in, and access to various resources in the neighbourhoods.

In addition to this academic interest, a central concern of the project has been to transfer the lessons learned into practice. How can local administrations, social workers, and civil society contribute to creating understandings and practices of local cohesion that provide refugees with access to their rights, resources, and participation? How can local processes of exclusion be countered in everyday life and within institutional-political negotiations?

The practical side of the project was developed in cooperation with local partners who accompanied and supported the project throughout its duration. In Berlin, our partner was the locally based association Kotti-Coop e. V., which – as part of the tenants’ initiative Kotti & Co – has been addressing the connection between the crisis in social housing, poverty, and migration since 2011 (Hamann et al. 2015; Scheer 2016). In Hamburg, we were supported by dock europe e. V., an association for intercultural education that acted as a

moderator in several neighbourhood conflicts in Hamburg related to the accommodation of refugees. Our local partner in Stuttgart was the Social Welfare Office (Sozialamt) of the City of Stuttgart, which is working in various ways on issues related to new diversity and social cohesion. Furthermore, the district office of the Untertürkheim district has been involved in the project directly on site. The Ausländerrat Dresden e. V. was our Dresden practice partner, which, among other things, provides social support for the housing of refugees.

NEGOTIATION PROCESSES AT THE POLITICAL, CIVIL SOCIETY, AND EVERYDAY LEVEL AROUND THE LOCAL RECEPTION OF REFUGEES

Refugees are accommodated in all four neighbourhoods. In Kreuzberg, Untertürkheim, and Eppendorf, shared accommodation for refugees has been built. In Gorbitz, accommodation has taken place in flats rented by the city. A public discussion about the accommodation of refugees, resulting in a need for action from the city administrations, only took place in the two neighbourhoods with a higher socio-economic status: Eppendorf and Untertürkheim. Here, protests by residents against the construction of accommodation took the form of legal actions against the provision of building permits, the distribution of newsletters and leaflets, or protests in district meetings. In Untertürkheim, the initial protest was settled relatively quickly. In Eppendorf, on the other hand, the construction of an accommodation, although planned for years, was delayed to such an extent that its opening took place in the last months of the research period. Dealing with the protests required a great deal of personnel, time, and financial effort on the part of the city administration, and civil society. In addition, the rationalities of these negotiations were (at least temporarily) more focused on the opponents of the accommodation than on the social rights and needs of the refugees or local supporters of the accommodation.

In Kreuzberg and Gorbitz, there were no collective local negotiations between (organised) parts of the population and representatives from politics or the city administration. In Kreuzberg, this goes hand in hand with the commonness of migration and diversity, as frequently emphasised by central actors. In Gorbitz, on the other hand, social work and civil society actors report that refugees are exposed in their daily life to racist hostilities and assaults that shape the atmosphere of the neighbourhood. These are dealt with mainly through social work mediation (see chapter 2).

THE RELATIONSHIP BETWEEN INDIVIDUAL ATTITUDES AND PUBLIC NEGOTIATION PROCESSES

Analysis of the survey data reveals a clear discrepancy between public negotiations that have taken place or not and the individual attitudes within a population. Not only in Kreuzberg, but also in Untertürkheim and Eppendorf, both of which had noticeable public protests against refugee accommodation, only a surprisingly small portion of the local population state that they are hostile to refugees (in the neighbourhood and beyond). The survey data, thus, shows that a strong hostility towards refugees is much less widespread than the public negotiation processes in these neighbourhoods would suggest. This does not mean that an inclusive and open idea of social cohesion prevails in the population at large, but it does mean that strongly negative attitudes, such as those expressed in the public negotiations, are less widespread. If we take this result seriously, it means that a comparatively small group of residents had a disproportionate influence on the local political-social negotiations.

Compared to the other three neighbourhoods, negative attitudes towards refugees are much more widespread in Gorbitz. However, it should be pointed out that this does not apply to the whole population; significant parts of the population have mixed to open attitudes towards refugees. Here, various positions can be identified, the existence of which is also emphasised by central actors in the neighbourhood. However, these different perspectives are hardly reflected in the outside perception of the neighbourhood.

This raises the question of how open-minded sections of the population can be supported to oppose exclusionary tendencies in the neighbourhoods. In Gorbitz, everyday life is characterised by hostility towards

refugees, while in Eppendorf and Untertürkheim it is characterised by public debates and conflicts about the accommodation of refugees.

With regard to socio-economic status and the migration and diversity histories in the neighbourhoods, the data on attitudes towards refugees shows a somewhat ambiguous pattern. Kreuzberg and Eppendorf – the neighbourhoods with contrasting characteristics in terms of social status and migration history – have the lowest level of negative attitudes towards refugees. Untertürkheim, in comparison, has a medium level of negative attitudes, despite its pronounced migration history and the higher socio-economic status of the population. Thus, no clear picture emerges at the neighbourhood level regarding the connection between a population's attitudes towards refugees and the socio-economic status and previous experience with diversity stemming from migration in that neighbourhood. This indicates that socio-economic status and previous migration experiences interact differently in the neighbourhoods (see chapter 3).

ACCESS TO RESOURCES AND SOCIAL COHABITATION FROM THE PERSPECTIVE OF REFUGEES

Based on the perspectives and experiences of the refugees in the neighbourhoods, we identified cross-neighbourhood issues. These concerns are, for example, legal frameworks at the state and federal level, as well as structural problems. They rarely differ between neighbourhood contexts and are usually difficult to address at the local level. Nevertheless, they significantly shape the experiences of refugees and their scope for action at the local level. These cross-neighbourhood issues include difficult access to resources and rights, for example, due to migration controls and asylum procedures. Many refugees report long waiting periods, barriers to family reunification, and the abode constraint (*Wohnsitzregelung*) as problematic. The latter usually obliges refugees to reside in the federal state in which their asylum procedure took place for three years after the asylum procedure has been completed. Further issues are the housing conditions in state-run shared accommodation, which are experienced as unworthy, burdening, and restrictive of freedom, as well as the difficulty of finding a flat of one's own. In addition, almost all refugees experience discrimination and exploitation in the labour market, as well as exclusion and racist attacks in public spaces.

Regarding access to local resources and social cohabitation at the neighbourhood level, it can be stated that feelings of well-being and safety are more prevalent where refugees report a visible migration history. Most of the refugees we interviewed in Kreuzberg and Untertürkheim have barely noticed any reactions to their arrival and feel that they are less visible in public spaces, even though discriminatory everyday experiences are not absent in these locations. In contrast, the refugees interviewed in Eppendorf and, in particular, in Gorbitz report being extremely visible due to the lack of diversity in the neighbourhood. In both of these neighbourhoods, this results in encounters that refugees describe as derogatory. In Gorbitz, there are also openly racist hostilities and assaults, which significantly affect many interviewees' sense of security.

Civil society structures, migrant networks, and, in particular, diverse language resources are of particular relevance for refugees to access to local resources. They facilitate access to support and participation, among other things. Refugees interviewed in all neighbourhoods emphasise the importance of local associations, and support from social workers, civil society, and political activists, even if the establishment of such local structures differ between the neighbourhoods. Even in neighbourhoods that are perceived as hostile, these structures are able to create spatially demarcated “welcoming bubbles”, shielding refugees, at least temporarily, from everyday aggressions and providing them with support. This raises the question of how the establishment of such structures can be promoted and supported, especially in places where, until now, they are rooted less strongly (see chapter 4).

REFUGEES' ACCESS OPPORTUNITIES TO LOCAL HOUSING

In all of the neighbourhoods studied, refugees experience access to the housing market as difficult, a dynamic that differs in relation to the structures of the local housing market. In Kreuzberg, Eppendorf, and Untertürkheim, refugees see almost no chance of finding a flat in the neighbourhood. In Untertürkheim, the state-level regulation of the abode constraint in Baden-Württemberg has a particularly restrictive effect on the mobility of refugees, as it forces them to find a flat within the tight Stuttgart housing market, even if some would prefer to move to surrounding municipalities. In contrast, many refugees have been able to find their own flats in Gorbitz since 2015. While they appreciate the independence that comes with having their own flat, they often express the desire to live in a district or region of Germany that is less marked by racist hostilities and attacks. However, they often see little chance of changing their place of residence (see chapter 4).

Thus, with regard to access to the housing market, a paradoxical situation emerges in our comparative study: The two neighbourhoods with pronounced experiences in managing migration and diversity at the local level – Untertürkheim and Kreuzberg – have such a tight housing market that the chances for refugees to find a flat there are low. In Gorbitz, by contrast, migrant or multilingual support structures are less well developed due to the lower level of migration history in the neighbourhood and there is also the threat of racist hostilities and attacks in the daily life. On the other hand, it is easier for refugees to find their own flats in Gorbitz. At the national level, studies show that socially disadvantaged neighbourhoods in eastern German cities with little migration history, in particular, are currently experiencing an increased influx of refugees (Helbig/Jähnen 2019). This raises the question of whether relevant support structures will continue to be developed in Gorbitz and similar neighbourhoods, or whether multiple forms of social disadvantage will instead overlap and contribute to a continued intensification of local conflict dynamics (El-Kayed et al. 2020).

FOUR CHALLENGES

Against the background of these results, four challenges for the city administrations, social workers, and civil society can be identified. These have been developed and discussed together with the project's local partners. In conclusion, these partners made recommendations for action (see appendix).

- (1) How can local negotiation processes be designed in such a way that they more strongly involve and activate both refugees (to access their rights and address their needs) and (more) open-minded sections of a population?
- (2) Discrimination and racist violence in public spaces and within institutions are a crucial problem. Here, the key task is to make neighbourhoods safer places for refugees and people experiencing racism, and to strengthen the sense of security and acceptance in the neighbourhood and within local institutions.
- (3) Local social and civil society infrastructure landscapes must be strengthened, opened up further, and better connected in order to further reduce existing access barriers to support and participation for disadvantaged residents (including refugees, other first and second-generation immigrants, and people affected by poverty).
- (4) How can the supply of housing be guaranteed, especially for households with small and medium incomes and for those on social welfare? How can access to housing be secured in migrant neighbourhoods where housing markets are now strongly characterised by gentrification processes and rising rents?

1 EINLEITUNG

Ausgelöst durch internationale Krisen, andauernde Konflikte und Kriegshandlungen stieg die Fluchtmigration nach Deutschland im Jahr 2015 stark an. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) registrierte mit 476.649 Asylanträgen im Jahr 2015 und 745.545 im Jahr 2016 die höchsten Zahlen seit der Gründung der Bundesrepublik (BMI 2016). Die Zahlen sind seitdem – nicht zuletzt durch eine europäische Abschottungspolitik (Hess/Kasperek 2019) – wieder stark zurückgegangen. So wurden 2019 nur noch etwa 22 Prozent (165.938) der Antragszahlen von 2016 verzeichnet (BAMF 2020: 13).

Diese Entwicklung löste 2015 und in den darauffolgenden Jahren in Deutschland auf vielen Ebenen eine Krise in Politik und Verwaltung aus, die oft als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wurde. In vielen Städten und Gemeinden sahen sich öffentliche Verwaltungen und Politik kaum in der Lage, die neu angekommenen Menschen angemessen zu versorgen und aufzunehmen. Häufig sprangen zivilgesellschaftliche Akteure ein und versuchten die existierenden Versorgungslücken zu schließen (Karakayalı/Kleist 2015; Hamann et al. 2016; Gesemann/Seidel/Mayer 2019).

Ein wesentlicher Teil dieser Versorgungslücken bestand in der unzureichenden Bereitstellung von Wohnraum und Unterbringungsplätzen. Vielerorts wurden Turnhallen oder Messehallen mit Feldbetten belegt, bevor neue Unterkünfte in Betrieb genommen werden konnten. Neben vielfältiger Unterstützung durch lokale Akteur_innen lösten städtische Pläne für den Bau von Gemeinschaftsunterkünften auch Protest und Widerstand bei Anwohner_innen aus (vgl. u. a. Schirg 2016). Allein die Stadtverwaltung in Hamburg zählte zwischen 2013 und 2018 66 Klagen und Anträge gegen Standortvorschläge für Gemeinschaftsunterkünfte (vgl. SFA 2018). Auch gewalttätige Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte nahmen zu (Jäckle/König 2016). Dabei waren die Reaktionsmuster infolge des Zuzugs von Geflüchteten lokal oft sehr unterschiedlich (Benček/Strasheim 2016; Doomernik/Glorius 2016).

Doch nicht nur die Bereitstellung von Wohn- und Unterbringungsraum für Geflüchtete unmittelbar nach ihrer Ankunft muss als krisenhaft bezeichnet werden. Ob Geflüchtete in der Lage sind, aus Gemeinschaftsunterkünften auszuziehen (wenn sie die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen), ist nicht zuletzt von der Zugänglichkeit lokaler Wohnungsmärkte abhängig. In vielen Städten und Regionen zeichnen sich diese durch rapide steigende Mieten aus. Eine Entwicklung, die Menschen in unteren sozialen Lagen von immer mehr Wohnungsmarktsegmenten ausschließt und eine Wohnraumversorgungskrise auslöst. Geflüchtete sehen sich im Wohnungsmarktzugang multiplen Hürden ausgesetzt, die ihnen den Auszug aus Gemeinschaftsunterkünften bzw. staatlich organisiertem Wohnraum erschweren (Mediendienst Integration 2016; El-Kayed/Hamann 2018). Zu den rechtlichen und administrativen Hürden sowie Diskriminierungserfahrungen bei der Wohnungssuche kommt, dass insbesondere in urbanen Ballungsräumen bezahlbarer Wohnraum auch in bisher wenig begehrten Lagen zunehmend knapp wird (Rink et al. 2015; Schönig et al. 2017). Bundesweit gingen die Bestände an preiswertem Wohnraum und an Sozialwohnungen so weit zurück, dass das Defizit bereits 2012 vorsichtig auf vier Millionen Sozialwohnungen geschätzt wurde (Pestel-Institut 2012: 15).

Diese beiden Krisen – die Politik- und Verwaltungskrise im Zuge der Fluchtmigration und die Wohnungs-krise, die an vielen Orten in Deutschland durch die Verknappung und Verteuerung von Wohnraum zum Ausdruck kommt – haben auf lokaler Ebene unterschiedliche Dynamiken und Konflikte um den Zuzug von Geflüchteten hervorgebracht. Beide Krisen sind interdependent, haben lokal jedoch unterschiedliche Auswirkungen und führen oft zu Konflikten um Wohnraum und den Zuzug von Geflüchteten. Das Projekt „Nachbarschaften des Willkommens – Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren“ hat

diese Entwicklungen zwischen Oktober 2017 und März 2021 untersucht. Im Mittelpunkt stand die Frage, in welchen Nachbarschaften und wie es gelingt, eine Diversifizierung durch geflüchtete Bewohner_innen und Nutzer_innen nicht als gesellschaftliche Bedrohung zu verarbeiten, sondern in neue Formen des sozialen Zusammenhalts und der gesellschaftlichen Teilhabe zu überführen.

Das Forschungsprojekt wurde gefördert durch die Maßnahme „Zusammenhalt stärken in Krisen und Umbrüchen“ im Rahmen des Forschungsprogramms „Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) (Förderkennzeichen 01UG1739X).

1.1 WAS IST SOZIALER ZUSAMMENHALT? ENTWICKLUNG DER FORSCHUNGSFRAGEN

Zunächst ist die Frage zu klären, was überhaupt sozialer Zusammenhalt ist und wie er im oben skizzierten Kontext erforscht werden kann. Gegenwärtige Diskussionen um den Zusammenhang zwischen neuer Diversität durch Einwanderung und sozialer Kohäsion nehmen oft die Thesen von Robert D. Putnam (2007) zum Ausgangspunkt. Putnam argumentiert, dass eine zunehmende Diversität durch Einwanderung auf Nachbarschaftsebene soziales Kapital und Solidarität in der Regel verringere und dazu führe, dass Bewohner_innen sich „verkriechen“ („tend to ‚hunker down“; Putnam 2007: 137).

Putnams These folgend untersucht die bisherige Forschung die Diversifizierung von Nachbarschaften durch Migration vor allem unter den Schlagwörtern eines erodierenden Sozialkapitals und eines abnehmenden sozialen Zusammenhalts (ebd.; Alesina/Ferrara 2000; Gundelach/Traunmüller 2010). Durch als krisenhaft erlebte Veränderung im Wohnumfeld verringere sich – so die Ausgangsthese – etwa das gegenseitige Vertrauen der Bewohner_innen oder die Bereitschaft, sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Während einige Studien diese These bestätigten (Dinesen/Sønderskov 2015 für Dänemark; Koopmans/Veit 2014 für Deutschland), konnten andere den postulierten Zusammenhang nicht bestätigen (Sturgis et al. 2011; Gundelach 2014).

Darüber hinaus scheinen vermittelnde Faktoren eine Rolle zu spielen, die den angenommenen negativen Effekt zunehmender sogenannter ethnischer Diversität auf verschiedene Dimensionen sozialen Kapitals (z.B. soziales Vertrauen oder Mitgliedschaft in zivilgesellschaftlichen Organisationen) abmildern oder ganz umkehren können (Schmid/Al Ramiah/Hewstone 2014; Koopmans/Veit 2014; Laurence/Bentley 2016; Kesler/Bloemraad 2010). Sturgis et al. (2011) stellen in einer Studie zu Londoner Nachbarschaften einen positiven Zusammenhang zwischen ethnischer Diversität und lokalem sozialen Zusammenhalt fest – bei Abwesenheit von sozialer Deprivation und ethnischer Segregation in der Nachbarschaft. Das vorliegende Forschungsprojekt knüpft an diese Differenzierungen an und nimmt einen Perspektivwechsel vor: Es wird untersucht, unter welchen Bedingungen neu hinzukommende Diversität in Nachbarschaften nicht zur Erosion von sozialem Zusammenhalt und Sozialkapital, sondern zu einer erfolgreichen Bewältigung von sozialen Konflikten führt.

Einen Perspektivwechsel nehmen wir auch in Bezug auf die Begriffe „sozialer Zusammenhalt“ und „soziales Kapital“ vor. Für diese Konstrukte existiert eine Reihe von Operationalisierungen, die oft gar nicht leicht zu fassen sind, was auch damit zusammenhängt, dass Konzeptionen von sozialem Zusammenhalt (bzw. von benachbarten Begriffen wie „soziales Kapital“ und „soziales Vertrauen“) oft mehr oder weniger explizit auf Konstrukte wie Mitgefühl oder gemeinsame Werte verweisen. Dadurch nehmen sie in der Regel wesentlich seltener soziale Ungleichheiten und die institutionelle Verhandlung von Interessen in den Blick (vgl. Bernard 2000: 3). Auf diese Weise nähren Diskussionen um sozialen Zusammenhalt oft die problematische Vorstellung einer bislang integrierten und ‚zusammenhaltenden‘ gesellschaftlichen Einheit von Menschen, die sich als ähnlich wahrnehmen. Wenn diese wahrgenommene Einheit durch ‚Neue‘ ‚gestört‘ werde, ergebe

sich die Herausforderung, die ‚Neuen‘ so zu integrieren, dass wieder eine gemeinsame kollektive Identität entstehe (vgl. z.B. Putnam 2007: 159–165). Die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften befördert daher oft – mehr oder weniger explizit – die Vorstellung einer gesellschaftlichen Einheit, eines Ganzen, das es zu erhalten bzw. anzustreben gelte. Auf diese Weise wird ein Gefühl von Vertrauen und Zusammengehörigkeit in den Mittelpunkt der Debatte gestellt. Eine solche Vorstellung von gesellschaftlicher Einheit ist in Bezug auf Integrationsbegriffe an vielen Stellen bereits überzeugend kritisiert worden (vgl. z.B. Hess/ Binder/Moser 2009; Bojadžijev/Römhild 2014: 18). Dabei besteht kein Zweifel, dass Vorstellungen von sozialem Zusammenhalt in sozialen Prozessen wirkmächtig sind. In der vorherrschenden Debatte bleibt jedoch erstens ihr fehlender essenzieller Kern meist unberücksichtigt (Appiah 2019). Zweitens gerät die Diskussion gesellschaftlicher Ungleichheiten im Sinne von unterschiedlichen Zugängen zu Ressourcen und Teilhabemöglichkeiten durch den Fokus auf identitäre Dimensionen wie Zusammengehörigkeit und Vertrauen in den Hintergrund. Darüber hinaus wird (fehlender) gesellschaftlicher Zusammenhalt de facto oft hauptsächlich von der Seite der gesellschaftlich dominanten Gruppe aus gedacht. Je nach Verwendung können Konzepte wie sozialer Zusammenhalt, Sozialkapital und soziales Vertrauen soziale Ungleichheiten verschleiern, wie Bernard (2000) argumentiert: „[...] they implicitly prescribe a dose of compassion and a return to values rather than a correction of social inequalities and an institutional mediation of interests“ (Bernard 2000: 3). Denn auch Gesellschaften, in denen bestimmte Gruppen systematisch von gesellschaftlichen Gütern ausgeschlossen werden, können von einem stabilen sozialen Zusammenhalt geprägt sein, etwa wenn eine weit akzeptierte Rechtfertigung für eine bestehende soziale Hierarchie existiert (Elias/Scotson 2002 [1965]; Waldinger 2010; Portes/Landolt 1996). Sozialer Zusammenhalt als solcher sagt daher wenig über die mit ihm verknüpften sozialen Grenzziehungen oder Teilhabechancen von marginalisierten Gruppen aus (Schnabel/Tranow 2020). In Bezug auf unsere Forschungsfrage könnte es also dazu kommen, dass in Nachbarschaften, in denen ein starker Konsens herrscht, Geflüchtete auszuschließen, ein starker sozialer Zusammenhalt unter den etablierten – also bereits seit Längerem dort wohnenden – Bevölkerungsgruppen herrscht. Um Dimensionen sozialer Ungleichheit und Gerechtigkeit stärker in die Diskussion einzubeziehen, ist es daher notwendig, das Konzept des sozialen Zusammenhalts analytisch genau zu bestimmen (Bernard 2000: 23).

Eine neuere Debatte, die sozialen Zusammenhalt explizit unter Berücksichtigung von gesellschaftlichen Spannungen, Konflikten, Hierarchien, Diskriminierungen und sozialer Ungleichheit behandelt, ist die Konvivialitätsdebatte. Der Begriff „Konvivialität“ (wörtlich: Zusammenleben) zielt nicht auf das Verschwinden von Diversität und Unterschiedlichkeiten, sondern auf deren Gewöhnlichkeit: Paul Gilroy (2004: ix) beschreibt Konvivialität als „the processes of cohabitation and interaction that have made ‚multiculture‘ an ordinary feature of social life“. In von Diversität geprägten Londoner Stadtteilen beobachtet er, wie Konflikte jenseits von Stigmatisierungen ausgehandelt werden und sich damit ein Zusammenleben auf Augenhöhe – konvivial – gestaltet (ebd.: 39 f.). Im alltäglichen Miteinander entstünden Momente des spontanen, zumeist unsichtbaren „undoing of racism“ (Gilroy 2006: 7). Gilroy schlussfolgert, dass direkte Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Perspektiven und Positionen eine „radikale Offenheit“ (Gilroy 2004: xi; eigene Übersetzung) in der (Stadt-)Gesellschaft stärken. In Anlehnung an Gilroy beschreibt Alain Caillé (2011: 26) deshalb Konvivialität als „Gleichheitsrecht der Kulturen und gleichzeitig [als] Recht, sich radikal voneinander zu unterscheiden“.

Im deutschsprachigen Raum greift Naika Foroutan (2015: 207) mit dem Begriff der „postmigrantischen Gesellschaft“ die Konvivialitätsdebatte auf: Sie identifiziert im von Migration und Ungleichheit geprägten Zusammenleben einen Hauptkonflikt „zwischen jenen, die unter Demokratie gleiche Rechte für alle Bürger verstehen, und jenen, die Vorrechte nur für die jeweils eigene Gruppe beanspruchen“ (ebd.). Diesen Konflikt benennt sie als zentralen Bestandteil von Aushandlungsprozessen über gleichberechtigte Zugehörigkeit,

Teilhabe und Chancengleichheit. Um eine „konviviale Integration“ herzustellen – „also eine, die sich auf das gemeinsame Zusammenleben in einer pluralen Demokratie konzentriert“ (Canan/Foroutan 2016: 69) –, ist es demzufolge notwendig, sich solchen Konfliktaushandlungen stärker zu widmen.

Bisher existieren zu dem Konzept der Konvivialität jedoch vor allem qualitative Forschungsarbeiten, in denen meist alltägliche Praxen untersucht werden (vgl. Nowicka/Vertovec 2014; Römhild 2018; Wessendorf 2016). Der Blick auf politisch-institutionelle Rahmenbedingungen konvivialer Aushandlungspraxen, auf soziale Ungleichheitsdimensionen oder auch Operationalisierungen für quantitative Forschungen fehlt im aktuellen Forschungsstand noch. Dennoch liefert die Konvivialitätsdebatte wichtige Anknüpfungspunkte für das vorliegende Forschungsprojekt: Zum einen setzt sie keine vermeintlich vorab existierende gesellschaftliche Einheit voraus, die durch Diversität irritiert würde, und zum anderen werden Konflikte nicht als Defizit verstanden, sondern als fester Bestandteil von Gesellschaften. Ein dritter wichtiger Aspekt ist die konstatierte Fähigkeit einer Gesellschaft, durch ‚Empathie‘ und Bewusstsein für Diskriminierung ein Zusammenleben auf Augenhöhe herzustellen – und nicht über die Konstruktion von Ähnlichkeit.

Eine andere Herangehensweise, über gesellschaftliche Integration nachzudenken, bieten Bürgerschaftsansätze, mit deren Hilfe die Zugänge sozialer Gruppen – historisch wie aktuell – zu verschiedenen Dimensionen gesellschaftlicher Teilhabe analysiert werden können. So lässt sich etwa die Ausweitung von Teilhaberechten und -chancen von marginalisierten Gruppen beschreiben (z.B. die Eröffnung des Wahlrechts für Frauen, für rassifizierte und andere marginalisierte Gruppen). In diesem Sinne kann die gesellschaftliche Integration einer Gruppe über deren Inklusion in verschiedene Bürgerschaftsdimensionen definiert werden. „Bürgerschaft“ wird dabei oft über verschiedene Dimensionen definiert: a) den Zugang zu einem rechtlichen Status (eine Staatsbürgerschaft, einen Pass besitzen), an den in der Regel b) Bürgerrechte geknüpft sind, die jedoch nicht immer exklusiv an diesen Mitgliedschaftsstatus gebunden sind (z.B. zivile, soziale und politische Rechte; vgl. Marshall 1950). Darüber hinaus wird c) mit der Dimension der Teilhabe angesprochen, ob eine Person oder eine soziale Gruppe ihre formalen Rechte auch tatsächlich realisieren kann. Schließlich spricht d) die Dimension der Identifikation den Aspekt einer gefühlten Zugehörigkeit zu einem (Bürger-)Kollektiv an bzw. ob eine Person als einem Kollektiv zugehörig wahrgenommen wird (vgl. zur Aufschlüsselung der verschiedenen Dimensionen des Bürgerschaftskonzepts z.B. Bloemraad/Korteweg/Yurdakul 2008). Diese Dimensionen (a–d) müssen in der Realität nicht in eins fallen: Einzelne Personen können zum Beispiel Zugang zu einem gewissen Mitgliedschaftsstatus und formale Rechte haben, aber noch lange nicht in der Lage sein, diese auch wahrzunehmen. Auf der anderen Seite kann es de facto Zugänge etwa zu sozialen Rechten und Teilhabe geben, die jedoch nicht mit einem vollen staatsbürgerlichen Mitgliedschaftsstatus einhergehen (Soysal 1994). Mit einer solchen Differenzierung kommt in den Blick, welche Art von Zugängen zu Teilhaberechten und -chancen, aber auch zu Identifikationsmöglichkeiten eine Gesellschaft für marginalisierte Gruppen tatsächlich bietet und wo sich Leerstellen und Desiderate ergeben.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen fassen wir unser Verständnis von sozialem Zusammenhalt zum einen als Vorstellungen und Diskurse über Zugehörigkeiten sowie Teilhaberechte und -chancen. Dabei interessieren uns lokale Variationen dieser Vorstellungen und Diskurse. Zum anderen betrachten wir den jeweiligen lokalen Kontext und wie dieser den Zugang zu zentralen Ressourcen und Teilhabedimensionen wie Wohnraum, soziale Unterstützung oder soziale Netzwerke und Kontakte prägt.

Die auf dieser Basis formulierten zentralen Forschungsfragen des Projektes sind:

- In welchen Nachbarschaften herrschen *Vorstellungen und Praktiken sozialen Zusammenhalts* vor, die auch geflüchtete Bewohner_innen und Nutzer_innen inkludieren, und in welchen nicht?

- Wo erhalten geflüchtete Bewohner_innen und Nutzer_innen *Zugang zu zentralen Ressourcen* wie Wohnraum, Unterstützung, Teilhabe und Mitbestimmung? Dabei interessieren uns insbesondere folgende Fragen:
 - Wie wird dieser Zugang zu Ressourcen und Teilhabe lokal ausgehandelt, entschieden und gelebt?
 - Welche Rolle spielen bei diesen Aushandlungen die politisch-institutionelle, die zivilgesellschaftliche und die Alltagsebene?
 - Welche Akteure sind an solchen Aushandlungen beteiligt, welche nicht, und warum bzw. über welche Mechanismen?

Neben dem wissenschaftlichen Interesse besteht ein zentrales Anliegen darin, die Erkenntnisse des vorliegenden Projektes auf die Praxis anzuwenden: Was können lokale Verwaltungen, Sozialträger und die Zivilgesellschaft vor Ort dazu beitragen, Verständnisse und Praxen eines lokalen Zusammenhalts herzustellen, die Geflüchteten Zugänge zu Rechten, Ressourcen und Teilhabe bieten können? Wie kann lokalen Schließungsprozessen im Alltag und in der institutionell-politischen Aushandlung begegnet werden?

1.2 FALLAUSWAHL UND METHODIK

Die genannten Fragestellungen haben wir in vier Nachbarschaften und aus jeweils drei Perspektiven untersucht: aus der Perspektive zentraler lokaler Akteur_innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, aus der Perspektive etablierter Bewohner_innen sowie aus der Perspektive geflüchteter Bewohner_innen und Nutzer_innen.

Die untersuchten Nachbarschaften weisen unterschiedliche soziale Zusammensetzungen sowie unterschiedlich gelagerte Migrationsgeschichten auf. Die jeweilige Migrationsgeschichte eines Quartiers erachten wir als relevanten Faktor, der beeinflusst, wie der Zuzug von Geflüchteten durch Bevölkerung, Politik und Verwaltung wahrgenommen und verhandelt wird. So kann bereits vorhandene Erfahrung mit migrationsbezogener Diversität dazu beitragen, dass Vorurteile abgebaut werden (Pettigrew 1998), oder dass zum Beispiel lokale Institutionen wie Schule oder Sozialarbeit bereits auf Mehrsprachigkeit ausgerichtet sind (Schweitzer 2018). Die sozioökonomische Zusammensetzung der Nachbarschaften wurde in die Fallauswahl einbezogen, da bisherige Forschung oft gezeigt hat, dass von sozialem Abstieg bedrohte Bevölkerungsteile besonders ablehnend auf zunehmende Diversität in ihrem Umfeld reagieren (Decker/Kiess/Brähler 2016; Zick 2014; Heitmeyer 2011: 24 f.; Marth/Grau/Legge 2010: 69; Friedrichs/Leßlke/Schwarzenberg 2019). Dies heißt jedoch nicht, dass Bevölkerungsteile, die über höhere sozioökonomische Ressourcen verfügen, gegen die Abwertung marginalisierter Gruppen immun wären. Auch sie zeigen, insbesondere in Krisensituationen, vermehrt rassistische oder fremdenfeindliche Einstellungen, um ihre privilegierte Stellung abzusichern (Heitmeyer 2011: 23–25; Ders. 2012: 25, 28–35). So kommt es auch in bessergestellten Quartieren regelmäßig zu Protesten gegen die Unterbringung von Geflüchteten, etwa weil von der Bevölkerung ein negativer Einfluss auf Wohnqualität und Eigenheimpreise erwartet wird. Um diese beiden Kontextfaktoren in ihrem wechselseitigen Verhältnis untersuchen zu können, haben wir Nachbarschaften ausgewählt, die in ihrer Bevölkerungszusammensetzung hinsichtlich der Migrationsgeschichte und des sozioökonomischen Status variieren. Abbildung 1.1 verdeutlicht die Fallauswahl: Die Migrationsgeschichte der Quartiere wird über den Indikator *Anteil Einwohner_innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft* operationalisiert, die sozioökonomische Zusammensetzung der Bevölkerung über den Indikator *Anteil arbeitslose Personen*. In allen vier Nachbarschaften sind die oben skizzierten Krisen der Wohnraumversorgung und der Versorgung von geflüchteten Menschen relevant, wenn auch in unterschiedlichem Maße.

- *Berlin-Kreuzberg* weist eine jahrzehntelange Migrationserfahrung und eine vergleichsweise hohe Arbeitslosenquote auf. Die Nachbarschaft ist von Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum geprägt, die seit 2012 auch im Kontext der Ankunft und des Aufenthalts von Geflüchteten stattfinden. Zudem existieren im Untersuchungsgebiet zwei Unterkünfte für Geflüchtete.
- *Stuttgart-Untertürkheim* besitzt als Stadtteil ebenfalls eine langjährige Migrationserfahrung, hat jedoch eine niedrigere Arbeitslosenquote als Berlin-Kreuzberg. Im September 2016 wurde hier eine Unterkunft für Geflüchtete eröffnet.
- *Hamburg-Eppendorf* weist eine niedrige Arbeitslosenquote sowie einen geringen Anteil von Bewohner_innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft auf. Die Nachbarschaft ist somit durch eine Bevölkerung mit relativ hohem sozialen Status und durch eine geringe Migrationserfahrung geprägt. Hier haben Konflikte um den Neubau einer Unterkunft für Geflüchtete seit 2016 dazu geführt, dass eine sehr viel kleinere Anzahl Geflüchteter dort untergebracht wird als ursprünglich geplant.
- *Dresden-Gorbitz* war bis etwa 2015 durch eine relativ schwach ausgeprägte Migrationserfahrung gekennzeichnet, bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit. Hier werden seit 2015 Geflüchtete in Wohnungen untergebracht (vgl. Foroutan et al. 2017).

2014

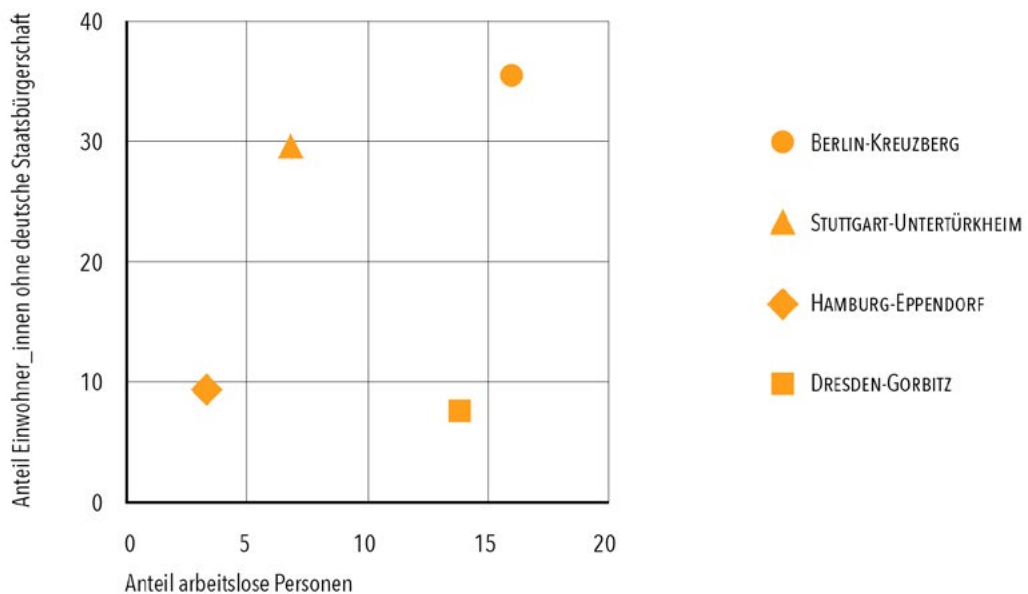


Abbildung 1.1: Anteil der arbeitslosen Personen und der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den Untersuchungsquartieren im Jahr 2014¹

In allen vier Stadtgebieten konnten wir lokale Praxispartner gewinnen, die das Projekt während der kompletten Laufzeit begleiteten und unterstützten: Kotti-Coop e.V. (Berlin-Kreuzberg) ist ein lokal verankerter Verein, der als Teil der Mieter_inneninitiative Kotti & Co seit 2011 den Zusammenhang zwischen der Krise des sozialen Wohnungsbaus sowie Armut und Migration thematisiert (Hamann/Kaltenborn/Kotti & Co. 2015; Scheer 2016). Der Verein für interkulturelle Bildung dock europe e.V. (Hamburg) war bereits in anderen Hamburger

¹ Eigene Darstellung auf Basis der Daten von Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2015; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020; Landeshauptstadt Stuttgart Amt für Statistik 2015; Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle 2016, 2015; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2015.

Nachbarschaftskonflikten um die Unterbringung von Geflüchteten moderierend tätig. In Stuttgart konnten wir das Sozialamt der Stadt Stuttgart als Praxispartner gewinnen, das sich auf verschiedene Weise mit Themen rund um neue Diversität und soziale Kohäsion beschäftigt. Direkt vor Ort war zudem das Bezirksamt des Stadtteils Untertürkheim in das Projekt eingebunden. Der Ausländerrat Dresden e.V. ist der Dresdner Praxispartner, der unter anderem die Wohnunterbringung von Geflüchteten sozialarbeiterisch betreut.

Die Fallauswahl beruht auf den zum Zeitpunkt der Antragstellung verfügbaren Statistiken für das Jahr 2014. Vergleichen wir diese Zahlen mit den aktuell verfügbaren Statistiken für das Jahr 2018 (Abb. 1.2), zeigt sich, dass sich insbesondere in Dresden-Gorbitz die Bevölkerungszusammensetzung in diesem Zeitraum stark verändert hat. Dort wohnen mittlerweile mehr als doppelt so viele Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft als 2014. Dresden-Gorbitz steht damit in unserer Fallauswahl stellvertretend für viele Großwohnsiedlungen in ostdeutschen Groß- und Mittelstädten, in die seit 2015 verstärkt Menschen mit Fluchtgeschichte ziehen, wie Helbig und Jähnen (2019) in einer deutschlandweiten Untersuchung zeigen. So verändert sich die Bevölkerungszusammensetzung in diesen Nachbarschaften, die bisher von Leerstand, hoher Arbeitslosigkeit und Infrastrukturabbau, jedoch wenig von Migration geprägt waren (Helbig/Jähnen 2018; 2019: 1 f.; Münch 2013: 269), zurzeit rapide, während schon länger durch Migration geprägte Räume – wie in unserer Fallauswahl Stuttgart-Untertürkheim oder Berlin-Kreuzberg – durch die Fluchtmigration von 2015 weniger stark in ihrer Bevölkerungszusammensetzung verändert werden.

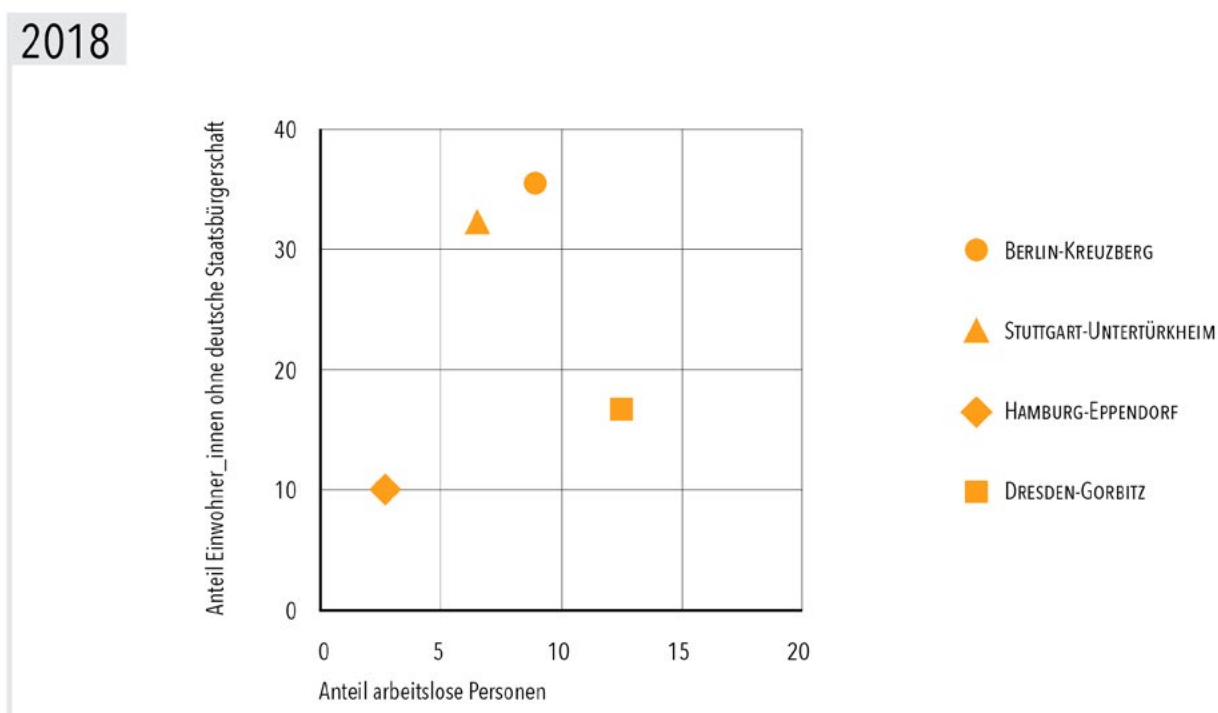


Abbildung 1.2: Anteil der arbeitslosen Personen und der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den Untersuchungsquartieren im Jahr 2018²

Dies ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass viele etablierte innerstädtische migrantische Nachbarschaften wie Berlin-Kreuzberg in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend von steigenden Mieten und Gen-

2 Eigene Darstellung auf Basis der Daten von Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2019; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020; Landeshauptstadt Stuttgart 2020a/b; Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle 2019a/b; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019.

trifizierung betroffen sind, was einen Zuzug von Geflüchteten – jenseits von staatlichen Unterkünften – in diese Nachbarschaften erheblich erschwert. Auf der anderen Seite gab es in ostdeutschen Großwohnsiedlungen wie Dresden-Gorbitz Faktoren, die es geflüchteten Menschen dort vergleichsweise leichter machten, eine Wohnung zu finden: Oft existierte ein gewisser Leerstand; zum Teil gab es noch Belegungsrechte der Kommunen oder Kooperationen zwischen den Kommunen und den Wohnungsunternehmen. Darüber hinaus verfolgen viele Wohnungsunternehmen, die in solchen Großwohnsiedlungen Bestände haben, ein Finanzmodell, das auf Mieter_innen im Sozialhilfebezug ausgerichtet ist (Helbig/Jähnen 2019; Bernt et al. 2021; El-Kayed et al. 2020; Foroutan et al. 2017).

In allen vier Nachbarschaften untersuchten wir Aspekte des sozialen Zusammenhalts sowie Ressourcenzugänge im Zuge dreier Forschungsphasen, jeweils aus den genannten drei Perspektiven:

- In *Forschungsphase 1* wurden qualitative Interviews mit zentralen Akteuren aus den Bereichen Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement, Geflüchtetenunterkunft, Gewerbe, Kirche/Moschee, Kultur, Polizei, Sozialarbeit, Sport, Stadtpolitik und Stadtverwaltung sowie mit den Praxispartner_innen geführt.
- Darauf aufbauend wurde in *Forschungsphase 2* eine standardisierte Befragung der etablierten, schon länger dort lebenden Wohnbevölkerung durchgeführt. Anschließend an Forschungsphase 1 hat uns hier interessiert, welche Einstellungen zu neuer Diversität in der Bewohnerschaft vorherrschen, wie stark zivilgesellschaftliche Unterstützung für Geflüchtete verbreitet ist und inwiefern die Nachbarschaft für die Bewohner_innen auch ein Ort für soziale Begegnungen und Kontakte ist.
- In *Forschungsphase 3* haben wir geflüchtete Nutzer_innen in den Nachbarschaften mithilfe qualitativer Leitfadenterviews zu ihren Erfahrungen und ihren Perspektiven bezüglich ihrer Nachbarschaft befragt. Der Begriff „geflüchtete Nutzer_innen“ bezeichnet hier geflüchtete Bewohner_innen und Nutzer_innen des Quartiers – beschränkt sich also nicht auf Neuzugezogene. Dabei konzentrierten wir uns auf Geflüchtete, die im Zuge der Fluchtbewegungen seit 2015 nach Deutschland kamen. Im Anschluss an Forschungsphasen 1 und 2 werden die Sichtweisen der zentralen Akteure und die Einstellungen der etablierten Bewohner_innen um die Perspektive der geflüchteten Nutzer_innen der Nachbarschaften ergänzt.

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, die zentralen Ergebnisse des Forschungsprojekts darzustellen. In Kapitel 2 werden dafür dominante Narrative über die vier Nachbarschaften aus der Sicht zentraler Akteure rekonstruiert. Dabei nehmen wir insbesondere lokale Konflikte rund um den Zuzug und die Nutzung der Nachbarschaften durch geflüchtete Menschen in den Blick. Wir fragen insbesondere, ob es solche Konflikte in den Nachbarschaften gab, wie sie ausgetragen wurden und welche Stimmen in den Auseinandersetzungen gehört worden sind.

In Kapitel 3 wird die Sicht der zentralen Akteure mit den Daten aus der Bevölkerungsumfrage ergänzt. Hier stehen zunächst Unterschiede bei den Einstellungen gegenüber Geflüchteten sowie beim zivilgesellschaftlichen Engagement für Geflüchtete in der breiten Bevölkerung zwischen den verschiedenen Nachbarschaften im Mittelpunkt. Zudem wird die These, dass bisherige Migrationserfahrung zu einem inklusiveren sozialen Zusammenhalt führt, sowohl auf der Nachbarschaftsebene als auch auf individueller Ebene geprüft. Es wird etwa gefragt, ob Bewohner_innen der Nachbarschaften, die mehr Kontakt zu Personen anderer Herkunft haben, gegenüber Geflüchteten offener eingestellt sind, oder ob eher soziale Ungleichheitsfaktoren dafür ausschlaggebend sind.

Kapitel 4 beleuchtet das soziale Zusammenleben in der Nachbarschaft aus Sicht der Geflüchteten. Wie erleben Geflüchtete lokale Begegnungen und Kontakte? In welchen Nachbarschaften erhalten sie (besseren) Zugang

zu wichtigen Ressourcen wie Unterstützung oder Wohnraum? Welche Rolle spielt für sie die bisherige (bzw. fehlende) Migrationsgeschichte der Nachbarschaften?

In Kapitel 5 werden die Ergebnisse schließlich zusammengeführt und hinsichtlich der Gesamtfragestellung reflektiert.

Neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse steht der Praxisbezug der Ergebnisse im Vordergrund des Projekts. Aufbauend auf der gemeinsamen Diskussion der Projektergebnisse haben die Praxispartner_innen des Projekts Handlungsempfehlungen für lokale Politik und Verwaltung, Sozialträger und Zivilgesellschaft entwickelt. Diese finden sich im Anhang des Berichts.

2 DAS QUARTIER AUS DER PERSPEKTIVE ZENTRALER AKTEUR_INNEN UND LOKALE AUSHANDLUNGSPROZESSE UM DEN ZUZUG VON GEFLÜCHTETEN

2.1 EINLEITUNG

Die erste Forschungsphase diente dazu, Erkenntnisse über die vier ausgewählten Quartiere sowie zu den dort vorliegenden Problemlagen zu gewinnen, und zwar aus der Perspektive zentraler Akteur_innen vor Ort – unter anderem aus Politik und Zivilgesellschaft. Zu diesem Zweck haben wir mit diesen Personen qualitative Leitfadeninterviews geführt.

Im Folgenden stellen wir dar, wie diese zentralen Akteur_innen ihre Nachbarschaften beschreiben: Welche Charakteristika heben sie hervor, wie schildern sie die bauliche Umgebung, die Geschichte der Nachbarschaft und die lokale Bevölkerungsstruktur? Darüber hinaus geht es uns darum, wie sie das soziale Zusammenleben in den Quartieren beschreiben, welche Vorstellungen von sozialem Zusammenhalt dabei eine Rolle spielen und inwiefern Migration und Konflikt relevante Themen sind. Schließlich fokussieren wir auf zentrale Aushandlungen rund um die Unterbringung von Geflüchteten in den Quartieren. In den vier untersuchten Nachbarschaften wurden Geflüchtete untergebracht oder es haben sich lokale Konflikte und Aushandlungen um ihre Unterbringung entwickelt. Diese Konflikte und Aushandlungsprozesse zeichnen wir nach, indem wir die Sicht unterschiedlicher Akteur_innen skizzieren und dann analysieren, welche Dynamiken existieren und welche Perspektiven sich am Ende durchgesetzt haben.

Im folgenden Kapitel soll es nicht darum gehen, eine „objektive“ oder „repräsentative“ Charakterisierung der Untersuchungsgebiete zu leisten, sondern vielmehr darum, eine Bandbreite von Erzählungen über die Viertel, das Zusammenleben in ihnen und die Aushandlungen und Konflikte in Bezug auf die Unterbringung von Geflüchteten aus verschiedenen Perspektiven zusammenzutragen. Zu diesem Zweck führten wir zwischen Februar 2018 und August 2019 in Berlin, Dresden, Hamburg und Stuttgart insgesamt 47 qualitative Interviews mit zentralen Akteur_innen aus den Bereichen Bildung, zivilgesellschaftliches Engagement, Geflüchtetenunterkunft, Gewerbe, Kirche/Moschee, Kultur, Polizei, Sozialarbeit, Sport, Stadtpolitik und Stadtverwaltung sowie mit unseren Praxispartner_innen. Unser Ziel war es, sowohl Perspektiven von Personen, die in den Nachbarschaften beruflich tätig sind, etwa als Sozialarbeiter_in oder Polizist_in, als auch von Personen, die hier ehrenamtlich engagiert sind, etwa in lokalen Initiativen oder Vereinen, einzuholen. Einige der Interviews fanden als Einzelinterviews, andere als Gruppeninterviews statt. Sie hatten eine Dauer von jeweils 30 bis 90 Minuten und wurden alle in deutscher Sprache geführt. Zusätzlich wurden Stadtteilrundgänge gemacht, bei denen uns jeweils ein_e lokale_r Akteur_in Einblicke in vergangene und aktuelle Entwicklungen in der Nachbarschaft gab. Die Rundgänge wurden ebenso wie die Interviews aufgenommen, transkribiert und analysiert.

Die Auswahl der lokalen Akteur_innen erfolgte überwiegend über Empfehlungen unserer Praxispartner_innen, die über ihre Netzwerke Expertisen über relevante Akteur_innen einholten. Zur besseren Vergleichbarkeit der Akteursperspektiven legten wir den Fokus auf die Bereiche lokale Politik und Verwaltung, Sozialarbeit, staatlich finanzierte Institutionen (z.B. Schule und Polizei), Zivilgesellschaft (z.B. Initiativen und Vereine in den Bereichen Sport, Religion, Kultur) und Gewerbe. Durch die unterschiedlichen Strukturen in den Nachbarschaften konnten nicht immer alle Bereiche abgedeckt werden. Zum Beispiel wurden in Hamburg-Eppendorf mehrere zivilgesellschaftliche Akteur_innen interviewt, jedoch keine Sozialarbeiter_innen, da dieser Bereich dort eine untergeordnete Rolle spielt. Im Gegensatz dazu wurden in Dresden-Gorbitz überwiegend Akteur_innen aus der Sozialarbeit befragt, aber wenige aus der Zivilgesellschaft. In den Interviews aus Stuttgart-Untertürkheim und Berlin-Kreuzberg hingegen sind sozialarbeiterische und zivilgesellschaftliche Akteur_innen ähnlich stark vertreten, da beide Bereiche dort stark aufgestellt und gut vernetzt sind.

Im vorliegenden Kapitel werden die vier ausgewählten Quartiere und die lokalen Aushandlungen um die Unterbringung von Geflüchteten detailliert in den Blick genommen, wobei folgenden Fragen nachgegangen wird:

- Wie wird das Quartier beschrieben? Welche Vorstellungen und Narrative existieren bei zentralen Akteur_innen über den sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft? Inwiefern spielen dabei vergangene und gegenwärtige Migrationsprozesse eine Rolle?
- Wie werden Prozesse um den Zuzug von Geflüchteten und/oder deren Nutzung der Nachbarschaften vor Ort verhandelt? Wird in diesen Aushandlungsprozessen zum Beispiel auf vergangene Migrationsprozesse verwiesen? Wo sind bestimmte Gruppen in der Lage, eine Opposition zur (geplanten) Unterbringung von Geflüchteten zu mobilisieren, die auch von Politik und Verwaltung wahrgenommen und ggf. bearbeitet wird?

2.2 BERLIN-KREUZBERG

2.2.1 EINLEITUNG UND STRUKTURDATEN

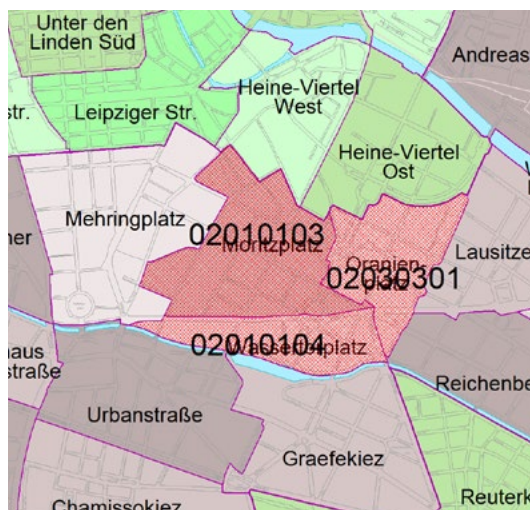


Abbildung 2.1: Lage des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin / Quelle: Wikimedia Commons 2010a

Abbildung 2.2: Untersuchungsgebiet in Berlin-Kreuzberg / Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016

Der Stadtteil Kreuzberg im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ist geprägt von einer langjährigen Migrationsgeschichte und weist eine im Nachbarschaftsvergleich hohe Arbeitslosigkeit auf. Unser Untersuchungsgebiet mit einer Fläche von ca. 1,7 km² erstreckt sich nicht über den kompletten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, sondern konzentriert sich auf drei kleinräumige Gebiete, die in der Berliner Kommunalstatistik als sogenannte Planungsräume ausgewiesen werden: Wassertorplatz, Oranienplatz und Moritzplatz (s. Abb. 2.1 und 2.2).³ Das Untersuchungsgebiet liegt geografisch zentral im Stadtteil Kreuzberg und reicht vom Kottbusser Tor bis zur Alten Jakobstraße, wo Anfang 2018 eine Geflüchtetenunterkunft gebaut wurde. Das Gebiet umfasst mit den an das Kottbusser Tor anschließenden Straßen sowohl Gegenden mit einer hohen Dichte an Gewerbe und Wohnen als auch reine Wohngebiete. Insgesamt zeichnet sich das Viertel durch eine zentrale Innenstadtlage, vielfältige Gewerbestrukturen sowie zahlreiche Kunst- und Kultureinrichtungen aus. Im Jahr

³ Aus Gründen der Übersichtlichkeit bezeichnen wir unser Untersuchungsgebiet im Folgenden weiterhin als „(Berlin-) Kreuzberg“; gemeint sind damit jedoch nur diese drei Planungsräume. Seit dem 1.1.2021 gültige Änderungen der lebensweltlich orientierten Räume unterteilen den bisherigen Planungsraum „Moritzplatz“ zudem in die Planungsräume „Moritzplatz“ und „Prinzenstraße“ (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2020). Wir beziehen uns hier auf die vor dem 1.1.2021 gültige Einteilung.

2018 lebten in den drei Planungsräumen zusammen 29.384 Personen, der Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft betrug 35,9 Prozent (Berlin: 20,0 %) (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2019), der Anteil der arbeitslos gemeldeten Personen 9,4 Prozent (Berlin: 4,2 %) (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2019).⁴

Seit einigen Jahren verändert die Zunahme privater, oft internationaler Investor_innen die Eigentümer_innenstruktur im Quartier (Quartiersmanagement Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße 2017: 11). Die meist nach Ankauf erfolgenden Sanierungsmaßnahmen führen oft zu starken Mieterhöhungen und in der Folge zur Verdrängung der alteingesessenen Bewohner_innenschaft (ebd.). Im Untersuchungsgebiet lag der Median der Angebotsmiete bei Neuvermietungen im Jahr 2017 zwischen 7,07 €/m² (Planungsraum Wasser- torplatz) und 11,65 €/m² (Planungsraum Oranienplatz) (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin 2021a, 2021b, 2021c). Zeitgleich wies der gesamte Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit bis zu 12,94 €/m² unter allen Berliner Bezirken die höchste Angebotsmiete⁵ auf (Investitionsbank Berlin 2018: 87). Ein Blick in die Entwicklung der letzten Jahre zeigt zudem, dass die Mietpreise in Teilen des Untersuchungsgebiets zwischen 2011 und 2017 um 55 Prozent anstiegen und in allen Marktsegmenten oberhalb des stark gestiegenen Berliner Mietendurchschnitts liegen (Kotti-Coop e.V. 2018: 9). Das Quartier ist aufgrund der steigenden Attraktivität für Tourist_innen und Immobilieninvestor_innen zunehmend von Gentrifizierungsprozessen betroffen.

In Berlin-Kreuzberg wurden insgesamt zwölf Personen aus verschiedenen Bereichen bzw. Institutionen interviewt – aus der Geflüchtetenunterkunft, dem ansässigen Gewerbe, der Polizei, dem Quartiersmanagement, der Lokalpolitik sowie der Sozial- und Gemeinwesenarbeit.

2.2.2 QUARTIERSBESCHREIBUNG

Das Untersuchungsquartier Berlin-Kreuzberg wird von zentralen Akteur_innen mit Merkmalen wie der Baustruktur (Hochhausbauten neben Altbaugebieten), der hohen Dichte des städtischen Raums sowie dem Vorhandensein verschiedener Lebensrealitäten auf engem Raum charakterisiert. Ein Vertreter von der Mieter_inneninitiative Kotti & Co – zu der auch der lokale Praxispartner Kotti-Coop e.V. gehört – beschreibt die Entstehung des „absurden Architekturensembles“ (Interview 1-9) am Kottbusser Tor, das im Zuge des zweiten Förderwegs „Sozialer Wohnungsbau“ in den 1970er Jahren errichtet wurde. Neben Neubauten des sozialen Wohnungsbaus prägen zahlreiche Gründerzeitobjekte das Quartier, die aufgrund von Hausbesetzungen und der Einführung des stadtplanerischen Konzepts „Behutsame Stadterneuerung“ erhalten blieben (Interview 1-9). Das 1983 in Berlin eingeführte Stadtsanierungskonzept sah von der bisherigen Flächensanierung ab und führte stattdessen zum Beispiel Sanierungen von Altbaubeständen durch (Schröteler-von Brandt/Schmitt 2016: 154). Der Baustadtrat des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg hebt hervor, dass insbesondere nördlich vom Kottbusser Tor, um den Gebäudekomplex „Neues Kreuzberger Zentrum“, zahlreiche (migrantische) Gewerbe und eine hohe Verkehrsaktivität existieren. Die hohe Dichte der Infrastruktur, die soziale Durchmischung sowie die Entstehung eines gemeinsamen Sozialraums beschreibt er als untypisch und bemerkenswert für Großwohnsiedlungen sowie für eine Nachbarschaft, die von sozialen Benachteiligungen geprägt ist. Als zentral für die sozialen Verbindungen vor Ort erachtet er die Gewerbetreibenden:

„(...) dass dann alle da hingehen und man sich zumindest in einem geschlossenen Raum dann oder auch in einem offenen, ja, dass man sieht, man nutzt dieselbe Infrastruktur. Und ich habe schon den Eindruck, dass das sozusagen parzellenscharf im Umfeld eher getrennt als durchmischt ist. Die große Schnittstelle sind wahrscheinlich einfach diese Gewerbetreibenden, die eben oft Produkte

4 Umfasst nur Leistungsbezieher_innen nach dem SGB II.

5 Die Angebotsmiete ist der Mietpreis, zu dem eine freie Mietwohnung auf dem Wohnungsmarkt angeboten wird.

nicht nur für ihr eigenes Milieu anbieten. Und das ist eigentlich das Spannende an der ganzen Geschichte. (...) Selbst Spätis haben wohl eine andere Sozialfunktion, als man das überhaupt denkt. Finde ich total interessant, (...) dass also das, was einem am prekärsten erscheint, manchmal das ist, wo die Leute wirklich quasi informell Dienstleistungen miteinander haben, ja, also Schlüsselabgabe oder keine Ahnung.“ (Interview 1-2)

Hinsichtlich der Gewerbestruktur erklärt der Vertreter von Kotti & Co, dass diese durchaus auf die breite Bewohner_innenschaft und verschiedene Einkommensgruppen ausgerichtet sei, sich die Angebote im Quartier aber zunehmend auch am konsumorientierten Durchgangspublikum orientierten (Interview 1-9). Verschiedenen lokale Akteur_innen sehen, dass im Quartier auf relativ engem Raum ganz unterschiedliche Lebensrealitäten existieren. So charakterisiert der Vorsitzende des Ausschusses Integration und Migration der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Friedrichshain-Kreuzberg mit Blick auf den sozioökonomischen Status die Bewohner_innenschaft als „von Disparitäten und Widersprüchen“ geprägt (Interview 1-3). Ähnlich beschreibt eine im Untersuchungsgebiet arbeitende Quartiersmanagerin, dass hier „ganz Reiche, die nicht wissen, wohin mit ihrem Geld“ (Interview 1-10), neben Bewohner_innen lebten, denen kaum ausreichend Geld für Essen zur Verfügung stehe, wofür auch der signifikant hohe Anteil an Kinderarmut im Quartier ein Beleg sei (vgl. Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2017). Dieser Gegensatz, so erläutert sie weiter, werde auch an der Gewerbestruktur sichtbar: So könnten sich sozioökonomisch benachteiligte Bewohner_innen um die Oranienstraße herum „nichts leisten, (...) keinen Kaffee trinken, der 3,50 Euro kostet“ (Interview 1-10). Dass sozioökonomische Trennlinien zunehmen, nimmt auch die Leiterin einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete im Quartier wahr. Sie verweist etwa auf die Neueröffnung von „ein paar schickeren Cafés“ (Interview 1-12) zwischen der Unterkunft und dem Kottbusser Tor.

Der Baustadtrat des Bezirks berichtet, dass die Stadt versuche, durch „Milieuschutzverordnungen“ (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin 2021d) der zunehmenden Verdrängung von armutsgefährdeten Mieter_innen, die überwiegend im sozialen Wohnungsbau in Kreuzberg wohnen, entgegenzuwirken. Das Quartier in Kreuzberg sei mittlerweile zum „Experimentierfeld“ (Interview 1-2) zwischen Kreativquartier und sozial benachteiligter Bewohner_innenschaft mit geworden:

„(...) weil das eben da auf der Stelle aufeinandertrifft. Und ich glaube auch, dass die, wenn man sich auch anschaut, alleine von der Ästhetik her, (...) es sind teilweise auch Designer und Kommunikationsleute, die in den Initiativen arbeiten, die dort, wo das zusammenkommt, und das ist schon ein Milieu, zwei Milieus, die einfach, ja, das ist sehr spannend und ist vielleicht auch sozusagen das, was Berlin irgendwie dann wirklich ausmacht, ja.“ (Interview 1-2)

Ein zentrales Problem sei jedoch die zunehmende Ausrichtung der Gewerbe- und Nutzer_innenstruktur auf den Tourismus; dies versuche der Bezirk etwa durch die Ablehnung von Baugenehmigungen für Hotels einzugrenzen (Interview 1-2).

Die Außenwahrnehmung des Viertels beschreiben die interviewten Akteur_innen überwiegend als problemorientiert. Eine Erwachsenenbildnerin, die im Quartier in einem Nachbarschaftsverein arbeitet, schildert, dass sich die Medienberichterstattungen zum größten Teil zwischen Kriminalitätsstatistik und Partykultur bewegten (Interview 1-4). Die Innenwahrnehmung stellt sich aus Sicht der befragten Akteur_innen aber durchaus anders dar. So hebt der Vertreter von Kotti & Co das soziale Engagement und die Gemeinwesenarbeit hervor, die in dominanten Erzählungen kaum sichtbar würden. Er beschreibt das Quartier mit den Stichworten „Vielschichtigkeit, Diversität, Unruhe, kreatives Chaos, unterschiedliche Nutzer_innengruppen, 1001 Geschichte, Urbanität per se“ (Interview 1-1). Weiter erklärt er, dass die vorhandene Vielfalt zwar als Be-

sonderheit gelte, innerhalb der Bewohner_innenschaft aber auch Konflikte um mangelnde Sauberkeit, Lärm, Verkehrsdichte, Alkohol- und Drogenkonsum entstünden (Interview 1-1).

Die hohe Anzahl von Konflikten und Kriminalitätsdelikten stellt einen schwerwiegenden Faktor für die Polizeiarbeit vor Ort dar, wie der örtliche Kontaktbereichsbeamte der Polizei erläutert:

„Klar, Kotti ist Brennpunkt umgangssprachlich. ‚Kriminalitätsbelasteter Ort‘ ist Polizeisprache, so vom Inhalt her ist das identisch (...) als Polizei [haben Sie] mehr Rechte als an anderen Orten (...) Sinkt dort die Kriminalität, kommt das wieder weg.“ (Interview 1-5)

Mit Blick auf die Kriminalität und den Drogenkonsum im Quartier kritisiert ein Gewerbetreibender die mangelnde Infrastruktur im öffentlichen Raum und sieht die Politik in der Verantwortung:

„Wenn 150 Alkis und Junkies hier ihre menschlichen Bedürfnisse beseitigen sollen und keinen Hygieneraum haben, wie soll denn das sein? (...) Und das ist der Teil der Politik (...), die haben dieses menschliche Leiden nicht wahrgenommen. Die waren nur die Schublade Junkies, die Junkies waren aber Menschen.“ (Interview 1-6)

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass das Untersuchungsgebiet in den Interviews als urbanes Quartier beschrieben wird, das gleichzeitig durch Dichte, Diversität, soziales Engagement sowie durch soziale Ungleichheit, die Verdrängung von Mieter_innen mit geringen Einkommen und durch Konflikte im öffentlichen Raum geprägt ist.

2.2.3 SOZIALES ZUSAMMENLEBEN

Das soziale Zusammenleben in Berlin-Kreuzberg ist nach Ansicht der Interviewten von unterschiedlichen Aspekten geprägt. Dem Vertreter von Kotti & Co zufolge führten verschiedene Nutzungskonflikte im Quartier zwar durchaus zu sozialen Spannungen, aus seiner Sicht halte die Bewohner_innenschaft aber auch zusammen:

„Ich glaube, es gibt sozusagen so einen Understream, der relativ stabil ist, wie gesagt, ja, ist schwierig, ist blöd, vieles ist scheiße, aber es ist auch ein sehr liebevoller Ort, es gibt hier eine Gemeinschaft. Ich würde das auch nicht, also das ist auch schwierig, also zu sagen, es gibt hier natürlich sehr, sehr starke familiäre Strukturen, also weil hier sehr viele Familien wohnen, auch über Generationen auf die Häuser verteilt, das ist ein Netz, was nicht zu unterschätzen ist. Und die Moscheegemeinde natürlich auch. Dann gibt es aber auch viele nicht-religiöse Cliques, Communities, Nachbarschaften, die auch ihre informellen Netzwerke haben.“ (Interview 1-1)

Mit der Zunahme von Nutzer_innen im Quartier, die vorwiegend touristische und kulturelle Attraktionen suchen, verändere sich jedoch der soziale Umgang im öffentlichen Raum: „Unterwegs sind immer mehr Leute leider, die auch sozusagen keinen Respekt vor dem Ort haben, also die ohne irgendein Wissen und mit sehr viel Unsensibilität sich durch den öffentlichen Raum bewegen“ (ebd.). Ähnlich beschreibt der lokale Kontaktbereichsbeamte der Polizei, dass einerseits die Mitmenschlichkeit stark ausgeprägt sei und andererseits die Anonymität zunehme und er immer seltener auf kontaktfreudige Nachbar_innen treffe (Interview 1-5).

Mehrere Interviewpartner_innen beschreiben das Zusammenleben im Quartier als stark geprägt von multiplen – vergangenen wie aktuellen – Flucht- und Migrationsgeschichten, insbesondere aus der Türkei und arabischsprachigen Ländern (Interviews 1-1, 1-3). Mit Blick auf das soziale Miteinander nimmt der Kontaktbereichsbeamte die Entstehung von getrennten Sozialräumen im Quartier wahr:

„Also es ist irre, zu sehen, wie dort von ganz alleine Menschen sich separieren und, sagen wir mal, nicht durchmischt sind, sondern die haben am Ende irgendwelche Zusammengehörigkeitsräume, pflegen quasi ihre eigenen Nachbarschaften oder Beziehungen oder sozialen Kontakte.“ (Interview 1-5)

Diese Beobachtung haben auch andere Interviewpartner_innen gemacht: Sie nehmen wahr, dass es teilweise wenige Berührungspunkte zwischen Quartiersbewohner_innen gibt, was auch mit Ressentiments und fehlender Akzeptanz zwischen verschiedenen migrantischen Communities verbunden sei (Interviews 1-7, 1-10). Ein Grund hierfür seien unterschiedliche Zugänge zu Rechten, zum Beispiel hinsichtlich des Aufenthaltsstatus. So hätten einige nur einen ungesicherten Aufenthaltsstatus und fühlten sich dadurch „als Menschen zweiter Klasse“ gegenüber denjenigen, deren Aufenthaltsstatus gesichert ist, wie eine Quartiersmanagerin schildert (Interview 1-10).

Parallel dazu habe sich die Bewohner_innenschaft im Quartier mittlerweile noch weiter diversifiziert, wie eine Erwachsenenbildnerin, die in der Nachbarschaft arbeitet, anmerkt:

„Es war eine Zeit lang doch sehr türkisch-deutsch und in den letzten Jahren hat sich das verändert und es sind mehr Kulturen da. Im Moment habe ich manchmal so den Eindruck, als würde jede Community sich so seinen Ort aufbauen. Die spanischen neu Dazugezogenen haben dann hier ihre Treffpunkte, die afrikanischen haben an einer anderen Stelle ihre Treffpunkte und so. Und das irgendwie anders zusammenzubringen, das ist, glaube ich, so ein Gedanke von einigen. Wie es jetzt wirklich gemacht wird und ob es funktioniert oder so, das ist, glaube ich, sehr schwierig.“ (Interview 1-4)

Andere betonen, dass dieses Nebeneinander im Quartier überwiegend gut funktioniere, es verlaufe friedlich und ohne Streit (Interview 1-8). Es fänden im Zusammenleben in Kreuzberg auch durchaus viele flüchtige Begegnungen statt:

„Man hat sehr viele spontane Situationen, (...) wo Menschen, die sich überhaupt nicht kennen oder gerade kennengelernt haben oder irgendwie nur flüchtig mal gesehen haben, wirklich ins Gespräch kommen, es ist eine sehr kommunikative Atmosphäre. (...) Ich merke, dass sowas immer wieder passiert, dass Leute, die sich eindeutig nicht kennen, also sich ganz unkompliziert begegnen, also indem sie einfach sagen, ach weißt du, ich setze mich jetzt mal neben dich. So, also das ist etwas, was in Berlin generell nicht unbedingt überall zu finden ist. Das ist meiner Ansicht nach hier durchaus nach wie vor vorhanden und ich glaube auch, dass so jüngere Generationen unter anderem auch davon fasziniert sind, dass man nicht so segmentiert lebt, (...) also so eine Zugehörigkeit in sich trägt, die dann automatisch dazu führt, dass man nur mit denjenigen eher Kontakt hat, die da irgendwie reinpassen. Das ist hier anders.“ (Interview 1-3)

Ein ähnliches Bild zeichnet eine Erwachsenenbildnerin, die das Publikum in dem Nachbarschaftsverein, in dem sie arbeitet, vor allem bei Abend- und Seniorenveranstaltungen als „sehr durchmischt“ beschreibt (Interview 1-4).

Die Rolle von Bewohner_innen ohne Migrationshintergrund im Zusammenleben thematisieren die befragten Akteur_innen weniger. Eine Interviewpartnerin nimmt wahr, dass sich die Bewohner_innenschaft im Quartier „nicht so richtig vermischt (...), also die Leute mit Migrationshintergrund mit (...) den alternativ eingestellten Bewohner_innen“ (Interview 1-12). Auch aus Sicht des Vertreters von Kotti & Co steht Kreuzberg

zwar „per se für Diversität (...), man muss aber sagen, dass da eigentlich viele Milieus so kleine Parallelgesellschaften sind“ (Interview 1-1). Das fehlende Miteinander führt er auf die restriktive Einwanderungspolitik zurück, die zu schlechten Bildungsabschlüssen, Armut und Marginalisierung geführt habe. Zudem spielten Rassismuserfahrungen eine wesentliche Rolle. So seien viele Bewohner_innen mit Migrationshintergrund bis heute von den rassistischen Anschlägen in mehreren deutschen Städten in den 1990er Jahren geprägt:

„Von unseren Nachbarn haben wir zum Teil auch gehört: ‚Ich habe nicht gedacht, dass ich mit Deutschen nochmal was zu tun haben werde in meinem Leben.‘“ (Interview 1-1)

Daneben beobachtet die Projektleiterin der Flüchtlingskirche – einem Projekt der Diakonie, das Beratungs-, Begegnungs- und Bildungsangebote für Geflüchtete und Ehrenamtliche in der Geflüchtetenarbeit anbietet – besonders bei Menschen ohne Migrationshintergrund eine mangelnde Bereitschaft, Menschen mit Migrationshintergrund teilnehmen zu lassen sowie Vielfalt und Differenz auszuhalten:

„Die Mehrheitsgesellschaft muss diese Leute auch teilnehmen lassen. Und ich glaube, dass ist in Wahrheit nicht passiert. (...) (und das) ist das größte Ziel, dass sich das besser mischt und dass die Toleranz wächst oder vorhanden ist für andere, einfach, dass man aushält, dass jemand eine andere Religion hat, so dass man das akzeptiert und respektiert.“ (Interview 1-8)

Hinsichtlich dieses Vorhabens nimmt der Vertreter von Kotti & Co mittlerweile Veränderungen wahr: Es entwickle sich zunehmend ein Bewusstsein für unterschiedliche Erfahrungen mit Rassismus, Ausgrenzung und Marginalisierung im Stadtteil. In diesem Zusammenhang verweist er auf die von ihm und anderen im Jahr 2011 gegründete Mieter_innengemeinschaft Kotti & Co, die den Zusammenhang zwischen der Krise des sozialen Wohnungsbaus, Armut, Migration und Rassismus thematisiert (Interview 1-1; vgl. Hamann/Kaltenborn/Kotti & Co. 2015; Scheer 2016). Hier setzten sich unterschiedliche Bewohner_innen mit strukturellen Problemlagen wie der Verwehrung von Rechten und Teilhabe, Armut und Rassismus auseinander, die in der Gesellschaft bisher kaum Repräsentation erfahren. Zugleich bestärke die Initiative Bewohner_innen, die von diesen Strukturen betroffen sind, sich zu wehren:

„Die Geschichte der Marginalisierung, die Geschichten der Brüche und die Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt in der Mehrheitsgesellschaft (...) haben natürlich eine Unterrepräsentation aus der Perspektive der *working-class immigrants*. Und da war unser Protest recht wichtig, weil, da haben sich plötzlich Leute hingestellt und sich getraut, zu sagen, wir haben ein Problem mit der Miete, wir protestieren.“ (Interview 1-1)

Das Zusammenkommen verschiedener Lebensstile und gesellschaftlicher Positionen beobachtet ein Gewerbetreibender auch an anderen (nicht-organisierten) Orten und beschreibt das Kottbusser Tor dahingehend als einen Sozialraum, der von noch nicht abgeschlossenen Lernprozessen geprägt sei (Interview 1-6). Auch der örtliche Kontaktbereichsbeamte der Polizei erlebt das Zusammenleben als besonders offen – viele obdachlose Menschen suchten das Kottbusser Tor auch deshalb auf, da sie hier noch Hilfe erhielten (Interview 1-5). Eine Akteurin aus der Sozial- und Gemeinwesenarbeit sagt:

„Das Kotti macht für mich aus, dass eine Bewohnerschaft schon sehr lange hier lebt, die sich durch verschiedene schwere Zeiten immer wieder zusammengerauft hat. Ich finde die Ladenstruktur und auch die Höhe der Gebäude auf eine bestimmte Art einladend (...), da treffen sich Leute, die sich kennen, die hier wohnen. Der Kotti bringt das Parallele zusammen, diese ganzen Kämpfe für Minderheiten und ausgegrenzte Personengruppen. (...) Es gibt natürlich Konflikte, auch zwischen ver-

schiedenen migrantischen Gruppen. Es ist sich hier nicht jeder grün, aber trotzdem haben sich alle arrangiert.“ (Interview 1-7)

Im funktionierenden Nebeneinander und Miteinander entstehen im Zusammenleben aber durchaus auch Spannungen und Nutzungskonflikte. Im Zentrum stehen vor allem die zunehmende Sichtbarkeit von Obdachlosigkeit, Drogen- und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum sowie der steigende Verdrängungsdruck. Lokale Auseinandersetzungen um den Umgang mit Drogen- und Alkoholkonsum existieren in Berlin-Kreuzberg schon lange. Verschiedene Interviewpartner_innen berichten, dass sich die Situation seit einem Jahrzehnt immer wieder zuspitze (Interviews 1-1, 1-5, 1-6). So hätten vor zehn Jahren Bewohner_innen ein Eingreifen von Polizei und Politik sowie Hilfsprogramme gefordert – „das war so ein richtiger Clash“ (Interview 1-1). Doch trotz lautstarker Auseinandersetzungen seien Maßnahmen aus Politik und Verwaltung bisher ausgeblieben:

„Das ist, glaube ich, ganz wichtig, insgesamt, es gibt so einen Text: Ja, bei uns kann man's ja machen. Also im Grunewald oder woanders wird das niemand so lange dulden, so eine offene Szene, aber bei uns kann man es ja machen. Es gab so viele Runden, Anhörungen, Runde Tische und Befragungen und da glaubt auch keiner mehr der Politik oder der Verwaltung, dass sich hier etwas verbessert. Und das ist natürlich höchst problematisch für die Frage nach der gesellschaftlichen Teilhabe, der Demokratie.“ (Interview 1-9)

Neben den Konflikten um die Nutzung des öffentlichen Raums sind die steigenden Mietpreise im Quartier und die Sorge vor zunehmender Verdrängung sozioökonomisch benachteiligter Bewohner_innengruppen mit und ohne Migrationshintergrund Hauptthema. Eine Interviewpartnerin aus der Sozial- und Gemeinwesenarbeit beschreibt exemplarisch: „Die leben zum Teil in der zweiten, dritten Generation hier. Ich höre jetzt immer wieder, (...) dass Familien vielleicht ausziehen müssen“ (Interview 1-4). Viele lebten inzwischen auf engem Raum, weil sie der drohenden Verdrängung dadurch begegneten, dass sie mit anderen Familienmitgliedern zusammenzögen, um bleiben zu können. Die ansteigenden Mieten und die Sorgen um die Absicherung des Lebensunterhalts führten bei vielen auch zu gesundheitlichen Belastungen (ebd.). Eine weitere Interviewpartnerin aus der Sozial- und Gemeinwesenarbeit verweist auf die Belastungen der von Verdrängung bedrohten Bewohner_innen: „Es entsteht eine Perspektivlosigkeit, wenn man das Gefühl hat, man verliert den Wohnraum und es interessiert weder die Politik noch die Hausverwaltung“ (Interview 1-7). Sie beschreibt weiter, wie der Verdrängungsdruck auch zentrale Nachbarschaftsstrukturen bedroht:

„Im Moment fühlt es sich so an, dass da sehr viel von außen reinkommt, dass man nicht mehr durch Dialog weiterkommt oder durch die alltägliche Begegnung, sondern momentan geht durch den Verdrängungsdruck sehr viel des lange Aufgebauten kaputt. Hier wird durch Stadtentwicklungskonzepte von außen eine Aufwertung in Gang gesetzt, die die Verdrängung befördert. Es wird immer mehr über den Kiez gesprochen als wirklich mit dem Kiez und im Moment fürchte ich, dass hier einschneidende Änderungen vorgenommen werden, die nicht mehr rückgängig zu machen sind. Viele sagen, okay, das überstehen wir auch, aber ich glaube, diesmal ist es anders.“ (Interview 1-7)

Angesichts steigender Mieten und anhaltender Verdrängungsprozesse fordert die Initiative Kotti & Co vom Land Berlin daher mietergerechte Ansätze und Maßnahmen, die den Verbleib von Mieter_innen, die Grund-sicherung beziehen, sicherstellen: „(...) da geht es (...) nicht nur um Senkung der Miete, Miete niedrig halten, sondern es geht auch um Projekte der gesellschaftlichen Beteiligung, der Gestaltung“ (Interview 1-1).

Insgesamt wird Kreuzberg in den Interviews als super-diverse Nachbarschaft vorgestellt. Mit dem Begriff *super-diversity* beschreibt Stephen Vertovec (2007) eine in europäischen Metropolen existierende Vielfalt der

Bewohner_innen, die nicht eindimensional beschreibbar, sondern durch eine Vielzahl von Migrationsgeschichten und Regulationen von Migration geprägt ist. So entstehen unter anderem mit unterschiedlichen Rechten und Bleibeperspektiven ausgestattete Statusgruppen (ebd.: 1024 f.). Die super-diverse Nachbarschaft in Berlin-Kreuzberg ist laut unserem Interviewmaterial nicht immer durch ein Miteinander geprägt, sondern oft auch durch ein Nebeneinander. Dieses wird jedoch nicht unbedingt als problematisch charakterisiert, sondern auch als tolerante Distanz. Darüber hinaus spielen im lokalen Zusammenleben auch Konflikte, etwa Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum, eine zentrale Rolle. Soziale Netzwerke und ihre lokale Einbettung sind zudem immer öfter von Verdrängung bedroht.

2.2.4 KONFLIKTE UND AUSHANDLUNGEN UM DEN ZUZUG VON GEFLÜCHTETEN

Die Nachbarschaft in Kreuzberg begegnet aktuellen Fluchtbewegungen auf unterschiedliche Weise – spätestens seit 2012 haben sich um das Kottbusser Tor herum laut dem Vorsitzenden des Migrationsausschusses in der BVV verschiedene „Kristallisationspunkte“ gebildet (Interview 1-3). Als erste größere Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht wird in mehreren Interviews das 2012 von Geflüchteten und Unterstützer_innen aufgebaute Protestcamp am Oranienplatz genannt (Interviews 1-1, 1-3, 1-4, 1-6, 1-7, 1-8, 1-10). Der Protestmarsch von Geflüchteten, der in Würzburg startete und sich insbesondere gegen Abschiebung und die Residenzpflicht (die staatliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf dem Bundesgebiet) richtete, endete im September 2012 in Berlin-Kreuzberg auf dem Oranienplatz, wo er in ein Protestcamp mündete, das bis zur polizeilichen Räumung im April 2014 bestand (Fontanari 2016). Dieses Protestcamp wurde von der umliegenden Bewohner_innenschaft laut unseren Interviewpartner_innen unterschiedlich aufgenommen: Viele solidarisierten sich, mit anderen kam es zu Konflikten. Der Vertreter von Kotti & Co erinnert sich, dass zahlreiche Diskussionen stattfanden und Bewohner_innen in Konfliktsituationen vermittelnd einwirkten: „Es gab längere Diskussionen, Übersetzungen und Vermittlungsdiskussionen, was wollen die, wer sind die, was brauchen die?“ (Interview 1-1) In den Diskussionen wurde auch die Schwierigkeit deutlich, Solidarität herzustellen: „Ich würde es mal so beschreiben, also solidarisch zu sein ist schon ein Privileg, also erst das Fressen, dann die Moral, da ist schon was dran.“ (Ebd.) Diese Einschätzung teilen Vertreter_innen aus der Sozialarbeit: Sie verweisen auf eine gewisse Zurückhaltung der Bewohner_innen mit Migrationshintergrund gegenüber neu ankommenden Geflüchteten und führen diese auf eigene Erfahrungen mit verweherten (Aufenthalts-)Rechten, Benachteiligungen und Rassismus zurück. Solche Erfahrungen schürten – seit Langem – Angst und Unverständnis und erschwerten das Aufkommen von Vertrauen zu und Solidarität mit Geflüchteten (Interview 1-7):

„Die meisten hier haben eine Duldung, sind Palästinenser aus dem Libanon, einige Syrer, Iraker und sie haben alle keinen gesicherten Aufenthaltsstatus und die fühlen sich immer so als Menschen zweiter Klasse (...) (Aber) nicht die (neuen) Geflüchteten, die sind da natürlich besser als sie, da gucken sie neidvoll drauf. Wie kann es sein, dass ein Geflüchteter aus Syrien herkommt und gleich einen Aufenthalt bekommt? (...) Und ich lebe hier schon seit 20 Jahren und bin Palästinenser und meine Kinder sind hier geboren und ich habe immer noch eine Duldung. Wie kann es sein?“ (Interview 1-10)

Viele unserer Interviewpartner_innen verbinden zudem die aktuelle Fluchtmigration mit der Zunahme des Drogenhandels am Kottbusser Tor: Der örtliche Kontaktbereichsbeamte der Polizei berichtet, dass seit 2015 vermehrt junge arabischsprachige Geflüchtete am Kottbusser Tor Drogen verkaufen. Er beobachte, dass Bewohner_innen und lokale Gewerbetreibende teilweise Unmut gegenüber der praktizierten polizeilichen „Zurückhaltung“ entwickelten, was zu neuen Spannungen und Debatten um den Umgang mit Drogen- und Alkoholkonsum führe (Interview 1-5).

Anfang 2018 wurde im Untersuchungsgebiet eine Unterbringung für Geflüchtete eröffnet, die aus „Tempo-

homes“ (Wohncontainern) besteht. In der Unterkunft ist Platz für bis zu 160 Personen. Eine weitere Gemeinschaftsunterkunft existiert schon länger im Quartier. Darüber hinaus leben einzelne Geflüchtete in Kreuzberg dezentral in Wohnungen. Reaktionen auf den Tempohomes-Unterkunftsbau aus der Nachbarschaft nahmen die interviewten Akteur_innen kaum wahr. Eine Sozialarbeiterin beschreibt die Wahrnehmungen als:

„(...) gut bis neutral, im Sinne von: Die Leute nehmen es wahr oder zur Kenntnis. Also wir haben wenig bis gar nicht mit negativen Tendenzen zu kämpfen, wenn man jetzt irgendwie an den rechten Rand denkt oder so, vor derlei Problemen stehen wir hier zum Glück nicht.“ (Interview 1-11)

Auch die Projektleiterin der Flüchtlingskirche hebt hervor, dass die bisher bestehenden Unterkünfte im Quartier überwiegend hingenommen würden, auch die architektonisch herausstechenden Tempohomes und eine zuvor als Notunterkunft genutzte Turnhalle hätten zu keinem öffentlich sichtbaren Gegenprotest geführt (Interview 1-8). Zu bedenken ist jedoch, dass der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg die Berliner Zielvorgabe, dass in jedem Berliner Bezirk 1.000 Unterkunftsplätze zu schaffen seien, zum Zeitpunkt unserer Untersuchung noch nicht erreicht hat. Eine Schwierigkeit bestehe aus Sicht des Baustadtrats des Bezirks darin, dass der Innenstadtbezirk kaum über freie Bauflächen verfüge. Proteste gegen bisher umgesetzte Unterkünfte habe es aber so gut wie nicht gegeben:

„Muss man mal sehen, es gab halt auf jeden Fall keine Proteste oder Ähnliches, nur so ein, zwei Mails, Briefe von irgendwelchen besorgten Bürgern. Also über die Horden, die da kommen und so weiter, aber das ist aus meiner Sicht überhaupt nicht irgendwie [eine] relevante Anzahl.“ (Interview 1-2)

Eine Sozialarbeiterin hält es dagegen für möglich, dass die Verdrängungsängste der alteingesessenen Bewohner_innen eine Unzufriedenheit entstehen lassen könnten, die sich gegen Geflüchtete richtet (Interview 1-11). Mit Blick auf die Unterbringungspläne nimmt die Leiterin einer Unterkunft für Geflüchtete ein durchaus reges Interesse von Anwohner_innen wahr. Insbesondere Bewohner_innen ohne Migrationshintergrund interessierten sich für künftige Bebauungspläne:

„Viele machen sich schon Gedanken, was die Planung hier angeht, also wie geht das mit [dem] Grundstück hier auch weiter? Was soll da hinkommen? Gibt es dann vielleicht auch Studentenwohnungen? Soll hier vielleicht noch mal eine Kita hinkommen? (...) Da merke ich schon, dass viele Bewohner_innen von außerhalb der Einrichtung viel mitgestalten wollen (...) Da gibt es eine große Bereitschaft und einen großen Willen, sich einzubringen.“ (Interview 1-12)

Eine Erwachsenenbildnerin beobachtet seit der Eröffnung der Unterkunft, dass die Geflüchteten aufgrund der diversen Bewohner_innenschaft im alltäglichen Geschehen nicht auffielen, dass aber Begegnungen mit Anwohner_innen aus der direkten Nachbarschaft eher ausblieben (Interview 1-4). Laut der Projektleiterin der Flüchtlingskirche gingen beispielsweise alteingesessene Bewohner_innen und Geflüchtete auf Festen kaum aktiv aufeinander zu:

„Die Gruppen mischen sich nicht, das sieht man ganz klar. (...) Also die türkische Community ist für sich und die Geflüchteten für sich und das ist natürlich langfristig ein Problem. Aber es ist kein Streit oder (...) vielleicht so eine Art Desinteresse, aber es ist tolerant.“ (Interview 1-8)

Aus ihrer Sicht bauten Geflüchtete aber auch aufgrund der Art der Unterbringung „ganz schwer Kontakt mit der deutschen Gesellschaft auf“ (ebd.). Den Eindruck, dass die architektonische Abgeschlossenheit der Unterkunft den Kontakt nach außen erschwert, teilt auch eine Sozialarbeiterin, denn „viele [trauen sich] auch

einfach nicht (...) und (linsen) da mal über den Zaun“ (Interview 1-11).

Dennoch verweisen Interviewpartner_innen auch auf das Engagement für Geflüchtete im Quartier. Eine Sozialarbeiterin berichtet beispielsweise von solidarischen Gesten in der Nachbarschaft:

„Die Leute haben hier oft nicht genug Geld und so. Zum Beispiel der eine Dönerladen hier, die machen auch unheimlich viel in den letzten drei, vier Jahren für die Geflüchteten, die können einfach kostenlos einen Tee trinken.“ (Interview 1-4)

Daneben böten vor allem Akademiker_innen aus der Umgebung Unterstützung an und organisierten sich in Willkommensinitiativen, so eine weitere Sozialarbeiterin (Interview 1-11). Eine Erwachsenenbildnerin, die in einem lokalen Verein arbeitet, erklärt jedoch, dass Geflüchtete

„(...) oft den Kopf gar nicht frei [haben], sich auf Angebote des Kennenlernens und des Zusammenkommens einzulassen. Die sind einfach so sehr damit beschäftigt, ihr Leben auf die Reihe zu kriegen, den nächsten Schritt zu machen in ihrem Weg zum vernünftigen Aufenthalt, zu einer Existenzsicherung.“ (Interview 1-4)

Die Projektleiterin der Flüchtlingskirche beschreibt, dass insbesondere die Warteposition, in der sich viele Geflüchtete befinden, und die neben Faktoren wie rechtlichen und strukturellen Zugangshürden teils auch auf den unzureichenden Umfang an Sozialbetreuung zurückgehe, Frustration auslöse: „Wir hören eben, dass viele (Geflüchtete) (...) den Elan verlieren, weil, es geht nicht voran.“ (Interview 1-8)

Eine der zentralsten Herausforderungen besteht für Geflüchtete derzeit im Zugang zu Wohnraum (Interviews 1-8, 1-11, 1-12): Viele wohnen schon seit Jahren in einer Gemeinschaftsunterkunft im Quartier und haben hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden. Ihre Bleibeperspektive wird aufgrund der Wohnungsmarktsituation aber überwiegend als aussichtslos eingeschätzt. Aus Sicht einer Sozialarbeiterin ist dies ein großes Hindernis für die Integration der Geflüchteten:

„Wenn ich gar nicht weiß, ob ich in dem Kiez bleiben kann, ist auch die Frage, wie viel Energie ich investiere, um jetzt im Kiez mich so sehr zu binden und zu verankern. (...) Die Wohnungssituation, jetzt auch speziell in Berlin, die beeinflusst die Integration extrem negativ (...), wenn man in so einer Unterkunft sitzt, über Jahre, und nicht weiß, wie man eigentlich jemals so ein normales Leben, wie die meisten anderen Bürger in der Stadt, leben kann.“ (Interview 1-11)

Eine Unterkunftsleiterin berichtet zudem von einem großen Unterstützungsbedarf hinsichtlich der Wohnungssuche. Die Unterkunft könne diesen Bedarf aus Kapazitätsgründen nicht decken. Nur bei extrem guten Aussichtschanzen auf eine Wohnung böten sie ihre Hilfe an. Darüber hinaus existierten bisher kaum Anlaufstellen für Beratung, Informationen und Begleitung bei der Wohnungssuche. Die Aussichtslosigkeit führe unter anderem dazu, dass Geflüchtete auf informelle, betrügerische Vermittlungen zurückgriffen: Für die Vermittlung von Wohnungen zahlten sie hohe Geldbeträge an informelle Makler_innen, wobei es vorkomme, dass das Geld gezahlt, aber keine Wohnung vermittelt werde. Mittlerweile seien solche Makler_innen besonders bei Familien häufig zu einer zentralen Informations- und Vermittlungsquelle geworden, so die Unterkunftsleiterin. Da die Unterkunft voraussichtlich Anfang 2022 schließen wird, wachse der Druck für Geflüchtete, eine Wohnung im Ortsteil zu finden. Die Unterkunftsleiterin nimmt diesbezüglich wahr, dass viele Bewohner_innen vermeiden wollen, in Berliner Außenbezirke wie beispielsweise Marzahn zu ziehen, da sie befürchten, dort rassistische Übergriffe zu erleben:

„Jetzt so Panik, das glaube ich nicht. Es wurde berichtet, dass es bei einigen Bewohnern ein bisschen Unmut darüber gab, dass die Einrichtung geschlossen wird, wobei das eigentlich von Anfang an klar war. (...) Einige Bewohner_innen haben dann gesehen, okay, ich muss jetzt aktiv werden, die Einrichtung schließt. Wir haben aber auch gesagt, das ist sehr unwahrscheinlich, hier was zu finden in der Umgebung einfach. Also es sind ein paar Wohnungen hier tatsächlich frei gewesen, direkt angrenzend in den Häusern habe ich mal gesehen, aber da werden sich wahrscheinlich Tausende Leute drauf bewerben, weil es einfach so zentral ist und Kreuzberg will halt auch irgendwie jeder hin.“ (Interview 1-12)

Es lässt sich zusammenfassen, dass viele Interviewpartner_innen zwar in der Vergangenheit Konflikte in der Nachbarschaft rund um das Thema Flucht wahrgenommen haben, sich diese jedoch eher an dem Protestcamp entzündeten, das zwischen 2012 und 2014 in der Nachbarschaft existierte, oder am zunehmenden Drogenhandel am Kottbusser Tor, was mit der Fluchtmigration seit 2015 in Verbindung gebracht wird. Die Wohnunterbringung von Geflüchteten im Quartier, schon existierende oder neu eingerichtete Gemeinschaftsunterkünfte in der Nachbarschaft zogen jedoch so gut wie keine Reaktionen oder Proteste der lokalen Bevölkerung nach sich. Neben ehrenamtlichem Engagement für Geflüchtete gebe es laut unseren Interviewpartner_innen viel unverbundenes Nebeneinander von Geflüchteten und anderen Bewohner_innengruppen. Ein zentrales Problem für geflüchtete Bewohner_innen im Viertel sei es, eine Wohnung zu finden. Insbesondere ihre Bleibeperspektive in der Nachbarschaft wird als äußerst gering eingeschätzt.

2.2.5 ZUSAMMENFASSUNG

Berlin-Kreuzberg wird als super-diverse Nachbarschaft beschrieben, die schon lange durch eine vielfältige Migrationsgeschichte geprägt ist. Das Zusammenleben wird einerseits charakterisiert als durch Konflikte und Abgrenzungen geprägt, insbesondere spielten Nutzungskonflikte und der unterschiedliche Zugang zu Aufenthaltsrechten und anderen Ressourcen eine Rolle. Auf der anderen Seite sei das Zusammenleben aber auch geprägt durch nachbarschaftliche Begegnungen, Kommunikation und zivilgesellschaftliches Engagement. Hervorgehoben werden etwa verschiedene zivilgesellschaftliche Initiativen und sozialarbeiterische Projekte, die strukturelle Problemlagen wie die Verwehrung von Rechten und Teilhabe thematisieren, für soziale Ungleichheiten sensibilisieren und darauf abzielen, die Teilhabe von benachteiligten und marginalisierten Bewohner_innen zu stärken (vgl. auch Hamann/Türkmen 2020). Öffentlich wahrnehmbare Konflikte rund um die staatliche Unterbringung oder den Zuzug von Geflüchteten seit 2015 habe es im Untersuchungsquartier nicht gegeben. So habe es zum Beispiel keine Proteste gegen existierende oder geplante Unterkünfte in der Nachbarschaft gegeben. Wenn von Konflikten berichtet wird, sind diese eher auf Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum bezogen. Dazu gehören zum Beispiel öffentliche Diskussionen rund um den Drogenhandel am Kottbusser Tor, in dem seit 2015 auch geflüchtete Personen aktiv seien.

Die im Viertel untergebrachten Geflüchteten finden verschiedene Unterstützungsstrukturen vor, zum Beispiel sozialarbeiterische Initiativen, Projekte und Einrichtungen. Ein zentrales Problem für neue und alte Bewohner_innen sind Mietsteigerungen und die damit zusammenhängende zunehmende Verdrängung von ökonomisch benachteiligten Gruppen aus dem Quartier. So würden laut den Interviewpartner_innen viele Geflüchtete gern in Kreuzberg wohnen bleiben – ihre realen Aussichten, dort eine Wohnung zu finden, seien jedoch äußerst gering.

2.3 STUTTGART-UNTERTÜRKHEIM

2.3.1 EINLEITUNG UND STRUKTURDATEN

Der Stadtbezirk Untertürkheim erstreckt sich über acht Stadtteile entlang einer Tal- und einer Höhenlage an der Stadtgrenze von Stuttgart (s. Abb. 2.3). Unser Untersuchungsgebiet umfasst den kompletten Stadtbe-

zirk mit insgesamt 6,1 km² und 16.862 Einwohner_innen (Stand 2018). Der Anteil der Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft liegt 2018 mit 32,2 Prozent circa 7 Prozentpunkte über dem Wert für die Stadt Stuttgart (25,6 %), die Arbeitslosenquote entspricht mit 4,8 Prozent der Quote der gesamten Stadt (4,8 %) (Statistisches Amt Stuttgart 2020a). Jedoch differieren diese Werte zwischen den einzelnen Stadtteilen im Bezirk stark: So liegt der Anteil an Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft im Ortsteil Untertürkheim in der Tallage 2018 bei 43,4 Prozent, im Ortsteil Rotenberg in der Höhenlage bei nur 9,3 Prozent (Statistisches Amt Stuttgart 2020b). Eine ähnliche Aufteilung bildet sich bei der Arbeitslosenquote ab: 2018 hat der Ortsteil Untertürkheim 6,4 Prozent Arbeitslose, Rotenberg lediglich 3,3 Prozent (ebd.).



Abbildung 2.3: Lage von Untertürkheim in Stuttgart / Quelle: Wikimedia Commons 2010c

Im Quartier gibt es kaum Wohnungsleerstand. Nach Auskunft des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt Stuttgart ist der Großteil der Wohnungen in Untertürkheim im Besitz von Wohnungseigentümergeinschaften (34,8 %) oder Privatpersonen (42,3 %). Lediglich 5,3 Prozent der Wohnungen gehören kommunalen Wohnungsunternehmen und 3 Prozent privatwirtschaftlichen Wohnungsunternehmen (Statistisches Amt Stuttgart 2018; Stand 2011). Dem Amt für Liegenschaften und Wohnen zufolge gibt es im Ortsteil Untertürkheim keinen Leerstand bei Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung und in den letzten 20 Jahren wurden keine neuen Wohnungen errichtet (ebd.; Stand 2018). Hinsichtlich der Mietpreise lässt sich zwischen 2010 und 2018 ein starker Anstieg feststellen: 2010 lag der Mietpreis im Durchschnitt bei 7,90 €/m², 2018 bei 11,60 €/m² (Statistisches Amt Stuttgart 2020b). Der prozentuale Mietanstieg von 38,5 Prozent seit 2010 entspricht etwa dem Durchschnitt der Gesamtstadt (35,6 %) (Durchdenwald 2018).

Für unsere Studie wurden in Untertürkheim 14 Akteur_innen aus den Bereichen Geflüchtetenunterkunft, zivilgesellschaftliches Engagement, Sport, Religion, Sozialarbeit, Polizei, aus dem Bezirksvorstand und der Abteilung Flüchtlinge des Sozialamts Stuttgart interviewt, deren Perspektiven und Beschreibungen des Quartiers im Folgenden dargestellt werden.

2.3.2 QUARTIERSBESCHREIBUNG

Der Großteil der befragten lokalen Akteur_innen beschreibt das Quartier anhand von drei zentralen Charakteristika: dem Weinanbau, der Industrie und der Arbeitsmigration, die überwiegend auf einen lokal ansässigen Automobilhersteller zurückgeht (Interviews 1-13, 1-14, 1-17, 1-18, 1-20, 1-21, 1-25). Laut der Bezirksvorschafterin von Untertürkheim stehen diese Faktoren sinnbildlich für wirtschaftliche Unabhängigkeit und Stärke und haben für den Großteil der lokalen Bevölkerung einen hohen Stellenwert:

„Die Menschen sind stolz darauf, was sie geschafft haben, zum Beispiel durch ihre Tätigkeit beim Daimler oder durch den Aufbau einer erfolgreichen Weingensenschaft.“ (Interview 1-14)

Auch das Stadtbild ist maßgeblich von Industrie und Weinanbau geprägt: In der Tallage weist Untertürkheim großflächige Industriegebiete und Mehrfamilienhäuser auf, wohingegen in Höhenlage überwiegend Einfamilienhäuser, Natur- und Weinanbauflächen zu finden sind. Der Außenstadtbezirk sei sowohl von einem dörflichen Charakter als auch von sozialem Wohnungsbau und Wohnungen mit relativ niedrigen Mietpreisen gekennzeichnet (Interviews 1-14, 1-16). Darüber hinaus werden im Quartier fest verankerte Vereine aus den Bereichen Sport, Musik und Tanz sowie die lokale Festkultur hervorgehoben (Interview 1-20). Die lokalen Weinfeste seien über die Stadtgrenzen hinaus bekannt (Interview 1-17). Des Weiteren wird die gut ausgebaute soziale Infrastruktur – insbesondere von Schulen und Kindergärten – im Quartier betont (Interview 1-15).

Mit Blick auf die Zusammensetzung der Bevölkerung hebt der Leiter der Abteilung Flüchtlinge des Sozialamts der Stadt Stuttgart hervor, dass ganz Stuttgart bereits seit Jahrzehnten durch Migration geprägt worden ist:

„Wir sind als Industriestandort und als Automobilhochburg ja seit vielen Jahrzehnten international geöffnet, also sei es die Gastarbeiterwellen, sei es das Ingenieurwesen. Also bei uns sind ja von jeder Nation Menschen, die in Stuttgart als Stuttgarter leben. (...) Diese Menschen sind Stuttgarter, da haben Sie maximal diese kulturelle Vielfalt durch die Restauration oder durch vielleicht auch speziell mit der Moschee oder so als Vielfalt, als Ergänzung. Das ist in Untertürkheim nicht anders gewesen.“ (Interview 1-18)

Ein Gemeindepfarrer beschreibt die verschiedenen Migrations- und Fluchtgeschichten der im Quartier lebenden Bewohner_innen näher: Neben Arbeitsmigrant_innen, die in den 1960er und 1970er Jahren aus dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei, Italien und Griechenland kamen, sind (Spät-)Aussiedler_innen unter anderem aus Russland und Rumänien nach Untertürkheim gezogen. Auch heute noch seien der relativ günstige Wohnraum und die Arbeitsmöglichkeiten zwei ausschlaggebende Faktoren für den Zuzug von Migrant_innen (Interview 1-20). Eine Interviewpartnerin, die zivilgesellschaftlich und politisch im Bezirk tätig ist, merkt an, dass sich die Bedingungen der Arbeitsmigration verändert haben – heute schließen Unternehmen häufig nur noch Verträge mit Zeitarbeitsfirmen ab (Interview 1-21). Der Verbleib von Neuzugewanderten, überwiegend aus EU-Ländern, im Viertel sei eher temporär – nur wenige würden sesshaft werden, erklärt die Bezirksvorsteherin (Interview 1-14).

Neben den langjährigen Migrationserfahrungen ist für Stuttgart–Untertürkheim ebenso charakteristisch, dass es hier auch Wohngegenden im oberen Wohnungsmarktsegment gibt. Für den Leiter der Abteilung Flüchtlinge des Stuttgarter Sozialamts ist diese Kombination aus Migration und Wohlstand repräsentativ für ganz Stuttgart (Interview 1-18). Beide Faktoren sind im Stadtteil jedoch ungleich verteilt. Viele Interviewpartner_innen verweisen diesbezüglich auf eine sozialräumliche Grenze, die entlang der Tal- bzw. Höhenlage verlaufe: Der untere Ortsteil sei zum Beispiel durch die ehemalige Arbeitersiedlung „Wallmer-Siedlung“, durch den Rückgang des Einzelhandels im Ortszentrum, die Sichtbarkeit von zunehmend prekären Lebensbedingungen sowie langjährige Migrationserfahrungen geprägt. Die oberen Ortsteile in Hanglage werden dagegen als ruhige, bürgerliche Wohngegenden beschrieben, die überwiegend aus Einfamilien- und Reihenhäusern bestehen. Hier existieren im Vergleich zum unteren Ortsteil kaum Migrationserfahrungen (Interviews 1-13, 1-14, 1-20, 1-21, 1-24, 1-25). Das Bild von Untertürkheim als Bezirk mit einer langen Migrationsgeschichte lasse sich aufgrund der lokalen Gliederung also kaum in Gänze bestätigen, so eine Interviewpartnerin, die in Untertürkheim zivilgesellschaftlich engagiert ist:

„In den höheren Lagen (...), das sind bürgerlichere Gegenden (...) und unten im Stadtbezirk wohnen sehr viele sehr arme Leute, sehr viele Leute mit Migrationshintergrund, sodass auch diese Zahlen, die wir über den Stadtbezirk haben, mit, was weiß ich, in Stuttgart ist das ja immer irgendwo in der Gegend von 45 Prozent mit Bürgern mit Migrationshintergrund, ist für den Stadtbezirk nicht wirklich hilfreich, weil das so aufgeteilt ist.“ (Interview 1-21)

Die verschiedenen Lebenssituationen im Quartier führen laut den befragten Akteur_innen auch zu recht unterschiedlichen Problemlagen in der Bevölkerung, wie beispielsweise der Leiter der Untertürkheimer Polizeirevierstation beobachtet:

„Die ursprüngliche Bevölkerung, die sorgt sich natürlich hauptsächlich um die Ordnung. Da gehören Falschparken, Schleichwegsverkehr, Verkehrsdichte dazu, da haben wir natürlich wie in jeder großen Stadt ein Problem. Es gibt viel mehr Autos als Parkplätze. Die anderen sorgen sich eher um ihren Arbeitsplatz.“ (Interview 1-25)

Andere Interviewpartner_innen berichten davon, dass in den oberen Ortsteilen Untertürkheims negative Bilder und Diskurse über den unteren Ortsteil Untertürkheims dominierten. Von Teilen dieser Bewohner_inenschaft werde der untere Ortsteil wegen seiner Migrations- und Arbeitergeschichte stigmatisiert (Interviews 1-14, 1-16, 1-21, 1-24). Eine Interviewpartnerin, die im Stadtteil zivilgesellschaftlich engagiert ist und im oberen Ortsteil wohnt, erklärt sich diese Abgrenzungstendenzen mit einem Strukturwandel, der sich im unteren Ortsteil vollzogen habe:

„In den besseren Wohngegenden herrscht, glaube ich, so eine latente Angst davor, dass der Rest des, also dass dieser bessere Teil des Stadtbezirks den Niedergang erfahren könnte, den man im Stadtzentrum vor Augen hat. Also das wäre so meine Beschreibung.“ (Interview 1-21)

Ein weiterer Interviewpartner beschreibt diskriminierende Einstellungen insbesondere gegenüber potenziellen Nachbar_innen mit türkischem Migrationshintergrund:

„Wenn Häuser leer stehen über längere Zeit, herrscht bei uns dort oben (...) die panische Angst, dass dort irgendein Türkenclan reinkommt und mit drei, vier, fünf Familien das Ding kauft und dann irgendwie (...) Dinge praktiziert, die eigentlich nicht in einer deutschen Gesellschaft dazugehören. (...) Wenn man da rumläuft, wird man immer wieder gefragt: ‚Wissen Sie, wer da reinkommt? (...) Hoffentlich keine Türken, damit wir da keine Hammelbraterei kriegen.‘“ (Interview 1-21)

Wie Migration im Quartier wahrgenommen werde, hänge letzten Endes davon ab, „wo man wohnt“ (Interview 1-16), erklärt die Koordinatorin eines lokalen Stadtteil- und Familienzentrums: In den unteren Ortsteilen sei Migration schon längst gelebte Normalität. Dieses wichtige Ankunftsquartier für verschiedene Flucht- und Migrationsperioden werde maßgeblich von Bewohner_innen mit Migrationshintergrund gestaltet (Interviews 1-20, 1-24, 1-16).

Insgesamt zeigt sich Stuttgart-Untertürkheim in den Beschreibungen als ein zweigeteiltes Quartier: Der untere Ortsteil kann als eine super-diverse Nachbarschaft mit einer langjährigen Migrationsgeschichte beschrieben werden, während dies im oberen Ortsteil weniger präsent ist. Jener Teil Untertürkheims ist eher durch (obere) Mittelschichten geprägt, die teilweise versuchen, sich gegenüber dem unteren Ortsteil und dessen Bewohner_innen abzugrenzen.

2.3.3 SOZIALES ZUSAMMENLEBEN

Vor dem Hintergrund der dargestellten Zweiteilung des Quartiers – ein wohlhabender und kaum von Migration geprägter oberer Ortsteil und ein ökonomisch schlechtergestellter unterer Ortsteil, in dem eine vielfältige Migrationsgeschichte vorhanden ist – skizzieren die befragten Akteur_innen das soziale Zusammenleben je nach Ortslage unterschiedlich. Das Miteinander in der Tallage wird als freundlich, hilfsbereit und vielfältig beschrieben. Die Koordinatorin der *Interkulturellen Brückenbauerinnen und Brückenbauer* – einem städtischen Projekt, in dem Haupt- und Ehrenamtliche seit 2015 in Untertürkheim bei Elterngesprächen sowie weiteren Bildungs- und Erziehungsthemen in insgesamt 17 verschiedenen Sprachen Dolmetscherdienste anbieten – beschreibt den Ortsteil als besonders lebenswert, da in den lokalen Schulen und Kindergärten Menschen aus verschiedensten Ländern zusammenkämen und das Miteinander in der Nachbarschaft solidarisch sei:

„Wir haben eine ganz tolle Nachbarschaft. Sowohl die deutsche und auch die türkische Nachbarschaft. Es ist einfach schön. Jeder hilft jedem. (...) Wir haben seit sieben Jahren auch ein Familienzentrum. Das ist auch total gewollt und wird auch sehr gut angenommen. (...) Das ist ein Treffpunkt für uns alle. Kann man Geburtstage feiern und was weiß ich, Festlichkeiten immer wieder feiern. Und da trifft man sich zusammen.“ (Interview 1-24)

Auf Schul- und Kindergartenfesten sei kulturelle und religiöse Vielfalt längst Normalität geworden, wie ein Gemeindepfarrer am Beispiel des kirchlichen Kindergartens schildert:

„Wenn zum Beispiel die Kinder unseres Kindergartens sich am Gottesdienst beteiligen und etwas aufführen, dann ist es selbstverständlich, dass ihre Mütter mit Kopftuch dann auch in der Kirche sind und den Gottesdienst mitfeiern. Unsere Vorsitzende des Elternbeirats im kirchlichen Kindergarten ist Muslima.“ (Interview 1-20)

Auch die Bezirksvorsteherin hebt im Zusammenleben das Miteinander positiv hervor:

„In Untertürkheim leben 108 verschiedene Nationen. Ich finde es sehr vorteilhaft, dass wir keine Quartiere haben, die eine Monostruktur aufweisen. Wir haben keine italienische Straße, wir haben kein afrikanisches Haus, wir haben kein türkisches Viertel, sondern alle Nationen, so nehme ich es wahr, wohnen nebeneinander, übereinander, untereinander. Der Syrer muss sich mit dem russischen Mitbewohner auseinandersetzen. Die türkische Familie muss sich mit einer afghanischen Familie auseinandersetzen. Wir haben recht viele Griechen hier noch aus den Gastarbeiterjahren, aber auch diese Griechen leben nicht in einer Straße oder in einem Wohnviertel, sondern wohnen verteilt in Untertürkheim.“ (Interview 1-14)

Diese Beschreibungen verweisen auf ein super-diverses Mit- und Nebeneinander von verschiedenen Migrationsgeschichten – vor allem im unteren Teil Untertürkheims. Neben den genannten Wahrnehmungen des Miteinanders werden hier zwar auch Abgrenzungstendenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen wahrgenommen, in den Interviews wurde jedoch nicht immer deutlich, wer sich von wem abgrenzen will. Für das Zusammenleben in den Höhenlagen werden andere Aspekte genannt. So beschreibt beispielsweise ein Gemeindepfarrer einen Ortsteil als relativ „abgeschlossen“:

„Rotenberg ist sowieso eine etwas abgeschlossene Gesellschaft da oben, wo es dann eher nur traditionell Winzer gibt, aber dann eben auch Leitungsebenen von zum Beispiel Daimler. Also ein ganz anderes Klientel als in den unteren Wohngebieten.“ (Interview 1-20)

Diese Abgrenzung äußere sich auch dadurch, dass viele Bewohner_innen von oben selten das Ortszentrum von Untertürkheim aufsuchten (Interviews 1-14, 1-24). Die Bezirksvorsteherin berichtet zudem, dass einige Eltern die Anmeldung ihrer Kinder in der Grundschule in Tallage aufgrund des hohen Anteils an Schüler_innen mit Migrationshintergrund oft verweigerten. Auch deshalb blieben Begegnungen zwischen Bewohner_innen mit und ohne Migrationshintergrund aus (Interview 1-14). Engagierte eines lokalen Sportvereins heben jedoch hervor, dass in den Höhenlagen durchaus Bewohner_innen etwa mit italienischem Migrationshintergrund lebten, „die gibt es schon, aber für uns sind das ganz normale Deutsche quasi“ (Interview 1-13).

Neben den Beschreibungen des alltäglichen Zusammenlebens kristallisieren sich in den Interviews drei Entwicklungslinien und Konfliktpunkte heraus, die die Nachbarschaft besonders beschäftigen: der Strukturwandel im Ortszentrum, Veränderungen auf dem lokalen Wohnungsmarkt und ungleiche Zugänge zu sozialer und politischer Teilhabe. Der seit Jahren stattfindende Strukturwandel im Ortszentrum drücke sich vor allem in einem Rückgang des Einzelhandels und dem Leerstand von Geschäftsräumen aus (Interviews 1-13, 1-14, 1-16). Die Koordinatorin eines lokalen Stadtteil- und Familienzentrums sagt dazu:

„Das ist ein ganz großes Drama halt auch für die Leute, die das noch kennen, dass halt die Innenstadt gelebt hat von kleinen Cafés. Und dann hat da auch noch jemand Musik gemacht. Das hat auch was, glaube ich, mit der heutigen Zeit zu tun, nicht unbedingt mit Untertürkheim. Ich würde sagen, dass man das überall ein bisschen beobachten kann, dass viele Einzelhändler beispielsweise wegsterben und dass die Gesellschaft eher so einen Spiegel von mehreren Ketten hat.“ (Interview 1-16)

Es fielen nicht nur zentrale Einkaufsmöglichkeiten weg (Interview 1-17), sondern insbesondere in den unteren Ortsteilen auch Orte und Anlässe der Begegnung (Interview 1-20). Deshalb setzen sich seit einigen Jahren lokale Akteur_innen und Bewohner_innen für eine Veränderung der Gewerbesituation im Viertel ein. Um das Ortszentrum wiederzubeleben, entwickelte die Stadt Anfang 2017 unter Beteiligung von Bewohner_innen einen „Masterplan“, in dem vor allem städtebauliche Veränderungen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualitäten im Stadtbezirk geplant wurden (planbar3 2017: 5). In mehreren Interviews verweisen lokale Akteur_innen positiv auf diese Initiative der Stadt und hoffen auf eine Verbesserung des sozialen Zusammenlebens im Quartier (Interviews 1-13, 1-14, 1-16, 1-17, 1-20, 1-24, 1-25). So zum Beispiel der Gemeindepfarrer:

„(...) solche Punkte, wo Gemeinschaft entstehen kann, die fehlen, oder solche Feste. Es gibt Feste in der Widdersteinstraße, (...) der Karl-Benz-Platz soll aufgewertet werden, damit man auch dort Feste feiern kann (...). Das Neckarufer soll neu gestaltet werden, der Anleger vielleicht auch wieder für Untertürkheim fruchtbar gemacht werden, (...) und, und, und. Also so gibt es viele Dinge, die sich gerade bewegen und wo wir auch im Verbund, also im Stadtbezirk, (...) die hier auch versuchen, städtebaulich bzw. überhaupt mit einer hohen Qualität ein Stück weit [was] zu schaffen.“ (Interview 1-20)

Darüber hinaus wird auf Veränderungen des lokalen Wohnungsmarktes verwiesen. Mit Sorge verfolgen Interviewpartner_innen aus Sozialarbeit und Zivilgesellschaft die wachsende Wohnungsnot und Verdrängungsprozesse aus dem Stadtteil. Besonders Familien mit mehreren Kindern und mit Migrationshintergrund fänden schwer eine Wohnung oder zögen aufgrund der steigenden Mieten weg (Interviews 1-16, 1-19, 1-24). Im Ortszentrum im unteren Teil Untertürkheims seien die Mieten zwar zum Teil noch günstig, dies sei jedoch vor allem deswegen der Fall, weil die Wohnstandards Defizite aufwiesen (Interview 1-14). Hier blieben Wohnungen oft unsaniert (Interview 1-25) und Vermieter_innen versuchten, aus der Wohnungskrise Profit zu schlagen (Interview 1-21). Auch der Wohnungsmarkt spiegele die soziale Grenzziehung zwischen den

Bewohner_innen Untertürkheims wider. Zivilgesellschaftlich engagierte Interviewpartner_innen berichten etwa von Diskriminierung durch Hauseigentümer_innen aus den oberen Ortsteilen, die sich weigerten, ihre leer stehenden Wohnhäuser zu vermieten: „(...) dann kommen eben einfach so Aussagen wie diese, wenn Deutschland noch Deutschland wäre, dann könnte ich das ja vermieten“ (Interview 1-21).

Der dritte Konfliktpunkt im Quartier betrifft unterschiedliche Zugänge zu sozialer und politischer Teilhabe. So erklären zivilgesellschaftlich Engagierte im Interview, dass sich dies in den unteren Ortsteilen negativ auswirke (wie es oft auf lokaler Ebene der Fall ist; vgl. z.B. Hüttermann 2000: 277).

„Ich habe den Eindruck, dass [das] damit einhergeht, in diesem armen Bereich so eine gewisse Wurschtigkeit oder auch vielleicht über die Methoden, die es gibt, einen, also keine wirkliche Mitsprachemöglichkeit, keine soziale oder politische Beteiligung.“ (Interview 1-21)

Darauf weist auch die Zusammensetzung des Bezirksbeirats hin, in dem Bewohner_innen mit Migrationshintergrund, verglichen mit ihrem Anteil an der lokalen Bevölkerung, unterrepräsentiert sind. Das Thema steht jedoch durchaus auf der Agenda lokaler Akteur_innen. Die Bezirksvorsteherin betont, dass sie sich für die Stärkung der Anerkennung von Gleichwertigkeit und Zusammengehörigkeit von Bewohner_innen mit und ohne Migrationshintergrund einsetze:

„Ich sage es immer wieder: Für mich gehören alle, die hier wohnen, zu Untertürkheim. Die meisten Menschen sind schon so lange hier, die sind in Untertürkheim sesshaft geworden unabhängig davon, wo sie ursprünglich herkommen.“ (Interview 1-14)

Der Vorsitzende des Bürgervereins Untertürkheim e.V. verweist auf die Hürden bei der Initiierung von Veränderungsprozessen:

„Es wird gepredigt von der Bezirksvorsteherin, seit Jahren, wir sollen uns öffnen für die ausländischen Mitbürger, aber es ist nicht so einfach. (...) Man muss denen was bieten. Damit sie zum Beispiel Mitglied werden in so einem Verein. Man muss ja irgendwas anbieten. Da fehlen die Ideen wahrscheinlich noch.“ (Interview 1-17)

In mehreren Interviews wird das Projekt der Interkulturellen Brückenbauer_innen als erfolgreiches Beispiel für die Ermöglichung lokaler sozialer Teilhabe genannt (Interviews 1-14, 1-16, 1-20, 1-25). Die Koordinatorin eines lokalen Stadtteil- und Familienzentrums hebt die Bedeutung von Übersetzungsangeboten und interkultureller Unterstützung in Bildungs- und Erziehungsfragen hervor:

„Es trifft schon den Nerv der Zeit, weil das Ding ist, dass natürlich wir alle nicht 15 Sprachen sprechen und dass es eben auch mal über den Smalltalk hinausgeht und aber dass es nicht nur reicht, die Sprache zu sprechen, sondern auch ein bisschen kulturellen Background zu haben.“ (Interview 1-16)

Dass das Projekt im Stadtteil auf einen hohen Bedarf trifft, nimmt auch die Koordinatorin der Interkulturellen Brückenbauer_innen selbst wahr:

„Also das läuft wirklich gut. Das hat erst in Untertürkheim angefangen, jetzt ist es seit 2017 September in zwei andere Stadtteile ausgeweitet worden. (...) Hier ist es super angenommen worden und deswegen hat man einfach gesehen, die [Nachbarstadtteile] wollten dieses Projekt auch haben, weil es einfach, ja den Menschen zugute gekommen ist.“ (Interview 1-24)

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass in den Beschreibungen des Zusammenlebens in Untertürkheim die Zweiteilung des Ortes in Tal- und Höhenlage eine wesentliche Rolle spielt: Im unteren Ortsteil wird von Begegnungen und Aushandlungen berichtet, die charakteristisch sind für eine super-diverse, postmigrantische Gesellschaft, die in der Lage ist, kulturelle und religiöse Diversität anzuerkennen und auszuhandeln (Foroutan 2019: 22). Im Gegensatz dazu wird die Bewohner_innenschaft des oberen Ortsteils beschrieben als eine sich in Teilen abgrenzende – in vielen Aspekten habe sie keine Berührungspunkte mit dem unteren Teil des Stadtviertels.

2.3.4 KONFLIKTE UND AUSHANDLUNGEN UM DEN ZUZUG VON GEFLÜCHTETEN

Im September 2016 wurde in Stuttgart-Untertürkheim – nach anfänglicher Ablehnung, die von Teilen der Bevölkerung artikuliert wurde – eine Unterkunft für rund 240 Geflüchtete eröffnet. Im Folgenden werden die lokalen Aushandlungsprozesse um diesen Unterkunftsbaus für Geflüchtete nachgezeichnet.

Im Zuge der Fluchtmigration seit dem Jahr 2015 richtete die Stadt Stuttgart in allen Stadtbezirken Unterkünfte für Geflüchtete ein. Zentrales Anliegen und Ziel dieser Unterbringung ist dem Leiter der Abteilung Flüchtlinge im Sozialamt der Stadt Stuttgart zufolge die „Integration im Stadtbezirk“:

„Der Stuttgarter Weg ist seit der Unterbringung von Flüchtlingen im jugoslawischen Bürgerkrieg dieser, dass wir dezentral unterbringen, dass wir versuchen, nicht mehr als 250 Menschen an einem Standort leben zu lassen, dass wir ganz bewusst auf Integration im Stadtbezirk Wert legen und deswegen sagen, lieber kleinere Unterkünfte als ein Großquartier mit mehreren Tausenden à la Berlin-Tempelhof, wo kein Zugang zur Bevölkerung da ist.“ (Interview 1-18)

Im Allgemeinen habe sich die Stuttgarter Stadtgesellschaft aufnahmebereit gezeigt, was er insbesondere auf die langjährigen Erfahrungen mit Flucht- und Migrationsperioden zurückführt. In Untertürkheim sei jedoch nach Bekanntgabe der Unterkunftsplanung von Teilen der Bewohner_innenschaft Ablehnung artikuliert worden: „Also in Untertürkheim insbesondere war am Anfang sehr viel Unsicherheit und Ablehnung“ (Interview 1-18). Die Bezirksvorsteherin Untertürkheims führt dies darauf zurück, dass Bewohner_innen aus den oberen Ortsteilen nicht erwartet hätten, dass die Unterkunft in ihrem Wohnumfeld gebaut würde, sondern vielmehr im unteren Ortsteil (Interview 1-14).

Unsere Interviewpartner_innen schildern verschiedene Argumentationen, die im Zuge der Ablehnung der Unterkunft vorgetragen wurden. So beschreibt der Leiter der Geflüchtetenunterkunft die Bedenken, die vor dem Bau existierten:

„Natürlich, man macht sich ein bisschen Sorgen um das Stadtbild auch, weil, natürlich ist eine Unterkunft in gewisser Weise sehr auffallend, gerade jetzt hier, wenn die Systembauten sind. Jeder, der hier vorbeispaziert, sieht sofort, dass es hier kein normaler Wohnungsbau in Anführungszeichen ist. Es wurden einfach Sorgen geäußert, was Müll angeht, sicherlich auch was Kriminalität angeht, haben sich Menschen Sorgen gemacht. Das sind so die üblichen Sorgen, würde ich mal behaupten, wenn eine Flüchtlingsunterkunft irgendwo gebaut wird, [die] einfach aufkommen, die sich dann meistens natürlich als haltlos herausstellen.“ (Interview 1-15)

Der Leiter der Abteilung Flüchtlinge im Sozialamt berichtet von ablehnenden Haltungen vonseiten der Untertürkheimer Weinbauer_innen: „Wir hatten auch aus dem Personenkreis der Weinbauer nicht unerheblich hier Angst- und Bedrohungsgefühl“ (Interview 1-18). Diese würden befürchten, dass Unterkunftsbesitzer_innen Weinblätter von den Reben pflücken könnten. Dies schildern auch Ehrenamtliche der lo-

kalen Willkommensinitiative: „Damals haben vor allen Dingen die Weingärtner die Befürchtung gehabt, auch über alle anderen Gärtner drumherum sozusagen, dass die alles bei ihnen abholen, was sie nicht dürfen“ (Interview 1-21).

Die Bezirksvorsteherin berichtet, dass auch der Bezirksbeirat Untertürkheims den Standort der Geflüchtetenunterkunft zunächst mehrheitlich ablehnte. Der Stuttgarter Gemeinderat beschloss aber dennoch den Bau an dem dafür vorgesehenen Standort (Interview 1-14). Proteste blieben weiterhin bestehen. So reichten Anwohner_innen gemeinsam eine Klage gegen die Baugenehmigung ein, die zwar nicht erfolgreich war, aber den Bau um ein halbes Jahr verzögerte (Interviews 1-14, 1-17). Außerdem zirkulierte in den oberen Ortsteilen ein Rundbrief von Anwohner_innen, der Ablehnung gegen die Unterkunft zu mobilisieren versuchte. Einige Mitglieder des lokalen Bürgervereins traten zeitweise aus, als der Verein sich unterstützend zum Bau der Unterkunft positionierte (Interview 1-17).

Der Leiter der Polizeirevierstation Untertürkheim erklärt sich die Ursachen der Ablehnung mit bisher fehlenden Migrationserfahrungen in den höher gelegenen Ortsteilen Untertürkheims:

„Sie sehen es ja, wenn Sie im Großen auf Deutschland schauen: Dort, wo die wenigsten Migranten wohnen, sind die Befürchtungen am größten. Und wenn in Rotenberg der Ausländeranteil oder Migrationshintergrund äußerst gering ist und da irgendjemand Sorge hat, jetzt kommt da ein Flüchtlingsheim hin, nein, dann fehlt es aus meiner Sicht einfach an Erfahrungen, die bisher damit gemacht wurden.“ (Interview 1-25)

Um der Ablehnung auf lokaler Ebene zu begegnen und die Aufnahmebereitschaft zu stärken, fanden vor dem Bau der Unterkunft mehrere Informationsveranstaltungen in Untertürkheim statt. Diese waren öffentlich und wurden von Bezirks- und Sozialamt organisiert und durchgeführt (Interview 1-18). Zu einer der Veranstaltungen, die unter anderem in den Räumen einer lokalen Kirchengemeinde und einer Schule im unteren Ortsteil abgehalten wurden (Interview 1-20), erschien der damalige Oberbürgermeister (Interview 1-14). Des Weiteren lud ein lokaler Sportverein, dessen Räumlichkeiten sich neben dem Unterkunftsgrundstück befinden, zu einem Informationsabend mit Anwohner_innen und lokalen Akteur_innen wie der Bezirksvorsteherin und dem Gemeindepfarrer aus dem oberen Ortsteil ein. Mehrere Akteur_innen aus Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung nennen die Bezirksvorsteherin als wichtige Schlüsselperson in den lokalen Aushandlungen (Interviews 1-13, 1-18, 1-24). Eine Vertreterin des lokalen Sportvereins dazu:

„[W]ir haben das Glück, dass vielleicht in diesem Stadtteil die [Bezirksvorsteherin] auch für diese Stimmung gesorgt hat: Wir tun was, tut ihr was (...), dass sie da wirklich etwas angestoßen hat.“ (Interview 1-13)

Die Bezirksvorsteherin wiederum betont die zentrale Rolle, die der Gemeindepastor aus dem oberen Ortsteil auf dem Informationsabend eingenommen habe, indem er etwa an bisherige Erfahrungen mit (Arbeits-) Migration erinnerte:

„Sehr vermittelnd und beruhigend wirkte auch der Pfarrer der Gartenstadtgemeinde Luginsland, der den Gemeindegliedern und den Wengertern⁶ mit seiner Haltung und seinen Aussagen vor Augen führte, dass da Menschen mit Werten, Haltungen und sozialen Beziehungen kommen, die nicht in die Weinberge oder über Grundstücke laufen werden. Wie auch die Menschen nicht, die

6 Es handelt sich um ein lokales Weingut.

jedes Jahr als Erntehelfer für die Weinlese beschäftigt werden und dann eine Zeitlang in Unterkünften wohnen und arbeiten.“ (Interview 1-14)

In die öffentlichen Veranstaltungen seien Ansprechpartner_innen und Expert_innen aus verschiedenen Bereichen eingebunden gewesen – die Einbeziehung etwa der Polizei und die Bestimmung von Ansprechpersonen sei wichtig gewesen, wie der Leiter der Abteilung Flüchtlinge im Sozialamt hervorhebt:

„[W]irklich diese Info, mit den Menschen ins Gespräch kommen, zu sagen, nein, und wir haben ja auch die Betreuung in den Unterkünften in der Hausleitung, wie auch in der Sozialbetreuung durch Mitarbeiter von sieben Trägern der freien Wohlfahrtspflege in Stuttgart übertragen, und zu sagen, es gibt Bürozeiten. Es gibt wirklich Ansprechpartner, die Handynummern der Mitarbeiter sind an den Unterkünften klar ersichtlich, auch von außen. (...) An den Infoveranstaltungen, da haben die Bezirksvorsteherinnen eine große Vermittlungsrolle gespielt, auch immer bewusst die zuständigen Polizeireviere mit involviert, die gesagt haben, wir stehen Ihnen zur Verfügung, Sie können uns jederzeit anrufen, wir schauen danach etc.“ (Interview 1-18)

Des Weiteren wurde den oben erwähnten Befürchtungen der Weinbauer_innen dadurch begegnet, dass nach dem Einzug der Geflüchteten in die Unterkunft temporär ein Wachdienst beauftragt wurde. Zudem wurden Begegnungen zwischen Unterkunftsbewohner_innen und Weinbauer_innen initiiert. Der Leiter der Abteilung Flüchtlinge im Sozialamt schildert:

„Wir haben dann auch, muss man ganz ehrlich sagen, dem Wunsch eines Sicherheitsdienstes, der Wunsch kam aus der Bevölkerung, nachgegeben. Wir haben gesagt, wir benötigen den Sicherheitsdienst eigentlich nicht. Für unsere Bewohner nicht, die brauchen nicht überwacht zu werden. Es war dieses Sicherheitsbedürfnis der Bürger. Die Unterkunft liegt in den Weinbergen. (...) Und dann haben wir gesagt, okay, ... es gibt den Vollzugsdienst. Dann hatten wir mit denen Arrangements getroffen, dass die so Patrouillen laufen ... durch die Weinberge. Und wir haben insofern dem Wunsch nachgegeben und haben für die ersten sechs Monate nach Inbetriebnahme den Sicherheitsdienst außerhalb der Bürozeiten der hauptamtlichen Mitarbeiter in der Unterkunft bestellt, die dann in der Unterkunft waren, aufgepasst haben, dass die Bewohner nicht in die Weinberge gehen. Wir haben Begegnungen der Bewohner mit den Weinbauern arrangiert. Wir haben die Bewohner ganz bewusst in Infoveranstaltungen über die Ängste der Weinbauern informiert, haben ganz klar dargestellt, der Erfolg des Zusammenlebens und des gemeinsamen Friedens hängt auch von eurem Verhalten ab. Und das Ziel war, und da bin ich schon ein bisschen stolz auch drauf, dass es dann im Endeffekt gemeinsame Arbeiten von Weinbauern und Bewohnern in den Weinbergen gegeben hat.“ (Interview 1-18)

Dies habe im Endeffekt zu einer Befriedung der Situation beigetragen – Probleme wegen dieser Thematik seien danach nicht mehr aufgetreten. In diesem Kontext verweist der Leiter der Abteilung Flüchtlinge auch darauf, dass Geflüchtete in die lokalen Aushandlungen eingebunden werden sollten und in diesen als Personen mit Werten adressiert werden müssten:

„Das sind wirklich Menschen, die, wenn man ihnen das erklärt und wenn man ihnen von den Ängsten auch der Heimischen erklärt, die dann mehr als Verständnis haben. (...) uns sagt der Sozialbürgermeister in Stuttgart immer, auf einer Podiumsdiskussion hat ein Geflüchteter gesagt, ich kam mit zwei Koffern, aber ich kam nicht ohne Werte nach Deutschland. Auch bei uns gab es Weingärten, gab es Privatbesitz, wir wissen, was dahintersteckt. Man muss mit den Einheimischen

oder Heimischen oder Locals, oder wie man diese Personenkreise nennt, man muss aber auch mit den geflüchteten Menschen reden und da ist Verständnis.“ (Interview 1-18)

Vertreter_innen der Stadt und der Zivilgesellschaft setzten mit diesen vielfältigen Maßnahmen den ablehnenden Haltungen vor Ort etwas entgegen und hielten den anfänglichen Protesten so auch erfolgreich stand. Die Unterkunft wurde an dem dafür vorgesehenen Standort umgesetzt (Interviews 1-14, 1-17). In mehreren Interviews wird hervorgehoben, dass die geschilderten Maßnahmen und Angebote zur Information und Diskussion merklich zur Beruhigung der Ablehnung beigetragen hätten und dass das allgemeine Stimmungsbild in der Nachbarschaft zum Positiveren gewendet werden konnte (Interviews 1-13, 1-14, 1-15, 1-24). Beispielfähig bilanziert der Leiter der Unterkunft: „(...) man muss da erst einmal gewisse Berührungspunkte abbauen. Ich denke, das wurde ganz gut geschafft in Untertürkheim“ (Interview 1-15).

Nach der Eröffnung der Untertürkheimer Unterkunft für rund 240 Geflüchtete im September 2016 übernahm ein freier Träger der Wohlfahrtspflege die soziale Betreuung der Geflüchteten sowie die pädagogische Hausleitung. Darüber hinaus nahm die bereits im Jahr 2015 gegründete Willkommensinitiative „Freundeskreis Flüchtlinge Untertürkheim“ ihre Unterstützungsarbeit in Form von Deutschkursen, Sachspenden und der Einrichtung eines Begegnungscafés auf. Die befragten Ehrenamtlichen aus dem Kernteam der Willkommensinitiative, die überwiegend in den oberen Ortsteilen wohnen, berichten von einem großen Interesse am Engagement für Geflüchtete in der lokalen Bevölkerung, das für sie bereits unmittelbar nach Bekanntgabe der Unterkunftspläne wahrnehmbar gewesen sei – auch wenn die Anzahl der sich regelmäßig Engagierenden nach einigen Monaten zurückgegangen sei (Interview 1-21). Der Unterkunftsleiter verweist auch auf das (Einzel-)Engagement von Bewohner_innen mit eigener Flucht- oder Migrationserfahrung sowie auf die Zusammenarbeit mit den Interkulturellen Brückenbauer_innen:

„[D]ie Brückenbauerinnen machen da auch sehr viel und die sind auch wirklich eine sehr wichtige Institution (...) Wichtig für die Leute und wichtig für auch, glaube ich, für den Stadtteil. Weil, es sind Leute aus den Stadtteilen, die hier verwurzelt sind, aber natürlich auch noch andere Wurzeln auch haben, teilweise aus der Türkei, aus Russland. Die sind ja nicht spezifisch auf die Flüchtlinge spezialisiert, und dann einfach mit den Bewohnern hier gute Kontakte geknüpft haben und dadurch die Leute auch ein bisschen mehr in den Stadtteil, glaube ich, gezogen haben.“ (Interview 1-15)

Außerdem gebe es einen „Neubürgerrundgang“, den der lokale Bürgerverein gemeinsam mit einer farsisprachigen Stadtteilbewohnerin anbietet: „(...) das ist so eine Gelegenheit, wo auch unsere Bewohner immer eingeladen werden, einfach um den Stadtteil kennenzulernen und vielleicht schon Kontakte zu knüpfen“ (Interview 1-15).

Einer Reihe von Interviewpartner_innen aus den Bereichen Verwaltung und Zivilgesellschaft zufolge sei seit der Unterkunftseröffnung kaum noch Ablehnung oder Protest im Stadtteil hörbar (Interviews 1-14, 1-17, 1-20). Der Vorsitzende des Bürgervereins Untertürkheim e.V. berichtet:

„[D]as hat sich beruhigt eigentlich (...) Das Zusammenleben funktioniert. Ich glaube, vereinzelt werden, beim Ramadan gab es Probleme, wenn nachts dann um zwölf Musik gespielt wird. Aber das konnte dann auch gelöst werden.“ (Interview 1-17)

Im Kontext dieser Beruhigung wurde auch der von Anwohner_innen eigentlich für sechs Monate geforderte Wachdienst, der von der Stadt zugesagt worden war, frühzeitig beendet. Die Bezirksvorsteherin schildert, dass der Wachdienst bereits nach acht Wochen nicht mehr beauftragt worden sei, was bei den Anwohner_innen auch keinen Protest mehr ausgelöst habe (Interview 1-14).

Einige unserer Interviewpartner_innen nehmen jedoch ein Fortbestehen der Ablehnung wahr: So berichten der Unterkunftsleiter und die Koordinatorin der Interkulturellen Brückenbauer_innen von wiederkehrenden Beschwerden seitens der Anwohner_innen über Lärm sowie mangelnde Ordnung und Sauberkeit auf dem Unterkunftsgelände (Interviews 1-15, 1-24). Ehrenamtliche der Willkommensinitiative bemerkten in Gesprächen mit Nachbar_innen eine latente Feindseligkeit: Sämtliche Probleme würden mit Einwanderung verknüpft (Interview 1-21). Einen Grund dafür sieht ein Mitglied der Willkommensinitiative in dem hohen Stellenwert, dem Arbeit und Leistung beigemessen werde: „Beim Schwaben heißt es ja immer: ‚Schaffe, schaffe, Häusle bauen.‘ Und o'gschafft irgendetwas zu kriegen, also ohne, dass sie gearbeitet haben, das ist für den Schwaben nicht akzeptabel“ (Interview 1-21).

Mittlerweile sei für die Unterkunftsbewohner_innen die Wohnungssuche zum Hauptthema geworden, wie einige Akteur_innen berichten. Manche erhielten zwar dabei Unterstützung von ehrenamtlich Engagierten (Interviews 1-15, 1-18), doch mehrere Interviewpartner_innen schätzen die Chance, eine Wohnung im Quartier oder in anderen Stadtteilen zu finden, aufgrund verschiedener Hürden als gering ein (Interviews 1-15, 1-18, 1-24). Sie verweisen auf die angespannte Wohnungsmarktsituation in Stuttgart, sodass besonders geflüchtete Familien mit mehreren Kindern kaum geeignete und bezahlbare Wohnungen fänden. Die Koordinatorin der Interkulturellen Brückenbauer_innen berichtet, dass deshalb ihre Arbeit nicht immer die drängendsten Bedarfe der Geflüchteten abdecke:

„Das ist das größte Problem von denen, dass die eine Wohnung suchen und nicht finden können. Oder Anwaltsbegleitungen. Das wünschen sie sich. Arztlbegleitungen. Das können wir natürlich alles nicht leisten. Wir haben einen Auftrag, dass wir Bildung und Erziehungsthemen abdecken, und nicht mehr.“ (Interview 1-24)

Der Leiter der Abteilung Flüchtlinge im Sozialamt hält zudem die dreijährige „Wohnsitzregelung“,⁷ die für anerkannte Flüchtlinge in Stuttgart gilt und es ihnen in der Regel nicht erlaubt, in dieser Zeit außerhalb der Stadtgrenzen eine Wohnung zu beziehen, für hinderlich. Er ist der Meinung, dass hier eine Ausnahmeregelung vonnöten wäre:

„Es bräuchte eine Ausnahmegenehmigung, dass diese Menschen von den Großräumen auf das Land ziehen könnten. (...) Also ich sehe das jetzt rein aus der Sicht der Menschen, die dann im Umland leichter Wohnungen finden würden. (...) Wir haben in Baden-Württemberg Gegenden (...), wo auch Arbeitskräfte gesucht werden, wo Wohnraum wirklich massig leer steht, weil die Menschen alle in die großen Städte ziehen.“ (Interview 1-18)

Andere Interviewpartner_innen verweisen auf die Existenz diskriminierender Praktiken durch Vermieter_innen und Wohnungsunternehmen, die den Zugang zu Wohnraum erschwerten. Geflüchtete seien aufgrund von Sozialleistungsbezug, Sprachbarrieren und diskriminierenden Vorurteilen in mehrfacher Hinsicht benachteiligt (Interviews 1-15, 1-21, 1-24). Die Koordinatorin der Interkulturellen Brückenbauer_innen erklärt,

7 Seit 2016 gilt bundesweit die „Wohnsitzregelung“ (§ 12a AufenthG). Sie verpflichtet anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte für einen Zeitraum von drei Jahren zur Wohnsitznahme in demjenigen Bundesland, in dem ihr Asylverfahren durchgeführt wurde. Zusätzlich können die Bundesländer ortsbezogene Regelungen auferlegen, wie es beispielsweise in Stuttgart der Fall ist. In Baden-Württemberg erhalten Geflüchtete in der Regel eine Wohnsitzauflage für eine bestimmte Kommune. Eine Aufhebung oder Änderung der Wohnsitzregelung ist unter bestimmten Kriterien möglich, z.B. wenn langfristig der Lebensunterhalt selbstständig gesichert werden kann oder aufgrund von Familieneinheit (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg 2019; Landtag von Baden-Württemberg 2017).

dass zwar viele Unterkunftsbewohner_innen gern in Untertürkheim wohnen bleiben wollten, sie aber auch wüssten, dass sie hinsichtlich des Wohnorts nicht wählerisch sein können (Interview 1-24).

2.3.5 ZUSAMMENFASSUNG

Insgesamt ist Untertürkheim durch eine langjährige Migrationsgeschichte geprägt, die jedoch vor allem im ‚unteren‘ Teil des Stadtbezirks verortet ist und mit diesem verknüpft wird. Die Nachbarschaft wird als zweigeteilt beschrieben: Der ‚untere‘ Ortsteil in der Tallage sei postmigrantisch und super-divers, da dort Menschen mit vielen unterschiedlichen Migrationshintergründen selbstverständlich mit- und nebeneinander existierten. Der ‚obere‘ Ortsteil der Nachbarschaft, auf der Höhenlage, sei hingegen wenig durch Migration geprägt – dort sei die Wohnlage besser und eine sozioökonomisch bessergestellte Bewohner_innenschaft ansässig.

Unser Interviewmaterial lässt den Schluss zu, dass sich diese Zweiteilung auch in der öffentlichen Aushandlung rund um den Unterkunftsbau ausdrückt. So wurde in der Wahrnehmung lokaler Akteur_innen Ablehnung und Protest gegenüber dem Unterkunftsbau vor allem von Bewohner_innen und Interessensgruppen aus den oberen Ortsteilen artikuliert. Parallel dazu gab es dort jedoch auch Befürworter_innen der Geflüchtetenunterkunft, die Unterstützungsstrukturen aufbauten, etwa die Willkommensinitiative oder Vertreter_innen des lokalen Sportvereins.

Neben Vertreter_innen der lokalen Verwaltung und Politik wurden diese unterstützenden Strukturen in die Auseinandersetzungen um den Unterkunftsbau eingebunden, zum Beispiel im Rahmen von Informationsveranstaltungen. Gemeinsam konnten die Konflikte rund um den Unterkunftsbau durch verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen sowie die Vermittlung von Einzelpersonen schließlich beigelegt werden. Dabei habe die Stadtverwaltung sich so verhalten, dass der Widerstand bearbeitet, ihm aber nicht nachgegeben wurde. In den Interviews deutet sich an, dass die bisherige Migrationsgeschichte des Quartiers relevante Bezugspunkte für Reaktionen auf diesen Widerstand sowie für vorhandene interkulturelle Kompetenzen von Bevölkerung, Politik und Verwaltung bieten konnte. So wurde berichtet, dass ablehnende Positionen von Weingärtner_innen unter anderem durch Verweise auf bisherige lokale Migrationserfahrungen abgebaut werden konnten oder dass die Unterbringungskonzepte, was Größe und Verteilung angeht, in Stuttgart auf Lernprozessen aus der vorherigen Aufnahme von Geflüchteten beruhten.

Seit der Eröffnung der Geflüchtetenunterkunft habe sich die Ablehnung abgeschwächt – es wird durchgehend von einem recht hohen und vielfältigen Engagement für die Geflüchteten durch die Willkommensinitiative, aber auch durch Einzelpersonen mit eigener Migrationsgeschichte berichtet. Jedoch schätzen viele der Interviewpartner_innen die Bleibeperspektive der Geflüchteten in Untertürkheim aufgrund des sehr engen Wohnungsmarktes als eher gering ein, sodass in der Folge die Aufrechterhaltung von bereits etablierten unterstützenden Kontakten oftmals unsicher sei.

2.4 HAMBURG-EPPENDORF

2.4.1 EINLEITUNG UND STRUKTURDATEN

Der Stadtteil Hamburg-Eppendorf mit einer Fläche von 2,7 km² liegt im Bezirk Hamburg-Nord (s. Abb. 2.4) (Stadt Hamburg 2019). Im Jahr 2018 lebten hier knapp 25.000 Personen (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019), von denen knapp 10 Prozent keine deutsche Staatsbürgerschaft besaßen – dieser Anteil liegt deutlich unterhalb des Hamburger Durchschnitts (2018: 17,3 %) (ebd.). Bei der Arbeitslosenquote liegt der Ortsteil mit 2,3 Prozent ebenfalls deutlich unter den Vergleichswerten für die Gesamtstadt (Hamburg: 4,8 %) (ebd.).

Eppendorf hat einen vergleichsweise geringen Anteil an Sozialwohnungen und gehört zu den teuersten Stadtteilen Hamburgs – die Mietpreise und die Preise für Eigentumswohnungen sind hier überdurchschnitt-

lich hoch (Freie und Hansestadt Hamburg 2013).⁸ Beliebt ist das Viertel unter anderem aufgrund der Vielzahl an Gründerzeitbauten und der Nähe zum Stadtzentrum. Die Sozialstruktur der Bewohner_innenschaft ist durch hohe Einkommensgruppen geprägt (ebd.).

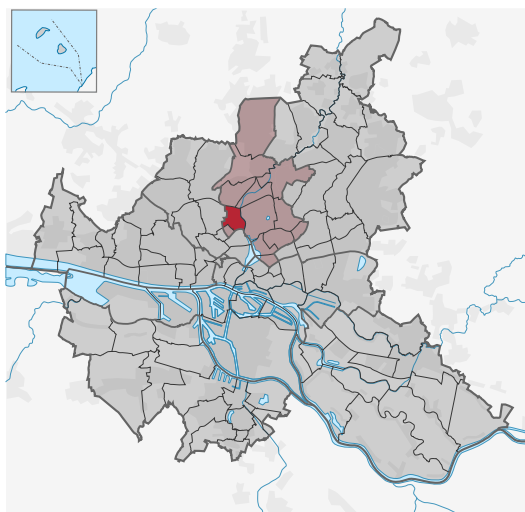


Abbildung 2.4: Lage von Eppendorf im Bezirk Hamburg-Nord und der Stadt Hamburg / Quelle: Wikimedia Commons 2010b

2.4.2 QUARTIERSBESCHREIBUNG

Für das Forschungsprojekt wurden in Hamburg-Eppendorf zehn Akteur_innen aus den Bereichen zivilgesellschaftliche Initiativen und Engagement, Kirche, Kultur, Polizei und Stadtverwaltung (Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord und Zentraler Koordinierungsstab Flüchtlinge, ZKF) interviewt.

Viele unserer Interviewpartner_innen heben die Baustruktur Eppendorfs hervor. So schildert der Leiter des Fachamts für Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord, dass Eppendorf in seiner Bausubstanz von Gründerzeit- und Genossenschaftsbauten geprägt sei und den Stadtteil eine besondere Aufenthaltsqualität kennzeichne:

„Ich sage mal so, es ist ein sehr urbaner Stadtteil, ja, hoch verdichtet auch durch die Gründerzeithäuser und auch oben durch die Genossenschaftsbauten und sehr grün, sehr reich. (...) Und es hat, muss man natürlich sagen, jetzt auch eine extrem hohe, gute Aufenthaltsqualität. Es gibt schöne Parks und man kann hier sehr schön spazieren gehen. Man hat es dicht zur Alster, zum Alsterlauf und auch zur Binnenalster.“ (Interview 1-28)

Die Bewohner_innenschaft ist laut unseren Interviewpartner_innen mit besseren oder hohen Einkommen, einem hohen Bildungsgrad und einer niedrigen Arbeitslosigkeit ausgestattet (Interviews 1-28, 1-30, 1-31). Dazu passen die Gewerbestrukturen, die vor allem durch hochpreisige Boutiquen, Restaurants und einen Biowochenmarkt geprägt sind (Interviews 1-28, 1-30). Im Vergleich zur Gesamtstadt habe der Stadtteil einen eher niedrigen Bevölkerungsanteil von Personen mit Migrationshintergrund (Interviews 1-30, 1-31).

⁸ Der Anteil von Sozialwohnungen an allen Wohnungen beträgt 4,4 Prozent (Hamburg gesamt: 7,9 %), der durchschnittliche Quadratmeterpreis für Eigentumswohnungen liegt bei 6.296 Euro (Hamburg gesamt: 4.483 Euro) (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019).

Den befragten Akteur_innen zufolge ist das so skizzierte Stadtteilbild auch in der Außenwahrnehmung dominant. Besonders aufgrund der hohen Aufenthalts- und Wohnqualität habe Eppendorf außerhalb der Stadtteilgrenzen ein gutes Image (Interview 1-28) und einen hohen Bekanntheitsgrad – bei den Bewohner_innen erzeuge das einen gewissen Stolz, wie der örtliche Bürgernahe Beamte der Polizei beschreibt: „Also ich würde sagen, stolz, dass es ein besonderer Stadtteil ist“ (Interview 1-30).

Bei den Innen- und Außenwahrnehmungen Eppendorfs existieren aber auch kritischere Stimmen, insbesondere hinsichtlich des zunehmenden Wohlstands im Quartier. Eine Interviewpartnerin, die seit ihrer Kindheit im Stadtteil wohnt und hier zivilgesellschaftlich engagiert ist, erzählt, dass der Stadtteil vor einigen Jahrzehnten noch für seine Kunst-, Musik- und Studierendenszene bekannt gewesen sei und damals der Reichtum noch nicht so stark dominierte:

„(...) als dann da hier die ganze Musikszene kam, da wurde es plötzlich schick, dann kriegte es so einen leicht alternativen Touch, dann kamen Studenten, die dann hier auch wohnen wollten, dann ging das erst mal los, dann kam danach, also überhaupt so ein bisschen Kulturleben, dann kam Kabarett und so was und Cafés, dann wurde es ein bisschen bunter (...). Vorher war es hier gar nicht fein, jedenfalls nicht als ganzer Stadtteil.“ (Interview 1-33)

Das (Außen-)Bild des reichen, „feinen“ Viertels weisen einige Interviewpartner_innen aber als einseitig zurück: „Eppendorf ist mehr als Schickimicki-Viertel, wie es eigentlich von den meisten anderen wahrgenommen wird“ (Interview 1-34), erklären Mitglieder eines lokalen Kulturbetriebs. Mehrere Interviewpartner_innen berichten von einer sozioökonomischen Zweiteilung Eppendorfs, deren Trennlinie sich mitten durch den Stadtteil entlang einer vielbefahrenen Straße, der Tarpenbekstraße, ziehe (Interviews 1-34, 1-35, 1-36, 1-37). Hier teile sich die Nachbarschaft in eine sehr wohlhabende und sichtbar gut situierte Quartiersseite sowie eine nicht ganz so teure und schicke Quartiersseite, auf der auch noch Leute mit kleineren Einkommen wohnten. Ein Initiativvertreter, der im wohlhabenderen Teil wohnt, beschreibt exemplarisch: „Eppendorf ist in diesem Bereich eher ein bürgerliches Viertel mit zum Teil deutlich gut situierten Bewohnern, (...) der südwestliche Teil ist aber ganz anders strukturiert“ (Interview 1-36). Die weniger wohlhabende Quartiersseite Eppendorfs bezeichnet eine Initiativvertreterin als ehemaliges „Kommunisten- und Arbeiterviertel“ (Interview 1-33). In diesem Quartier bestehe eine soziale Mischung, die unter anderem auf Sozialwohnungen und Wohnstifte des 19. Jahrhunderts zurückgehe, in denen untere Einkommensgruppen noch günstige Mietwohnungen beziehen konnten (Interviews 1-28, 1-33, 1-36).

Aktuell sei aber zu beobachten, dass die Zweiteilung Eppendorfs zunehmend aufgehoben werde, da auch die ehemals „einfachen“ Wohnungen und Straßenzüge heute durchaus als „schick“ gelten (Interview 1-36). Der Fachamtsleiter Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord erklärt, dass sich die Exklusivität des Stadtteils insbesondere durch neu hinzuziehende Familien mit hohem Einkommen verstärke:

„Bei den Alt-Eppendorfern, die hier wohnen, ist es auch nachbarschaftlich ganz nett, muss man sagen. Es teilt sich so ein bisschen auf. Die neuen Familien (...) und eine extrem hohe Dichte an SUVs, so etwas. (...) Und es gibt aber, wie gesagt, auch ganz normale Nachbarschaften und Leute, die hier lange wohnen und günstig wohnen.“ (Interview 1-28)

Eine Interviewpartnerin, die sich im Stadtteil zivilgesellschaftlich engagiert, nimmt jedoch wahr, dass sich Bewohner_innen der wohlhabenderen Quartiersseite schon lange spürbar sozial abgrenzen: „Ich kenne auch die Leute ziemlich gut und sie sind schwer verdaulich. Man ist unter sich gewesen, sehr unter sich gewesen“ (Interview 1-35).

Hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung wird das Viertel insbesondere aufgrund der geringen Migrationserfahrung als eher „homogen“ beschrieben (Interviews 1-28, 1-30). Im Vergleich etwa zu Nachbarschaften in Berlin-Kreuzberg oder Stuttgart-Untertürkheim sind die Erfahrungen mit Diversität und Migration in Eppendorf weniger umfassend. Vereinzelt verweisen Interviewpartner_innen auf existierende Erfahrungen mit Migration, etwa die Unterbringung von Geflüchteten in den 1990er Jahren (Interviews 1-28, 1-35). Personen mit Migrationshintergrund wohnten zum Teil auch noch in dem nicht so wohlhabenden Teil Eppendorfs, „hinter der Tarpenbekstraße, wo noch bezahlbare Wohnungen sind“ (Interview 1-35).

Mit Blick auf Problemlagen im Viertel nennen alle befragten Akteur_innen die voranschreitende Verdrängung unterer Einkommensschichten aus Eppendorf. Der Fachamtsleiter Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord: „Es findet eine schleichende Verdrängung statt, also durch Umwandlung in Eigentumswohnungen“ (Interview 1-28). Mitglieder eines lokalen Kulturbetriebs berichten, dass die Miete für einige Bewohner_innen aufgrund alter Mietverträge zwar noch erschwinglich sei, sie sich aber die Angebote im Stadtteil kaum noch leisten könnten (Interview 1-34). Eine Initiativvertreterin beobachtet, „dass viele alt-eingesessene Geschäfte immer mehr verschwinden, wir immer mehr Waxing und Nail Studios und sowas bekommen (...). Früher war es ein Café neben dem anderen, ein Bekleidungsladen neben dem anderen“ (Interview 1-33).

Des Weiteren spiele laut unseren Interviewpartner_innen die Verkehrsinfrastruktur eine große Rolle in Eppendorf: Die Wohnbevölkerung beschwere sich etwa über zu wenige Parkplätze oder zu viel Autoverkehr (Interviews 1-28, 1-36). Themen wie Sicherheit, Drogenhandel und Kleinkriminalität werden in den Interviews hingegen nicht erwähnt. Der Bürgernahe Beamte der Polizei berichtet, dass Eppendorf kaum von Kriminalität und Konflikten geprägt sei, verbale oder gewaltbereite Auseinandersetzungen kämen hier selten vor, das kenne er eher aus anderen Hamburger (Innen-)Stadtteilen (Interview 1-30).

Seit 2015 ist die Unterbringung von Geflüchteten in der Nachbarschaft ein zentrales Konfliktthema in Eppendorf. Im Gegensatz zu den anderen in der vorliegenden Studie untersuchten Nachbarschaften waren in Eppendorf zum Erhebungszeitraum keine Geflüchteten untergebracht. Zwar hatte die Stadt seit 2015 verschiedene Standorte für eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete im Stadtteil vorgeschlagen; diese stießen jedoch auf Ablehnung in der lokalen Bevölkerung. Nach jahrelangen Verzögerungen wurde erst im Mai 2020 eine Unterkunft für 88 besonders schutzbedürftige geflüchtete Frauen und Kinder in der Loogestraße eröffnet (Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg 2021). Daher schildern die lokalen Akteur_innen in unserem Interviewmaterial die Dynamiken im Viertel, die vor dem Zuzug stattfanden – denn zum Zeitpunkt der Interviewerhebung wohnten nur einige wenige Geflüchtete in privatem Wohnraum in Eppendorf oder nutzen den Stadtteil aufgrund individueller Kontakte und spezieller Angebote. Auf welche Art und Weise die lokalen Aushandlungen um die Geflüchtetenunterkunft verliefen, wird weiter unten ausführlicher dargelegt.

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass Eppendorf in den Interviews als relativ wohlhabender Innenstadtteil Hamburgs mit einer hohen Wohnqualität beschrieben wird, der jedoch, wenn man genauer hinschaut, von einer auch geografisch beschreibbaren Binnendifferenzierung geprägt sei. Während ein Teil von Eppendorf stark durch Einwohner_innen mit sehr hohen Einkommen geprägt sei, habe der andere Teil Eppendorfs mehr „Normalität“ bewahrt. Dort wohnten weiterhin auch nicht so wohlhabende Einwohner_innen, wobei deren Verdrängung immer mehr zunehme.

2.4.3 SOZIALES ZUSAMMENLEBEN

Auf die Frage nach dem alltäglichen Zusammenleben im Stadtteil werden wiederholt die Schulen, das Kul-

turhaus Eppendorf⁹ sowie ein Wochenmarkt (Isemarkt) als Orte genannt, an denen Menschen informell zusammenkommen bzw. Veranstaltungen besuchen (Interviews 1-28, 1-30, 1-36, 1-37). Auch das jährlich von einem Gewerbeinhaber veranstaltete Jazzfestival sei ein Ort der Begegnung (Interviews 1-18). Mitglieder des Kulturhauses schildern dagegen, dass „besondere“ Anlässe wie Straßenfeste oder Flohmärkte im Zusammenleben weniger eine Rolle spielten, denn diese seien „nicht das unbedingt, wo man sich als Eppendorfer trifft“ (Interview 1-34). Als zentraler erachten sie alltägliche Begegnungen in Cafés, Restaurants und Parks (ebd.). Auch andere Interviewpartner_innen beschreiben das Miteinander in den lokalen Cafés als besonders lebendig (Interviews 1-33, 1-37), so ein Gemeindepastor: „Also da tobt ja richtig das Leben in den Cafés und da sitzen wirklich so Alt und Jung und unterschiedlichste Leute und man versteht sein eigenes Wort nicht“ (Interview 1-37). Ein Großteil der Eppendorfer Bewohner_innen sei jedoch auch in umliegenden Stadtteilen bzw. im Stadtzentrum aktiv:

„(...) ich denke, dass die meisten Leute sich eher nach außen orientieren, weil die Nähe zur Innenstadt da ist. (...) Also es gibt so viele Optionen um uns rum, dass ich denke, dass die Mehrheit der Leute sich nicht so unbedingt auf den Stadtteil konzentrieren.“ (Interview 1-34)

Eine Akteurin, die sich im Stadtteil zivilgesellschaftlich engagiert und in Eppendorf aufgewachsen ist, erzählt, dass das Zusammenleben im ehemaligen Arbeiterviertel Eppendorfs früher von Vertrautheit und Hilfsbereitschaft geprägt gewesen sei:

„(...) wenn da nachts mal irgendwas los war und jemand schrie um Hilfe, dann flitzten die Nachbarn im Schlafanzug da hin und halfen. Man kannte sich, man achtete aufeinander.“ (Interview 1-35)

Eine andere zivilgesellschaftlich engagierte Interviewpartnerin nimmt aktuell ein abnehmendes Zusammengehörigkeitsgefühl wahr, was sie auf allgemeine gesellschaftliche Veränderungen zurückführt. Ein Faktor sei, dass Treffpunkte immer mehr fehlten, etwa „diese kleine Kneipe um die Ecke, wo man zu jeder Zeit hingehen konnte und wo man gerne gesehen war, wo man einfach abends um elf nochmal eben auf ein Bier hinging“ (Interview 1-33). Dieser Wandel hänge mit dem steigenden Wohlstand der Bewohner_innen und der zunehmenden Exklusivität des Stadtteils zusammen (ebd.). Ähnlich beschreibt es ein Gemeindepastor: Soziale Aspekte verlören im Zusammenleben zunehmend an Bedeutung und das gesellschaftliche Leben werde „trist“:

„(...) also diese Immobilien, ich finde, das ist fast eine Blase, also dass darauf gesetzt wird, dass hier betuchte Leute in Eigentumswohnungen wohnen und leben. Das empfinde ich als trist, weil, dieser Stadtteil war mal anders, und das wäre hier auch gut möglich, das bunter, gemischter zu haben.“ (Interview 1-37)

Als zunehmend zentrales Thema der Nachbarschaft sieht er den steigenden Bedarf an sozialem Kontakt, insbesondere unter älteren Bewohner_innen:

„Ich habe dieses ganze Praxisfeld von den klassischen Aufgaben wie Menschen trauen, taufen, beerdigen, diese Seelsorge. Was aber bedeuten kann, bei Penny am Gemüsestand treffe ich Leute und die- oder derjenige erzählt, bis dass dann Leute eine halbe Stunde sitzen. Ich stelle fest, je älter ich

9 Das Kulturhaus Eppendorf existiert seit 1989 und bietet Kunst- und Kulturveranstaltungen im Quartier. Mit dem Einzug in das neueröffnete Eppendorfer Zentrum Martini44 im Jahr 2019, das Vereine und Institutionen rund um die Themen Wohnen, Kultur, Beratung, Begegnung, Betreuung und Pflege umfasst, wurde es in Kunstklinik umbenannt (vgl. Kunstklinik – Kulturzentrum Eppendorf 2021).

werde, je länger ich hier bin, dass das zunimmt, die Inanspruchnahme an Gespräch, Lebensbegleitung, Lebensdeutung und Einzelgespräch.“ (Interview 1-37)

Seine Gemeinde widme sich deshalb stärker dem Thema „generationsübergreifende Nachbarschaft“ und initiiere alltägliche Hilfe im näheren Umfeld, zum Beispiel durch Unterstützung bei Einkäufen und Gartenarbeiten (ebd.).

Eine Initiativvertreterin verweist auf durchaus vorhandene Migrationserfahrungen im Stadtteil und das alltägliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft im weniger wohlhabenden Teil Eppendorfs, das von außen selten wahrgenommen werde:

„Wir haben eine Nachbarschaft mit den Jugoslawen, Griechen, Italienern, die pflegen zwar auch noch ihre eigene Kultur etwas, aber sie haben noch sehr viel Austausch mit den deutschen. Sie haben auch Freunde, Deutsche. Bei den Türken ist es immer bedingt.“

Int.: „Wo sind die denn jetzt im aktuellen Diskurs in Eppendorf sichtbar? Ich höre immer nur, es ist so Deutsch hier. Was stimmt da nicht anscheinend?“

„Nein, also in den Straßen zum Beispiel hinter der Tarpenbekstraße, wo noch bezahlbare Wohnungen sind, sind auch die Jugoslawen noch zu finden. Die sind da wohnen geblieben, auch die Türken. Die sind sehr gut verteilt gewesen bei uns. Die haben nicht zusammen geglückt.“ (Interview 1-35)

In Bezug auf das Thema zivilgesellschaftliches Engagement in der Nachbarschaft betont der Fachamtsleiter Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord, dass in Eppendorf durchaus auch sehr engagierte Bewohner_innen lebten:

„(Es ist) ein Stadtteil (...) mit einer hohen Lebensqualität und auch, wie soll ich sagen, auch mit einer guten Portion Menschlichkeit und Innovation und hohem Engagement. Das muss man auch sehen. Es gibt eben auch eine sehr engagierte Gruppe hier von Menschen.“ (Interview 1-28)

In mehreren Interviews wird die Arbeit des Kulturhauses Eppendorf hervorgehoben: Es sei nicht nur ein bedeutsamer Veranstaltungsort und Treffpunkt in der Nachbarschaft, sondern stärke auch zivilgesellschaftliche Strukturen im Stadtteil. Viele Bewohner_innen engagierten sich seit Jahren im Stadtteil (Interviews 1-28, 1-37). Ein Großteil des Engagements forme sich um den Widerstand gegen bauliche Veränderungen und die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen oder auch für die Einrichtung des sozialen Wohn- und Begegnungszentrums Martini44. Mitglieder des Kulturhauses hoffen, dass durch dieses Projekt die sozialen Werte in Eppendorf weiter gestärkt werden:

„[W]ir sind so ein Bereich in Eppendorf, der noch die Fahne für ein bisschen was anderes hochhält, oder so der Kristallpunkt, (...) ich meine uns als Institution. Und wenn wir jetzt alle da rüberziehen [in das Begegnungszentrum Martini44] (...), uns noch mehr vernetzen dadurch und noch präsenter werden im Stadtteil, hoffe ich, dass das ein bisschen ausstrahlt.“ (Interview 1-34)

Zusammengefasst wird Hamburg-Eppendorf in Bezug auf das soziale Zusammenleben als Stadtteil so charakterisiert, dass dieses zum Beispiel in Cafés, auf dem Markt oder bei Kulturangeboten stattfindet. Es gebe gut vernetzte engagierte Personen, Initiativen und Kulturangebote, jedoch habe sich das Zusammenleben in Ep-

pendorf durch den zunehmenden Wohlstand der Bewohner_innen bereits stark verändert. Soziale Aspekte und die Öffnung der Nachbarschaft für verschiedene Bewohner_innengruppen gerieten zunehmend in den Hintergrund. Es zeigt sich aber auch, dass sich verschiedene zivilgesellschaftliche und kulturelle Akteur_innen in der Nachbarschaft vernetzen, um das Miteinander in der Nachbarschaft zu stärken.

2.4.4 KONFLIKTE UND AUSHANDLUNGEN UM DEN ZUZUG VON GEFLÜCHTETEN

Im Mai 2020 wurde nach jahrelangen Auseinandersetzungen in Hamburg-Eppendorf eine Unterkunft für 88 Geflüchtete in der Loogestraße eröffnet (vgl. Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg 2021). Die Unterbringungskapazität der Unterkunft ist geringer als zu Anfang vorgesehen (104 Plätze) und es werden entgegen dem städteweiten Ansatz einer gemischten Belegung von 60 Prozent Personen im Familienverbund und 40 Prozent alleinstehende Personen (Interview 1-31) ausschließlich besonders schutzbedürftige Frauen und Kinder untergebracht (Bezirksamt Hamburg-Nord 2020). Wie die lokalen Aushandlungen um die Errichtung der Unterkunft in Eppendorf verliefen, wird im Folgenden nachgezeichnet.

Seit dem Sommer 2015 hat es drei Versuche gegeben, im Stadtteil eine Unterkunft für Geflüchtete zu errichten. An der Wahl der Standorte, ihrer Größe und Ausgestaltung habe sich von Beginn an „sehr viel Diskussionsstoff entzündet“ (Interview 1-28), berichtet der Fachamtsleiter Sozialraummanagement des Bezirksamts. Zunächst plante die Stadt eine Unterkunft für 2.400 Geflüchtete im nördlich gelegenen Gewerbegebiet (Osterfeldstraße). Nach Bekanntgabe der Unterkunftsplanung gründeten sich in Eppendorf verschiedene lokale Initiativen, die den Bau unterstützen oder verhindern wollten.

Mitglieder der seit 2012 bestehenden Initiative WIR-sind-Eppendorf, die sich im Stadtteil gegen Verdrängung und den Verkauf städtischer Grundstücke einsetzt, gründeten im September 2015 die Initiative Flüchtlinge in Eppendorf, die sich später in Welcome to Eppendorf umbenannte. Die Initiative unterstützte die städtischen Baupläne der Geflüchtetenunterkunft und plante, ehrenamtliche Strukturen für neu hinzuziehende Geflüchtete aufzubauen (Interview 1-33).

In Teilen der lokalen Bevölkerung rief die Unterkunftsplanung jedoch Ablehnung hervor. So gründeten Bewohner_innen aus den Stadtteilen Eppendorf und Lokstedt, an deren gemeinsamer Grenze die Unterkunft in der Osterfeldstraße gebaut werden sollte, die *Bürgerinitiative Eppendorf-Lokstedt – Integration statt Großsiedlung*. Vordergründig kritisierten sie die Größe der Unterkunft, die Verdrängung der dort bestehenden Gewerbeflächen sowie die mangelnde infrastrukturelle Anbindung des Standortes (vgl. Bürgerinitiative Eppendorf-Lokstedt 2016, 2018; Koch 2016). Gemeinsam mit der Initiative Flüchtlinge nach Eppendorf (nicht identisch mit der eben genannten Initiative Flüchtlinge in Eppendorf bzw. Welcome to Eppendorf) schloss sich die Bürgerinitiative Eppendorf-Lokstedt dem hamburgweiten Dachverband *Initiativen für eine erfolgreiche Integration* (IFI) an. Der Dachverband ist ein Zusammenschluss lokaler Initiativen und setzt sich laut Eigenbeschreibung für „integrationspolitisch sinnvolle und nachhaltige Maßnahmen zur Flüchtlingsunterbringung“ (IFI Hamburg 2020) ein. Es wird bekräftigt, nicht grundsätzlich gegen die Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt zu sein, vielmehr wird eine „Bürgerbeteiligung“ bei der Wahl des Standortes, der Verteilung der Unterkünfte über das Stadtgebiet sowie der Unterkunftsgrößen eingefordert. Um dies durchzusetzen, plante der Dachverband IFI zunächst einen Volksentscheid, der jedoch verworfen wurde, als die Stadt Verhandlungen anbot. Aus diesen Verhandlungen resultierten „Bürgerverträge“, die zwar nicht rechtlich bindend, aber als politische Absichtserklärungen zu verstehen seien, wie der Leiter des Zentralen Koordinierungsstabs Flüchtlinge (ZKF) erklärt (Interview 1-31). In den „Bürgerverträgen“ ist unter anderem ein „Orientierungs- und Verteilungsschlüssel“ festgehalten: Laut der „300er-Regel“ sollen in Hamburg pro Einrichtung nicht mehr als 300 Geflüchtete untergebracht und in ganz Hamburg insgesamt nicht mehr als 300 Unterkünfte bereitgestellt werden (Bürgerschaft FHH 2016).

Der geplante Volksentscheid, die Forderungen des Dachverbands IFI sowie die mit der Stadtpolitik erzielten Vereinbarungen stießen bei den Hamburger_innen und in der medialen Öffentlichkeit auf breite Kritik. Viele Kritiker_innen monierten zwar auch die oft schlechten Wohnbedingungen und die sozial häufig isolierenden Effekte von Gemeinschaftsunterkünften. Die Kritik am Vorgehen des IFI-Verbands entzündete sich jedoch daran, dass seine Forderungen sowie sein politisches und juristisches Vorgehen den Ausschluss von Geflüchteten in der Stadt weiter verschärfte und im Kontext des rapide ansteigenden Unterbringungsbedarfs nicht förderlich gewesen seien, um den öffentlichen Versorgungsauftrag zu erfüllen (Netzwerk Recht auf Stadt 2016). Im Gegenteil hätten die Entwicklungen dazu geführt, dass Geflüchtete weiterhin im Wartezustand gehalten werden, weil Unterkunftsbaupläne gar nicht erst realisiert und bisher nicht ausreichend Unterkünfte bereitgestellt worden seien, die – wie vom IFI ursprünglich gefordert – den Geflüchteten eine langfristige Wohnperspektive geboten hätten (Beitzer 2016; Kempkens 2019).

Auch der Leiter des ZKF erklärt, dass er insbesondere die vom Dachverband IFI erzielten pauschalen Regelungen kritisch sehe:

„Wir halten jetzt von diesen Rechenspielen nicht so wahnsinnig viel, wir haben das mehr gemacht, weil das verlangt wurde, weil wir glauben, dass man sich dann immer wieder jeden Ort selbst an-
gucken muss.“ (Interview 1-31)

Des Weiteren problematisiert er, dass der Dachverband IFI Einzelinteressen vertrete: „Jetzt wird an einigen Standorten verlangt, dass wir mehr als 60 Prozent Familien reinlegen. Das ist ein typisches Beispiel dafür, dass sich eben Partikularinteressen durchsetzen“ (ebd.).

Auffallend ist, dass die „Bürgerverträge“ vielerorts einen verzögernden und daher exkludierenden Effekt hatten, da der Zugang von Geflüchteten zu Unterkunftsraum in vielen Nachbarschaften erschwert wurde oder bestehende Unterkünfte zu großen Teilen geräumt wurden. Daraufhin mussten die Geflüchteten erneut den Wohnort wechseln, „um die magische Zahl aus dem Bürgervertrag zu erreichen: maximal 300 Flüchtlinge, die dauerhaft an einem Standort leben“ (Kempkens 2019). In einigen Stadtteilen, wie auch in Eppendorf, verzögerte der Dachverband IFI den Bau von Unterkünften oder verhinderte geplante Unterkünfte für Geflüchtete, wobei sich die Kritik hauptsächlich an der Größe der Unterkünfte festmachte (Beitzer 2016; Koch/Woldin 2016a). Für Eppendorf veröffentlichten die beiden lokalen Initiativen Bürgerinitiative Eppendorf-Lokstedt – Integration statt Großsiedlung und Flüchtlinge nach Eppendorf gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Dachverbands IFI das „Eppendorfer Konzept“ zur Unterbringung von Geflüchteten im Stadtteil, das dezentrale Unterbringungsformen sowie eine Bürgerbeteiligung bei der Suche nach Standorten im Viertel fordert (IFI Hamburg 2017).

Öffentlich betonen sowohl der Dachverband IFI als auch die Bürgerinitiative Eppendorf-Lokstedt, der lokalen Unterbringung von Geflüchteten nicht per se kritisch gegenüberzustehen, sondern die dafür notwendigen Rahmenbedingungen mitbestimmen zu wollen (u.a. soziale Durchmischung durch kleinteilige Unterbringungen) (Bürgerinitiative Eppendorf-Lokstedt 2016; IFI Hamburg 2021). In den Argumentationen gegen Gemeinschaftsunterkünfte – etwa von Vertreter_innen der Bürgerinitiative Eppendorf-Lokstedt – finden sich aber auch Aussagen über diffuse Angst- und Bedrohungsgefühle, etwa vor alleinstehenden geflüchteten Männern (Koch/Woldin 2016b). Auch andere Initiativen, die dem Dachverband IFI angehören, stehen in der Kritik, in Verhandlungen und in der Presse zum Teil rassistisch zu argumentieren, insbesondere dann, wenn sie ihre Forderungen über stigmatisierende Integrationsverständnisse und Metaphern wie der Verhinderung von

vermeintlich drohenden „Parallelgesellschaften“ und „Ghettobildung“¹⁰ legitimieren (vgl. Kempkens 2019; Netzwerk Recht auf Stadt 2016).¹¹

Dass die ursprünglichen Baupläne schlussendlich nicht umgesetzt wurden, sei daran gescheitert, dass „der Investor da andere finanzielle Vorstellungen davon hatte, sprich mehr Geld da verdienen wollte, als wir ihm bieten konnten“, wie der Leiter des ZKF schildert (Interview 1-31).

Nachdem die Pläne am ursprünglich geplanten Standort fallen gelassen worden waren, plante die Stadt eine kleinere Unterkunft mit rund 90 Plätzen in einer Parkanlage (Seelemannpark), die im wohlhabenderen Teil Eppendorfs liegt. Doch auch an diesem Standort „gab es dann erheblichen Widerstand dagegen“, wie sich der Leiter des ZKF erinnert (Interview 1-31). Die Kritik der Anwohner_innen habe sich nun unter anderem auf den Verlust des Parks als Erholungsraum sowie auf die befürchtete Schädigung einer denkmalgeschützten Büste im Park gerichtet. Daraufhin habe die Initiative Welcome to Eppendorf in der Nachbarschaft intensiv um Unterstützung für den Standort geworben:

„Dann haben wir uns entschlossen, okay, dann stellen wir uns jetzt hinter das Bezirksamt und unterstützen die und votieren auch für diesen Standort. Und wir sind richtig auf die Straße gegangen mit Flyern und Unterschriftensammlung, haben uns beschimpfen lassen. (...) (Die Reaktionen waren) sehr unterschiedlich. Von wirklich kompletter Unterstützung, brauchen gar nichts erzählen, ja, ich gebe sofort meine Unterschrift, und dann wieder andere dazugekommen, bis hin zu wirklich Beschimpfungen.“ (Interview 1-33)

Der Leiter des Fachamts für Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord erklärt, dass die Stadt letztlich aufgrund der Einsprüche hinsichtlich des Denkmalschutzes und der Freizeitnutzung des Parks auch von diesem Standort abgesehen habe: „Und der Seelemannpark steht halt unter Denkmalschutz, und da gab es eben auch ganz massiven Widerstand, so wegen Denkmalschutz und der schöne Park, und ich spiele da mit meinen Kindern“ (Interview 1-28).

Der dritte Standort für die Geflüchtetenunterkunft wurde auf einer Freifläche zwischen Bahnschienen und einer Sporthalle im wohlhabenderen Teil Eppendorfs gefunden (Loogestraße). Der Bau wurde im Frühjahr 2020 schließlich auch umgesetzt. Doch auch dieser Standort sei anfänglich in Teilen der lokalen Bevölkerung auf Ablehnung gestoßen: etwa in Form einer juristischen Klage einer Anwohnerin gegen die Stadt Hamburg. Darüber hinaus wurden Flugblätter und „wütende Briefe“ (Interview 1-31) an die Stadtverwaltung verfasst. Eine weitere Anwohnerin setzte ihre Ablehnung in Form eines auf dem Unterkunftsgelände aufgestellten Sarges um, der den Verlust der Grünfläche symbolisieren sollte (Interview 1-30; Lamprecht 2017; Steffens 2017). Außerdem seien manche Bewohner_innen Eppendorfs „in (...) Sitzungen des Regionalausschusses (...) sehr aggressiv und massiv aufgetreten“ (Interview 1-36), um ihren Protest zu artikulieren.

Die Argumente gegen die Baupläne am dritten Standort seien im Vergleich zu den beiden zuvor diskutierten Standorten insgesamt deutlich schwieriger nachvollziehbar gewesen, wie der Leiter des ZKF erklärt:

„An der Loogestraße ist der Widerstand offensichtlich platter. Da habe ich kein Argument gehört,

10 Beide Begriffe tauchen in der Öffentlichkeitsarbeit dieser Initiativen an verschiedenen Stellen auf (vgl. Bürgerinitiative Eppendorf/Lokstedt 2018; IFI Hamburg 2021).

11 Zur kritischen Auseinandersetzung mit den Begriffen „Getto“ und „Parallelgesellschaft“ in Zugehörigkeitsdiskursen und Wohnungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Çağlar 2001).

wo ich jetzt ernsthaft gesagt hätte, oha ja, schon schwierig. Die Argumente waren, da wird uns eine Hundenauslaufwiese genommen oder hier haben wir keine Parkplätze mehr oder es wurde sogar gesagt, das würde sich in das Ensemble nicht einfügen. Aber wenn man davorsteht und guckt auf die Bahn und den Sportplatz, da gibt es kein Ensemble.“ (Interview 1-31)

Die Verwaltung organisierte mehrere öffentliche Informationsveranstaltungen zu der geplanten Unterkunft. Der Fachamtsleiter Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord beschreibt die Stimmung hier zum Teil als „laut und aggressiv“ (Interview 1-28). Neben Argumentationen, die sich auf den Standort bezogen, wurden rassistische Stereotype bedient, indem Bewohner_innen zum Beispiel pauschale Verdächtigungen über zunehmende Kriminalität und Gewalt äußerten. Häufig seien solche Stereotype aber nur zögerlich und hinter anderen Argumenten verdeckt vorgebracht worden, wie der Fachamtsleiter schildert:

„Es gibt so zwei Stränge, das eine ist, dass gesagt wird, die Menschen, die hierherkommen, fühlen sich ja dann unwohl, weil, hier gibt es ja nichts Billiges zum Einkaufen, es gibt ja keinen Aldi oder kein Netto, was natürlich nicht stimmt. Und das Zweite ist die Angst, die ist aber eher, wie soll ich sagen, das wird oft nicht offen ausgesprochen, also die Angst vor Kriminalität oder Gewalt oder so. Das sind dann so Sätze wie, na ja, da ist ja nebenan die Schule oder die Sporthalle der Schule, was ist denn, wenn dann die Schülerinnen zum Schulsport gehen, an der Unterkunft vorbei. Und dann hängt das so in der Luft. Und klar, Parkplätze ist dann auch noch ein Grund, dann gehen uns Parkplätze verloren. Aber im Kern ist es so die Angst vor dem, was da kommt. Und argumentiert wird dann viel auch mit Grün, da wird ja Grün kaputtgemacht.“ (Interview 1-28)

Um diesem Widerstand wirksam zu begegnen, organisierten Bezirksamt und Sozialamt mehrere Informationsveranstaltungen mit dem Ziel, über die bevorstehende Unterbringung von Geflüchteten in Eppendorf zu informieren (Interview 1-28). Auch Ansprechpartner_innen und Expert_innen verschiedener (staatlicher) Institutionen waren in die Veranstaltungen eingebunden, was laut dem Fachamtsleiter Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord maßgeblich zur Beruhigung des Widerstands beigetragen habe:

„Was sich sehr bewährt hat, finde ich, in den Veranstaltungen, war immer, wenn Polizei dabei war, (...) jemand, der auch ein paar Sterne auf der Schulter hat und [etwas] gesagt hat zu diesem Sicherheitsthema, was ja unterschwellig ganz schnell immer eine Rolle spielt, dann dazu Auskunft geben konnte und sagen konnte, wie sieht die Sicherheitslage aus rund um die Flüchtlingsunterkünfte und wie ist das, wenn die aufgemacht wird, was machen wir. Das war immer sehr hilfreich. (...) Da war immer Polizei, immer jemand von der Schulbehörde, der erklärt hat, wie läuft das mit der Beschulung. Wir waren immer informiert darüber, wie läuft das mit den Kitaplätzen. Es war jemand von dem Betreiber da, der sagen konnte, wie sieht das dann aus, wenn die Menschen kommen, wie ist die Mischung, weil, alle wollen ja immer, dass da möglichst Familien mit Kindern hinziehen und keine Alleinstehenden.“ (Interview 1-28)

Neben Politik und Verwaltung beteiligte sich auch die Eppendorfer Willkommensinitiative daran, den ablehnenden Positionen in der Nachbarschaft standzuhalten. Damit sei die Initiative über ein Jahr beschäftigt gewesen, „obwohl (...) das war ja eigentlich nicht unsere Aufgabe, wir wollten ja eigentlich dafür etwas tun, was kann man schon mal vorbereiten, wenn wir da eine Unterkunft hier haben“ (Interview 1-34). Somit hielt die verzögerte Eröffnung der Unterkunft auch das Engagement von Eppendorfer Bewohner_innen für Geflüchtete jahrelang auf, die jedoch trotzdem schon Angebote für Geflüchtete aus anderen Stadtteilen bereitstellten, etwa einen Sprachkurs im lokalen Gymnasium (Interview 1-33).

Heute bietet die Unterkunft 88 Plätze für besonders schutzbedürftige geflüchtete Frauen und Kinder – was eine Veränderung und starke Reduktion der ursprünglichen Pläne darstellt. Die Platzkapazität bleibt auch hinter den selbst gesteckten Zielen des Dachverbands IFI zurück – nach dessen Berechnungen hätten in Eppendorf 400 Unterbringungsplätze geschaffen werden müssen (vgl. IFI Hamburg 2017: 1).

Der Fachamtsleiter Sozialraummanagement des Bezirksamts Hamburg-Nord reflektiert, dass der Protest in Eppendorf in besonderem Maße vom vorhandenen starken ökonomischen und sozialen Kapital getragen gewesen sei:

„Ich sage mal, die Qualität des Protestes, finde ich, ist besonders (...), also in Eppendorf wird dann schnell geklagt, weil man natürlich das Geld und das Know-how hat und im Zweifelsfall einen Bekannten, der Rechtsanwalt ist, und dann wird sofort das juristisch geprüft, und das wird dann auch ganz schnell schon mal angedroht. (...) Und klar, man kann sich das eben auch leisten. Und man weiß, dass es geht. (...) Das behindert natürlich auch.“ (Interview 1-28)

Er schätzt, dass der Dachverband durch seine guten Artikulationsfähigkeiten und seine wirksame Pressearbeit (z.B. über Broschüren, soziale Medien und Zeitungsartikel; s. Interviews 1-33, 1-28) besonders viel Aufmerksamkeit für die Ablehnung der Unterkunft in Eppendorf auslösen konnte:

„(...) ich glaube, es war immer eine Minderheit, die sich aber zum Teil sehr gut artikuliert hat. Also in so einem Quartier haben Sie Menschen, die sich gut artikulieren können und die Klaviatur von Öffentlichkeitsarbeit (...) gut spielen können. Dann stand eben öfters was in der Zeitung, und dann geht das über Facebook und so weiter.“ (Interview 1-28)

Auch der Gemeindepastor glaubt, dass sich hier eine kleine Gruppe Gehör verschaffen konnte, die nicht repräsentativ für den Stadtteil ist:

„Die, die am lautesten geschrien haben und die da drüben auf der Matte gestanden haben, beim Bezirksbürgermeister, die sind gehört worden. Und (...) was hier so in aller Stille und an Aufmerksamkeit passiert ist, das ist, glaube ich, wenig wahrgenommen worden. Und ich finde schon, dass die Einrichtungen, die sich hier engagieren, [für] einen großen Teil der Meinung der Bevölkerung stehen.“ (Interview 1-37)

Dass die Auseinandersetzungen in Eppendorf nicht nur vom Widerstand gegen die Unterkunft bestimmt waren, sondern aus der lokalen Bevölkerung auch Unterstützung kam, bestätigt der Leiter des ZKF (Interview 1-31). In anderen Hamburger Stadtteilen, die vergleichbar gut situiert wie Eppendorf seien, hätten sich öffentliche Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen Unterstützung und Widerstand durchaus auf ähnliche Weise formiert und entwickelt. Deshalb gehe er davon aus, dass langfristig gesehen die Unterstützung in Eppendorf anhalten und der Widerstand gegen die Unterkunft abebben werde:

„Das war in Harvestehude so, in der Sophienterrasse war das so, das ist in Blankenese so oder in Volksdorf, alles wohlhabende Stadtteile, wo Wohlstand und das Bildungsniveau, das befördert, dass der Widerstand dagegen sich organisiert. Aber genauso befördert das eben auch eine Unterstützungskultur. Das ist mindestens genauso stark. Und das ist auch in allen diesen Stadtteilen so, und das ist auch in Eppendorf so. Es gibt eben auch die, die sich dafür engagieren, die sich später ehrenamtlich engagieren wollen, die aber auch sagen, wir wollen, dass unser Stadtteil auch seinen Teil leistet, und dementsprechend ebenso aktiv werden. Das ist auch in den genannten Stadtteilen

überall so. Das ist ganz interessant, und dazu kommt, dass, wenn eine Sache mal durchgesetzt worden ist und etabliert ist, dann spielt eigentlich der Widerstand dagegen keine Rolle mehr, sondern dann ist dauerhaft tragend die Unterstützerszene.“ (Interview 1-31)

Gleichzeitig wird die als einseitig empfundene Aufmerksamkeit für die Ablehnung der Unterkunft kritisiert (Interview 1-35). Dass Politik und Verwaltung lediglich den Dachverband IFI und nicht die Willkommensinitiativen eingebunden haben, erklärt der Leiter des ZKF:

„Die flüchtlingsfreundlichen Initiativen, die waren daran nicht beteiligt, darüber beklagen sie sich auch, aber das ging eben nicht anders. (...) Wenn man die auch noch dabei gehabt hätte, wäre man nie fertig geworden, hätte man sich gar nicht einigen können. Es war schwer genug, deren Forderungen irgendwie städtischerseits erfüllbar zu machen. Wenn man jetzt noch die Forderungen der anderen Seite irgendwie damit in einen Konsens [hätte] bringen müssen, das hätte nicht funktioniert. Das wäre überkomplex gewesen.“ (Interview 1-31)

Aus dem Interviewmaterial lässt sich schließen, dass die langen Aushandlungsprozesse in Eppendorf schlussendlich dazu führten, dass Teile der Bewohner_innenschaft begannen, sich für ihre Nachbarschaft zu schämen (Interviews 1-28, 1-34), und sich auch die Außenwahrnehmung Eppendorfs veränderte: „Also, dass da Leute sagen, Mensch, bei euch ist ja schlimm, wie die Leute da protestieren oder wie die sich benehmen“ (Interview 1-28).

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass der Widerstand gegen die geplante Geflüchtetenunterkunft in Eppendorf – ähnlich wie in Stuttgart-Untertürkheim – durch das Eingreifen von Verwaltung, Politik, Willkommensinitiative und weiteren Unterstützer_innen beruhigt werden konnte. Im Gegensatz zu allen anderen hier untersuchten Stadtteilen dauerten die Aushandlungsprozesse jedoch so lange an, dass sich die Unterbringung der Geflüchteten jahrelang hinauszog und ein tatsächliches Zusammenleben auf Nachbarschaftsebene erst nach unserem Erhebungszeitraum beginnen konnte.

2.4.5 ZUSAMMENFASSUNG

Eppendorf ist ein Hamburger Innenstadtteil, der von einer hohen Wohnqualität geprägt ist und in dem Menschen mit teilweise sehr hohen Einkommen leben. Ähnlich wie in Stuttgart-Untertürkheim lässt sich auch hier eine Binnendifferenzierung erkennen: Ein Teil der Nachbarschaft ist sichtlich sehr gut situiert, ein Teil ist sozioökonomisch durchmischter. In letzterem Quartiersteil sind Bewohner_innen mit geringeren bzw. mittleren Einkommen zunehmend von Verdrängung bedroht. Die Erfahrungen im Umgang mit Diversität und Migration sind in Hamburg-Eppendorf weitaus weniger umfassend als in Berlin-Kreuzberg und Stuttgart-Untertürkheim.

Verschiedene Pläne für den Bau einer Geflüchtetenunterkunft riefen in Eppendorf starke und gut organisierte Ablehnung in Teilen der Bevölkerung hervor, die dadurch gekennzeichnet war, dass die Gegner_innen in der Lage waren, ihre Ressourcen effektiv einzusetzen. Lokale Initiativen, die sich insbesondere gegen die ersten Unterkunftsbaupläne wandten, vernetzten sich stadtweit in dem Dachverband IFI (Initiativen für eine erfolgreiche Integration), der in Hamburg weitreichende Verhandlungsziele durchsetzen konnte, die in „Bürgerverträgen“ festgehalten wurden.

In Eppendorf führte die Ablehnung spezifischer Standortplätze sowie die Einbettung in stadtweite Aushandlungen dazu, dass die geplante Unterkunft erst im Jahr 2020 eröffnet werden konnte – mit einer stark verringerten Anzahl an Unterkunftsplätzen und einer ausschließlichen Unterbringung von geflüchteten Frauen

und Kindern. So wurde der Zurückweisung der Unterkunft auf der einen Seite nie komplett nachgegeben, vielmehr wurde sie von Verwaltung, Politik, Willkommensinitiative und Unterstützer_innen bearbeitet und beruhigt. Andererseits wurde die Errichtung der Unterkunft durch diese Prozesse lange hinausgezögert und in dem Zuge auch die Anzahl der Geflüchteten, die dort aufgenommen werden sollten, verringert. Die Aushandlungsprozesse dauerten hier so lange an, dass sich ein tatsächliches Zusammenleben auf Nachbarschaftsebene erst nach dem Erhebungszeitraum dieser Studie entwickeln konnte.

Die in Eppendorf existierenden Akteur_innen und Strukturen, die sich für eine Unterkunft von Geflüchteten in Eppendorf einsetzten, waren zwar stark in die Auseinandersetzung eingebunden – und sammelten zum Beispiel Unterschriften für die Errichtung der Unterkunft –, sie hatten jedoch vergleichsweise wenig Einfluss auf die lokalen Aushandlungsprozesse. Durch die jahrelange Verzögerung der Errichtung der Unterkunft konnten auch die vorhandenen Ehrenamtsressourcen nicht oder nur eingeschränkt für die Unterstützung von Geflüchteten eingesetzt werden.

2.5 DRESDEN-GORBITZ

2.5.1 EINLEITUNG UND STRUKTURDATEN

Die Großwohnsiedlung Dresden-Gorbitz liegt am westlichen Stadtrand von Dresden (s. Abb. 5) und ist durch eine relativ geringe Migrationserfahrung bei gleichzeitig hoher Arbeitslosenquote geprägt. Gorbitz ist eines der zuletzt errichteten Neubaugebiete der DDR. Auf einer ehemals landwirtschaftlich genutzten Fläche entstanden zwischen 1981 und 1989 rund 14.800 Wohnungen in sechs-, zehn- und 16-geschossigen Bauten, die auch heute noch das Stadtbild prägen. Nach dem Ende der DDR verlor Gorbitz bis 2000 rund ein Drittel seiner Bewohner_innen, einige der Gebäude wurden rückgebaut. Erst ab 2011 zog es wieder mehr Menschen in dieses Stadtgebiet (Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle 2020).



Abbildung 2.5: Lage von Gorbitz in Dresden/Quelle: Wikimedia Commons 2012

Der Anteil der in Gorbitz lebenden Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft betrug im Jahr 2014 etwa 7,1 Prozent (Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle 2015). Mit dem Zuzug von Geflüchteten seit 2015 stieg dieser Anteil und betrug im Jahr 2018 etwa 15,9 Prozent. Für die gesamte Stadt Dresden betrug dieser Wert nur rund die Hälfte (Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle 2019a). Im gleichen Jahr lag der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbsfähigen hier bei 13 Prozent (Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle 2019b).

Durch den Bevölkerungsverlust in den 1990er Jahren gab es in Gorbitz in den 2000er Jahren einen sehr hohen Wohnungsleerstand. Dieser betrug zwischen 16,1 und 24,2 Prozent – teilweise stand jede vierte Wohnung leer. Zehn Jahre später hatte sich der Anteil auf etwa 8 Prozent verringert, 2018 waren es zwischen 5 und 9 Prozent (ebd.). Innerhalb Dresdens hat Gorbitz die kleinsten, aber auch die günstigsten Wohnungen – jedoch steigen die Mieten auch hier. Das private Immobilienunternehmen Vonovia SE besitzt rund ein Drittel aller Wohnungen in Dresden-Gorbitz, wovon ein Großteil ehemals zum städtischen Wohnungsbestand gehörte (Foroutan et al. 2017: 16).

In Dresden-Gorbitz wurden neun Akteur_innen aus den Bereichen Sozialarbeit und Sozialpädagogik, zivilgesellschaftliches Engagement, Polizei, Stadtpolitik (Ortsbeirat und Parlamentarische Beratung) und Stadtverwaltung (Stadtplanungsamt) interviewt.

2.5.2 QUARTIERSBESCHREIBUNG

Auf die Frage, was Gorbitz ausmache, heben verschiedene Akteur_innen hervor, dass Gorbitz als Ganzes geplant wurde und der jüngste Stadtteil Dresdens ist (Interviews 1-38, 1-41). Der Gründer der Gorbitzer Bürgerinitiative (GoBI), die zwischen 2009 und 2019 existierte (GoBI Dresden 2021) und es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Gorbitz zu vernetzen und mitzugestalten (vgl. ebd.), beschreibt Gorbitz:

„Erst mal ist es ein besonderer Stadtteil von der Geschichte. Es ist der jüngste Stadtteil, das ist erst mal wichtig, ein Reißbrettstadtteil. Auch das ist ja wichtig zu wissen (...), weil es halt nicht ein klassisch urban gewachsener Stadtteil ist, sondern ein Stadtteil, der auf einmal schlagartig da war. Und die Entwicklung, die er eigentlich nehmen sollte, der Stadtteil war ja 1990 nicht fertig, (...) die Wende kam dazwischen, der Stadtteil war ja eigentlich nie fertig. Und er wurde erst nach der Wende weitergebaut, zu Ende gemacht. Aber er konnte nie eigentlich fertig sein, entstehen und dann daraus, ja, Früchte tragen.“ (Interview 1-38)

Ein Sozialarbeiter erzählt, dass mit der Großwohnsiedlung für die ersten Bewohner_innen ein großer Wohnkomfort verbunden gewesen sei, denn die Wohnungen seien mit Badezimmern und Fernheizung ausgestattet worden und hätten es insbesondere jungen Familien erlaubt, aus beengten und schlechten Wohnverhältnissen wegzuziehen: „Luxus ist das falsche Wort zu DDR-Zeiten, aber als Gebiet, sozusagen mit sehr guter Infrastruktur und attraktives Wohngebiet für Bürger damals“ (Interview 1-39). Auch eine Lokalpolitikerin (Mitglied im Ausschuss für Soziales und Wohnen) verweist auf die städteplanerische Konzipierung des Stadtteils:

„[D]er Stadtteil ist eigentlich städteplanerisch auch ziemlich klug konzipiert, also da sind ja verschiedene Wohnblocks, die da entstanden sind. Wenn man sich die genau anguckt, sind die alle so ausgerichtet, dass sie mindestens eine Sonnenseite haben, das wird bei heutigen Bauprojekten nicht mehr so gemacht. (...) Und dann gibt es in dem Stadtteil auch Plätze, auf denen man sich aufhalten kann, es gibt Fußgängerwege, Wiesen, Spielflächen, es gibt aber auch Plätze zum Wäsche aufhängen und sowas alles, (...) es wurde einfach auf der grünen Wiese ein Stadtteil aus dem Boden gestampft und da sind solche Dinge auch mit eingeplant worden. Das heißt, die ursprünglichen, die Leute, die nach Gorbitz gezogen sind, das waren freiwillige Entscheidungen definitiv und das war für viele auch Luxuszugewinn, in Gorbitz zu wohnen. Gerade wegen der fußläufigen Erreichbarkeit von Geschäften und solchen Einrichtungen, (...) übrigens auch fast alles barrierefrei.“ (Interview 1-41)

Ende der 1980er Jahre sei der Stadtteil insbesondere von Familien mit Kindern bzw. von Familien aus der Mittelschicht geprägt gewesen (Interview 1-39). In den letzten 25 bis 30 Jahren habe sich die lokale Bevölkerung dann nicht nur im Umfang, sondern auch in ihrer Zusammensetzung stark gewandelt. So seien die ökonomischen

misch Bessergestellten weggezogen, untere Einkommensschichten und „Leute, die auf dem Arbeitsmarkt dann keine Chance hatten“ (Interview 1-38), seien geblieben. Diese Entwicklung habe sich weiter verstärkt, so Sozialarbeiter_innen im Interview, als ein großer Anteil von Wohnungen Mitte der 2000er Jahre zu Sozialwohnungen deklariert wurde. Das Wohngebiet habe sich innerhalb weniger Jahre komplett verändert, von „einem noch sozusagen gemischten Viertel, wo verschiedene Menschen zusammenlebten, hin zu einem reinen sozialen Brennpunkt“ (Interview 1-39).

In den Quartiersbeschreibungen der Interviewpartner_innen wird deutlich, dass der einst als modern und komfortabel geltende Stadtteil Gorbitz nach dem Ende der DDR eine starke Abwertung erfahren hat. Dies liege unter anderem daran, dass diese Wohnform nicht mehr mit der zunehmenden Individualisierung zu vereinbaren sei und Großwohnsiedlungen mehr und mehr einen schlechten Ruf hätten (Interview 1-41). Im Fall von Gorbitz sei diese Abwertung innerhalb Dresdens zu einem Stigma geworden, erklärt ein Sozialarbeiter (Interview 1-42). Heute schlage sich die Außenwahrnehmung in Annahmen über die Menschen, die dort leben, nieder, wie der Gründer der Gorbitzer Bürgerinitiative meint:

„Es ist ein steriles, neutrales Wohnen, wird von außen immer gesagt. Die Leute kennen sich gar nicht untereinander, was völlig, wirklich völliger Quatsch ist (...). Und (es) wird einem ja immer gesagt, da wohnen nur Assis. Das ist so grob zusammengefasst, was der Allgemeindresdener von Gorbitz wahrnimmt, wie er Gorbitz sieht.“ (Interview 1-38)

Den Bewohner_innen von Gorbitz, so ein Sozialpädagoge, der im Stadtteil arbeitet, werde von außen etwa zugeschrieben,

„(...) es mit dem Arbeiten nicht so zu haben. Entweder nicht bereit oder nicht fähig zu sein, früh aufzustehen. Vielleicht alternativ private Fernsehsender zu gucken und dem Alkohol und den Drogen zuzusprechen, und dass man zwar viele Kinder hat, aber mit denen nicht klarkommt. Das sind so die Vorbehalte, die von außen kommen.“ (Interview 1-42)

Vonseiten der Politik werde Gorbitz als Problemstadtteil mit sozialpolitischem Unterstützungsbedarf klassifiziert (Interview 1-41). In der Vergangenheit sei Gorbitz zudem durch Rechtsextremismus geprägt gewesen (Interviews 1-39, 1-42, 1-43). Der Leiter des Polizeireviers Dresden-West, in dem auch Gorbitz liegt, verweist auf die 1990er Jahre, als im Stadtteil viele rechtsextreme Straftaten verübt worden seien und Gorbitz eine „Hochburg der Rechten“ (Interview 1-43) gewesen sei. Diese Zeit gehöre aus seiner Sicht jedoch der Vergangenheit an (ebd.). Ein Sozialarbeiter des Omse e.V., einem gemeinnützigen Träger von Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sowie Stadtteilprojekten im Dresdener Westen, vermutet, dass die damalige Präsenz rechtsextremer Strukturen ein Grund dafür war, dass der Stadtteil bisher kaum von Migration geprägt wurde:

„Also meine These ist, dadurch, dass in den 90er Jahren Gorbitz ja schon ein rechtsradikaler Stadtteil war, ist kein Ausländer hingezogen außer ein paar einzelne, die dort ihren Stand hatten. Das gibt es ja immer, aber das Thema Migration war hier in diesem Stadtteil nie ein Thema.“ (Interview 1-39)

Von der heutigen Bewohner_innenschaft zeichnen Interviewpartner_innen aus den Bereichen Sozialarbeit und Stadtverwaltung ein vielfältiges Bild. Eine Sozialarbeiterin schildert, dass in Gorbitz noch viele Erstbezieher_innen des Stadtteils lebten sowie Menschen mit geringem Einkommen, die nur hier eine bezahlbare Wohnung fänden, oder aber Transferleistungsbezieher_innen und Personen, die in einer vom Sozialamt angemieteten Wohnung lebten, aber auch Studierende (Interview 1-44). Die Gebietsbetreuerin des Stadt-

planungsamts Süd der Stadt Dresden nennt zudem junge Familien, Akademiker_innen und Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrung als Bewohner_innengruppen (Interview 1-40).

Der Wandel hin zu einem migrantisch geprägten Viertel, vor allem seit 2015, werde jedoch in der Bevölkerung oft nicht positiv gesehen (Interview 1-39). Ein Sozialarbeiter verweist diesbezüglich auf die zeitliche Dimension – dieser Wandel habe in sehr kurzer Zeit stattgefunden:

„Wir reden von einer Zeitspanne von zwei Jahren, das muss man immer dazusagen. Das ist noch kein langer Prozess und andere Stadtteile wie Johannstadt machen es seit 20 Jahren, diesen Prozess (...) für die ist es jetzt nichts Ungewöhnliches, mal eine Frau mit einem Kopftuch zu sehen oder jemanden mit dunkler Hautfarbe. Das gab es hier ja nie.“ (Interview 1-39)

In mehreren Interviews wird darauf verwiesen, dass viele Bewohner_innen in Gorbitz mit Problemen wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit, Sucht und Kriminalität zu kämpfen haben (Interviews 1-39, 1-42, 1-43). Der Leiter des Polizeireviers Dresden-West berichtet, dass nach dem Ende der DDR im Viertel zuerst der Alkoholkonsum und später auch anderer Drogenkonsum zugenommen haben (Interview 1-43). Viele Menschen in Gorbitz fänden es schwierig, dem Stigma entgegenzutreten, fühlten sich ausgegrenzt und abgehängt, hätten das Gefühl, „ihr Leben selber nicht im Griff zu haben“ (Interview 1-42), sagt ein Sozialpädagoge, der in Gorbitz arbeitet. Ein anderer Sozialarbeiter benennt Gefühle der Nicht-Zugehörigkeit: „(...) mit den Leuten, mit denen wir es zu tun haben, ist es so, wir gehören eigentlich nicht dazu, zu diesem System, Staat, Stadt“ (Interview 1-39). Diese Lebensperspektive habe vor allem mit den Erfahrungen nach 1989 zu tun. Sie seien frustriert und enttäuscht und fühlten sich nicht mehr gebraucht (ebd.).

Die soziale Abwertung spiegele sich auch in der Struktur des Viertels wider. Die Wohnhäuser, die nicht mehr im städtischen Bestand sind, würden schlecht instand gehalten, die Sozialstruktur habe sich deutlich gewandelt und „wer es sich aussuchen kann, zieht in der Regel nicht nach Gorbitz und aus Gorbitz versuchen Leute auch wegzuziehen und wollen da nicht wohnen bleiben. Was ja einen starken Bruch ausmacht zu dem Stadtteil, wie er ursprünglich mal war“ (Interview 1-41), so eine Lokalpolitikerin. Aus Sicht eines Sozialarbeiters sei es bisher verpasst worden, die Erfahrungen der ehemaligen DDR-Bürger_innen politisch anzuerkennen. Dies führe dazu, dass Menschen kaum mehr erreicht würden und kein Interesse an einem Dialog mit der Politik hätten:

„Wir sind nicht mehr auf der Diskussionsebene in vielen Bereichen der Bevölkerung, wo man noch über Inhalte redet, sondern das ist schon vorbei, weil die so frustriert und so enttäuscht sind durch die Erfahrungen hier in diesen 25 Jahren, gerade nach der Wende, das war ja die abgeschobene Bevölkerung. Die wurde damals ja wirklich nicht gebraucht. Es gab so 15 bis 20 Prozent der DDR-Bevölkerung, wo klar war, wir werden sie nicht in Arbeit bringen, und hat es auch gar nicht versucht, weil es auch keine Arbeit gab. Das hat sich grundlegend geändert, aber es ist zu spät, es hat sich verfestigt, zumindest für viele. (...) Die Leute sagen nicht, wir warten jetzt 20 Jahre (...) und nach 20 Jahren schalten wir unseren Schalter um und jetzt werden wir wieder aktive Bürger dieses Landes. (...) Wenn ich sage, ich gehe jetzt [für ein Gespräch] zur Politik, was soll ich denen sagen? Dann sagen die mir (...), die [Politiker] sollen alle heimgehn.“ (Interview 1-39)

Neben Stigmatisierungs- und Marginalisierungserfahrungen heben die interviewten Akteur_innen aber auch vorhandene und neu entstehende Strukturen vor Ort positiv hervor, die von außen oft unsichtbar blieben. Der Gründer der Gorbitzer Bürgerinitiative verweist etwa auf die lokal verankerten und engagierten sozialen Einrichtungen wie Kinder- und Jugendhäuser, Streetworker_innen sowie die Kultureinrichtung „Club Passage“, die auch ein Kino betreibt (Interview 1-38; s. auch Interview 1-44).

Mit Blick auf die infrastrukturellen Entwicklungen nennt die Gebietsbetreuerin des Stadtplanungsamts die Umgestaltung der Höhenpromenade, die viel genutzt werde, und verweist auf die allgemeine Wohnzufriedenheit der lokalen Bevölkerung:

„Ergebnisse von Befragungen zeigen, dass die Menschen im Grunde genommen dort zufrieden sind, sie nehmen wahr, dass Gorbitz ein grüner Stadtteil ist, (...) gut mit Parkplätzen ausgestattet wird, mit Einkaufsmöglichkeiten, mit Ärzten, genügend, also die Schulen hat, Kitas hat. Also sowas wird schon positiv wahrgenommen.“ (Interview 1-40)

Sozialarbeiter_innen nennen zudem die Pläne der Stadt, in Gorbitz ein Gymnasium zu eröffnen, als wichtigen Faktor für die lokale Strukturförderung und die Stärkung der Bildungschancen. Weitere solcher strukturellen Maßnahmen wie die Erneuerung von Freiflächen fehlten aber noch:

„Es wird weiterhin ein sozial benachteiligter Stadtteil bleiben. Es gibt in den letzten zehn Jahren keinerlei Ansatzpunkte, die irgendwas strukturell grundsätzlich bewirkt haben, irgendwelche Veränderungen. Wir kriegen jetzt wieder ein Gymnasium in diesen Stadtteil. Das finde ich persönlich sehr positiv, auch wenn es sehr viel Streit gab, um einfach diesen Bildungsstandort zu stärken.“ (Interview 1-39)

Eine Lokalpolitikerin zeigt sich optimistischer und verweist auf das besondere Potenzial für Veränderung und das Zusammenleben in (neuer) Diversität in Stadtrandquartieren wie Gorbitz, denn hier gebe es noch Freiflächen und -räume, um Neues zu entwickeln und zu entfalten. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, müsse die Stadt jedoch die Partizipation vor Ort stärken, „also nicht so sehr in diesem Fürsorgemodus, sondern mehr daraus, dass man mit den Bewohner_innen Projekte vor Ort entwickelt und die mit einbezieht in Stadtteilentwicklung, sowohl baulicher Art als auch struktureller Art“ (Interview 1-41).

Insgesamt wird Dresden-Gorbitz in den Interviews als ein Quartier vorgestellt, das verschiedene Bruchlinien aufweist und bereits diverse Veränderungen durchlaufen hat. Diese umfassen unter anderem einen Bevölkerungsverlust und das Vorhandensein rechtsextremer Strukturen in den 1990er Jahren. Darüber hinaus wird von kollektiven Stigmatisierungs- und Marginalisierungserfahrungen, die nach dem Ende der DDR einsetzen, berichtet, wobei die Vorzüge des Viertels von außen oft übersehen würden. Seit den 1990er Jahren seien viele Bewohner_innen von strukturellen Benachteiligungen betroffen, die bei vielen starke Frustrationsgefühle hervorriefen. Seit 2015 spielen neue Diversifizierungsprozesse und (infra-)strukturelle Herausforderungen im Kontext des Zuzugs von Geflüchteten im Viertel eine große Rolle.

2.5.3 SOZIALES ZUSAMMENLEBEN

Das soziale Zusammenleben in Gorbitz ist laut den Interviewpartner_innen durch vielgestaltige Veränderungen geprägt. In der Gründungszeit des Stadtteils sei mit dem gemeinsamen Erstbezug zunächst ein starkes Gemeinschaftsgefühl zwischen den Bewohner_innen entstanden (Interviews 1-38, 1-42). Seitdem divergierten die Bezüge zum Wohnviertel jedoch. Den ehemaligen Erstbezieher_innen fehle es heute vor allem an sozialen Beziehungen und nachbarschaftlichen Aktivitäten, so die Gebietsbetreuerin des Stadtplanungsamts Süd:

„Was eben im Laufe der Zeit doch beklagt wurde, ist, dass die sozialen Beziehungen, die es mal gab zu DDR-Zeiten, doch nicht mehr so vorhanden sind, wie es die mal gab. Früher gab es auch Nachbarschaftsfeten, man hat gemeinsam eben gefeiert oder man hat gemeinsam etwas getan, das ist jetzt nicht mehr so der Fall. Die Vereinzelung wird schon noch wahrgenommen von den Menschen.“ (Interview 1-40)

In den 1990er Jahren hatten rechte extremistisch eingestellte Jugendgruppen das Zusammenleben in Gorbitz herausgefordert, wie Vertreter_innen aus Sozialarbeit und Polizei berichten. Ein Sozialpädagoge schildert, dass damals im alltäglichen Nachbarschaftsleben rechte Gruppen stark präsent waren und auch Forderungen nach eigenen Orten aufstellten. Dies habe nach der Kritik anderer Gruppen schließlich zur Einrichtung des Jugendzentrums „Juchten“ geführt, das als ein „Haus der Begegnung“ konzipiert wurde:

„(...) die (Rechten) hatten in einer dieser Runden, die dann hier stattfanden mit dem Bürgermeister, beklagt, für uns gibt es ja nichts, wo sollen wir denn hier, wundert euch also nicht, wenn wir auch mal irgendwo auffallen und Scheiße machen. Und das war dann die Idee, na ja, wir müssen für die Jugendlichen etwas tun. Und da kam die Idee, wir bauen eine Einrichtung, und sofort haben natürlich aus dieser breiten Palette von kulturellem und politischem Spektrum die anderen gesagt, aha, jetzt kriegen die Rechten, weil sie Remmidemmi machen, also ein eigenes Haus, und daraus entstand dann sozusagen die Idee, ein Haus der Begegnung zu schaffen für Leute, die in einer Gesellschaft miteinander leben müssen und das auch irgendwo lernen sollen.“ (Interview 1-42)

Dem Leiter des Polizeireviers Dresden-West zufolge sei die rechte Szene heute nicht mehr so organisiert und für das lokale Zusammenleben prägend. Dabei verweist er auf den großen Einsatz engagierter Bewohner_innen, die sich gegen die Zuschreibung als rechten Stadtteil wehrten:

„Dieses Stigma liegt noch immer so ein bisschen auf Gorbitz, obwohl sich insbesondere Neugorbitzer, aber auch die Altgorbitzer, die das eben nicht so sehen, dagegen wehren. Das ist so ein bisschen zurückgetreten, es flammt manchmal in den Diskussionen mit auf, aber ansonsten ist Gorbitz jetzt, was die Straftaten noch angeht, nicht, also kein Leuchtturm für rechte Motivation.“ (Interview 1-43)

Sozialarbeiter_innen des Omse e. V. beobachten hingegen, dass rechte Einstellungen durchaus weiterhin in Teilen der lokalen Bevölkerung „ganz tief hier verwurzelt [sind], und die merkt man immer wieder“ (Interview 1-39). Dies sei insbesondere auch durch die neue Situation im Quartier seit dem Zuzug von Geflüchteten (seit 2015) bemerkbar. Die Gebietsbetreuerin des Stadtplanungsamts Süd nimmt eine „Verunsicherung“ in Teilen der Bewohner_innenschaft wahr:

„(...) dass die Menschen sich zum Teil verunsichert fühlen durch die hohe Zahl, also für Gorbitz oder für Ostverhältnisse gefühlte hohe Zahl an geflüchteten Menschen, die halt eben in Gorbitz wohnen, und das fällt auch mir auf (...), das ist ein ungewohntes Bild für die Menschen.“ (Interview 1-40)

Auch die sprachliche Dimension stelle eine Herausforderung im sozialen Miteinander dar. So erklärt der Gründer der Gorbitzer Bürgerinitiative, dass häufig Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Bewohner_innen aufkamen, da viele Geflüchtete noch kaum Deutschkenntnisse hätten und nur wenige der bereits ansässigen Bewohner_innen andere, potenziell gemeinsame Sprachen wie Englisch sprächen (Interview 1-38). Eine Bewohnerin, die ehrenamtlich im Omse e.V. engagiert ist, berichtet, dass im Wohnhaus trotzdem Kontakte und Hilfsangebote entstünden. Sie schildert den Einzug einer Familie in ihr Wohnhaus:

„[A]ls die Familie eingezogen ist, haben sie sich halt Internet machen lassen und kamen halt damit nicht klar. Dann kamen sie zu mir hoch und ich war knapp zweieinhalb Stunden da unten und habe mich damit beschäftigt, das Internet anzuschließen. (...) Wir sind halt eine Gemeinschaft in dem Haus und das finde ich eigentlich ganz gut.“ (Interview 1-39)

Ein Sozialarbeiter erklärt, dass die Entstehung von Nachbarschaftskontakten durch die hohe Fluktuation der Mieter_innen mit Fluchterfahrung erschwert werde. Die Wohnungen würden von der Stadt immer wieder neu belegt, wenn sich der Status der geflüchteten Bewohner_innen ändere, sodass nach der Eingewöhnungsphase oft schon wieder der Auszug erfolge (Interview 1-39). Engere Bekanntschaften entstünden am ehesten zwischen Bewohner_innen mit und ohne Fluchterfahrung, die Kinder im Kindergarten- und Schulalter haben. Diese lernten sich auf Spielplätzen, in lokalen Vereinen, Kindergärten und Schulen kennen (Interview 1-39). Die alleinstehenden Geflüchteten, häufig junge Männer, hingegen „kriegt (man) ja halt weniger mit“ (Interview 1-39), sagt eine ehrenamtlich engagierte Quartiersbewohnerin.

Einen wichtigen Anlass zur Begegnung bieten die jährlich stattfindenden Straßenfeste in Gorbitz, die von lokal ansässigen sozialen Vereinen und Trägern organisiert und durchgeführt werden. Die Feste brächten nicht nur Bewohner_innen mit und ohne Fluchterfahrung zusammen, sondern sie böten Geflüchteten auch Gelegenheiten, am Nachbarschaftsleben teilzunehmen und etwas beizutragen, wie Mitarbeitende des Omse e.V. beschreiben:

„[W]as wirklich hilft, ist, wir haben hier ein Straßenfest gemacht, einmal im Jahr, mit 500 Leuten. Da strömen in die Straße ganz viele Leute, die ganzen Immigranten haben dann eigenes Essen verkauft und so, also viel eigenes Engagement.“ (Interview 1-39)

Um geflüchteten Bewohner_innen das Ankommen in der Nachbarschaft und darüber hinaus zu erleichtern, hat die Stadt Dresden das Konzept einer sozialarbeiterischen Regionalkoordination entwickelt und die Stadt dafür in vier Regionen eingeteilt. Der soziale Träger *Sächsisches Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden (SUFW) e.V.* ist seit 2017 für den Dresdener Westen zuständig und hat ein Büro in Gorbitz eingerichtet. Die Sozialarbeiter_innen bieten hier für Geflüchtete, die in Gewährleistungswohnungen leben, soziale Betreuung und Integrationsberatung an, erklärt die Regional Koordinatorin und Fachbereichsleiterin der Sozialbetreuung in Dresden-West (Interview 1-44). Außerdem solle die Migrationssozialarbeit in den Stadtteil hineinwirken und sich mit vorhandenen sozialen Infrastrukturen wie Jugendzentren und Vereinen vernetzen, sodass diese ihre Angebote für Geflüchtete öffnen: „(...) dass man das bestehende Angebot einfach erweitert auf eine neue Zielgruppe oder besser abstimmt“ (Interview 1-41; vgl. Landeshauptstadt Dresden 2021). Der SUFW e.V. stellt zudem Ansprechpersonen für ehrenamtlich Engagierte bereit. Laut der zuständigen Koordinatorin für Migration und Ehrenamt in Gorbitz engagierten sich im Quartier unterschiedliche Bewohner_innen: „Zu mir kommen alle (ehrenamtlich Engagierten) mit oder ohne Migrationshintergrund (...), es gibt ganz verschiedene Hintergründe, Nationalitäten, Studenten, Rentner“ (Interview 1-46). Die Regional Koordinatorin und Fachbereichsleiterin der Sozialbetreuung in Dresden-West hebt zudem das hohe Engagement von Menschen hervor, die im Stadtteil beruflich tätig sind:

„(...) ob die nun aktiv in Jugendhäusern arbeiten oder im Hort, Kindergarten, als Kulturmittler, als Quartiersmanager, (...) also Akteure, die sich regelmäßig auch an einen Tisch setzen und verschiedene Dinge, die im Kiez, zwischen den Häusern, wo halt viele Geflüchtete wohnen, einen Familientreff initiiert haben.“ (Interview 1-44)

Sie beschreibt die Akteur_innen als sehr engagiert und gut vernetzt:

„(...) weil die einfach agieren. Die stehen zur Verfügung, die haben ihr Netzwerk, die haben das auch gut verwirklicht. (...) Es sind irre viele Menschen aktiv, die hier ohne auf die Pauke zu hauen da sind und Geflüchteten, zugezogenen Menschen, ja, beiseitestehen. Gibt jeden Tag ganz viele Angebote, wo sie hingehen können, aber es gibt auch viele Menschen, die einfach in Patenschaften unterwegs sind.“ (Interview 1-44)

Im Bereich der Zivilgesellschaft hat sich 2009 die lokale Bürger_inneninitiative GoBI gegründet. Sie widmete sich insbesondere der nachbarschaftlichen Vernetzung und lokalen Aktivitäten und seit 2015 auch der Schaffung einer lokalen Willkommenskultur. Dazu gehörte unter anderem die Organisation und Durchführung einer Veranstaltung im Quartier, wie der Gründer der Initiative schildert:

„[Da] habe ich in Gorbitz versucht, eine Flüchtlingsinitiative zu gründen, hat auch sehr gut geklappt. Da sind gleich bei der Anfangsveranstaltung 80 [Bewohner_innen aus Gorbitz], Interessenvertreter von den Wohnungsunternehmen, (...) Sozialinstitutionen gekommen.“ (Interview 1-38)

Durch die Veranstaltung sei eine Kooperation zwischen Schüler_innen und der Dresdener Verkehrsbetriebe AG zustande gekommen, die gemeinsam eine Stadtrundfahrt für Geflüchtete in englischer Sprache organisierten. Außerdem gründete sich das Netzwerk Gorbitz International, das unter anderem in einer lokalen Kirchengemeinde den wöchentlich stattfindenden Begegnungstreff GO IN – Gorbitz International anbot. Nach einigen Monaten habe der Treff jedoch an Bedeutung verloren, erzählt eine ehrenamtlich Engagierte des Netzwerks. Als Gründe nennt sie, dass die Geflüchteten mittlerweile selbst im Stadtteil vernetzt seien, etablierte Angebote nutzten und eigene Strukturen und Treffpunkte aufgebaut hätten. Auch das Netzwerk Gorbitz International habe sich aufgelöst, wie Mitarbeiter_innen des Omse e.V. erläutern. Aus ihrer Sicht fehlte es dem Netzwerk vor allem am notwendigen ehrenamtlichen Engagement, aber auch an struktureller Unterstützung bei der Organisation:

„Dieses Netzwerk ist einfach ein Verbund von allen Akteuren, die in diesem System aktiv sind, und wo dann eben so Fragen besprochen werden konnten. (...) Hier in Gorbitz, wo die meisten Asylsuchenden leben, hat dieses Netzwerk einfach nicht funktioniert, weil wir einfach keine Ehrenamtlichen hatten, die sich dort engagiert haben, und keiner diese Struktur übernehmen wollte, die Organisation, was aus meiner Sicht dann auch eigentlich von der Amtsseite gemacht werden sollte, weil es hier besonders wichtig ist. Es gibt noch einen Verteiler, aber kein Treffen. Man schickt mal eine Mail herum und sagt, ich bräuchte mal rechtlichen Beistand, kennt jemand jemanden?“ (Interview 1-39)

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass im sozialen Zusammenleben in Gorbitz verschiedene gesellschaftliche Umbrüche erkennbar sind. Zwei zentrale Aspekte sind laut unseren Interviewpartner_innen die Entwicklungen nach dem Ende der DDR sowie der Zuzug von Geflüchteten seit 2015. Beide Entwicklungen brachten neue Herausforderungen mit sich, aber auch neue Strukturen und Dynamiken in der Nachbarschaft. So stehen Abwertungserfahrungen, Erzählungen über soziale Benachteiligung und rechtsextreme Einstellungen neben Schilderungen von dichten sozialarbeiterischen Strukturen sowie einzelnen Engagierten und Initiativen, die sich für die Stärkung und Öffnung der Nachbarschaft einsetzen. Im Stadtteil gestalten Sozialarbeiter_innen die Ankunft zugezogener Geflüchteter maßgeblich mit. Eine Schwierigkeit besteht laut den lokalen Akteur_innen jedoch darin, Lücken im zivilgesellschaftlichen Engagement und in der Infrastruktur des Quartiers ausreichend auszugleichen.

2.5.4 KONFLIKTE UND AUSHANDLUNGEN UM DEN ZUZUG VON GEFLÜCHTETEN

Im Folgenden soll nachgezeichnet werden, wie die Unterbringung von Geflüchteten im Stadtteil verlief und auf welchen Ebenen diesbezügliche Konflikte und Aushandlungen stattfanden. Zum einen wohnen in Dresden-Gorbitz Geflüchtete, die sich noch im Asylverfahren befinden, und zwar in sogenannten „Gewährleistungswohnungen“, die zentral von der Stadt angemietet und jeweils mit mehreren Geflüchteten belegt werden. Zum anderen wohnen Geflüchtete in Gorbitz, die das Asylverfahren bereits durchlaufen haben, und zwar in eigenen Wohnungen, die sie oft über das Sozialamt finden (Foroutan et al. 2017: 21).

Die dezentrale Unterbringung von Asylbewerber_innen, wie sie die Stadt Dresden mit der Vergabe von Wohnungen in Gorbitz verfolgt, basiert auf einem nachbarschaftlichen Integrationsansatz, wie ein Sozialarbeiter erklärt (Interview 1-39). Die Umsetzung des Konzepts in Gorbitz wird jedoch kritisiert. So seien Geflüchtete zwar nicht in Gemeinschaftsunterkünften, sondern in von der Stadt Dresden angemieteten Wohnungen (Gewährleistungswohnungen) (Landeshauptstadt Dresden Sozialamt 2018; Landeshauptstadt Dresden 2019) untergebracht, in vielen dieser Wohnungen lebten jedoch mehrere, einander unbekannte Menschen auf engem Raum zusammen, einige Wohnungen seien aufgrund von Durchgangszimmern nicht für Wohngemeinschaftsbelegungen geeignet und zudem seien die durch die Stadt belegten Wohnungen nicht gleichmäßig auf die Wohnhäuser verteilt (Interviews 1-39, 1-41). Ein zentrales Problem sieht ein Sozialarbeiter in der mangelnden Kommunikation zwischen Sozialarbeit, Verwaltung und Wohnungsbau-gesellschaft:

„[Es] gibt ein Integrationskonzept für die zentrale Unterbringung in Dresden. Da steht drin, dass pro Hauseingang maximal 10 Prozent der Wohnungen für Geflüchtete sein sollen. Das habe ich auch mehrmals gesagt, das interessiert keine Sau. Wir haben Wohneingänge, wo die Hälfte davon Wohnungen sind, und wenn man es jetzt auf Menschen umrechnet, das ist natürlich mehr als die Hälfte. Da kann man auch eigentlich mit der Wand reden, wenn man dann an die Stadtverwaltung herantritt.“ (Interview 1-39)

Ein Sozialpädagoge berichtet, dass die privaten Immobilienunternehmen, in deren Wohnungen Geflüchtete untergebracht werden, aus diesem Grund dazu übergegangen seien, diese Wohngemeinschaften und Familien in einzelnen Wohnhäusern unterzubringen, um die Anzahl der Beschwerden von Altmietler_innen niedriger zu halten (Interview 1-42).

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf ausbleibende Informationen zur Unterbringung von Geflüchteten in Gorbitz. So schildert ein Sozialarbeiter, dass die Stadt weder die Bewohner_innenschaft noch die lokal tätigen Akteur_innen im Vorfeld informiert und auch die Veränderungsprozesse in der Nachbarschaft nicht angemessen begleitet habe:

„Ich habe diesen Prozess ganz live miterlebt, dass wirklich hier im Wochenrhythmus Busse in die Straße gefahren sind, 20, 30 Leute herausgeworfen haben. (...) Politik und Verwaltung machten eigentlich komplett dicht. Es gab keinerlei Informationen. Mittlerweile haben wir bei Kindern einen Ausländeranteil von 50 Prozent. Hier in diesem Wohngebiet, das hat sich innerhalb von zweieinhalb Jahren, das muss man sich eigentlich vorstellen, verändert, innerhalb so minimaler Zeit. Wie gesagt, dieses Wohngebiet hat das schon mal so durchgemacht, so eine Veränderung. Damals, 2006, als dann auf einmal [aus] 500 Wohnungen Sozialwohnungen entstanden und dann natürlich in einer relativ schnellen Zeitspanne ganz viele Sozialhilfeempfänger hergezogen sind oder Hartz-IV-Empfänger. Damals gab es noch (...) die Unsicherheit, wir wissen nicht, wie man damit umgeht, wie informieren wir die Bevölkerung, weil man ja immer gemerkt hat, man stößt ja sofort auf massivsten Widerstand, (...). Was das eigentlich mit diesen Menschen hier macht oder was hier passiert, wie wir damit umgehen, (...) diese Frage (stellt niemand) offen (...).“ (Interview 1-39)

Eine Lokalpolitikerin erklärt, die Stadt habe in Gorbitz mehr Wohnungen mit Geflüchteten belegt, als ursprünglich geplant war. Einer der Gründe sei gewesen, dass es in Dresden zum Zeitpunkt der Ankunft von Geflüchteten im Jahr 2015 keine angemessenen Angebote von privaten Wohneigentümer_innen zur Unterbringung von Geflüchteten gegeben habe:

„Es gab so ein paar Angebote, die waren unverschämt, also entweder wurde das letzte Kellerloch angeboten, dass da ja jetzt hier irgendwie die Leute einziehen könnten, oder zu horrenden Preisen, die auch unverschämt waren, sodass mit wenigen Ausnahmen eigentlich nur die Vonovia-Wohnungen vermietet [wurden], also für die dezentrale Unterbringung.“ (Interview 1-41)

In Gorbitz, so berichten Interviewpartner_innen, erlebten geflüchtete Bewohner_innen seit ihrer Ankunft wiederholt Konflikte, rassistische Anfeindungen und Gewaltbedrohungen, die von Beleidigungen bis hin zu körperlichen Übergriffen im öffentlichen Raum und in den Wohnhäusern reichten. Sozialarbeiter_innen schildern beispielsweise, dass Eltern ohne Migrationshintergrund ihre Kinder aufgrund der neuen Schüler_innen von der Schule nahmen, dass in sozialen Einrichtungen, die von Geflüchteten besucht werden, Konflikte entstünden, und dass in solchen Situationen auch rechte Einstellungen zum Vorschein kämen:

„Ich erlebe es im Kindertreff, dass das Miteinander größtenteils funktioniert, aber wenn es dann zu Konflikten kommt, dann spürt man, wie diese Grundideologien hervorkommen. Dann wird man beleidigt und beschimpft mit den klassischen Systemen.“ (Interview 1-39)

Auch ein Sozialpädagoge, der in einem Jugendhaus arbeitet, sagt, dass das Miteinander zwischen den Jugendlichen nicht immer reibungslos verlaufe (Interview 1-42). Um die sozialen Einrichtungen für Geflüchtete zu öffnen beziehungsweise offenzuhalten, hätten Sozialarbeiter_innen jedoch verschiedene Umgangsweisen gefunden. Der Sozialpädagoge hebt die Notwendigkeit hervor, als Team eine gemeinsame Haltung zu vertreten, die alle willkommen heißt, auch wenn dann Absagen und Verweigerungen aufseiten der etablierten Bewohner_innen und Besucher_innen in Kauf genommen werden müssten:

„Wie gesagt haben wir natürlich Kinder, deren Eltern sagen, nein, also hier mit diesem Pack hier, da will ich nicht, dass mein Kind hier umgeht und so, das ist, da haben wir auch schon Veranstaltungsabsagen gehabt, oder eine Jugendweihe wird abgesagt (...). Es ist okay, es ist eine Entscheidung, es ist eine offene Einrichtung.“ (Interview 1-42)

Zudem thematisieren Akteur_innen Konflikte in den Wohnhäusern, in denen Geflüchtete untergebracht sind. Zwischen den Mietparteien entstünden etwa Konflikte um Sauberkeit und Ruhestörung. Schon kurz nach der Unterbringung von vielen Geflüchteten im Herbst 2015 hätten Lärmbeschwerden merkbar zugenommen, was aufgrund der Überbelegung der Wohnungen, der Baustruktur und der dünnen Wände der Wohnungen wenig überraschend sei (Interviews 1-43, 1-44). Zudem würden nicht alle Bewohner_innen der Gewährleistungswohnungen einen Wohnungsschlüssel besitzen und müssten daher nachts klingeln. Auch käme es aufgrund der hohen Anzahl von Personen pro Wohnung häufig zu Streit (Interview 1-41). Zusätzlich gebe es Konflikte um unterschiedliche Auffassungen von Ruhezeiten, wie die Regionalkoordinatorin und Fachbereichsleiterin der Sozialbetreuung in Dresden-West erklärt:

„(...) kommt noch dazu, den Menschen zu erklären, dass man bis, dass es eine Mittagsruhe gibt, dass es sonntags irgendwo man auch nicht unbedingt früh um sieben anfängt, mit einer Bohrmaschine rumzuhantieren, dass abends in Deutschland die Kinder [nach dem] Sandmann ins Bett gehen, so, mindestens pochen manche darauf, dass es so ist, ich weiß es nicht, ob das bei vielen noch so ist, aber viele pochen darauf.“ (Interview 1-44)

Oft beobachte sie dabei eine Unverhältnismäßigkeit der Beschwerden gegenüber Geflüchteten vonseiten der Alteingesessenen, „dass sie natürlich alle ihre Sinne irgendwie, wie so Schneckenfühler nach außen möglichst alles hören, wo man sonst sagt, das ist vielleicht noch Zimmerlautstärke oder da geht jetzt bloß jemand ganz

normal die Treppe hoch, das ist schon eine Lärmbelästigung, also so“ (Interview 1-44). Teilweise würden bei solchen Konflikten auch schnell Ordnungsamt, Sozialamt oder Polizei eingeschaltet:

„(...) dann wird schon mal geklopft und dann wird halt sich beschwert, aber halt nicht in einem freundlichen Ton, sondern (...) es wird relativ direkt, uneingepackt gesprochen. Und oftmals geht es dann eigentlich gleich weiter, keine Ahnung, beim [Stadtbezirksamt], bei der Polizei, im Sozialamt, also dass da eigentlich gleich so die, ich sage mal, die Haussheriffs gibt es ja, (...). Wenn man davon weiß, kann man sie einladen, ins Gespräch holen, aber die versuchen natürlich gleich, irgendwo jemanden zu finden, der die Zugezogenen möglichst schnell aus der Wohnung rausholt.“ (Interview 1-44)

In mehreren Interviews berichten Akteur_innen aus dem Bereich Sozialarbeit zudem von rassistischen Beleidigungen und Angriffen gegenüber Geflüchteten. Sie schilderten ihnen etwa bedrohliche Blicke im Fahrstuhl oder dass Beschädigungen im Wohnhaus pauschal Geflüchteten zugeordnet würden (Interview 1-44). Ein Sozialarbeiter:

„(...) wo der Nachbar, wenn der Asylbewerber kommt, dann immer die Affengeräusche macht. Selbst das gibt es hier, und dann zieht halt leider nicht der Affe aus, sondern der Asylbewerber zieht aus, weil der sagt, das kann ich mir nicht mehr antun. Der Vermieter macht auch nichts. Das ist auch nicht so einfach, was dagegen zu sagen.“ (Interview 1-39)

Zwar beobachte er auch, dass sich die Mietparteien mit der Zeit aneinander gewöhnten, sich in dem Zuge aber nicht automatisch die rassistischen Einstellungen änderten: „Wenn ich jeden Tag zusammenwohne, kommt so ein Gewöhnungseffekt, der aber diese Grundstruktur aus meiner Sicht überhaupt nicht verändert, also die Grundlausländerfeindlichkeit“ (Interview 1-39).

Daneben verweisen Interviewpartner_innen auf eine Reihe von neu auftretenden (Nutzungs)Konflikten im öffentlichen Raum. Der Leiter des Polizeireviers Dresden-West berichtet etwa von zunehmenden (Lärm-)Beschwerden über die Nutzung öffentlicher Plätze:

„In diesem Sommer haben wir tatsächlich ein Problem, dass die (...) Beschwerden zunehmen, das hatte ich schon erwähnt, weil es einfach Gruppierungen gibt, deutsches Trinker Klientel, deutsche Jugendliche, aber auch nordafrikanische Gruppierungen, Tschetschenen haben eine eigene Gruppierung wieder und die Eritreer auch, die sich auf Plätzen aufhalten, auf öffentlich zugänglichen Bereichen aufhalten und dann aufgrund der guten Witterung, also warm und kein Regen, auch bis in die Nacht laut sind, sodass wir jetzt gerade wieder beobachten, dass die Zahl der Lärmbeschwerden beziehungsweise generell Beschwerden über Ordnungsstörung zunehmen.“ (Interview 1-43)

Ein Sozialpädagoge habe beobachtet, dass arabischsprechende Jugendliche in der Öffentlichkeit Abwertung durch Bewohner_innen ohne Migrationshintergrund erfahren (Interview 1-42). Im öffentlichen Raum komme es auch zu gewaltvollen Handlungen, etwa wie bei einem Angriff im Jahr 2018: Eine Gruppe von Anwohner_innen hetzte auf einem öffentlichen Platz einen Hund auf eine Schwarze¹² Frau. Der Gründer der Gorbitzer Bürgerinitiative dazu:

12 Die Begriffe Schwarz und *weiß* bezeichnen in der vorliegenden Studie keine Farbmarkierungen, sondern Effekte kolonialrassistischer Konstruktionen. Schwarz ist als Aneignung und Selbstbezeichnung groß geschrieben; weiß klein und kursiv, um die damit verbundenen Privilegien zu kennzeichnen (Ogette 2019: 53, 77).

„Was gravierend war, das ist schon wirklich widerwärtig, wo ein junges Pärchen ihren Hund auf eine Äthiopierin gerichtet, gehetzt hat. Das war dann schon gravierend und das ist dann aber auch, glaube ich, deutschlandweit durch die Presse gegangen, ist erst wenige Wochen her.“ (Interview 1-38)

Eine Arabischlehrerin des Omse e.V. nimmt bei geflüchteten Frauen ein allgemeines Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum wahr:

„Die Frauen haben Angst vor den Leuten hier (...), sie können nicht in der Nacht auf die Straße gehen, alleine ohne ihre Männer. (...) (Denn) vielleicht lassen die Leute die Hunde diese Frauen beißen. Manchmal beleidigen sie, nutzen schlechte Worte für Flüchtlinge.“ (Interview 1-39)

Weitere Angriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund, die von Interviewpartner_innen thematisiert werden, finden in der Straßenbahn oder an Haltestellen in Gorbitz, aber auch in anderen Dresdener Stadtteilen statt. Dabei wird von einigen berichtet, dass in solchen Situationen nur selten andere Menschen eingriffen (Interviews 1-38, 1-46).

Die Bearbeitung dieser in Dresden-Gorbitz aufkommenden Konflikte findet vor allem auf der Alltagsebene und überwiegend durch Sozialarbeit statt. Sozialarbeiter_innen des Omse e.V. zählen Projekte auf, durch die Anlässe und Orte der Begegnung geschaffen werden sollen. Sie verweisen jedoch auch auf die Grenzen ihrer Arbeit im Bereich der Gewalt- und Rassismusprävention:

„Wir versuchen das, mit so kleinen Projekten, aber die soll man ja nicht überbewerten. Wir können ja als soziale Arbeit jetzt nicht die Grundstruktur eines Stadtteils verändern. Da würden wir uns ja auch völlig überschätzen mit dem, was wir erreichen können.“ (Interview 1-39)

Bei der Bearbeitung von Konflikten komme erschwerend hinzu, dass Sozialarbeiter_innen oft ohne die Hilfe Dritter auskommen müssten. Aus ihrer Sicht fehlt es im Viertel an Polizeipräsenz (Interview 1-39). Aber es fehle auch an (Polizei-)Schutz für Geflüchtete, wenn zum Beispiel die Polizei zu spät komme, um im akuten Konflikt noch zu unterstützen, aber anschließend nicht auf Maßnahmen zur Feststellung der Identität der Opfer verzichte, die diese noch zusätzlich verunsicherten (Interview 1-42).

Einige Interviewpartner_innen bemühen sich darum, den Erfahrungen der Geflüchteten gerecht zu werden, ohne die gesamte restliche Wohnbevölkerung als rassistisch zu stigmatisieren, und kontextualisieren die Konflikte und Anfeindungen im Stadtteil. Zum Beispiel erklärt die Regionalkoordinatorin und Fachbereichsleiterin der Sozialbetreuung in Dresden-West, dass sicherlich nicht alle Personen, die im Wohnhaus Konflikte mit Geflüchteten schürten, pauschal als Rechtsextreme oder Pegida¹³-Anhänger_innen zu betrachten seien:

„Ich bin jetzt nicht so eine Schubladendenkerin, dass ich jetzt sage, gut, das sind alles Leute, die Montagabend auf die Straße gehen, weiß ich nicht, oder dass sie irgendwo im dunklen Spektrum sich organisieren (...). Also (...) ich denke, dass es eher etwas im Haus ist. Dort, wo sie wohnen (...), das ist ihr Zuhause, dort wollen sie gerne das so machen, haben sie ja auch ein bisschen Macht, sage ich mal.“ (Interview 1-44)

13 Pegida steht für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Die islamfeindliche Antimigrationsbewegung ruft seit Herbst 2014 in Dresden jeden Montag zu Demonstrationen gegen Muslim_innen und die Migrations- und Asylpolitik der Bundesrepublik auf (vgl. u. a. Patzelt 2015; Vorländer/Herold/Schäller 2016).

Der Leiter des Polizeireviers Dresden-West erklärt, dass zwar junge Männer durch Propaganda-Straftaten und rassistische Angriffe auffielen, dies aber nicht prägend für das Zusammenleben in Gorbitz sei (Interview 1-43). Solche Übergriffe werden teilweise mit der sozialen Lage und mit Abstiegs Erfahrungen der Täter_innen erklärt. So vermutet ein Sozialpädagoge, dass Bewohner_innen, die sich ausgegrenzt und abgehängt fühlen, oft Geflüchtete als Schuldige für ihre eigene Lage aussuchten (Interview 1-42). Die Regional Koordinatorin und Fachbereichsleiterin der Sozialbetreuung in Dresden-West beschreibt Befürchtungen um fehlende Unterstützungsleistungen für alteingesessene Bewohner_innen beziehungsweise Neid etwa auf die staatliche Förderung der lokal eingerichteten Sozialbetreuung für Geflüchtete als Ursachen für Anfeindungen (Interview 1-44). Zudem gibt es Berichte, Bewohner_innen hätten das Gefühl, „sie müssen das ausbaden, was andere gemacht haben, oder (...) die am wenigsten die Kompetenzen haben, sollen die Integrationsarbeit für den Großteil der Geflüchteten machen“ (Interview 1-39).

Es wird aber auch betont, dass die beschriebenen Konflikte, Anfeindungen und Gewaltbedrohungen von außen stärker wahrgenommen würden als jene Faktoren, die im Stadtteil gut funktionierten (Interviews 1-38, 1-44).

Insgesamt wird die Nachbarschaft in Gorbitz beschrieben als stark von sozialen Benachteiligungen geprägt sowie als Ort, an dem fehlende lokale Infrastrukturen und Ressourcen die Aufnahmebereitschaft der Bewohner_innenschaft beeinträchtigen. Um die Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen entstünden auf der Alltagsebene verschiedene Konflikte; Geflüchtete erlebten im Alltag oft Ablehnung und rassistische Anfeindungen. Die Bearbeitung solcher Konflikte findet hier überwiegend durch Sozialarbeit statt. Zwar existieren in Gorbitz auch zivilgesellschaftliche Strukturen, beständig scheinen bisher jedoch nur das Engagement weniger lokal etablierter sozialer Vereine und Jugendhäuser sowie institutionalisierte Angebote der Sozialarbeit zu sein.

2.5.5 ZUSAMMENFASSUNG

Dresden-Gorbitz wird als Ort beschrieben, der bereits mehrere Brüche und Veränderungen durchlaufen hat. Das Viertel wurde in den 1980er Jahren als Großwohnsiedlung gebaut (Göller 2002: 36) und galt vor 1989 als attraktives Wohngebiet. Mit dem Ende der DDR und den damit verbundenen gesellschaftlichen Umbrüchen wandelte sich auch Gorbitz. Wie viele andere ostdeutsche Großwohnsiedlungen wurde das Quartier durch einen starken Bevölkerungsrückgang geprägt, der in den teilweisen Rückbau von Wohngebäuden mündete (vgl. Landeshauptstadt Dresden 2020). Unsere Interviewpartner_innen beschreiben Gorbitz als ein Viertel, das seitdem stark von Benachteiligung, Marginalisierung und Stigmatisierung geprägt ist. In den 1990er Jahren spielten zudem rechtsextremistische Strukturen eine Rolle im Viertel.

Im Rahmen der Fluchtmigration seit 2015 zeichnet sich in Gorbitz erneut eine deutliche Umstrukturierung der Bewohner_innenschaft ab. Durch den Zuzug von Geflüchteten kommt es in der Nachbarschaft zu neuen Diversifizierungsprozessen und (infra-)strukturellen Herausforderungen. Im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen haben sich unterschiedliche Dynamiken im lokalen Zusammenleben herausgebildet: In Gorbitz existiert zum einen ein dichtes Netz sozialarbeiterischer Strukturen, das sich, zusammen mit einzelnen zivilgesellschaftlichen Initiativen, für die Stärkung und Öffnung der Nachbarschaft engagiert. Auch die Ankunft der zugezogenen Geflüchteten wurde mitgestaltet – unter anderem durch die Einrichtung eines Begegnungstreffs. Es zeigt sich jedoch, dass die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Gorbitz nicht stark (genug) aufgestellt sind. So konnte sich der Begegnungstreff nicht als dauerhafte Einrichtung etablieren; lokale Akteur_innen betonen fehlende oder lückenhafte Ehrenamtsstrukturen.

In den Interviews waren vor allem Berichte über Konflikte und verbale wie physische Angriffe auf Geflüchtete im Alltag präsent. Es komme zu Auseinandersetzungen zwischen neuen und alten Bewohner_innen in Ju-

gendtreffs, zwischen Nachbar_innen in Wohnhäusern oder auf der Straße. Dabei wirkten sich nach dem Eindruck unserer Interviewpartner_innen fehlende lokale Infrastrukturen und Ressourcen sowie eigene Abwertungs- und Abstiegserfahrungen negativ auf die Aufnahmebereitschaft der Bewohner_innenschaft aus. Die Bearbeitung der aufkommenden Konflikte findet in Gorbitz nicht durch Politik und Verwaltung in öffentlichen Aushandlungen statt, sondern wird überwiegend von Sozialarbeiter_innen oder Sozialpädagog_innen (z.B. in der Jugendarbeit) geleistet.

2.6 ZWISCHENFAZIT

In Kapitel 2 wurden die vier ausgewählten Nachbarschaften aus Sicht verschiedener lokaler Akteur_innen beschrieben. Dabei standen Aushandlungen und Konflikte in Bezug auf die Unterbringung von Geflüchteten in den Untersuchungsquartieren im Zentrum.

Berlin-Kreuzberg ist eine innerstädtische Nachbarschaft, die als super-diverser Ort beschrieben wird, dessen ausgeprägte Migrationsgeschichte stark in das Quartier eingebettet ist. Daneben werden in den Interviews Armutserfahrungen vieler Bewohner_innen und Nutzer_innen des Quartiers herausgestellt; in diesem Zusammenhang wird auf die steigenden Mieten und die zunehmende Gentrifizierung in der Nachbarschaft verwiesen. Der Zuzug wohlhabenderer Bewohner_innen und der wachsende Verdrängungsdruck auf ärmere Bewohner_innen ist ein zentrales Thema in Kreuzberg. Die Einrichtung einer temporären Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete verursachte in der Nachbarschaft keine wahrnehmbare Ablehnung oder Proteste.

Stuttgart-Untertürkheim ist ähnlich wie Berlin-Kreuzberg bereits seit Jahrzehnten durch Migration geprägt. Dies wird in den Erzählungen über das Viertel immer wieder herausgestellt – wenngleich sich diese Einschätzung in der Regel nur auf einen der beiden Ortsteile Untertürkheims bezieht. Davon ausgenommen ist die eher mittelständische Wohngegend mit angrenzenden Weinbergen im oberen Teil des Bezirks. In Untertürkheim wurde 2016 eine Unterkunft für Geflüchtete eröffnet. Als Reaktion bildeten sich im Vorfeld einerseits Unterstützungsstrukturen, die auch heute noch aktiv sind. Andererseits formierte sich deutlicher Protest gegen den Bau der Unterkunft. Dieser konnte durch Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure (z.B. im Rahmen von Informationsveranstaltungen) jedoch beruhigt werden.

Hamburg-Eppendorf ist ein innerstädtisches, im Nachbarschaftsvergleich gut situiertes Wohnviertel, dessen bisherige Migrationserfahrung gering ist. Seit 2015 war hier der Bau einer Unterkunft für Geflüchtete geplant. Ähnlich wie in Stuttgart-Untertürkheim standen sich auch hier ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete und ablehnender Protest gegen die Unterkunft gegenüber. Der gut artikulierte, exkludierende Protest – auch über die Vernetzung mit stadtweiten Initiativen – hat in Eppendorf den Unterkunftsbaubau stark verzögert. Die nun realisierte Unterkunft weicht deutlich von den ursprünglichen Plänen in Bezug auf Standort, Größe und Bewohner_innen ab und wurde erst nach dem Untersuchungszeitraum dieser Studie im Frühjahr 2020 eröffnet.

Dresden-Gorbitz ist eine Großwohnsiedlung, deren bisherige Migrationsgeschichte im Nachbarschaftsvergleich gering ausgeprägt ist. In den Erzählungen über die Nachbarschaft wird häufig die soziale und ökonomische Abwertung betont, die viele Bewohner_innen des Quartiers seit dem Ende der DDR erfahren haben. Seit 2015 werden in Gorbitz Geflüchtete im Asylverfahren von der Stadt untergebracht; viele fanden auch nach Abschluss ihrer Verfahren hier eigene Wohnungen. Verglichen mit den anderen untersuchten Quartieren hat Gorbitz durch den Zuzug von Geflüchteten den deutlichsten und sichtbarsten Wandel erfahren. Gleichzeitig gab es hier kaum öffentliche Aushandlungen um die Unterbringung von Geflüchteten, zum Beispiel in Form von Informationsveranstaltungen. Viele Interviewpartner_innen berichten von Konflikten, Anfeindungen und Angriffen auf Geflüchtete auf der Alltagsebene – etwa im öffentlichen Raum oder im Wohnhaus. Die Bearbeitung dieser Konflikte erfolgt vor allem durch sozialarbeiterische Strukturen.

In den hier betrachteten Aushandlungsprozessen geht es vor allem um die staatlich organisierte Unterbringung von Geflüchteten. Ob Geflüchtete in den Nachbarschaften auch langfristig ankommen können, hängt vor allem von lokalen Wohnungsmarktdynamiken ab. So ist der Wohnungsmarkt in Hamburg-Eppendorf aufgrund der hohen Mietpreise im Nachbarschaftsvergleich am geschlossensten. Aber auch in Stuttgart-Untertürkheim und Berlin-Kreuzberg ist es Geflüchteten aufgrund von Mietsteigerungen und Gentrifizierungsprozessen nur schwer möglich, eine Wohnung zu finden. Nur in Dresden-Gorbitz existieren Wohnungsmarktsegmente in relevantem Ausmaß, sodass Geflüchtete in den letzten Jahren eine Wohnung finden konnten.

Bezüglich der Reaktionen lokaler Akteur_innen auf die Unterbringung bzw. den Zuzug von Geflüchteten ist zunächst auffallend, dass es nur in den beiden sozioökonomisch bessergestellten Untersuchungsquartieren – in Eppendorf und Untertürkheim – organisierte Ablehnung gegen die dort geplanten Geflüchtetenunterkünfte gab, die auch in der Lage war, sich bei Politik und Verwaltung Gehör zu verschaffen, und dementsprechend in Aushandlungsprozesse eingebunden wurde. In Untertürkheim führten bestehende Erfahrungen mit Ablehnung und Protest dazu, dass der Widerstand gegen den Bau der Unterkunft weitestgehend beruhigt werden konnte. Auch in Eppendorf wurde, nach mehrjähriger Verzögerung, im Frühjahr 2020 die geplante Unterkunft eröffnet. In beiden Nachbarschaften konnte also positiv auf ablehnende Reaktionen eingewirkt werden – was allerdings einen hohen (u. a. zeitlichen und personellen) Aufwand erforderte.

Auch wenn deren Forderungen nicht oder nur teilweise in die tatsächliche Entscheidung bezüglich des Unterkunftsbaus eingingen, sprachen und verhandelten politische Vertreter_innen mit den Initiativen und Gruppen, die den Protest organisierten. Die lokalen Aushandlungen um die Unterbringung von Geflüchteten beruhten so vor allem auf den „Ängsten“ und „Sorgen“, die von Bevölkerungsteilen der (oberen) Mittelklasse ohne Migrationshintergrund formuliert wurden und zum Teil rassistisch waren. Sie orientierten sich also vornehmlich an denjenigen, die die Unterkunft ablehnten. Die Bedürfnisse von Geflüchteten, die Garantierung ihrer sozialen Rechte, aber auch die Perspektiven der Unterkunftsbeürworter_innen wurden im Vergleich dazu weniger beachtet. Es zeigt sich, dass die Herausforderungen für die Nachbarschaften nicht nur in dem Zuzug von Geflüchteten bestehen, sondern vor allem auch in der Bereitschaft zur Veränderung bei hegemonialen Teilen der Bürger_innenschaft.

Kollektive Aushandlungen zwischen Bewohner_innen oder Nachbarschaftsgruppen und Vertreter_innen aus Politik und Verwaltung gab es in den beiden sozioökonomisch schlechtergestellten Nachbarschaften – in Kreuzberg und Gorbitz – nicht. In Kreuzberg weckte der Zuzug von Geflüchteten vor dem Hintergrund der bisherigen Migrationsgeschichte des Quartiers insgesamt nur wenig Aufmerksamkeit. Im Gegensatz zur super-diversen Nachbarschaft in Kreuzberg sind neu ankommende Geflüchtete in Gorbitz relativ stark sichtbar. Hier äußern sich ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten jedoch nicht – wie in Eppendorf oder Untertürkheim – als bürgerschaftliches Engagement oder in öffentlichen Aushandlungen mit Politik und Verwaltung (Informationsveranstaltungen, runde Tische), sondern in Form von rassistischen Anfeindungen und Übergriffen im Alltag.

In beiden sozioökonomisch schlechtergestellten Nachbarschaften wird von sozialen Benachteiligungen berichtet. Diese würden teilweise das zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete erschweren. Andererseits gibt es auch Erzählungen über sozialen „Neid“ auf staatliche Unterstützung für Geflüchtete. Bei einigen Interviewpartner_innen in Kreuzberg bezieht sich dies auf Menschen mit Migrationshintergrund, die schon lange im Quartier wohnen, jedoch zum Teil bis heute keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Ähnliche Erzählungen richten sich in Gorbitz auf Bewohner_innen, die seit dem Ende der DDR eine starke soziale und ökonomische Abwertung erfahren haben. Hier werden Parallelen sichtbar, die seit Kurzem diskutiert werden (vgl. Foroutan et al. 2019).

So wie bei der Artikulation von Protest gegen die Unterbringung von Geflüchteten der soziale Status der Akteur_innen maßgebend ist – die Gegner_innen der Unterkünfte in Untertürkheim und Eppendorf konnten ökonomische Ressourcen und soziale Kontakte mobilisieren –, spielt er auch bei der Deutung der ablehnenden Positionen eine Rolle. So wird ablehnend eingestellten Bewohner_innen von Gorbitz und Kreuzberg Neid und Konkurrenzdenken zugeschrieben, denen vor allem auf sozialarbeiterischer Ebene begegnet wird. Der Protest der sozial bessergestellten Eppendorfer_innen und Untertürkheimer_innen hingegen wird oft als Ausdruck ihrer „Ängste“ und „Sorgen“ gelesen, denen sich Politik und Verwaltung widmen.

Die beschriebenen Aushandlungsdynamiken prägen den Zugang von Geflüchteten zu der zentralen Ressource Unterkunft bzw. Wohnraum auf lokaler Ebene. Hierbei sind zwei Faktoren der lokalen Bevölkerung entscheidend: der soziale Status sowie die mit vergangenen und gegenwärtigen Migrationsprozessen verbundenen Vorstellungen und Narrative.

3 DIE PERSPEKTIVE DER ETABLIERTEN BEWOHNER_SCHAFT

3.1 EINLEITUNG

In der zweiten Forschungsphase haben wir die etablierte Wohnbevölkerung der Quartiere mit einem standardisierten Fragebogen befragt. Nachdem im letzten Kapitel die Sichtweisen zentraler Akteur_innen auf Stadtviertelebene in den Blick genommen worden sind, soll nun die Perspektive der breiten, langjährigen Bewohnerschaft in den Fokus kommen. Hierzu haben wir in jeder der vier untersuchten Nachbarschaften eine Einwohnermeldeamtsstichprobe von 1.050 Personen brutto gezogen und diese in einer Kernzeit von einer Woche im Face-to-face-Modus befragt. Personen, die in diesem Zeitraum nicht angetroffen werden konnten oder keine Zeit hatten, in dieser Woche an der Befragung teilzunehmen, wurde ein Onlinezugang zu dem Fragebogen zugesandt (Erhebungszeit von November 2018 bis Juni 2019, inklusive Onlineerhebung). So konnten insgesamt 874 Personen erreicht werden (s. Tab. 3.1).

Tabelle 3.1: Anzahl Befragte in den Nachbarschaften

	KREUZBERG	UNTERTÜRKHEIM	EPPENDORF	GORBITZ	GESAMT
ANZAHL BEFRAGTE (N)	186	223	283	182	874

Vor dem Hintergrund der lokalen Aushandlungsprozesse (s. Kap. 2) interessiert uns hier unter anderem, inwieweit die öffentlich sichtbaren Forderungen mit der durchschnittlichen Bevölkerungsmeinung der Nachbarschaft einhergehen. Die Einstellungen, Handlungen und Begegnungen der etablierten Wohnbevölkerung setzen gemeinsam mit den Prozessen in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft die Rahmenbedingungen für den lokalen Zugang zu Ressourcen und Teilhabe von Geflüchteten (s. Kap. 4).

In Bezug auf die zentrale Fragestellung der vorliegenden Studie interessiert uns zunächst, wie neue Diversität im Quartier infolge des Zuzugs von Geflüchteten von etablierten Bewohner_innen wahrgenommen wird und inwiefern dies zusammenhängt mit Aspekten des sozialen Zusammenhalts. Dabei untersuchen wir drei Ebenen des sozialen Zusammenhalts (s. Eingangskapitel):

- In Bezug auf die *Einstellungen* der Bewohner_innen interessiert uns, in welchem Ausmaß in- bzw. exklusive Vorstellungen von sozialem Zusammenhalt in den Nachbarschaften vorherrschen. Hier fragen wir nach den Einstellungen gegenüber Geflüchteten, etwa, in welchem Ausmaß die Anwesenheit von geflüchteten Bewohner_innen in den Nachbarschaften als problematisch wahrgenommen wird, bzw. ob und welche feindlichen bzw. ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten in der Bevölkerung der Quartiere existieren.
- Daran anschließend fragen wir, inwiefern sich diese Einstellungen auch in *Handlungen* niederschlagen. Dort schauen wir besonders auf das zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete. In der Forschung zu sozialem Zusammenhalt wird zivilgesellschaftliches Engagement oft als Indikator für eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben herangezogen (Putnam 2000). Wir konzentrieren uns also auf zivilgesellschaftliches Engagement für Geflüchtete als Dimension eines sozialen Zusammenhalts, der Geflüchtete mit einschließt und ihnen den Zugang zu Ressourcen ermöglicht. Beispiele für ein solches Engagement sind zum einen direkte Unterstützungsarten wie die Begleitung bei Behördengängen und zum anderen Geld- oder Sachspenden an Geflüchtete bzw. an Organisationen, die Geflüchtete unterstützen.
- Schließlich fragen wir nach *Kontakten und Begegnungen* auf Stadtviertelebene und in anderen Kontexten. Dabei interessiert uns besonders, ob Kontakte zu Personen anderer Herkunft mit mehr oder

weniger inklusiven Vorstellungen von sozialem Zusammenhalt einhergehen. Hiermit gehen wir der These, dass eine bereits vorhandene Erfahrung mit Diversität die Offenheit für neue Migration positiv beeinflusst auf der individuellen Ebene nach. Wir untersuchen, ob sich die bisherige Migrationsgeschichte der Nachbarschaft auch in persönliche Begegnungen und Kontakte in der Nachbarschaft übersetzt und ob sich diese Kontakte dann wiederum auf die Einstellungen gegenüber Geflüchteten in der Nachbarschaft auswirken.

Bevor wir uns diesen verschiedenen Dimensionen des sozialen Zusammenhalts auf lokaler Ebene widmen, werden wir die vier untersuchten Nachbarschaften in einigen zentralen Aspekten miteinander vergleichen.

3.2 VERGLEICHENDE BETRACHTUNG DER ETABLIERTEN BEWOHNERCHAFT

3.2.1 SOZIODEMOGRAFISCHE MERKMALE

Tabelle 3.2 bildet einige zentrale soziodemografische Merkmale der realisierten Stichprobe in den Nachbarschaften ab. Hier zeigt sich, dass die in der Befragung erhobenen Daten über die Bewohner_innen der Nachbarschaften im Wesentlichen mit den kommunalen Daten übereinstimmen, die unserer Fallauswahl zugrunde liegen: In Berlin-Kreuzberg und Stuttgart-Untertürkheim ist der Anteil der Befragten mit Migrationshintergrund am höchsten.¹⁴ In Kreuzberg sind rund 42 Prozent der Befragten entweder selbst migriert oder mindestens eines ihrer Elternteile ist aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert. In Untertürkheim haben ca. 27 Prozent der Befragten einen Migrationshintergrund. In Hamburg-Eppendorf und Dresden-Gorbitz ist dieser Anteil weitaus geringer (17 bzw. 9 Prozent). Dies spiegelt im Wesentlichen die jeweiligen Migrationsgeschichten der Nachbarschaften wider. Deutlich wird dies auch beim Merkmal Staatsbürgerschaft: Während in Kreuzberg und Untertürkheim jeweils circa ein Fünftel der Befragten keinen Zugang zu vollen staatsbürgerlichen Rechten hat, trifft dies in Eppendorf und Gorbitz auf nur drei bzw. zwei Prozent der Befragten zu. Im Vergleich mit den amtlichen Daten zeigt sich, dass in unserem Datensatz in allen Nachbarschaften der Anteil der Bewohner_innen mit ausschließlich ausländischer Staatsbürgerschaft unterschätzt wird (s. Abb. 1.1 und 1.2 in Kap. 1). Unsere Stichprobe bildet daher in größerem Ausmaß die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ab. Dennoch ergeben sich auch in den Umfragedaten die Relationen zwischen den Nachbarschaften, die unserer Fallauswahl zugrunde liegen.

Auch die ökonomische Situation der Haushalte spiegelt die Kriterien unserer Fallauswahl wider: So liegt das für die Haushaltszusammensetzung gewichtete Nettoeinkommen in Kreuzberg und Gorbitz mit circa 1.600 bzw. 1.400 Euro wesentlich niedriger als dasjenige in Untertürkheim (ca. 2.200 Euro) und Eppendorf (ca. 3.000 Euro). Die unterschiedliche Teilhabe an ökonomischen Ressourcen zeigt sich auch im Erwerbsstatus: Die höchste Beschäftigungs- und die niedrigste Arbeitslosenquote weist Hamburg-Eppendorf auf, gefolgt von Stuttgart-Untertürkheim (Arbeitslosigkeit jeweils ca. 2 Prozent). Berlin-Kreuzberg und Dresden-Gorbitz haben nicht nur in den amtlichen Statistiken, sondern auch laut unseren Befragten den höchsten Anteil arbeitsloser Personen (9 bzw. 6 Prozent). Verglichen mit den offiziellen Sozialstatistiken der Städte (s. Abb. 1.2 in Kap. 1) bilden unsere Umfragedaten die Arbeitslosenquoten in Eppendorf, Untertürkheim und Kreuzberg relativ gut ab. In Gorbitz haben wir weniger Personen erreicht, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, als in der Sozialstatistik abgebildet.

14 Als Personen mit Migrationshintergrund werden hier Personen verstanden, a) die selbst nach Deutschland eingewandert sind; b) von denen mindestens ein Elternteil nach Deutschland eingewandert ist oder c) nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben (vgl. z.B. Statistisches Bundesamt 2017).

Tabelle 3.2: Soziodemografische Merkmale im Vergleich und sozioökonomischer Status

	KREUZBERG		UNTERTÜRKHEIM		EPPENDORF		GORBITZ	
	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.) ¹⁵
MIGRATIONSHINTERGRUND								
ohne Migrationshintergrund	58,06	(3,63)	72,65	(2,99)	83,39	(2,22)	91,21	(2,10)
mit Migrationshintergrund	41,94	(3,63)	27,35	(2,99)	16,61	(2,22)	8,79	(2,10)
N	186		223		283		186	
STAATSBÜRGERSCHAFT								
deutsche Staatsbürgerschaft	69,78	(3,41)	73,27	(3,01)	90,71	(1,74)	96,67	(1,34)
doppelte Staatsbürgerschaft	8,24	(2,04)	8,29	(1,88)	6,07	(1,43)	1,67	(0,96)
andere Staatsbürgerschaft	21,98	(3,08)	18,43	(2,64)	3,21	(1,06)	1,67	(0,96)
N	182		217		280		180	
HAUSHALTSNETTOEINKOMMEN (OECD GEWICHTET)¹⁶								
Durchschnitt in Euro	1.622,27	(107,902)	2.182,54	(106,78)	2.984,05	(119,45)	1.415,14	(58,81)
N	151		177		255		153	
Erwerbstätigkeit								
voll- oder teilzeitbeschäftigt	55,42	(3,87)	59,02	(3,44)	65,19	(2,90)	43,56	(3,90)
nicht oder geringfügig erwerbstätig	34,94	(3,71)	38,54	(3,41)	32,59	(2,86)	50,31	(3,93)
arbeitslos	9,64	(2,30)	2,44	(1,08)	2,22	(0,90)	6,13	(1,89)
N	166		205		270		163	
BILDUNG¹⁷								
noch in Ausbildung	8,07	(2,15)	5,88	(1,65)	7,75	(1,63)	5,49	(1,78)
niedrig	12,42	(2,61)	10,29	(2,13)	4,06	(1,20)	5,49	(1,78)
mittel	35,40	(3,78)	47,55	(3,51)	27,31	(2,71)	64,02	(3,76)
hoch	44,10	(3,93)	36,27	(3,37)	60,89	(2,97)	25,00	(3,39)
N	161		204		271		164	
ALTER								
Mittelwert	45,6	(1,29)	50,87	(1,31)	49,3	(1,06)	55,34	(1,38)
N	166		206		271		168	
GESCHLECHT								
weiblich	57,30	(3,72)	49,52	(3,45)	56,41	(3,01)	45,88	(3,82)
männlich	42,70	(3,72)	50,48	(3,45)	43,59	(3,01)	54,12	(3,82)
N	178		210		273		168	

15 Der Standard Error (S.E., dt.: Standardfehler) schätzt, inwiefern der tatsächliche Mittelwert in der Grundgesamtheit von dem durch die Stichprobe geschätzten Mittelwert abweicht.

16 Für die Haushaltsgewichtung ist die neue/modifizierte OECD-Skala angewendet worden, die auch vom Statistischen Bundesamt genutzt wird. Dabei geht der_die Hauptbezieher_in des Einkommens mit dem Faktor 1,0 in die Gewichtung ein, alle anderen Mitglieder des Haushalts im Alter von über 14 Jahren mit 0,5 und alle unter 15 mit 0,3 (vgl. Statistisches Bundesamt 2021).

17 Der Bildungsgrad wurde anhand der CASMIN-Klassifikation in niedrig, mittel und hoch eingeteilt. Dies übersetzt sich wie folgt in Bildungsabschlüsse: niedrig = kein Schulabschluss, Hauptschulabschluss, mittlere Reife, Fachhochschulreife oder Abitur jeweils ohne berufliche Ausbildung; mittel = Hauptschulabschluss, mittlere Reife, Fachhochschulreife oder Abitur jeweils mit beruflicher Ausbildung; hoch = Fachhochschul- oder Universitätsabschluss.

3.2.2 MIETE UND WOHNEN

Im Bereich Wohnen finden sich wesentliche Differenzen zwischen den Nachbarschaften, die auf unterschiedliche Wohnungsmarktstrukturen zurückzuführen sind (s. Tab. 3.3). In Berlin-Kreuzberg und Dresden-Gorbitz wohnen über 90 Prozent der Befragten in Mietwohnungen, in Hamburg-Eppendorf sind es circa 80 Prozent. In Stuttgart-Untertürkheim trifft dies nur auf gut die Hälfte der Befragten zu, dort leben etwa 45 Prozent der Befragten in Wohnungen oder Häusern, die ihnen selbst gehören. Auch die Vermieterstruktur unterscheidet sich. In Kreuzberg ist sie am gemischtesten: Dort wohnen circa 25 Prozent der befragten Mieter_innen in privat vermieteten Wohnungen und jeweils etwa ein Drittel in Wohnungen, die einem kommunalen oder privaten Wohnungsunternehmen gehören. In Gorbitz gibt es hingegen kaum private Vermieter_innen, dort wohnt die Hälfte der befragten Mieter_innen entweder in genossenschaftlichen Wohnungen oder in Beständen von privaten Wohnungsunternehmen. Demgegenüber mietet der überwiegende Teil der Befragten (> 60 Prozent) in Eppendorf und Untertürkheim ihre Wohnung von privaten Vermieter_innen. Zwischen den beiden letztgenannten Nachbarschaften ergeben sich jedoch auch Unterschiede: In Eppendorf lebt ein Viertel der befragten Mieter_innen in Wohnungen, die privaten Wohnungsunternehmen gehören, während diese in Untertürkheim nur eine untergeordnete Rolle spielen. Dort lebt ein Fünftel der befragten Mieter_innen in genossenschaftlichen Wohnungen.

Tabelle 3.3: Miete und Wohnen

	KREUZBERG		UNTERTÜRKHEIM		EPPENDORF		GORBITZ	
	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.)
WOHNEN								
zur Miete	91,40	(2,06)	55,20	(3,35)	80,57	(2,36)	92,82	(1,92)
Eigentum	8,60	(2,06)	44,80	(3,35)	19,43	(2,36)	7,18	(1,92)
N	186		221		283		181	
VERMIETER_INNENART (NUR MIETER_INNEN)								
private_r Vermieter_in	24,85	(3,37)	61,86	(4,49)	66,52	(3,16)	2,41	(1,19)
privates Wohnungsunternehmen	36,36	(3,76)	6,78	(2,32)	25,89	(2,93)	46,99	(3,89)
kommunale Wohnungsgesellschaft	32,73	(3,66)	9,32	(2,69)	3,12	(1,17)	1,20	(0,85)
Genossenschaft	1,82	(1,04)	21,19	(3,78)	3,57	(1,24)	48,80	(3,89)
Untermiete	4,24	(1,57)	0,85	(0,85)	0,89	(0,63)	0,60	(0,60)
N	165		118		224		166	
MIETHÖHE MONATLICH (WARM)	€	(S.E.)	€	(S.E.)	€	(S.E.)	€	(S.E.)
Durchschnitt	736,14	(26,25)	888,68	(33,10)	1300,75	(38,63)	554,33	(15,70)
N	126		97		205		124	
MIETHÖHE PRO QM (WARM)	€/qm	(S.E.)	€/qm	(S.E.)	€/qm	(S.E.)	€/qm	(S.E.)
Durchschnitt	10,2	(0,33)	12,17	(0,32)	15,32	(0,27)	9,042	(0,26)
N	128		96		205		124	
WOHNUNGSGRÖSSE	qm	(S.E.)	qm	(S.E.)	qm	(S.E.)	qm	(S.E.)
Durchschnitt	78,4	(2,42)	89,80	(2,79)	100,20	(3,30)	64,46	(1,61)
N	163		203		271		162	
QM PRO PERSON	qm	(S.E.)	qm	(S.E.)	qm	(S.E.)	qm	(S.E.)
Durchschnitt	40,03	(2,00)	40,46	(1,40)	50,94	(1,95)	35,97	(1,02)
N	163		203		271		162	

Auch bei der Miethöhe ergeben sich Unterschiede: Im Nachbarschaftsvergleich bezahlen die befragten Mieter_innen in Kreuzberg und Gorbitz die geringsten Mieten (absolut und auf den Quadratmeter gerechnet), wobei Mieter_innen in Kreuzberg eine höhere Gesamtwarmmiete zahlen als in Gorbitz. Eppendorfer Mie-

ter_innen zahlen mit einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von ca. 15 Euro sowie mit im Durchschnitt ca. 1.300 Euro die höchsten Warmmieten. Damit ist der dortige Mietmarkt für untere Einkommensschichten am geschlossensten. Untertürkheim liegt mit circa 890 Euro durchschnittlicher Warmmiete im Monat und ca. 12 Euro Miete pro Quadratmeter preislich zwischen Kreuzberg und Eppendorf.

Die befragten Eppendorfer_innen bewohnen nicht nur die teuersten, sondern auch die größten Wohnungen: Durchschnittlich bewohnt dort eine Person 51 qm. In Kreuzberg und Untertürkheim liegt dieser Wert bei etwa 40 qm und in Gorbitz noch niedriger bei circa 36 qm (bezogen auf Mieter_innen und Eigentümer_innen). Dies spiegelt auch die unterschiedlichen Bebauungsstrukturen der Nachbarschaften wider, die in Kapitel 2 näher erläutert wurden. Während Gorbitz durch einen einheitlichen Großwohnsiedlungsbau geprägt ist, ist die Bebauungsstruktur in den anderen Vierteln diverser. In Kreuzberg mischt sich Altbaubestand mit Hochhaussiedlungen. In Untertürkheim gibt es vor allem kleinere Mehrfamilienhäuser, aber auch Einfamilienhäuser, Doppelhaushälften und Reihenhäuser. In Eppendorf herrscht ein Mix aus Alt- und Neubaumehrfamilienhäusern und freistehenden Häusern und Villen vor. Hier ist der Altbaubestand teilweise durch das Vorhandensein sehr großer Wohnungen geprägt.

3.3 NACHBARSCHAFT UND SOZIALER ZUSAMMENHALT

3.3.1 WAHRNEHMUNG DER NACHBARSCHAFT

Im Folgenden interessiert uns, wie die Bevölkerungen der verschiedenen Nachbarschaften diese wahrnehmen, mit welchen Problemen sie sich konfrontiert sehen und wie sie die Anwesenheit von geflüchteten Bewohner_innen bewerten.

Über 90 Prozent der Befragten in Eppendorf geben an, dass sie sich in ihrer Nachbarschaft „sehr wohl“ oder „wohl“ fühlen (s. Abb. 3.1); dieser Wert liegt in Untertürkheim bei über 80 Prozent und in Kreuzberg bei circa 70 Prozent. Gorbitz weist mit knapp über 60 Prozent der Befragten, die sich „wohl“ oder „sehr wohl“ fühlen, den niedrigsten Wert auf, wobei dies immer noch auf die Mehrheit der Bewohner_innen zutrifft. Dort fühlen sich etwa 10 Prozent der Befragten „unwohl“ bis „sehr unwohl“ in der Nachbarschaft, während dieser Wert in den anderen drei Nachbarschaften geringer ist bzw. gegen Null geht.

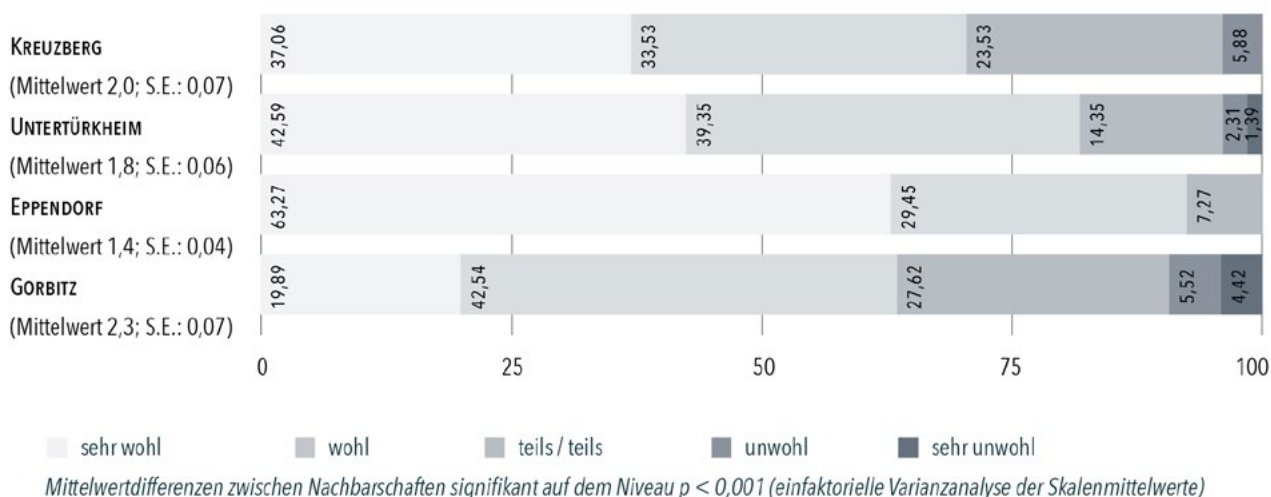


Abbildung 3.1: Zufriedenheit mit Nachbarschaft allgemein, in Prozent

Des Weiteren haben wir nach verschiedenen Aspekten der Zufriedenheit mit der Nachbarschaft gefragt. Da wir uns vor allem für das Zusammenleben verschiedener Gruppen interessieren, greifen wir hier die Zufrie-

denheit mit der sozialen Zusammensetzung heraus (s. Abb. 3.2):¹⁸ Diese ist in den beiden Nachbarschaften mit hohem sozioökonomischem Status – Eppendorf und Untertürkheim – überdurchschnittlich hoch, dort sind etwa drei Viertel der Befragten entweder „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ mit der sozialen Zusammensetzung ihrer Nachbarschaft. In Kreuzberg trifft dies auf circa 60 Prozent der Befragten zu und in Gorbitz auf circa 40 Prozent. Dort sind circa 20 Prozent der Befragten „weniger“ oder „gar nicht zufrieden“ mit der sozialen Zusammensetzung ihrer Nachbarschaft. Diese Werte liegen in Kreuzberg und Untertürkheim bei etwa 10 Prozent, in Eppendorf bei etwa 2 Prozent.¹⁹ Damit strukturiert sich die allgemeine Zufriedenheit mit der Nachbarschaft sowie die Zufriedenheit mit der sozialen Zusammensetzung der Nachbarschaft eher entlang der Achse sozioökonomischer Status als nach Migrationserfahrung.

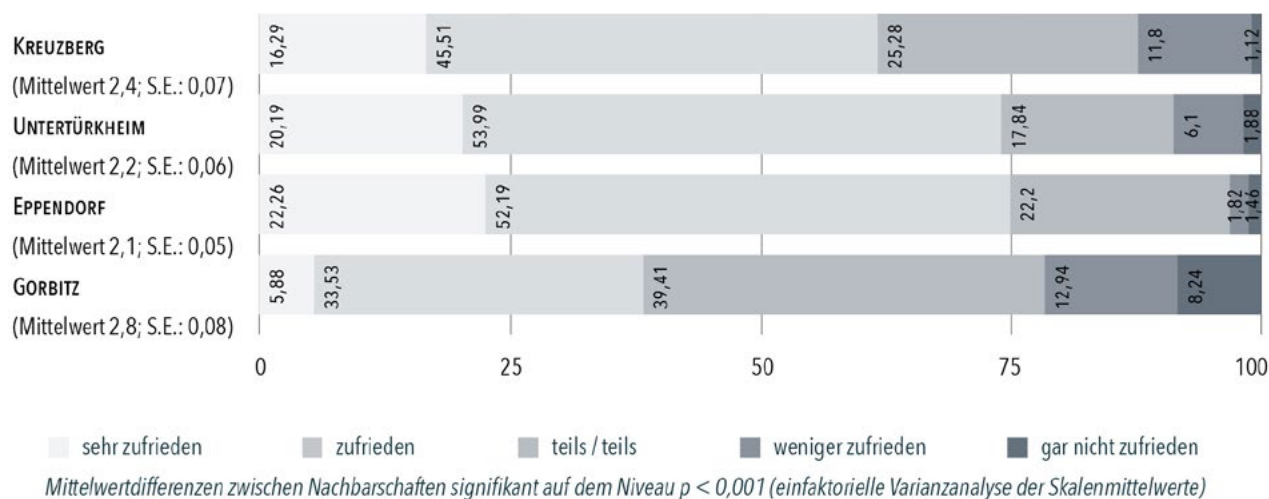


Abbildung 3.2: Zufriedenheit mit der sozialen Zusammensetzung in der Nachbarschaft, in Prozent

Zudem haben wir ohne Vorgabe danach gefragt, was die Bewohner_innen für das drängendste Problem in ihrer Nachbarschaft halten (s. Tab. 3.4). Die Top-3-Probleme, die in Kreuzberg angegeben wurden, sind: 1) schmutzige Straßen, Müll und ungepflegte Grünanlagen, 2) Wohnungsnot, hohe Mieten und Gentrifizierung, 3) Drogen und Kriminalität. In Untertürkheim hingegen finden die Bewohner_innen 1) den Mangel an Parkplätzen, 2) die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten sowie 3) Themen wie Konflikte, Anonymität oder fehlende Solidarität im Zusammenleben am problematischsten. In Eppendorf sind die mit Abstand am häufigsten genannten Probleme: 1) Wohnungsnot und hohe Mieten, dicht gefolgt von 2) zu wenige Parkplätze und 3) zu starker Verkehr und andere Verkehrsprobleme. In Gorbitz finden die Bewohner_innen vor allem 1) „zu viele Ausländer und Asylbewerber“ problematisch, gefolgt von 2) Kriminalität und 3) schmutzige Straßen, Müll und ungepflegte Grünanlagen.

Überraschend sind diese Angaben insofern, als dass in Eppendorf und Untertürkheim, wie im vorherigen Kapitel dargestellt, zwar wesentlicher Widerstand gegen die jeweilige Geflüchtetenunterkunft mobilisiert wurde, die (mögliche) Anwesenheit von migrantischen und/oder geflüchteten Bewohner_innen in diesen Nachbarschaften jedoch nur von einem verschwindend geringen Teil der Befragten überhaupt als Problem genannt wird. Eher wurde zum Beispiel in Eppendorf ein Mangel an Durchmischung oder Vielfalt als Problem genannt. In Gorbitz, wo eine Auseinandersetzung auf politisch-administrativer Ebene ausblieb, gibt jedoch ein wesent-

18 In allen Nachbarschaften korreliert die Zufriedenheit mit der sozialen Zusammensetzung zudem am höchsten mit der allgemeinen Zufriedenheit mit der Nachbarschaft.

19 In allen vier Nachbarschaften weisen Bewohner_innen mit und ohne Migrationshintergrund ähnliche Werte bezüglich der Zufriedenheit mit der sozialen Zusammensetzung in der Nachbarschaft auf.

tlicher Teil der Befragten (ca. 19 Prozent) an, den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund und von Geflüchteten im Viertel als problematisch zu sehen.

Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, dass diese Einschätzungen auf unterschiedliche Situationen vor Ort treffen: In Eppendorf ist – im Unterschied zu Untertürkheim – der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund gering und zum Zeitpunkt der Untersuchung war die seit Jahren geplante Unterkunft für Geflüchtete noch nicht gebaut, sodass deren faktische Nichtanwesenheit auch kaum als problematisch wahrgenommen werden konnte. Demgegenüber hat Gorbitz in den letzten Jahren einen starken Wandel in der Bevölkerungszusammensetzung durchlaufen: War der Anteil der Bewohner_innen mit Migrationshintergrund zunächst recht niedrig, wurden dort in den letzten Jahren vermehrt Geflüchtete untergebracht bzw. zogen dorthin.

Tabelle 3.4: Drängendstes Problem in der Nachbarschaft (offene Angabe, Mehrfachnennung möglich), die drei häufigsten Angaben sind fett markiert

	KREUZBERG		UNTERTÜRKHEIM		EPPENDORF		GORBITZ	
	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.)	Prozent	(S.E.)
Armut und Arbeitslosigkeit	2,84	(1,26)	0,45	(0,45)	-	-	3,50	(1,54)
Wohnungsnot/hohe Mieten/Gentrifizierung	24,43	(3,25)	3,14	(1,17)	24,38	(2,56)	4,90	(1,81)
Verkehrsprobleme, zu starker Verkehr	10,23	(2,29)	5,38	(1,51)	17,31	(2,25)	-	-
zu wenig Parkplätze	3,98	(1,48)	14,35	(2,35)	22,61	(2,49)	8,39	(2,33)
schmutzige Straßen, Müll	26,14	(3,32)	5,38	(1,51)	1,77	(0,78)	12,59	(2,78)
Lautstärke	13,07	(2,55)	1,79	(0,89)	4,59	(1,25)	10,49	(2,57)
Drogen	18,18	(2,92)	0,90	(0,63)	-	-	5,59	(1,93)
Kriminalität	18,18	(2,92)	1,79	(0,89)	0,71	(0,50)	14,69	(2,97)
Obdachlosigkeit	10,23	(2,29)	-	-	0,45	(0,45)	-	-
zu viele Ausländer, Asylbewerber	1,70	(0,98)	3,14	(1,17)	0,35	(0,35)	18,88	(3,28)
zu viele Touristen	9,09	(2,17)	0,45	(0,45)	-	-	-	-
fehlende Einkaufsmöglichkeiten	1,61	(0,93)	17,47	(2,96)	0,41	(0,41)	2,10	(1,20)
keine Solidarität, viele Konflikte, Anonymität	10,75	(2,28)	11,66	(2,15)	9,89	(1,78)	8,24	(2,04)
keine sozialen Angebote, Infrastrukturen	2,69	(1,19)	0,90	(0,63)	1,41	(0,70)	1,10	(0,77)
Mangel an Durchmischung, Vielfalt	-	-	4,48	(1,39)	7,07	(1,53)	6,04	(1,77)
keine Probleme	8,52	(2,11)	16,59	(2,50)	13,78	(2,05)	-	-
N	176		166		224		143	

Zudem haben wir danach gefragt, ob Geflüchtete, die a) in einer Gemeinschaftsunterkunft oder b) in eigenen Wohnungen wohnen, als problematisch empfunden werden bzw. würden (s. Abb. 3.3). Hier zeichnet sich folgendes Bild ab: In Kreuzberg, Untertürkheim und Eppendorf finden bzw. fänden zwischen 11 und 14 Prozent der Befragten eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in der Nachbarschaft problematisch, während dies in Gorbitz auf circa 45 Prozent der Befragten zutreffen würde. Bezogen darauf, dass geflüchtete Personen in eigenen Wohnungen in der Nachbarschaft wohnen (würden) (s. Abb. 3.4), ist das Problemempfinden im Vergleich zur Unterbringung in einer Unterkunft in allen Nachbarschaften niedriger. In Kreuzberg und Untertürkheim ist diese Differenz jedoch unwesentlich (2 bis 4 Prozentpunkte). Hier empfinden die Befragten die Unterbringung von Geflüchteten in einer Unterkunft als ähnlich (un)problematisch wie die Unterbringung in eigenen Wohnungen. In Eppendorf und Gorbitz hingegen senkt die Wohnungsunterbringung die Ablehnung stärker ab: In Eppendorf halbiert sie sich um sieben Prozentpunkte, in Dresden sinkt sie von 45 auf 29 Prozent. Insgesamt ist das Niveau der Ablehnung jedoch sehr unterschiedlich: In Gorbitz empfindet ein Drittel der Befragten die Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen als problematisch, während dies in Eppendorf auf nur etwa 7 Prozent zutrifft. Jedoch ist hier auch darauf hinzuweisen, dass in Gorbitz zwar die

Ablehnung gegenüber der Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen am höchsten ist, dies aber für eine deutliche Mehrheit von 70 Prozent kein Problem darstellt.

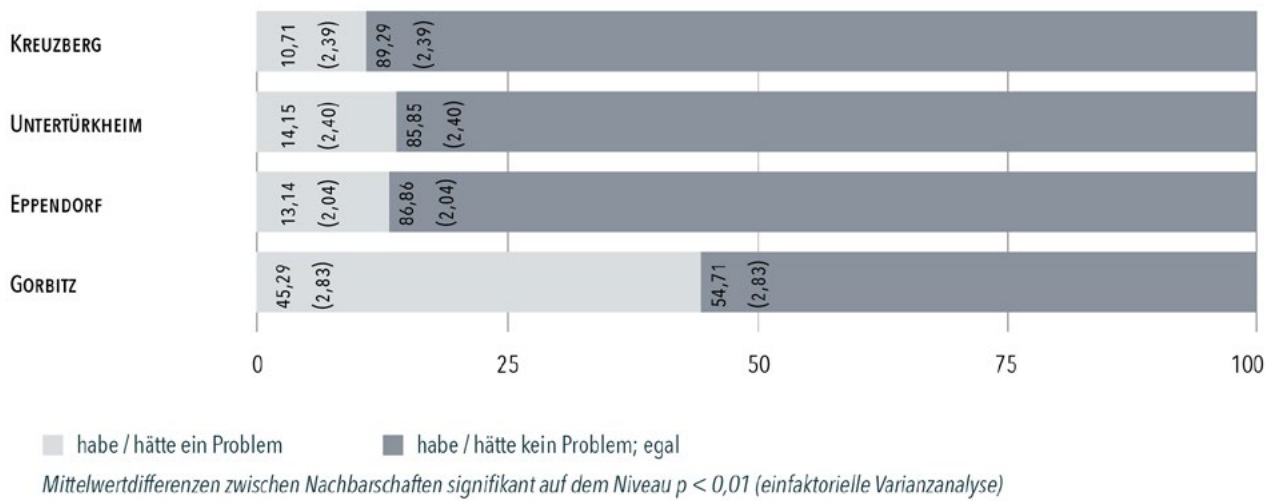


Abbildung 3.3: Einstellung zu Flüchtlingsheim in der Nachbarschaft, in Prozent, S.E. in Klammern

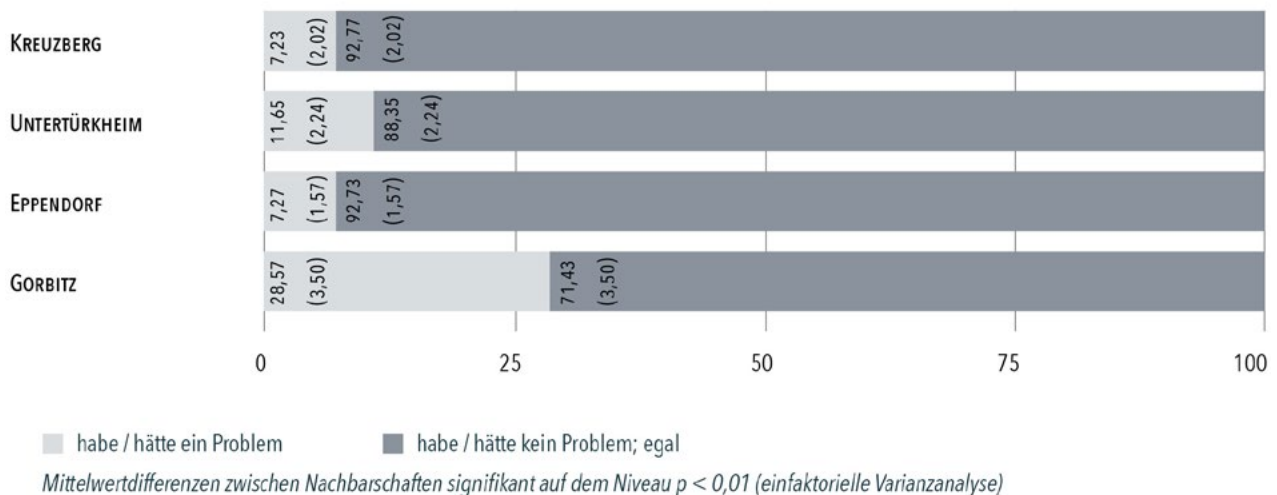


Abbildung 3.4: Einstellung zu Geflüchteten in Wohnungen in der Nachbarschaft, in Prozent, S.E. in Klammern

Zusammenfassend wird konstatiert, dass in denjenigen Nachbarschaften, in denen sich signifikanter Protest gegen die Unterbringung von Geflüchteten formiert hat – in Eppendorf und Untertürkheim –, vergleichsweise geringe Anteile der Bewohner_innenschaft angeben, ein Problem mit der Unterbringung geflüchteter Bewohner_innen zu haben. Nimmt man dieses Ergebnis ernst, bedeutet es, dass ein kleiner Teil der örtlichen Bewohner_innenschaft eine überproportionale Wirkung auf die öffentliche Aushandlung in diesen Nachbarschaften hat bzw. hatte. Hier stechen die Ablehnungsraten in Gorbitz, der Nachbarschaft mit bisher geringer Migrationserfahrung und dem niedrigsten sozioökonomischen Status, am deutlichsten hervor. Jedoch scheint die Ablehnung hier – anders als in Untertürkheim oder Eppendorf – nicht in einer Art und Weise organisiert gewesen zu sein, dass sie einen Bearbeitungsdruck durch die Kommunalpolitik und -verwaltung ausgelöst hätte. Jedoch ist auch darauf hinzuweisen, dass die Mehrheit der Befragten in Gorbitz laut eigener Angabe „kein Problem“ mit Geflüchteten in der eigenen Nachbarschaft hat. Eine starke und deutliche Ablehnung von Geflüchteten in der Nachbarschaft entspricht also auch hier nicht der mehrheitlichen Einstellung. Trotzdem sind die ablehnenden Positionen gegenüber Geflüchteten in der eigenen Nachbarschaft merklich und bedrohlich, wie in Kapitel 4, in dem die Perspektiven geflüchteter Bewohner_innen im Vordergrund stehen, deutlich werden wird.

3.3.2 EINSTELLUNGEN ZU GEFLÜCHTETEN

Um neben den vorherrschenden Meinungen zur Unterbringung von Geflüchteten in der Nachbarschaft auch allgemeine Einstellungen zu geflüchteten Personen zu erfassen, haben wir etablierte Items zur Messung von Fremdenfeindlichkeit und zur Wahrnehmung von Kosten und Bedrohung durch Migration umformuliert und auf Geflüchtete bezogen (GESIS 2013: 36–37, 298; Balke/El-Menouar/Rastetter 2014). Diese können – im Sinne der Fragestellung des vorliegenden Forschungsprojekts – auch als Vorstellungen eines sozialen Zusammenhalts verstanden werden, der Geflüchtete entweder ex- oder inkludiert. Auch hier interessiert uns neben den Einstellungsmustern in den Nachbarschaften, inwiefern sich diese mit den öffentlichen Aushandlungen decken, die in Kapitel 2 analysiert wurden. Welche Überschneidungen und Bestätigungen, welche Spannungen und Divergenzen ergeben sich hier? Darüber hinaus fragen wir, welche Faktoren die Einstellungen zu Geflüchteten auf individueller Ebene beeinflussen und ob sich diese Zusammenhänge zwischen den Nachbarschaften unterscheiden.

Der Index in Abbildung 3.5 erfasst Einstellungen zu Geflüchteten. Er ist aus dem Grad der Zustimmung zu folgenden Aussagen gebildet:

- „Die in Deutschland lebenden Flüchtlinge sind eine Belastung für das soziale Netz.“
- „Es leben zu viele Flüchtlinge in Deutschland.“
- „Die in Deutschland lebenden Flüchtlinge bedrohen unsere Freiheiten und Rechte.“
- „Flüchtlinge machen Deutschland offener für neue Ideen und andere Kulturen.“
- „Der Zuzug von Flüchtlingen ist im Allgemeinen gut für die deutsche Wirtschaft.“
- „Flüchtlinge erhöhen die Kriminalitätsrate in Deutschland.“

Zustimmung oder Ablehnung hinsichtlich dieser Aussagen konnte jeweils auf einer fünfstufigen Skala („stimme voll und ganz zu“ bis „stimme gar nicht zu“) ausgedrückt werden. Es wurde eine Faktoranalyse durchgeführt, die gezeigt hat, dass diese Aussagen eine einzelne Dimension abbilden. Auf der Grundlage der Analyse wurde ein gemeinsamer Mittelwertindex gebildet, der jeweils die mittlere Einstellung einer Person zu Geflüchteten über alle Aussagen hinweg abbildet. Gegenläufige Aussagen wurden zu diesem Zweck so rekodiert, dass ein höherer Wert auf dem Index eine ablehnendere Haltung und ein niedrigerer Wert eine offenerere Haltung gegenüber Geflüchteten abbildet. Der Index hat ebenfalls einen Wertebereich von 1 bis 5.

In Bezug auf positive bzw. ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten ergibt sich folgendes Bild: Mit 70 Prozent der Befragten haben die Eppendorfer die im Schnitt offenste Einstellung gegenüber Geflüchteten (Indexwerte 1–2). Etwa 7 Prozent der Befragten haben dort eine stark ablehnende Meinung ihnen gegenüber (Indexwerte 4–5). In Kreuzberg haben etwa 60 Prozent der Befragten eine offene Einstellung gegenüber Geflüchteten, während etwa 9 Prozent Geflüchtete stark ablehnen. In Untertürkheim haben 46 Prozent der Bewohner_innen eine positive Einstellung gegenüber Geflüchteten und circa 20 Prozent geschlossen ablehnende Einstellungen. In Gorbitz hat etwa ein Viertel der Bevölkerung eine positive Einstellung gegenüber Geflüchteten, circa 40 Prozent haben eine stark ablehnende Einstellung und 32 Prozent sind im mittleren Bereich des Index angesiedelt (Indexwert 3).

In Bezug auf die dieser Studie zugrunde liegende Fallauswahllogik ergibt sich zunächst einmal ein paradoxes Muster: Hinsichtlich der These, dass die ausgeprägte Migrationsgeschichte eines Quartiers einen positiven Umgang mit neuer Diversität begünstigt, wäre zu erwarten gewesen, dass in Kreuzberg und Untertürkheim (und nicht in Kreuzberg und Eppendorf) die offensten Einstellungen gegenüber Geflüchteten vorherrschen. Bezüglich der These, dass vor allem der sozioökonomische Status entscheidend ist für die Einstellung gegenüber Geflüchteten, liegen die Ergebnisse ebenfalls über Kreuz, denn Gorbitz und Kreuzberg befinden sich an den jeweils anderen Enden des Einstellungsspektrums. Zudem ist Untertürkheim mit seiner ausgeprägten Migrationsgeschichte und seinem relativ hohen sozioökonomischen Status nicht am positivsten gegenüber Geflüchteten

eingestellt, vielmehr liegt das Quartier im Nachbarschaftsvergleich im Mittelfeld – obwohl man davon ausgehen könnte, dass ein hoher sozioökonomischer Status und eine vorhandene Migrationserfahrung sich gegenseitig verstärken. Beide Thesen – bezüglich des sozioökonomischen Status wie der Migrationsgeschichte – scheinen so erst einmal nur teilweise gestützt. Dies lässt darauf schließen, dass das Zusammenspiel von Diversitätserfahrung und sozialem Status der Nachbarschaft komplexer ist und nicht rein additiv funktioniert.

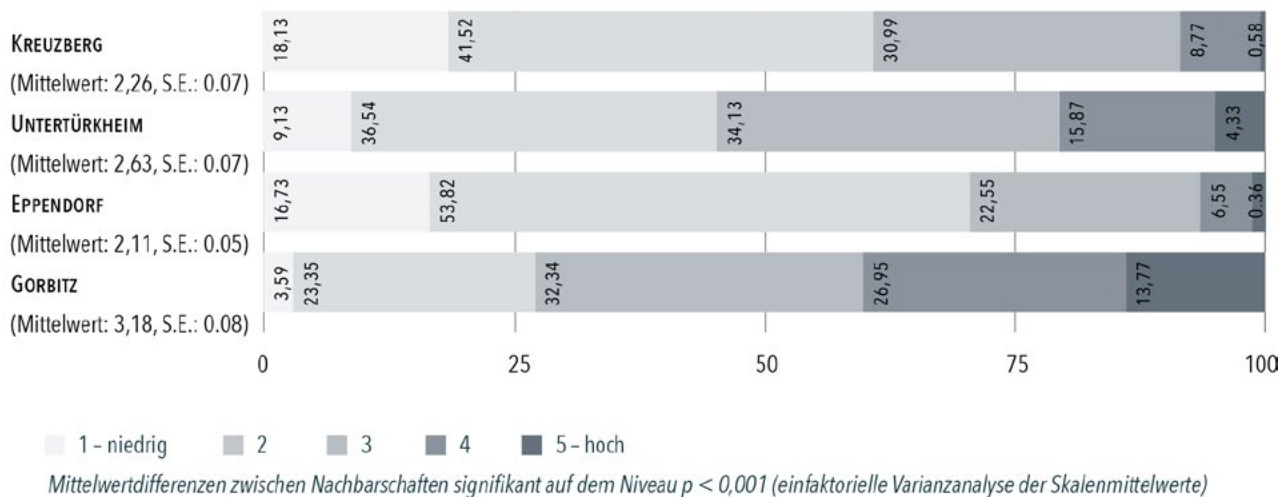


Abbildung 3.5: Ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten, in Prozent

Für Untertürkheim liegt die Vermutung nahe, dass es hier deshalb nicht zu einem additiven Effekt von sozialem Status und bisheriger Migrationserfahrung kommt, weil der Stadtteil räumlich zwischen einem reicheren, weniger migrantischen Teil und einem ärmeren, stärker migrantischen Teil segregiert ist. Dies würde nahelegen, dass räumliche Nähe bei Statusungleichheit durchaus mit mehr Ablehnung zusammenhängen kann. Bezüglich dessen lässt sich auch über die niedrigen Ablehnungsraten in Eppendorf spekulieren: Aufgrund des teuren Wohnungsmarkts mit wenig Leerstand können sich die Einwohner_innen Eppendorfs relativ sicher sein, dass Geflüchtete dort langfristig keine Wohnungen beziehen werden können und sich die soziale Zusammensetzung des Viertels auch durch die Unterbringung einer kleinen Anzahl von geflüchteten Frauen und Familien kaum ändern wird. Die starke soziale Segregation durch die hohen Mietpreise in Eppendorf könnte also auch eine wesentliche Bedingung für die hohen Zustimmungsraten sein.

In Kreuzberg und Gorbitz hingegen teilen sich Geflüchtete und alteingesessene Bewohner_innenschaft viel eher öffentliche und halböffentliche Räume sowie Wohnnachbarschaften. Daher liegt es nahe, dass die Art des Kontakts zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Nachbarschaft eine Rolle für die Einstellungen gegenüber neuen migrantischen Gruppen spielt. In Abschnitt 3.3.3 schauen wir zunächst auf das zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete in den Nachbarschaften, bevor wir in Abschnitt 3.3.4 auf die Struktur von Netzwerken und auf Begegnungen zwischen Personen verschiedener Herkunft in den Nachbarschaften eingehen und in Kapitel 3.4 den Zusammenhang zwischen Einstellungen und Kontakten zu Personen anderer Herkunft näher analysieren.

3.3.3 ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT FÜR GEFLÜCHTETE

Als zweite – handlungsorientierte – Dimension des sozialen Zusammenhalts, der Geflüchtete als neue Bewohner_innen einschließt, soll im folgenden Abschnitt das zivilgesellschaftliche Engagement für Geflüchtete näher untersucht werden.

Wir haben gefragt, ob sich Bewohner_innen bereits einmal für Geflüchtete engagiert haben. Dabei ging es

zum einen um ein Engagement in Form von Spenden (Geld, Kleidung, Spielsachen o.Ä.) (s. Abb. 3.6) und zum anderen um direkte Unterstützung (z.B. Kinderbetreuung, Deutschkurs oder Behördenbegleitung) (s. Abb. 3.7). Diese beiden Engagementformen benötigen in der Regel unterschiedliche Ressourcen: Geld spenden fällt leichter, wenn eine Person oder ein Haushalt über mehr Geld verfügt. Dies gilt in der Tendenz auch für Sachspenden wie Kleidung oder Nahrung. Direktes Engagement hingegen ist oft von der verfügbaren Zeit einer Person abhängig, aber auch von erreichbaren Gelegenheiten (Verba/Schlozman/Brady 1995). So kann man hier davon ausgehen, dass nicht in Vollzeit beschäftigte Personen oder Rentner_innen mehr Zeitressourcen haben, um etwa Geflüchtete bei Behördengängen zu begleiten.

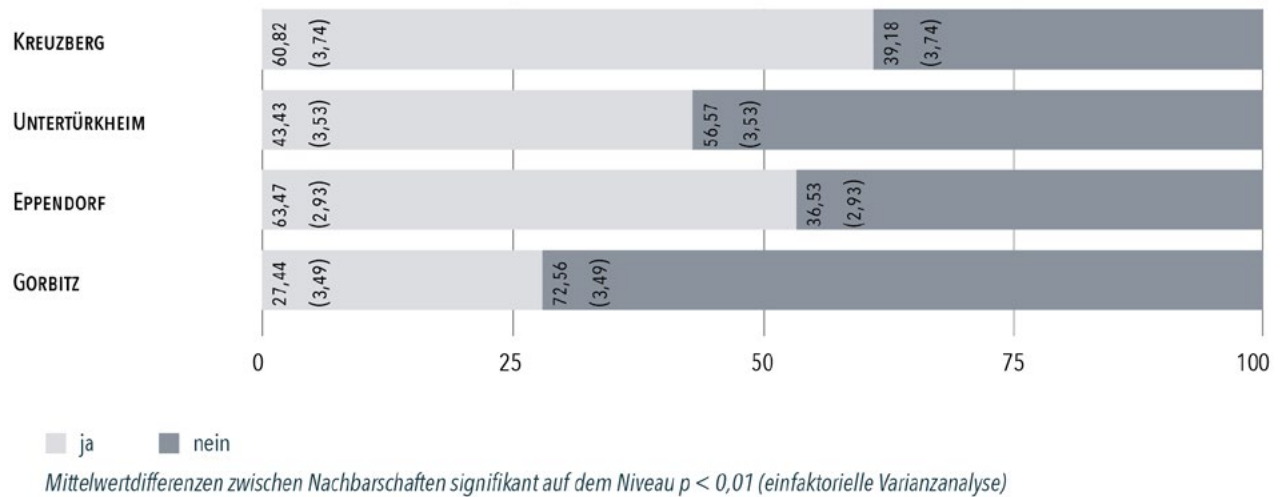


Abbildung 3.6: Anteil Einwohner_innen, die für Geflüchtete gespendet haben, in Prozent, S.E. in Klammern

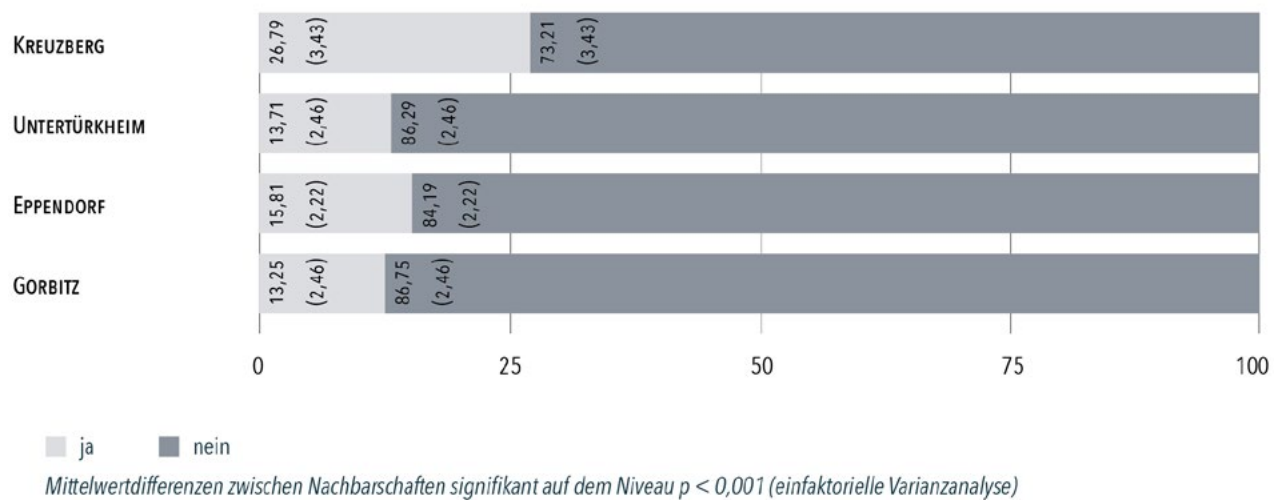


Abbildung 3.7: Anteil Einwohner_innen, die sich für Geflüchtete engagiert haben, in Prozent, S.E. in Klammern

Für Geflüchtete gespendet haben in Kreuzberg circa 61 Prozent und in Untertürkheim circa 43 Prozent der Bevölkerung. Bei ähnlicher Migrationserfahrung haben also überraschenderweise mehr Bewohner_innen der Nachbarschaft mit geringerem sozialen Status bereits einmal an oder für Geflüchtete gespendet. In den beiden Nachbarschaften ohne ausgeprägte Migrationserfahrung ist dieses Verhältnis jedoch umgekehrt: Hier haben circa 63 Prozent der Bevölkerung in Eppendorf – der Nachbarschaft mit höherem sozialen Status – bereits einmal gespendet, während dies in Gorbitz auf circa 27 Prozent zutrifft. Somit ergibt sich hier ein ähnliches „über Kreuz liegendes“ Muster wie bei den Einstellungen gegenüber Geflüchteten: Weder die bisherige Migrationserfahrung in der Nachbarschaft noch der soziale Status der Bevölkerung allein bestimmt

ein klares Muster. Insbesondere scheinen sich sozialer Status und Migrationserfahrung nicht gegenseitig zu verstärken, wie man an den im Nachbarschaftsvergleich mittleren Spendenraten von Untertürkheim sieht. Die beiden Faktoren scheinen sich stattdessen in ihrer Wirkung je nach Kontext eher zu unterscheiden bzw. unterschiedlich miteinander zu interagieren.

Das Muster beim direkten Engagement für Geflüchtete sieht jedoch anders aus: Hier sticht nur Kreuzberg heraus, wo sich circa 27 Prozent aller Befragten bereits einmal direkt für Geflüchtete engagiert haben. In allen anderen Nachbarschaften liegt diese Rate bei etwa der Hälfte, zwischen 13 und 15 Prozent. Die direkte Unterstützung von Geflüchteten ist damit in der Nachbarschaft mit einer stark ausgeprägten Migrationsgeschichte und einem eher niedrigen sozialen Status weiter verbreitet als in den anderen untersuchten Nachbarschaften, die sich in den Engagementraten hier stark ähneln. Kreuzberg ist jedoch auch die Nachbarschaft mit der dichtesten zivilgesellschaftlichen Struktur. Es kann davon ausgegangen werden, dass die dort vorhandene Vielzahl an Initiativen und Vereinen auch mehr Gelegenheiten für ein Engagement für Geflüchtete bietet, als dies in den anderen Nachbarschaften der Fall ist.

3.3.4 NETZWERKE, KONTAKTE, BEGEGNUNGEN

Sozialer Zusammenhalt lässt sich auch auf der Ebene sozialer Kontakte und Begegnungen erfassen. Die Kontakthypothese besagt vereinfacht, dass der persönliche Kontakt zwischen verschiedenen Gruppen Vorurteile und abwertende Haltungen abbaut (Allport 1954; Pettigrew/Tropp 2006). Im nächsten Abschnitt wird diese These weiter verfolgt, indem untersucht wird, inwiefern sich persönliche Kontakte zu Personen anderer Herkunft auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten auswirken. Auf der Nachbarschaftsebene hat bisherige Forschung oft gezeigt: Auch wenn verschiedene Gruppen räumlich eng nebeneinander wohnen, muss dies nicht heißen, dass sie auch tatsächlich in Kontakt kommen (Blokland/van Eijk 2010). Insbesondere (obere) Mittelschichten, die in der Nähe von weniger privilegierten Gruppen wohnen, entwickeln oft recht effektive Strategien, um sich trotz räumlicher Nähe abzugrenzen (Lees 2008). Im Folgenden sehen wir uns daher an, in welchem Ausmaß die Bewohner_innen der verschiedenen Nachbarschaften tatsächlich Kontakt zu Personen anderer Herkunft haben.

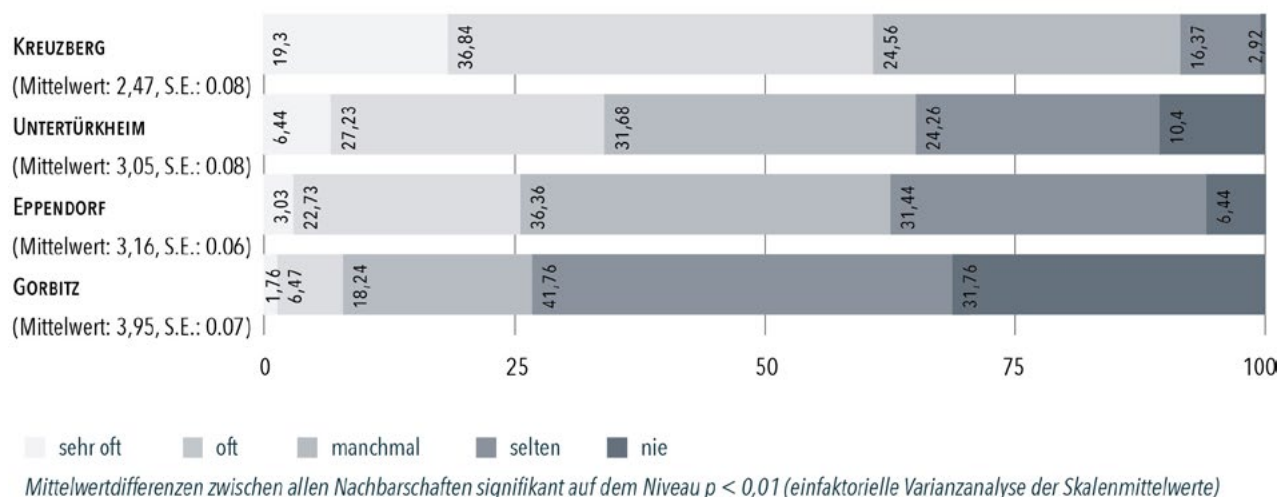


Abbildung 3.8: Flüchtige Begegnungen in der Nachbarschaft mit Personen anderer Herkunft, in Prozent

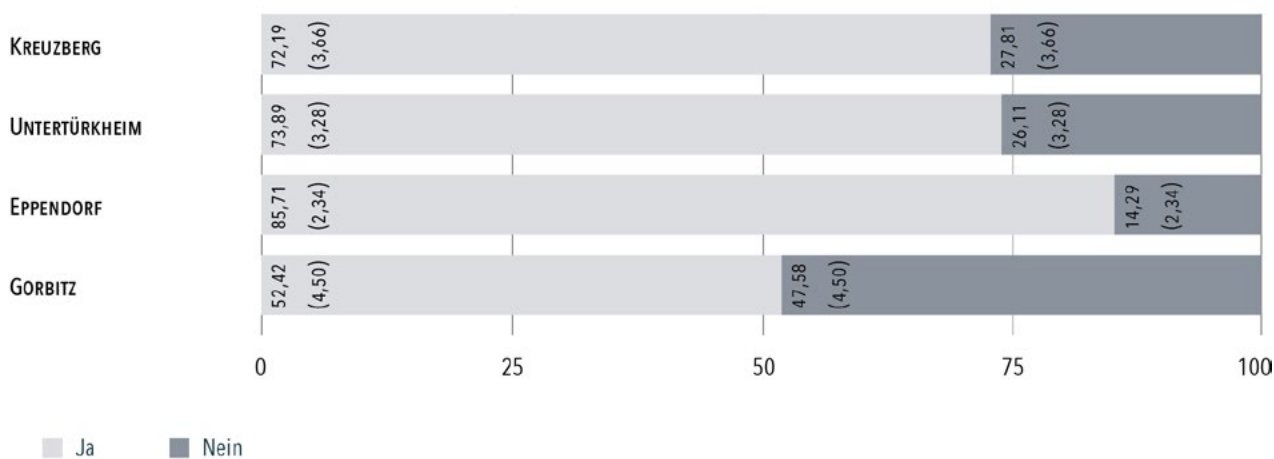
Abbildung 3.8 zeigt, wie oft Befragte sich mit Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft unterhalten, wenn sie zum Beispiel Cafés, Bars, Restaurants oder öffentliche Orte wie Parks oder Spielplätze aufsuchen.²⁰

²⁰ Die genaue Formulierung der Frage lautete: „Wie oft unterhalten Sie sich mit Personen in Ihrer Nachbarschaft, z.B. wenn Sie Cafés, Bars, Restaurants oder öffentliche Orte wie Parks oder Spielplätze besuchen, die eine andere Herkunft haben als Sie?“

Hier geht es also um flüchtige Begegnungen im öffentlichen oder halböffentlichen Raum der eigenen Wohnnachbarschaft, nicht unbedingt um das Vorhandensein persönlicher Netzwerke (Schaeffer 2013; Blokland/Nast 2014). Es wurden Personen mit und ohne Migrationshintergrund befragt.

In Kreuzberg finden solche Begegnungen überdurchschnittlich oft statt: Etwa 56 Prozent der Befragten geben an, dass sich solche flüchtigen Begegnungen und Unterhaltungen mit Personen anderer Herkunft sehr oft bis oft ergeben, während 19 Prozent sagen, dass es selten bis nie dazu kommt. In Eppendorf und Untertürkheim verschiebt sich dieses Bild: Dort geben etwa 35 Prozent der Befragten an, dass diese Kontakte selten oder nie stattfinden, während 25 bis 35 Prozent der Befragten sehr oft oder oft solche Unterhaltungen führen. Passend zu der bisher wenig ausgeprägten Migrationsgeschichte finden in Gorbitz solche flüchtigen Begegnungen zwischen Personen verschiedener Herkunft seltener statt: Es geben nur etwa 8 Prozent der Befragten an, dass sie sich sehr oft oder oft mit Personen anderer Herkunft bei solchen Gelegenheiten unterhalten, während circa 74 Prozent angeben, dass dies selten oder nie vorkommt.

Überraschend ist hier, dass Eppendorf und Untertürkheim ähnliche Häufigkeiten aufweisen, obwohl sich beide Viertel in ihrer Migrationsgeschichte stark unterscheiden und sich etwa Untertürkheim und Kreuzberg in Bezug auf ihre Migrationsgeschichte ähnlicher sind. Wir vermuten, dass die Räume für solche flüchtigen Begegnungen in Untertürkheim weniger stark vorhanden und segregierter sind als in Kreuzberg. Kreuzberg bietet in vielen Teilen eine dichte innerstädtische Mischnutzung von Gewerbe und Wohnen mit einer Vielzahl von öffentlichen und halböffentlichen Räumen, wo sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Lage flüchtig begegnen können. Untertürkheim bietet diese Räume in begrenzterem Maße. So war die fehlende Gewerbestruktur im Stadtviertelzentrum in den Interviews mit zentralen Akteur_innen ein häufiges Thema. Die fehlenden Einkaufsmöglichkeiten werden als eines der größten Probleme benannt (s. Tab. 3.4). Darüber hinaus ist das Stadtviertel räumlich deutlicher in einen wohlhabenderen und einen weniger wohlhabenden Teil gegliedert (s. Kap. 2), als dies in Kreuzberg der Fall ist. Diese Kombination – stärkere Teilung plus fehlende Begegnungsräume – könnte ein Grund dafür sein, dass in Untertürkheim flüchtige Kontakte weniger oft zustande kommen und sich Eppendorf und Untertürkheim in den Kontaktgelegenheiten ähnlicher sind als Untertürkheim und Kreuzberg.



Mittelwertdifferenzen zwischen allen Nachbarschaften signifikant auf dem Niveau $p < 0,01$ (einfaktorielle Varianzanalyse)

Abbildung 3.9: Kontakte zu Personen mit/ohne Migrationshintergrund am Arbeitsplatz, in Prozent, S.E. in Klammern

Natürlich finden Kontakte zwischen Personen verschiedener Herkunft nicht nur in Form von flüchtigen Begegnungen in der eigenen Nachbarschaft statt, sondern auch am Arbeitsplatz, im Freundeskreis oder in der Fami-

lie. Im Folgenden schauen wir uns an, inwieweit unter den Bewohner_innen der jeweiligen Nachbarschaften Kontakte zwischen Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund am Arbeitsplatz, im Freundes- oder Bekanntenkreis sowie in der Familie verbreitet sind. Dazu haben wir Personen ohne Migrationshintergrund gefragt, ob sie Kontakte zu Personen mit Migrationshintergrund haben; Personen mit Migrationshintergrund haben wir dieselbe Frage in Bezug auf Personen ohne Migrationshintergrund gestellt.²¹

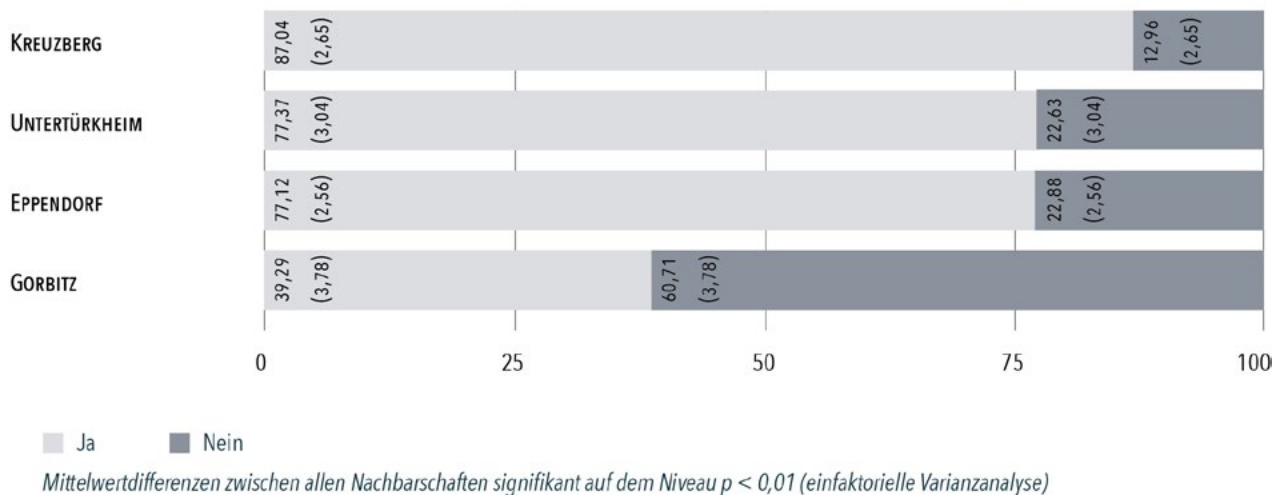


Abbildung 3.10: Kontakte zu Personen mit/ohne Migrationshintergrund in persönlichen Netzwerken: Freundeskreis, in Prozent, S.E. in Klammern

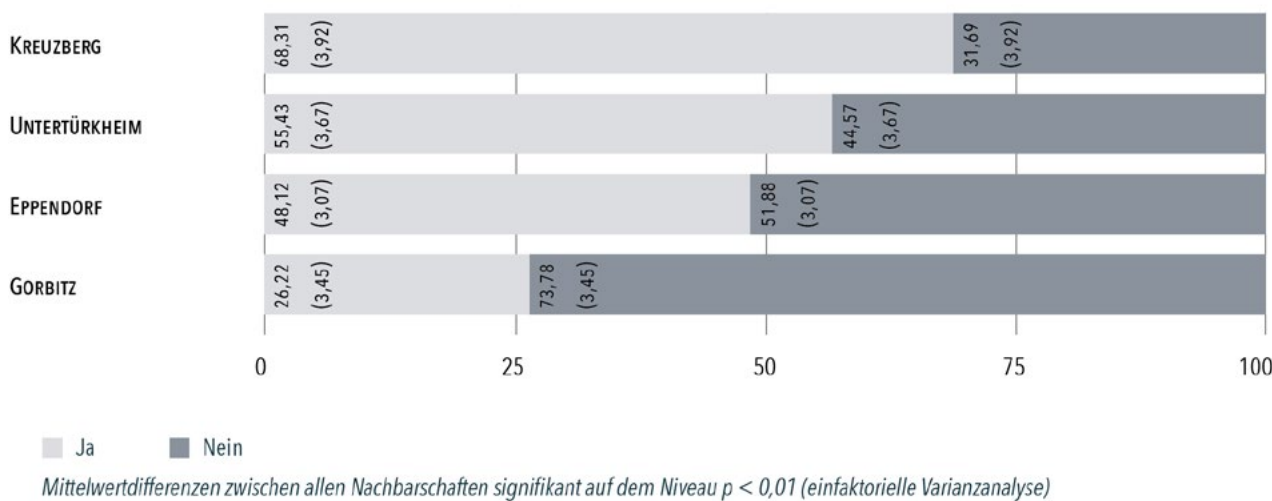


Abbildung 3.11: Kontakte zu Personen mit/ohne Migrationshintergrund in persönlichen Netzwerken: Familie, in Prozent, S.E. in Klammern

Kontakte zu Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund am Arbeitsplatz sind bei den befragten Bewohner_innen Kreuzbergs, Untertürkheims und Eppendorfs sehr weit verbreitet (72 bis 86 Prozent). In Gorbitz trifft dies auf 52 Prozent der Befragten zu (s. Abb. 3.9). Insbesondere Arbeitskontakte zu Personen anderer Herkunft müssen im Kontext der jeweiligen Migrationsgeschichte der Gesamtstadt gesehen werden – in Berlin, Hamburg und Stuttgart leben und arbeiten mehr Menschen mit Migrationshintergrund als in Dresden,

21 Der genaue Fragetext lautete für Personen ohne Migrationshintergrund: „Haben Sie persönlich Kontakte zu Personen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben? an Ihrem Arbeitsplatz? / in Ihrem sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis? / in Ihrer eigenen Familie oder Verwandtschaft?“

sodass dort auch mehr Kontaktmöglichkeiten vorhanden sind. Ein ähnliches Bild zeigt sich in Bezug auf Kontakte zu Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund im Freundes- und Bekanntenkreis. Solche Kontakte kommen beim Großteil der Befragten in Kreuzberg, Untertürkheim und Eppendorf vor (77 bis 87 Prozent), jedoch nur bei circa 40 Prozent der Befragten in Gorbitz (s. Abb. 3.10). Auch für Kontakte zu Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund in der Familie zeigt sich, dass diese im Nachbarschaftsvergleich bei den Befragten in Gorbitz in geringstem Ausmaß vorhanden sind (ca. 26 Prozent). Zwischen den anderen Nachbarschaften gibt es Abstufungen: Während knapp 70 Prozent der Befragten in Kreuzberg Familienmitglieder mit bzw. ohne Migrationshintergrund haben, ist dies in Eppendorf bei knapp 50 Prozent der Fall (s. Abb. 3.11).

Bezüglich der Kontakte von Personen ohne Migrationshintergrund zu Personen mit Migrationshintergrund bei der Arbeit, im Freundes- und Bekanntenkreis sowie in der Familie finden sich in Kreuzberg, Untertürkheim und Eppendorf relativ ähnliche Raten und in Gorbitz jeweils signifikant niedrigere Raten. Hier wirken sich vermutlich auch die längeren und stärkeren gesamtstädtischen Migrationsgeschichten von Berlin, Hamburg und Stuttgart auf diese Netzwerk- und Kontaktspekte aus.

3.4 DER ZUSAMMENHANG ZWISCHEN KONTAKTEN ZU PERSONEN ANDERER HERKUNFT UND EINSTELLUNGEN GEGENÜBER GEFLÜCHTETEN

Um den Zusammenhang zwischen Kontakten und Einstellungen genauer beleuchten zu können, fokussieren wir im nächsten Schritt darauf, welche Faktoren die Einstellungen gegenüber Geflüchteten auf individueller Ebene beeinflussen und ob sich diese zwischen den untersuchten Stadtvierteln unterscheiden.

Dazu werden im Folgenden mögliche Einflussfaktoren auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten – sowohl einzeln als auch im Zusammenhang – betrachtet. Dabei steht im Sinne der Kontakthypothese die Rolle von Kontakten zwischen heterogenen Bevölkerungsgruppen in der Nachbarschaft im Vordergrund. Zum einen schauen wir dabei auf die Regelmäßigkeit flüchtiger Kontakte zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft. Hier geht es also um die Frage, ob sich die Intensität des individuellen Erlebens von Diversität im Alltag auf die Einstellung zu der neuen Bewohner_innengruppe der Geflüchteten auswirkt. Zum Zweiten untersuchen wir, inwiefern Kontakte zu Personen anderer Herkunft am Arbeitsplatz, im Freundes- und Bekanntenkreis sowie in der Familie mit Einstellungen gegenüber Geflüchteten korrelieren.

Zum Einfluss von Kontakt auf Vorurteile existieren in der Literatur zwei gegensätzliche Hypothesen: die Kontakt- und die Konflikthypothese. Erstere geht im Wesentlichen davon aus, dass Kontakt in der Lage ist, Vorurteile und ablehnende Einstellungen abzubauen (Allport 1954; Pettigrew/Tropp 2006), während die Konflikthypothese besagt, dass die Erfahrung von Differenz im Nahbereich die Wahrscheinlichkeit von Konflikten erhöht und so ablehnende Einstellungen hervorruft (Blumer 1958; Bobo 1988; Putnam 2007; Koopmans/Veit 2014). Hier stellt sich zudem die Frage nach der Wirkungsrichtung des Effekts: Einerseits kann es sein, dass der Kontakt zu Menschen anderer Herkunft negative Einstellungen ihnen gegenüber verringert (Kontakthypothese). Andererseits ist es aber auch möglich, dass Personen deshalb den Kontakt zu Menschen anderer Herkunft in der Nachbarschaft eher suchen oder zulassen, weil sie insgesamt positivere Einstellungen zu Personen mit Migrationshintergrund haben. Diese Frage können wir mit den vorliegenden Querschnittsdaten jedoch nicht beantworten, innerhalb dieser Studie kann lediglich untersucht werden, ob ein Zusammenhang zwischen Kontakten und Einstellungen besteht.

Neben dem Einfluss von heterogenen Alltagskontakten innerhalb der Wohnnachbarschaft und des persönlichen Netzwerks (Arbeit, Bekannten- und Freundeskreis, Familie) betrachten wir im Folgenden sozioökonomische Faktoren (Einkommen, Bildung, Erwerbsstatus) und weitere soziodemografische Faktoren (Alter, Geschlecht, ob ein/mehrere Kind/er im Haushalt wohnt/wohnen, Migrationshintergrund).

Die eigene Migrationserfahrung einer Person kann die Einstellung zu anderen, „neueren“ migrantischen Gruppen potenziell in zweierlei Hinsicht beeinflussen: Zum einen kann eine „geteilte“ Migrationserfahrung dazu führen, dass die eigene Einstellung zu anderen migrantischen Gruppen, etwa geflüchteten Personen, positiver ausfällt. Zum anderen kann das Hinzukommen neuer migrantischer Gruppen als Bedrohung des eigenen gesellschaftlichen Status empfunden werden – etwa wenn man befürchtet, dass man selbst mit der neuen Gruppe assoziiert wird und so eine Statusabwertung erfährt. Dies kann dazu führen, dass Personen versuchen, den eigenen, als prekär empfundenen Status darüber zu sichern, die neue Gruppe abzuwerten, um sich so von dieser Gruppe abzugrenzen (Tajfel/Turner 1986).

Eine ähnliche Argumentation lässt sich in Bezug auf gesellschaftliche Gruppen mit niedrigem sozioökonomischen Status anführen: Gruppen mit einem niedrigen Einkommen, einem niedrigen Bildungsniveau und/oder einem prekären Erwerbsstatus (z.B. Arbeitslosigkeit) könnten dazu neigen, Personen mit Fluchthintergrund aus dem Gefühl der Statusbedrohung heraus abzuwerten (Pettigrew et al. 2008; Zick/Küpper/Hövermann 2011: 176 ff.). Auch hier könnte Kontakt ein entscheidender Mediator sein: Durch persönliche Kontakte und Beziehungen zu Personen anderer Herkunft im Alltag könnten solche Bedrohungsgefühle und Vorurteile abgebaut werden.

In Tabelle 3.5 sind bivariate Zusammenhänge zwischen verschiedenen Merkmalsfaktoren und ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten in den vier Nachbarschaften dargestellt. Diese werden diskutiert, bevor sie in einem gemeinsamen Regressionsmodell geprüft werden.

In Tabelle 3.5 sind die Mittelwerte der ablehnenden Einstellung in der jeweiligen Merkmalskategorie angegeben. Der mögliche Wertebereich des Index liegt zwischen 1 und 5. Ein Lesebeispiel: Der Wert 3,11 für weibliche Bewohnerinnen in Gorbitz lässt sich als eine mittlere Einstellung gegenüber Geflüchteten interpretieren. Dabei gilt: Je höher der Wert, desto ablehnender ist die Einstellung gegenüber Geflüchteten.

Tabelle 3.5: Mittelwerte der ablehnenden Einstellung gegenüber Geflüchteten über Merkmalsfaktoren

	KREUZBERG		UNTERTÜRKHEIM		EPPENDORF		GORBITZ	
	Mittelwert	(S.E.)	Mittelwert	(S.E.)	Mittelwert	(S.E.)	Mittelwert	(S.E.)
GESCHLECHT								
weiblich	2,17	(0,09)	2,61	(0,10)	2,13	(0,06)	3,11	(0,13)
männlich	2,35	(0,11)	2,62	(0,10)	2,13	(0,06)	3,16	(0,12)
ALTER								
18–29	2,30	(0,14)	2,55	(0,16)	2,03	(0,13)	2,88	(0,35)
30–39	1,95	(0,15)	2,53	(0,19)	2,06	(0,10)	2,95	(0,18)
40–49	2,16	(0,15)	2,78	(0,16)	2,42	(0,12)	4,10	(0,52)
50–65	2,25	(0,14)	2,54	(0,13)	2,12	(0,11)	3,30	(0,13)
66+	2,73	(0,21)	2,71	(0,16)	2,05	(0,09)	3,01	(0,15)
PERSON UNTER 18 IM HAUSHALT								
nein	2,20	(0,08)	2,61	(0,09)	2,08	(0,06)	3,07	(0,10)
ja	2,33	(0,14)	2,62	(0,14)	2,27	(0,09)	3,47	(0,19)

MIGRATIONSHINTERGRUND								
nein	2,15	(0,09)	2,59	(0,08)	2,15	(0,05)	3,13	(0,09)
ja	2,40	(0,13)	2,69	(0,15)	2,01	(0,12)	3,19	(0,23)
HAUSHALTSEINKOMMEN (gewichtet nach Haushaltszusammensetzung)								
< 1.000 €	2,40	(0,12)	2,81	(0,31)	2,34	(0,18)	3,12	(0,17)
1.001–2.000 €	2,23	(0,11)	2,63	(0,10)	2,21	(0,10)	3,11	(0,12)
2.001–3.000 €	2,14	(0,17)	2,55	(0,14)	2,02	(0,09)	3,17	(0,22)
3.000 € +	1,88	(0,25)	2,63	(0,16)	2,13	(0,07)	3,44	(0,38)
SCHUL- UND BERUFSBILDUNG								
niedrig	2,64	(0,22)	2,61	(0,21)	2,19	(0,25)	3,28	(0,40)
mittel	2,44	(0,12)	2,83	(0,11)	2,15	(0,09)	3,21	(0,11)
hoch	1,97	(0,11)	2,36	(0,12)	2,10	(0,06)	3,01	(0,16)
ERWERBSSTATUS								
Voll-/Teilzeit	2,05	(0,08)	2,52	(0,09)	2,17	(0,06)	3,17	(0,13)
nicht oder geringfügig erwerbstätig	2,48	(0,14)	2,79	(0,12)	2,04	(0,08)	3,07	(0,13)
arbeitslos	2,61	(0,24)	2,50	(0,12)	2,40	(0,20)	3,38	(0,29)
KONTAKTE UND BEGEGNUNGEN IN DER NACHBARSCHAFT								
nie	2,67	(0,29)	2,70	(0,30)	2,16	(0,18)	3,41	(0,18)
selten	2,72	(0,21)	2,80	(0,14)	2,12	(0,08)	2,99	(0,11)
manchmal	2,40	(0,12)	2,59	(0,14)	2,12	(0,08)	3,10	(0,21)
oft	2,03	(0,10)	2,49	(0,12)	2,17	(0,12)	3,13	(0,33)
sehr oft	1,98	(0,16)	2,48	(0,17)	2,10	(0,28)	2,56	(0,59)
KONTAKTE: FREUNDE, FAMILIE, ARBEIT								
nein	3,18	(0,20)	2,86	(0,17)	2,24	(0,14)	3,47	(0,15)
ja	2,15	(0,07)	2,59	(0,08)	2,12	(0,05)	2,97	(0,10)
N	139		166		240		143	

In Bezug auf unser Hauptinteresse können wir in diesem ersten Überblick sehen: Für alle vier Nachbarschaften gilt, dass mehr Kontakt zu Personen anderer Herkunft tendenziell mit positiveren Einstellungen gegenüber Geflüchteten einhergeht. Besonders stark reduzieren solche Kontakte ablehnende Haltungen in Gorbitz: Hier haben Personen, die gar keinen Kontakt zu Personen anderer Herkunft haben, im Mittel einen Indexwert von 3,41, während Personen, die sehr oft heterogene Kontakte in der Nachbarschaft haben, einen Indexwert von 2,56 aufweisen. In Berlin-Kreuzberg liegen diese beiden Personengruppen noch etwa 0,5 Indexpunkte auseinander, während in Hamburg-Eppendorf und Stuttgart-Untertürkheim in dieser Hinsicht kaum Unterschiede auftreten. Auch der Zusammenhang zwischen den jeweiligen Haushaltseinkommen (gewichtet nach Haushaltszusammensetzung) und den Einstellungen gegenüber Geflüchteten differiert in den vier Quartieren. Personen mit höherem Einkommen sind in Kreuzberg im Schnitt positiver gegenüber Geflüchteten eingestellt (Indexwerte 1,88 vs. 2,40), das Gleiche ist in geringerem Ausmaß in Eppendorf und Untertürkheim der Fall. In Gorbitz hingegen sind Personen mit einem hohen Einkommen (mehr als 3.000 Euro) negativer gegenüber Geflüchteten eingestellt als Personen in den Einkommensklassen darunter.

Eine höhere Bildung geht in Kreuzberg, Untertürkheim und Gorbitz tendenziell mit positiveren Einstellungen einher, jedoch ist diese Relation nur in Kreuzberg deutlich ausgeprägt. In Eppendorf finden sich kaum Unterschiede zwischen Personen unterschiedlicher Bildungsniveaus. Arbeitslose Personen haben in allen Nachbarschaften bis auf Untertürkheim ablehnendere Einstellungen gegenüber Geflüchteten als Personen in anderen Erwerbssituationen.

In Tabelle 3.6 sind multivariate lineare Regressionsmodelle abgebildet, die den Einfluss der genannten Faktoren simultan analysieren. Hierdurch ist es möglich, die Effekte der einzelnen Variablen unter Kontrolle der anderen Variablen zu betrachten. Ein Beispiel: Angenommen, Personen mit grünen Augen hätten im Schnitt ein höheres Einkommen als Personen mit blauen oder braunen Augen. In einem multivariaten Modell, in dem wir zugleich die Berufserfahrung kontrollieren, könnten wir zum Beispiel sehen, ob dieses höhere Einkommen „eigentlich“ mit der Berufserfahrung der Personen zusammenhängt. Es kann also sein, dass Zusammenhänge, die in Tabelle 3.6 sichtbar werden, unter Kontrolle weiterer Variablen schwächer erscheinen, ganz verschwinden oder auch deutlicher hervortreten, wenn die genannten Faktoren gleichzeitig betrachtet werden.

Im Folgenden interessiert uns insbesondere, ob die Relevanz von Kontakten zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft auch unter Berücksichtigung weiterer Faktoren bestehen bleibt oder ob in der Zusammenschau andere Faktoren eine größere Rolle für die Einstellung gegenüber Geflüchteten spielen. In den Modellen sind außer den Kontaktvariablen sozioökonomische Faktoren (Einkommen, Ausbildung, Erwerbsstatus) und weitere soziodemografische Faktoren (Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund, Haushaltsmitglieder unter 18) berücksichtigt.²² In Modell 2 in Tabelle 3.6 wird neben der Variable, die den Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft erfasst, außerdem berücksichtigt, ob Bewohner_innen ohne Migrationshintergrund Kontakt zu Personen mit Migrationshintergrund in der Familie, im Freundeskreis oder bei der Arbeit haben. Für Personen mit Migrationshintergrund wird in dieser Variable der Kontakt zu Personen ohne Migrationshintergrund in der Familie, im Freundeskreis oder bei der Arbeit erfasst.

Lesebeispiel: In der Tabelle sind Koeffizienten abgebildet, die anzeigen, um wie viele Einheiten sich die abhängige Variable – der Index, der die Einstellung gegenüber Geflüchteten abbildet – ändert, wenn der Einflussfaktor um eine Einheit steigt. Angenommen, wir untersuchen den Einfluss der Körpergröße (in cm) auf das Einkommen (in Euro) und der Koeffizient der Körpergröße liegt bei 2,3. Dann bedeutet dies, dass größere Menschen mehr verdienen als kleinere Menschen, und zwar im Schnitt 2,30 Euro pro Zentimeter Körpergröße. Ein Beispiel aus unserem Modell in Tabelle 3.6: Der Koeffizient der Variable, die angibt, ob ein Kind im Haushalt der/des Befragten lebt, liegt für Kreuzberg in Modell 2 bei 0,250. Dies bedeutet, dass eine Person, die mit mindestens einem Kind im Haushalt lebt, im Schnitt eine stärker ablehnende Haltung gegenüber Geflüchteten hat als eine Person, die in einem Haushalt ohne Kinder lebt – der durchschnittliche Unterschied zwischen diesen Personen (unter Berücksichtigung aller anderen Variablen im Modell) beträgt 0,250 Indexpunkte. Jedoch ist dieser Effekt mit einem p-Wert von $< 0,15$ nur schwach statistisch signifikant. Es kann daher nur eingeschränkt von einer Übertragbarkeit des Effekts auf die Grundgesamtheit ausgegangen werden. Je kleiner der p-Wert ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass der Effekt nicht nur in der hier untersuchten Stichprobe zu finden ist, sondern auf die sogenannte Grundgesamtheit zutrifft – in unserem Fall auf alle Einwohner_innen der Nachbarschaften, die 18 Jahre oder älter sind. Jedoch ist der p-Wert auch stark von der Größe der Stichprobe abhängig – bei relativ kleinen Stichproben (wie unserer) sollten substantiell große Effekte daher nicht verworfen werden, wenn der p-Wert größer ausfällt.

22 Zur Kontrolle, ob der Effekt von „Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft“ für Bewohner_innen mit Migrationshintergrund anders ausfällt als für Bewohner_innen ohne Migrationshintergrund, wurden die Modelle außerdem mit einem entsprechenden Interaktionsterm gerechnet. Dieser war jedoch in allen Modellen nahe Null bzw. sehr klein und statistisch nicht signifikant, sodass die finalen Modelle ohne diesen Term berechnet wurden.

In *Modell 1* in Tabelle 3.6 sehen wir, dass der Effekt von „Kontakt zu Menschen anderer Herkunft in der Nachbarschaft“ in Kreuzberg und Gorbitz negative Werte aufweist. Mehr Kontakt geht also einher mit weniger ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Dieser Zusammenhang ist in Kreuzberg stärker – in Gorbitz ist er in schwächerem Ausmaß vorhanden und außerdem nur in geringem Maße statistisch signifikant: Der p-Wert liegt knapp über der Grenze von 0,1. In Eppendorf und Untertürkheim lässt sich hingegen gar kein Effekt konstatieren – der Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft hat hier weder positive noch negative Auswirkungen auf die Einstellung gegenüber Geflüchteten.

In *Modell 2* in Tabelle 3.6 sind – zusätzlich zum Kontakt in der Nachbarschaft – Kontakte zu Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund in der Familie, im Freundeskreis oder bei der Arbeit aufgenommen worden, um zu sehen, ob „Kontakt zu anderen“ in diesen Nahbereichen stärker mit vorhandenen Einstellungen zusammenhängt als der flüchtige Kontakt in der Nachbarschaft. Während in Kreuzberg der Einfluss von Kontakt in der Nachbarschaft auch in Modell 2 bestehen bleibt, verringert sich der Effekt in Gorbitz, sodass der bereits in Modell 1 nur sehr schwach ausgeprägte Effekt nun nicht mehr vorhanden ist. Dies deutet darauf hin, dass Bewohner_innen von Gorbitz, die Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft haben, tendenziell auch mehr Kontakt zu Personen anderer Herkunft in ihren persönlichen Netzwerken haben und letzterer Kontakt eventuell ausschlaggebender für die eigene Einstellung ist. In Eppendorf und Untertürkheim finden sich – wie in Modell 1 – keine Zusammenhänge. Der Effekt des Kontakts zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft ist noch einmal in Abbildung 3.12 dargestellt. Dort ist ersichtlich, dass nur in Kreuzberg ein Zusammenhang besteht.

In Eppendorf und Untertürkheim sind auch die Effekte von Kontakt zu Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund in der Familie, im Freundeskreis oder bei der Arbeit klein und statistisch nicht signifikant (Tab. 3.6, Modell 2). In Kreuzberg und Gorbitz hingegen haben Personen, die in diesen Nahbereichen Kontakt zu Personen anderer Herkunft haben, signifikant geringere ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten.²³

Die Wirkung der Kontakthypothese scheint damit stark kontextabhängig zu sein. So haben Kreuzberger_innen, die mehr Kontakt zu Personen anderer Herkunft in ihrer Nachbarschaft sowie im Nahbereich (Familie, Freundeskreis, Arbeit) haben, wesentlich positivere Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Für die Gorbitzer Befragten trifft dies ebenfalls zu, aber vor allem für Bewohner_innen, die Kontakt zu Personen anderer Herkunft in ihren persönlichen Netzwerken oder bei der Arbeit haben. In Eppendorf und Untertürkheim hat keine der beiden Kontaktdimensionen einen Einfluss auf die Einstellung gegenüber Geflüchteten. Das heißt, vorhandener Kontakt scheint hier weder – im Sinne der Kontakthypothese – Ablehnung abzubauen noch – im Sinne der Konflikthypothese – ablehnende Haltungen zu bestärken. Hier scheinen andere Faktoren relevanter zu sein, die das Modell jedoch nur bedingt abbilden kann.

Der eigene Migrationshintergrund zeigt sich nur in Berlin-Kreuzberg als relevant: Kreuzberger_innen mit Migrationshintergrund sind durchschnittlich ablehnender gegenüber Geflüchteten eingestellt als Personen ohne Migrationshintergrund. Ein Hinweis darauf, dass hier auch Statusbedrohungsgefühle eine Rolle spielen können.

23 Es liegt nahe, anzunehmen, dass Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft sowie in der Familie, im Freundeskreis und bei der Arbeit sich bei Personen mit Migrationshintergrund anders auswirkt als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Um dies zu kontrollieren, wurden die abgebildeten Modelle mit einem Interaktionsterm zwischen dem Migrationshintergrund einer Person und dem Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft sowie gesonderte Modelle nur für Personen ohne Migrationshintergrund gerechnet. Dasselbe wurde mit einem Interaktionsterm zwischen dem Migrationshintergrund einer Person und dem Kontakt zu Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund in der Familie, dem Freundeskreis oder bei der Arbeit gerechnet. Es ergaben sich keine Unterschiede zu dem hier gezeigten Modell, sodass auf den Interaktionsterm in den Modellen verzichtet wurde.

Tabelle 3.6: Regressionsmodelle zur Einstellung gegenüber Geflüchteten

	KREUZBERG				UNTERTÜRKHEIM				EPPENDORF				GORBITZ			
	Modell 1		Modell 2		Modell 1		Modell 2		Modell 1		Modell 2		Modell 1		Modell 2	
	Koeff.	(S.E.)	Koeff.	(S.E.)	Koeff.	(S.E.)	Koeff.	(S.E.)	Koeff.	(S.E.)	Koeff.	(S.E.)	Koeff.	(S.E.)	Koeff.	(S.E.)
Geschlecht (Ref. weiblich)																
männlich	-0,040	(0,149)	-0,082	(0,147)	-0,011	(0,152)	-0,009	(0,152)	-0,002	(0,102)	-0,003	(0,102)	0,066	(0,179)	0,086	(0,176)
Alter	-0,001	(0,028)	0,008	(0,028)	0,006	(0,027)	0,005	(0,027)	0,028	(0,023)	0,029	(0,023)	0,087*	(0,034)	0,074*	(0,034)
Alter quadriert	0,000	(0,000)	0,000	(0,000)	-0,000	-0,000	-0,000	(0,000)	-0,000	(0,000)	-0,000	(0,000)	-0,001*	(0,000)	-0,001*	(0,000)
Haushaltsmitglied unter 18 (Ref. keins)																
mind. 1	0,249^	(0,159)	0,250^	(0,156)	-0,053	(0,188)	-0,047	(0,189)	0,242+	(0,125)	0,235+	(0,125)	0,546*	(0,275)	0,499+	(0,271)
Migrationshintergrund (Ref. kein MHG)																
Migrationshintergrund	0,367*	(0,158)	0,378*	(0,155)	0,184	(0,183)	0,184	(0,183)	-0,170	(0,141)	-0,151	(0,143)	0,010	(0,330)	0,249	(0,341)
Haushaltseinkommen gew.	0,000	(0,000)	0,000	(0,000)	0,001*	(0,000)	0,001*	(0,000)	0,000	(0,000)	0,000	(0,000)	0,000	(0,000)	0,000	(0,000)
Bildung (Ref. niedrig)																
mittel	-0,030	(0,230)	-0,068	(0,226)	0,413^	(0,282)	0,402	(0,284)	0,193	(0,285)	0,205	(0,285)	-0,049	(0,422)	0,079	(0,419)
hoch	-0,376	(0,237)	-0,388+	(0,233)	-0,147	(0,298)	-0,152	(0,299)	0,185	(0,274)	0,194	(0,274)	-0,227	(0,474)	0,040	(0,482)
Erwerbstätigkeit: (Ref. Voll-/Teilzeit)																
nicht/geringfügig	0,186	(0,169)	0,136	(0,167)	0,511*	(0,202)	0,496*	(0,205)	-0,221	(0,155)	-0,244^	(0,157)	-0,021	(0,252)	-0,109	(0,251)
arbeitslos	0,437+	(0,245)	0,350^	(0,242)	0,022	(0,690)	0,039	(0,693)	0,359	(0,355)	0,371	(0,355)	0,157	(0,384)	-0,093	(0,394)
Kontakt in Nachbarschaft	-0,233**	(0,065)	-0,226**	(0,068)	-0,095	(0,071)	-0,088	(0,073)	0,012	(0,054)	0,017	(0,054)	-0,149^	(0,094)	-0,093	(0,096)
Kontakt Freunde, Familie, Arbeit			-0,635*	(0,256)			-0,126	(0,245)			-0,178	(0,180)			-0,500*	(0,220)
Konstante	2,485**	(0,672)	2,990**	(0,689)	2,602**	(0,707)	2,722**	(0,746)	1,008	(0,660)	1,157+	(0,676)	1,027	(0,910)	1,617+	(0,932)
N	139		139		166		166		240		240		143		143	
Adj. R ²	0,205		0,237		0,072		0,067		0,015		0,015		0,032		0,062	

Signifikanzniveau: ***p < 0,001; **p < 0,01; *p < 0,05; +p < 0,1; ^p < 0,15

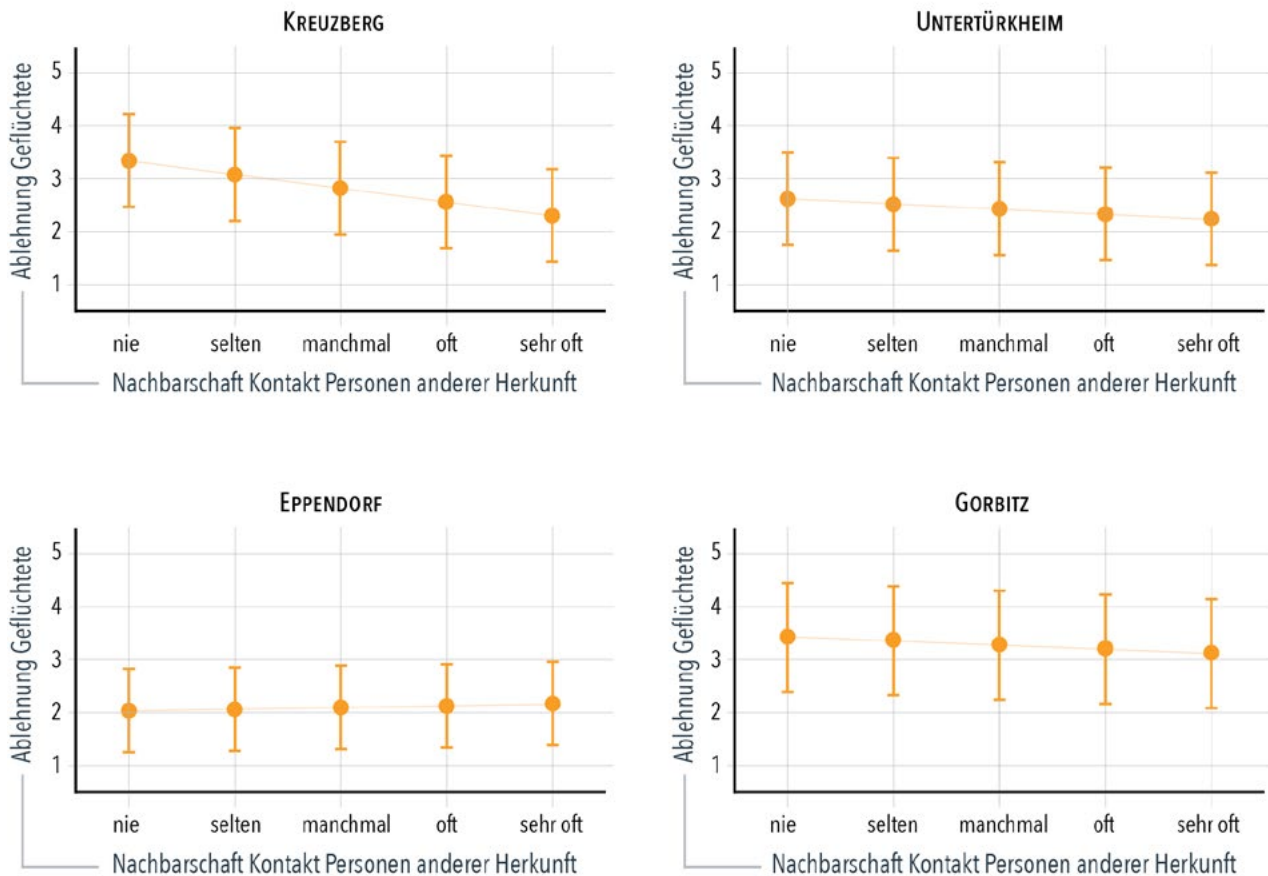


Abbildung 3.12: Effekt des Kontakts zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft auf die Ablehnung gegenüber Geflüchteten aus Modell 2 (ablehnende Einstellung zu Geflüchteten: 1-niedrig; 5-hoch)

Betrachten wir nun die sozioökonomischen Faktoren. In Kreuzberg haben arbeitslose Personen die Tendenz, sich gegenüber Geflüchteten stärker ablehnend zu positionieren, während Personen mit höherer Bildung tendenziell weniger ablehnend eingestellt sind. Beide Effekte weisen jedoch ein sehr geringes Signifikanzniveau auf und sind daher vorsichtig zu interpretieren. In Untertürkheim haben Personen, die nicht oder nur geringfügig beschäftigt sind, stärker ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Hier sind aber auch Personen mit einem höheren Einkommen tendenziell negativer gegenüber Geflüchteten eingestellt (s. Abb. 3.13). Letzteres deckt sich damit, dass der Widerstand gegen die Unterkunft für Geflüchtete vor allem aus dem wohlhabenderen Teil Untertürkheims aufkam (s. Kap. 2). In Eppendorf und Gorbitz differieren Befragte mit unterschiedlichen Bildungsgraden, Einkommen oder Erwerbsstatus nicht signifikant hinsichtlich ihrer Einstellungen gegenüber Geflüchteten.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Erklärungskraft der abgebildeten Modelle nur für Kreuzberg die Varianz unter den Einstellungen der Nachbarschaftsbewohner_innen befriedigend erklärt. Die niedrigen R^2 -Werte²⁴ für Gorbitz, Untertürkheim und Eppendorf zeigen an, dass die berücksichtigten sozioökonomischen, soziodemografischen und Kontaktvariablen nicht in ausreichendem Maße in der Lage sind zu erklären, warum dort einige Bewohner_innen positive und andere Bewohner_innen negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten hegen.

24 Der R^2 ist ein Kennwert für die Modellgüte und gibt an, wie gut die im Modell berücksichtigten Variablen dazu geeignet sind, die Varianz der abhängigen Variable zu „erklären“. Je höher der R^2 -Wert, desto größer ist der Anteil der Varianz, der über die berücksichtigten Faktoren erklärt werden kann.

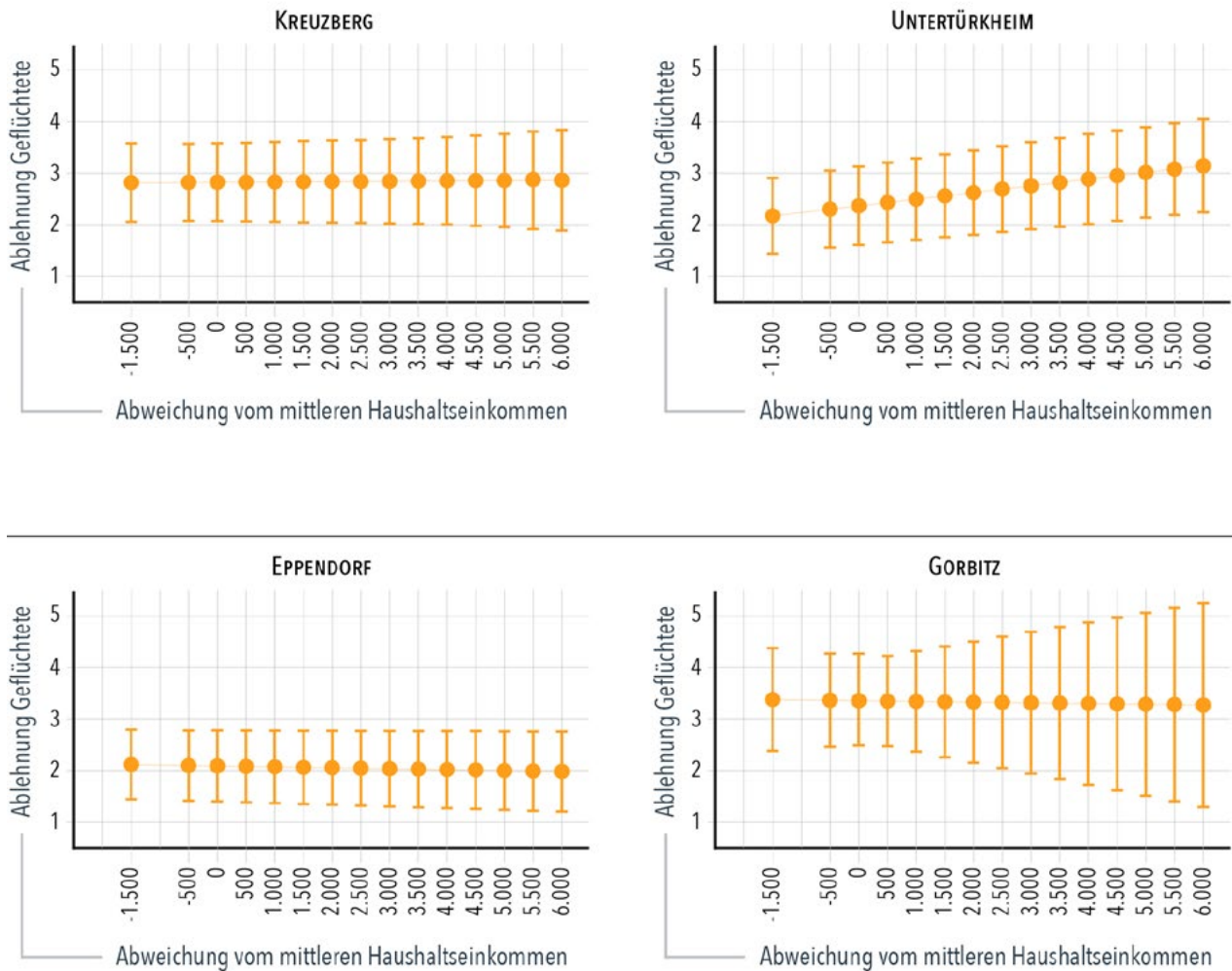


Abbildung 3.13: Effekt der Abweichung vom mittleren Haushaltseinkommen (gewichtet nach Haushaltszusammensetzung) auf Ablehnung gegenüber Geflüchteten aus Modell 2 (ablehnende Einstellung zu Geflüchteten: 1-niedrig; 5-hoch)

Als Zwischenfazit lässt sich feststellen, dass nur in Kreuzberg die Einstellung gegenüber Geflüchteten wesentlich mit Begegnungen zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft in der Nachbarschaft zusammenhängt. In Gorbitz deutet sich ein ähnlicher Zusammenhang an, dieser ist aber sehr gering ausgeprägt und verschwindet, sobald für den Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Familie, im Freundeskreis und bei der Arbeit kontrolliert wird, was auch daran liegen mag, dass solche Begegnungen hier nur in sehr geringem Maße tatsächlich stattfinden (s. Abb. 3.9). In Eppendorf und Untertürkheim, den beiden sozioökonomisch bessergestellten Nachbarschaften, können wir keinen Zusammenhang von flüchtigen Kontakten auf Nachbarschaftsebene oder im Nahbereich zur Einstellung gegenüber Geflüchteten ausmachen. Hier scheinen andere Faktoren die persönlichen Einstellungen zu beeinflussen.

In Bezug auf die Ausgangsfragestellung bedeutet dies, dass die alltäglich erfahrene Diversität in Kreuzberg – dem Quartier mit ausgeprägter Migrationsgeschichte und eher niedrigem sozioökonomischen Status – dem Anschein nach vor ablehnenden Einstellungen gegenüber Geflüchteten schützt. Jedoch scheinen in der Nachbarschaft eine eigene Migrationserfahrung und Arbeitslosigkeit mit ablehnenderen Haltungen gegenüber Geflüchteten zusammenzuhängen und höhere Bildung mit offeneren Haltungen. Diese Effekte sind in unserer Stichprobe zwar nicht besonders deutlich ausgeprägt, weisen aber dennoch darauf hin, dass in Kreuzberg Gruppen, die sich in ihrem Status bedroht fühlen, tendenziell ablehnender auf neue Bewohner_innen

mit Fluchthintergrund reagieren, was auch dem Eindruck von einigen lokalen Akteur_innen entspricht (s. Kap. 2).

Für Untertürkheim wäre eigentlich zu erwarten, dass sich aufgrund der ebenfalls ausgeprägten Migrationsgeschichte ein ähnliches Bild wie in Kreuzberg ergibt. Dies ist jedoch nicht der Fall, was möglicherweise an der geografisch stärker wahrnehmbaren sozioökonomischen Teilung des Quartiers liegt. In Untertürkheim findet sich kein Effekt der Kontaktvariablen, hingegen hängt ein höheres Einkommen hier mit einer stärkeren Ablehnung von Geflüchteten zusammen.

Eppendorf weist, wie wir gesehen haben, die niedrigsten Ablehnungsraten auf, die zudem in einem geringen Zusammenhang mit den hier berücksichtigten Variablen stehen. Die berücksichtigten Faktoren – wie Einkommen, Bildung oder Kontakt – zeigen keine Zusammenhänge auf und erklären die Varianz der Einstellungen im Quartier nicht. In Bezug auf unseren Fallvergleich – mit Eppendorf als relativ wohlhabendem Viertel mit einem engen Wohnungsmarkt und wenig ausgeprägter Migrationsgeschichte – könnte das auch bedeuten, dass der sozioökonomische Status hier nicht auf individueller, sondern auf Nachbarschaftsebene eine Wirkung entfaltet. Durch Faktoren wie hohe Mieten und geringer Leerstand wird der Zuzug von Geflüchteten in das Viertel verhindert; auch die Geflüchtetenunterkunft wurde in der Nachbarschaft stark bekämpft (und medial stark aufbereitet). Trotzdem die Gegner_innen der Unterkunft – nach den vorhandenen Daten – nur einen kleinen Teil der Bevölkerung vertraten, wirkte ihr Protest sehr effektiv und konnte den Unterkunftsbaubau um Jahre verzögern. Die Bewohner_innen Eppendorfs können sich daher aus verschiedenen Gründen relativ sicher sein, dass ihr Viertel langfristig kein Ort sein wird, an dem viele Geflüchtete wohnen werden. Niedrige Ablehnungsraten gehen deshalb auch einher mit der Abwesenheit von Geflüchteten, etwaigen Alltagskonflikten oder Abwertungsängsten.

Auch für Gorbitz zeigt der niedrige R^2 -Wert, dass die im Modell untersuchten Einflussfaktoren insgesamt nicht gut erklären können, warum einige Bewohner_innen positiver gegenüber Geflüchteten eingestellt sind als andere. Interessanterweise findet sich hier jedoch ein positiver Effekt von Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Familie, im Freundeskreis oder bei der Arbeit. Personen, die solche Kontakte haben, sind auch offener gegenüber Geflüchteten eingestellt.

3.5 ZWISCHENFAZIT

In Kapitel 3 haben wir die Perspektiven der etablierten Wohnbevölkerungen der vier untersuchten Quartiere in den Blick genommen und gefragt, inwiefern sich auf dieser Ebene Aspekte eines inklusiven Verständnisses von sozialem Zusammenhalt finden lassen, der auch neue, geflüchtete Bewohner_innen einschließt. Dabei wurden drei Dimensionen analysiert: die Einstellungen der Bewohner_innen gegenüber Geflüchteten sowie zu einer Unterbringung von Geflüchteten im Quartier, die Verbreitung von zivilgesellschaftlichem Engagement für Geflüchtete in der Nachbarschaft sowie die Frage, ob und wie sich Kontakte und Begegnungen zwischen Personen verschiedener Herkunft in der Nachbarschaft auf die Einstellung gegenüber Geflüchteten auswirken.

3.5.1 EINSTELLUNGEN GEGENÜBER GEFLÜCHTETEN SOWIE ZU IHRER UNTERBRINGUNG IM QUARTIER

In Kreuzberg und Eppendorf findet sich im Nachbarschaftsvergleich das geringste Ausmaß ablehnender Einstellungen gegenüber Geflüchteten, gefolgt von Untertürkheim und schließlich Gorbitz mit den höchsten Werten. Hier hat zwar ein Großteil der Bevölkerung stark ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten, aber es gibt auch wesentliche Bevölkerungsteile, die Geflüchteten offen(er) gegenüberstehen.

In Bezug auf unseren Fallvergleich ist dieses Einstellungsmuster der Nachbarschaften uneindeutig, da sich Eppendorf und Kreuzberg in ihrem sozioökonomischen Status und ihrer bisherigen Migrationsgeschichte am

stärksten unterscheiden. Auf der Basis verbreiteter Annahmen in der Literatur hätte man vermuten können, dass Untertürkheim durch seine bisherige Migrationsgeschichte und den relativ hohen sozioökonomischen Status der Bevölkerung die geringsten ablehnenden Haltungen aufweist. Die Bevölkerung Untertürkheims hat jedoch im Nachbarschaftsvergleich ein mittleres Ausmaß ablehnender Einstellungen. Daraus schließen wir – in Übereinstimmung mit den Ergebnissen aus Kapitel 2 –, dass sozialer Status und bisherige Migrationserfahrung des Quartiers komplexer interagieren und nicht rein additiv verstanden werden können.

Was die Einstellung gegenüber der Unterbringung von Geflüchteten in der Nachbarschaft betrifft, gibt nur in Gorbitz ein größerer Anteil der Befragten an, geflüchtete Personen als Nachbar_innen problematisch zu finden. In allen anderen Quartieren trifft dies nur auf einen relativ geringen Teil der Befragten zu. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund interessant, dass in Eppendorf und Untertürkheim vonseiten der etablierten Bewohner_innenschaft erheblicher Protest gegen die Unterbringung von Geflüchteten artikuliert wurde. Hier zeigt sich, dass ein kleiner Teil der Bewohner_innenschaft in der Lage war, die öffentliche Aushandlung überproportional zu beeinflussen. In Gorbitz hingegen sind, bei fehlender öffentlicher Aushandlung, ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten sehr viel verbreiteter.

Im Anschluss an die Erkenntnisse aus Kapitel 2 zeigt die Analyse der Umfragedaten daher, dass die öffentlich wahrnehmbare Bevölkerungsreaktion auf den Zuzug bzw. die Unterbringung von Geflüchteten nicht deckungsgleich sein muss mit den Einstellungen in der breiten Bevölkerung. Hier stellt sich die Frage, wie insbesondere offen(er) eingestellte Bevölkerungsteile auch in den öffentlichen Aushandlungen gestärkt werden können. Dies trifft auf Eppendorf und Untertürkheim, aber auch auf Gorbitz zu, wo zwar hohe Anteile der Bevölkerung geschlossen ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten einnehmen, dies jedoch auf signifikante Bevölkerungsteile nicht zutrifft. Die Analyse der Umfragedaten dieser drei Nachbarschaften wirft die Frage auf, ob hier auf individueller Ebene ein größeres Potenzial für ein inklusiveres Verständnis von sozialem Zusammenhalt vorhanden ist, als es sich in den öffentlichen Aushandlungen zeigt (s. Kap. 2). Hier sei jedoch noch einmal darauf hingewiesen, dass die alltägliche Auseinandersetzung mit neuer und alter Diversität in den Nachbarschaften sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. So zeigen die Umfragedaten für Eppendorf sehr offene Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Aufgrund der hohen Mietpreise in diesem Viertel ist es jedoch gleichzeitig sehr unwahrscheinlich, dass Eppendorf (über die Unterbringung von wenigen Geflüchteten in einer Unterkunft hinaus) langfristig stark durch Fluchtmigration geprägt sein wird.

3.5.2 UNTERSTÜTZUNG UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT FÜR GEFLÜCHTETE IN DER NACHBARSCHAFT

Betrachten wir die Unterstützung von Geflüchteten durch Spenden, zeigen Kreuzberg und Eppendorf ähnlich hohe Unterstützungsmuster; die Unterstützungsrate in Untertürkheim liegt etwas niedriger und ist in Gorbitz am niedrigsten. Interessant ist zudem, dass direkte persönliche Unterstützung, etwa Behördenbegleitung oder Sprachkurse, nur in Kreuzberg häufiger vorkommt. In allen anderen Nachbarschaften liegt das Ausmaß dieser zeitlich intensiveren Unterstützung auf ähnlichem Niveau – trotz der unterschiedlichen Bevölkerungszusammensetzungen und Migrationsgeschichten dieser Nachbarschaften. Wir gehen davon aus, dass in Kreuzberg auch die hohe Dichte von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Einrichtungen ein Grund für das größere Engagement ist, da sich hier mehr Gelegenheiten für direkte, persönliche Unterstützung bieten.

3.5.3 BEGEGNUNGEN ZWISCHEN PERSONEN UNTERSCHIEDLICHER HERKUNFT IN DER NACHBARSCHAFT

Die Daten legen nahe, dass die untersuchten Quartiere sehr unterschiedliche Bedingungen für Begegnungen zwischen Personen anderer Herkunft bieten. Während es in Kreuzberg relativ oft vorkommt, dass sich Personen verschiedener Herkunft im öffentlichen und halböffentlichen Raum begegnen, ist dies in Untertürkheim anders – trotz einem ähnlich hohen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund sind die Begegnungsraten hier denen in Eppendorf ähnlicher. Es lässt sich vermuten, dass dafür Unterschiede in den

sozialräumlichen Strukturen der Quartiere eine Rolle spielen. So ist Untertürkheim stärker nach Einkommen und Migrationsgeschichte segregiert als Kreuzberg. Zum anderen bieten die beiden Nachbarschaften differente Begegnungsmöglichkeiten im öffentlichen und halböffentlichen Raum, zum Beispiel durch eine unterschiedliche Dichte von Cafés, Läden oder anderen Einrichtungen (s. Kap. 2).

Im Anschluss haben wir untersucht, inwiefern Begegnungen mit Personen unterschiedlicher Herkunft in der Nachbarschaft mit offeneren Einstellungen gegenüber Geflüchteten zusammenhängen. Hinweise darauf, dass Personen, die Diversität durch flüchtige Begegnungen mit Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft erfahren, auch weniger ablehnend gegenüber Geflüchteten sind, konnten jedoch nur in Kreuzberg gefunden werden. Selbst in Untertürkheim, der Nachbarschaft mit einer ähnlich starken Migrationsgeschichte, konnte dieser Zusammenhang nicht verifiziert werden. Begegnungen zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft in der Nachbarschaft haben hier keinen Einfluss auf die Haltung gegenüber Geflüchteten. Auch in Eppendorf und Gorbitz sind Kontakte mit Personen anderer Herkunft anscheinend wenig oder nicht relevant für die Einstellung gegenüber Geflüchteten (wobei solche Begegnungen in Gorbitz nur in sehr geringem Ausmaß stattfinden). In dieser nachbarschaftsbezogenen Kontaktdimension wird also in Untertürkheim, Eppendorf und Gorbitz weder die Kontakt- noch die Konflikthypothese gestärkt.

In Bezug auf den Kontakt zu Personen anderer Herkunft im persönlichen Nahbereich (in der Familie, im Freundeskreis und bei der Arbeit) gibt es in Kreuzberg und Gorbitz einen Zusammenhang mit offeneren Haltungen gegenüber Geflüchteten. In diesen beiden Nachbarschaften mit niedrigem sozioökonomischen Status geht somit ein größerer Kontakt zu Personen anderer Herkunft mit offeneren Haltungen gegenüber Geflüchteten einher. In den beiden Nachbarschaften mit höherem sozioökonomischen Status – Untertürkheim und Eppendorf – ist dieser Zusammenhang nicht vorhanden. Auch in Bezug auf Freundeskreis, Familie und Arbeit lässt sich hier demnach weder die Kontakt- noch die Konflikthypothese bestätigen. Hier scheinen andere Faktoren in- bzw. exkludierend zu wirken.

Hier deutet sich an, dass der Zusammenhang zwischen den Einstellungen gegenüber Geflüchteten und den Kontakten zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft von spezifischen Gegebenheiten des Nachbarschaftskontexts sowie vom sozialen Status der Nachbarschaftsbewohner_innen abhängen kann. Einschränkung muss jedoch gesagt werden, dass sich die erhobenen Daten auf einen Zeitpunkt beschränken und sich dadurch schwer abschätzen lässt, ob sich mehr Kontakt zu Personen anderer Herkunft positiv auf Einstellungen gegenüber Geflüchteten auswirkt bzw. ob Personen, die positivere Einstellungen gegenüber Diversität haben, mehr Kontakt zu Personen anderer Herkunft suchen. Darüber hinaus ist die Reichweite der vorgestellten Analysen von Daten aus (nur) vier Nachbarschaften natürlich begrenzt. Die Ergebnisse bieten jedoch, insbesondere im Kontext der in den Kapiteln 2 und 4 analysierten Daten, interessante Anknüpfungspunkte für weitere Analysen und Untersuchungen.

4 DIE PERSPEKTIVE VON GEFLÜCHTETEN AUF DAS LOKALE ZUSAMMENLEBEN UND RESSOURCENZUGÄNGE

4.1 EINLEITUNG

In der dritten Forschungsphase haben wir Geflüchtete, die im Quartier wohnen oder es nutzen, mithilfe qualitativer Leitfadeninterviews befragt. Zwischen Oktober und Dezember 2019 wurden insgesamt 52 Interviews durchgeführt. Die Interviewten kamen zwischen 2013 und 2019 in Deutschland an, ihre Nutzungsdauer oder Wohndauer in den Nachbarschaften variiert zwischen wenigen Wochen und mehreren Jahren. Befragt wurden nicht nur Neuzugezogene, sondern auch Personen, die das Quartier aus verschiedenen Gründen regelmäßig nutzen. Die Interviews haben eine Dauer von 30 bis 90 Minuten und wurden überwiegend in Zusammenarbeit mit Dolmetscher_innen auf Arabisch, Farsi, Kurdisch, Französisch, Tigrinisch sowie auf Englisch und Deutsch geführt.²⁵ Bei einigen Interviews waren zwei Personen (z.B. Ehepaare) anwesend.

Den Kontakt zu den Interviewpartner_innen haben wir auf verschiedenen Wegen (z.B. Informationsflyer, Kontaktpersonen und direkte Ansprache) hergestellt. In Berlin-Kreuzberg und Stuttgart-Untertürkheim fanden wir die Interviewpartner_innen überwiegend über ehrenamtlich Engagierte, Sozialarbeiter_innen und durch Ansprache in lokalen Einrichtungen. In Hamburg-Eppendorf stellten wir Kontakte unter anderem ebenfalls über Ehrenamtliche und durch Ansprache bei lokalen Angeboten her. In Dresden-Gorbitz fanden wir die Interviewpartner_innen über soziale Vereine, Sozialarbeiter_innen und durch Ansprache auf einem lokalen Straßenfest. In allen Nachbarschaften wurden überwiegend arabisch- und farsisprachige Personen interviewt, wobei die Herkunftsländer insgesamt divers sind. Die Interviewpartner_innen sind zwischen 16 und 57 Jahre alt. Circa ein Drittel der Interviewpersonen sind Frauen, zwei Drittel sind Männer.

In unserer Studie umfasst der Begriff *Geflüchtete_r* Personen auf der Flucht bzw. mit Fluchterfahrung, die um das Jahr 2015 in Deutschland ankamen und aus unterschiedlichen Gründen aus ihrem jeweiligen Herkunftsland geflohen sind (vgl. zur Begrifflichkeit z.B. Scherr/Scherschel 2019). Darüber hinaus wurden die Interviewpartner_innen jedoch nicht weiter selektiert, z.B. nach einem spezifischen Aufenthaltsstatus. In der vorliegenden Studie ist der Begriff *Geflüchtete_r* daher nicht im engeren juristischen Sinne, also nach Kriterien der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), zu verstehen. Die von uns interviewten Personen haben zum Teil einen gesicherten und zum Teil einen (noch) ungesicherten Aufenthaltsstatus. Befragt wurden zum Beispiel anerkannte Flüchtlinge und andere Schutzberechtigte, Personen im laufenden Asylverfahren sowie Personen, die eine Duldung erhalten haben, das heißt, deren Asylantrag abgelehnt wurde, deren Abschiebung jedoch ausgesetzt ist (vgl. u. a. Leithold/Oesingmann 2016).

Nachdem in den vorherigen Kapiteln die Sichtweisen von lokalen Akteur_innen (Kap. 2) und die Einstellungen der etablierten Wohnbevölkerung (Kap. 3) untersucht wurden, stehen in diesem Kapitel die Perspektiven von Geflüchteten, die im Quartier wohnen oder es nutzen, im Mittelpunkt. Dabei interessieren uns ihre Erfahrungen mit der etablierten Wohnbevölkerung sowie ihr Zugang zu zentralen Ressourcen vor Ort, etwa zu sozialen Netzwerken, Unterstützungsangeboten und Wohnraum. Bisherige Studien zeigen, dass Geflüchtete vor allem dann mit ihrem Wohnort zufrieden sind, wenn sie lokal zum Beispiel Zugang zu Arbeit und (Aus-)

²⁵ Interviews in den Sprachen Deutsch und Englisch wurden ohne Dolmetscher_innen geführt. Konnte das Gespräch nicht auf Deutsch oder Englisch stattfinden, haben wir Dolmetscher_innen hinzugezogen, die die Aussagen der geflüchteten Interviewpartner_innen ins Deutsche oder Englische übersetzt haben. In diesen Fällen zitieren wir nachfolgend die Übersetzungen und machen dies in der Einleitung zum Zitat kenntlich (z.B. „Die Dolmetscherin übersetzt“). Interviewpassagen auf Englisch bzw. von Dolmetscher_innen ins Englische übersetzte Interviews haben wir für den vorliegenden Bericht ins Deutsche übersetzt, was wir im Folgenden durch den Zusatz „eigene Übersetzung“ kenntlich machen.

Bildung, sozialer Teilhabe oder zivilgesellschaftlicher Unterstützung erhalten (Schiefer 2017: 47; Kirchhoff/Landua/Reimann 2019: 38). Begegnungen und Kontakte können Geflüchtete vor allem dort finden, wo es viele Gelegenheitsstrukturen wie Sprachkurse, sozialarbeiterische Betreuung, Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Veranstaltungen und Projekte (z.B. Konzerte, Feste, Gartenprojekte) gibt (vgl. u. a. Schiefer 2017: 67 ff.). Insbesondere migrantische Netzwerke und Vereine können für Neuzugewanderte besonders wichtig sein, um Zugänge etwa zu Arbeit, Ausbildung, Kontakt oder Unterstützung zu finden (Dinkelaker/Huke/Tietje 2021; Hanhörster/Wessendorf 2020; Friedrichs et al. 2020; Ousman 2014). Eine langfristige Wohnperspektive, so zeigen weitere Studien, bietet sich für Geflüchtete an vielen Orten jedoch aufgrund von angespannten Wohnungsmärkten, rechtlichen Zugangshürden und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt weniger als für andere Bevölkerungsgruppen (El-Kayed/Hamann 2018; Foroutan et al. 2017; Hanhörster 2019; Kirchhoff/Landua/Reimann 2019).

Im Anschluss an diesen Forschungsstand untersuchen wir im Folgenden zum einen das soziale Zusammenleben in den Nachbarschaften aus Sicht der Geflüchteten. Zum anderen interessiert uns, in welchen Nachbarschaften sie welche Zugänge zu Ressourcen wie soziale Unterstützung oder Wohnraum erhalten. In Bezug auf den Nachbarschaftsvergleich nehmen wir unter anderem in den Blick, inwiefern eine bereits vorhandene Migrationsgeschichte in der Nachbarschaft hierfür relevant ist. Konkret gehen wir im vorliegenden Kapitel folgenden Fragen nach:

- Wie nehmen Geflüchtete das Quartier und den öffentlichen (Nachbarschafts-)Raum wahr, welche Arten von Begegnungen mit der Wohnbevölkerung erleben sie und wie gehen sie mit Konflikten und krisenhaften Situationen um?
- Auf welche lokalen Infrastrukturen und sozialen Netzwerke, die Zugänge zu zentralen Ressourcen ermöglichen, treffen Geflüchtete in der Nachbarschaft? Wo fehlen diese?
- Welche lokalen Zugänge erhalten Geflüchtete konkret zu Unterstützung, Teilhabe und privatem Wohnraum?

Zur Darstellung der einzelnen Nachbarschaften aus der Perspektive der Geflüchteten gehören zunächst ihre Beschreibungen des Quartiers und seiner Infrastruktur, der Einrichtungen und Angebote im Allgemeinen. Des Weiteren werden ihre Begegnungen im Alltag, ihre Wahrnehmung des öffentlichen Raums sowie konkrete Erfahrungen mit Konflikten und krisenhaften Situationen skizziert. Abschließend schildern wir, wie Geflüchtete den Zugang zu Unterstützung, Teilhabe und lokalem Wohnraum erfahren. Im Zwischenfazit werden diese Perspektiven nachbarschaftsübergreifend verglichen. Dabei interessiert uns, welche Begegnungen und Ressourcenzugänge in welchen Nachbarschaften zustande kommen, wo welche Hürden und Leerstellen existieren und wie diese mit den lokalen Kontextbedingungen – Migrationserfahrung, sozioökonomischer Status, Wohnungsmarkt – zusammenhängen.

Zunächst beleuchten wir jedoch Themen, die von Geflüchteten nachbarschaftsübergreifend benannt werden. Häufig hängen diese Themen mit rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landes- oder Bundesebene zusammen, unterscheiden sich daher kaum zwischen den Nachbarschaftskontexten und lassen sich auch meist schlecht auf lokaler Ebene bearbeiten. Ihre Berücksichtigung ist jedoch zentral, da sie die Erfahrungen der Geflüchteten maßgeblich prägen und ihre Handlungsspielräume auch auf lokaler Ebene stark einschränken.

4.2 NACHBARSCHAFTSÜBERGREIFENDE THEMEN

Im Folgenden werden nachbarschaftsübergreifend relevante Themen, die von Interviewpartner_innen an allen Untersuchungsorten hervorgehoben werden, diskutiert. Viele der genannten Problematiken und Erfahrungen decken sich stark mit Daten aus anderen Forschungsarbeiten (vgl. u. a. Ousman 2014; Schiefer 2017; Huke 2020; Schnapka/Schäfer 2019; Diekmann/Fereidooni 2019; Wendel 2014; Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015):

- *Erschwerter Zugang zu Ressourcen durch staatliche Regularien:* Migrationskontrollen und Asylverfahren verschließen – teils über Jahre hinweg – Zugänge zu Wohnraum, Arbeit, Bildung usw. Die Mehrheit der Befragten benennt folgende Punkte als besonders problematisch: Wohnsitzregelung,²⁶ unsicherer Aufenthaltsstatus, Hürden bei der Familienzusammenführung, fehlende Zugänge zu offiziellen Sprachkursen, fehlende Arbeitserlaubnis und Anerkennung von Berufsqualifikationen.
- *Entwürdigung auf Behörden, in Institutionen und durch Medien:* Geflüchtete erleben häufig, dass ihre Asylgesuche in medialen Berichterstattungen und durch Mitarbeiter_innen in Behörden ökonomisiert und kriminalisiert werden. Oft führen solche Anschuldigungen bei den Geflüchteten zu Misstrauen gegenüber Institutionen.
- *Unwürdige, belastende und freiheitseinschränkende Wohnbedingungen in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften:* Die mehrfachen staatlich angeordneten Umzüge zwischen verschiedenen Unterkünften erleben die betroffenen Geflüchteten häufig als belastend. Des Weiteren berichten sie von Konflikten und gesundheitlichen Problemen, die durch Kontrollen und Regeln der Unterkunftsleitung sowie durch die Wohnumstände (Enge, Lärm, fehlende Hygiene, Geschlechtertrennung) entstehen. Einige Personen merken auch an, dass Missstände trotz ihrerseits eingebrachter Lösungsansätze bestehen bleiben. Der teils jahrelange Verbleib in Unterkünften, häufig aufgrund erfolgloser Wohnungssuche, blockiert die Selbstständigkeit in der Lebensführung und den Erwerb von persönlichen Ressourcen, zum Beispiel wird das Lernen für Schul-, Sprach- oder Ausbildungsprüfungen erheblich erschwert.
- *Diskriminierung und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt:* Über die Hälfte der befragten Personen beschreiben stark limitierte Job- und Ausbildungsmöglichkeiten und die Situation, dass sie sich aufgrund der Konkurrenz zu Arbeitnehmer_innen ohne Migrationshintergrund im besonderen Maße durch Flexibilität und Überstunden beweisen müssen. Häufig sind sie in prekären, ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Zudem erfahren viele einen Statusverlust, wenn ihre Berufsqualifikation nicht anerkannt wird.
- *Diskriminierung und rassistische Gewalt im öffentlichen Raum und Nahverkehr:* In allen Städten berichten die Geflüchteten von Diskriminierung, Übergriffen und Anfeindungen im öffentlichen Raum, zum Beispiel auf der Straße oder im Nahverkehr, die sie mehrheitlich auf rassistische Einstellungen zurückführen. In den wiederkehrenden Situationen sehen sie ihre Sicherheit und ihren Schutz nicht ausreichend gewährleistet.

Vor dem Hintergrund dieser Problematiken, die in allen Nachbarschaften auftreten, gibt es allerdings auch lokale Spielräume und Unterschiede zwischen den Quartieren, die nachfolgend vorgestellt werden.

4.3 BERLIN-KREUZBERG – „MEIN LEBEN HAT IN KREUZBERG BEGONNEN“

In Berlin-Kreuzberg wurden insgesamt 16 Interviews mit Geflüchteten geführt. Die Interviewten wohnten zu diesem Zeitpunkt in einer Unterkunft (8), in eigenen Wohnungen (2) in Berlin-Kreuzberg oder außerhalb des Bezirks in einer Unterkunft (2) oder in eigenen Wohnungen (4). Letztere nehmen zum Beispiel regelmäßig an Sprachkursen in Kreuzberg teil. Die Interviewten kommen unter anderem aus Eritrea, Syrien oder dem Iran. Acht Personen sind ledig und acht verheiratet; sie haben keine oder bis zu sechs Kinder, eine Interviewte lebt von ihrem Ehemann getrennt und hat zwei Kinder. Es wurden fünf Frauen, zehn Männer und ein Ehepaar interviewt.

²⁶ Seit 2016 gilt die sogenannte Wohnsitzregelung (§ 12a AufenthG), die in der Regel anerkannte Flüchtlinge, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte für einen Zeitraum von drei Jahren zur Wohnsitznahme in demjenigen Bundesland verpflichtet, in dem ihr Asylverfahren durchgeführt wurde. Zusätzlich können die Bundesländer ortsbezogene Regelungen auferlegen, wie es z.B. in Stuttgart der Fall ist (Landtag von Baden-Württemberg 2017) (s. zu der Regelung auch Fußnote 7, Kap. 2.2).

4.3.1 QUARTIERSBESCHREIBUNG UND INFRASTRUKTUR

Berlin-Kreuzberg wird von den interviewten Geflüchteten hinsichtlich der wahrgenommenen Migrationsgeschichte und der sozioökonomischen Zusammensetzung der Bewohner_innenschaft als „divers“ oder „multikulturell“ beschrieben (Interviews 3-3, 3-6, 3-10, 3-12, 3-15, 3-16). Beispielsweise vergleicht ein Interviewpartner Kreuzberg mit anderen Metropolen in Europa und den USA:

„Du weißt gar nicht, wo du bist, eigentlich, ne? Bist du gerade in England, in Italien? Ich sag öfters zu meinen Freunden: Warte mal zwei Jahre, vielleicht lebt einer in New York, der kommt hierher und der sagt, ist ja ungefähr das Gleiche, ne, so (...) diese Mischung.“ (Interview 3-10)

Eine andere Person beschreibt das Quartier aufgrund seiner vielfältigen Infrastrukturen als einen Ort des „einfachen Zugangs“:

„Der Kotti ist ein schöner Ort, weil es einen einfachen Zugang zu allem gibt. Man muss nicht lange herumgehen, um alles zu finden, auch Restaurants oder so. Also alles ist leicht zu erreichen. Das ist also ein guter Eindruck vom Kotti-Viertel.“ (Interview 3-16; eigene Übersetzung)

Für fast alle Interviewpartner_innen bietet das Quartier eine wichtige Infrastrukturlandschaft. Sie finden hier viele soziale Einrichtungen, Netzwerke, Beratungsstellen, Initiativen und migrantische Strukturen und Netzwerke vor. Eine Person aus Syrien hebt etwa die Nähe zu Arztpraxen und Lebensmittelläden hervor. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Ihre Ärzte sind alle in der Nähe (...) Sie hat Gelenkschmerzen und so, sie meinte, ich habe den Eindruck, sie haben sich um mich gekümmert, weil viele Untersuchungen gemacht wurden. (...) Sie braucht keine U-Bahn, S-Bahn, um zum Arzt zu gehen oder zum Einkaufen.“ (Interview 3-3)

Ein Interviewpartner aus Senegal gibt sogar an, Kreuzberg seit seiner Ankunft 2015 kaum verlassen zu haben (Interview 3-10). Zwei andere Personen berichten dagegen, regelmäßig zu spezifischen Lebensmittelgeschäften in benachbarte Bezirke zu fahren. Sie beschreiben die Wege zu allen notwendigen Infrastrukturen aber als kurz (Interviews 3-1, 3-13). Die Dolmetscherin:

„Sie findet nicht alles, was sie zum Einkaufen braucht, zum Beispiel Fleischwaren, bestimmte Gewürze für ihr Essen, dafür fährt sie in die Sonnenallee. (...) Für Kleidung kann sie überall hinfahren, zum Beispiel zum Alexanderplatz, es gibt auch ein paar Einkaufszentren in Neukölln, Ku'damm, et cetera. (...) Sie mag die Gegend hier sehr gerne, ihr Sohn ist in der Kita ganz in der Nähe (...) Sie fühlt sich hier sehr gut angebunden. Sie kann überall hingehen, wo sie will, nichts ist weit weg.“ (Interview 3-13; eigene Übersetzung)

In Bezug auf Einrichtungen der Geflüchtetenarbeit kennen die Interviewpartner_innen in einigen Fällen nicht die Namen, sondern nur die Adressen. Ein Interviewpartner beschreibt diesbezüglich eine gewisse Unübersichtlichkeit und Unbeständigkeit von lokalen Angeboten, wie eine Dolmetscherin übersetzt:

„Letztes Jahr gab es einen Verein oder eine Institution oder so etwas, die Migranten in der Nachbarschaft half. (...) Sie halfen mit Übersetzern, (...) in administrativen Angelegenheiten, und er ging dorthin. (...) Sie arbeiteten kostenlos für sie und er brachte alle Briefe, die er erhielt, dorthin. Und es gab auch einen Raum mit gebrauchter Kleidung und gespendeten Sachen (...). Also, ein Jahr lang ist er da nicht mehr hingegangen. Einmal war er nochmal dort und die Tür war zu,

(...) und als er das nächste Mal hingegangen ist, war dort ein Schild ‚geschlossen‘.“ (Interview 3-7; eigene Übersetzung)

Insgesamt werden die vorhandenen Infrastrukturen und Unterstützungsangebote jedoch als dicht und sprachlich gut zugänglich beschrieben. Sprachbarrieren erleben die Interviewpartner_innen im Alltag selten – wenn, dann eher bei Behörden und auf dem Wohnungsmarkt. Auf der Alltagsebene erleichtern insbesondere die bisherige Migrationsgeschichte Kreuzbergs und die dadurch vorhandenen Sprachressourcen Zugänge im Quartier. Häufig können sich die Geflüchteten in lokalen Einrichtungen entweder in ihrer Muttersprache verständigen oder sie erhalten Unterstützung von Bewohner_innen, die übersetzen können und oft selbst einen Flucht- oder Migrationshintergrund haben (Interviews 3-3, 3-4, 3-7, 3-10, 3-13). Eine arabisch- und kurdischsprachige Interviewpartnerin wird beispielsweise von einer arabischsprachigen Sozialarbeiterin begleitet und lernt beim Einkauf eine Quartiersbewohnerin kennen, die Kurdisch, Türkisch und Deutsch spricht und sie seither zu Arztterminen begleitet:

„(In der Arztpraxis) sprechen sie entweder Türkisch oder Deutsch. (...) Sie geht dorthin mit ihrer Freundin aus der Türkei, die sie kennengelernt hat.“ (Interview 3-3)

Darüber hinaus berichtet eine Person, sich im Quartier nicht nur auf Arabisch, sondern auch auf Französisch gut verständigen zu können. Die Dolmetscherin:

„Er sitzt meistens in einem Café am U-Bahnhof Kottbusser Tor und hat dort viele nette Leute kennengelernt. Er spricht mit ihnen auf Französisch und es gibt Leute, mit denen er Arabisch spricht, sie unterhalten sich. Und deshalb gefällt ihm die gesamte Atmosphäre sehr gut. Also es ist ruhig, es ist freundlich.“ (Interview 3-12; eigene Übersetzung).

Das heißt aber nicht, dass im Quartier keinerlei Sprachkonflikte auftreten. Zwei Personen berichten zum Beispiel von Situationen, in denen ihre Verständigungsversuche auf Englisch mit dem Hinweis darauf abgelehnt wurden, dass sie Deutsch sprechen sollten (Interviews 3-5, 3-11). Exemplarisch ein Interviewpartner, übersetzt von einer Dolmetscherin:

„Seine Frau kann ein bisschen Englisch sprechen, aber (...) wenn sie versucht, mit jemandem auf Englisch zu sprechen, antworten sie ihr nicht, obwohl sie sicher ist, dass sie ein bisschen Englisch sprechen könnten, aber sie antworten ihr nicht. Sie sagen ihr immer so etwas wie ‚sprich Deutsch‘.“ (Interview 3-5; eigene Übersetzung)

Zusammengefasst beschreiben die interviewten Geflüchteten Berlin-Kreuzberg – ähnlich wie lokale Akteur_innen (s. Kap. 2.2) – als super-diverse Nachbarschaft, in der sie eine große Dichte von Infrastruktur- und Unterstützungsangeboten vorfinden. Die Zugänge zur Infrastrukturlandschaft werden insbesondere aufgrund von sprachlichen Faktoren überwiegend als niedrigschwellig beschrieben.

4.3.2 BEGEGNUNGEN IM ALLTAG UND WAHRNEHMUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Im alltäglichen Zusammenleben fällt den meisten befragten Personen mit Blick auf Kreuzbergs diverse Bewohner_innen- und Nutzer_innengruppen eine besondere Offenheit auf. Damit zusammenhängend beschreiben fast alle Befragten, sich im Viertel wohlfühlen (Interviews 3-2, 3-3, 3-4, 3-5, 3-6, 3-8, 3-9, 3-12, 3-13, 3-14, 3-16). Drei Personen finden, dass Nationalität und Herkunft in der Nachbarschaft eine untergeordnete Rolle spielen (Interviews 3-12, 3-10, 3-4). Für einen Interviewpartner ist dies einer der zentralen Gründe dafür, dass er fast jeden Tag einen Fahrweg von eineinhalb Stunden von seiner Unter-

kunft in Brandenburg aus auf sich nimmt, um in Berlin-Kreuzberg an einem Sprachkurs teilzunehmen und Bekannte zu besuchen. Anders als im Brandenburger Dorf fühle er sich hier nicht wie ein „Ausländer“. Die Dolmetscherin:

„Als er nach Kreuzberg kam, hat er sich nicht wie ein Ausländer gefühlt, weil Berlin international ist. Man kann viele verschiedene Menschen sehen, deshalb fühlt er sich nicht als Ausländer. In Brandenburg ist das ganz anders.“ (Interview 3-12; eigene Übersetzung)

Eine arabischsprachige Interviewpartnerin beschreibt zudem, dass sie in Kreuzberg und im benachbarten Stadtteil Neukölln überwiegend Gleichbehandlung erfährt und sich hier sicher und zu Hause fühlt. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Sie hat das Gefühl, dass Deutsche und Geflüchtete fast gleichberechtigt sind. Sie fühlt gar keine Unsicherheit (...) also, mit Blick darauf, dass es hier viele, viele Araber gibt. Und auch wenn sie auf den Hermannplatz geht, hat sie das Gefühl, dass sie in ihrer Heimat ist.“ (Interview 3-4; eigene Übersetzung)

Solche positiven Wahrnehmungen des sozialen Umfelds im Quartier hängen häufig mit einer hohen Zahl von Kontaktchancen zusammen: Viele der befragten Personen bauen Bekanntschaften über (zufällige) Begegnungen in Supermärkten, Einrichtungen oder (Nachbarschafts-)Initiativen auf sowie zu anderen Geflüchteten und Personen mit vergangener Flucht- oder Migrationserfahrung (Interviews 3-2, 3-4, 3-10, 3-14, 3-16). Dennoch geben einige Interviewte an, bisher kaum Kontakte geknüpft zu haben (Interviews 3-1, 3-3, 3-5, 3-8, 3-9, 3-10). So blieb beispielsweise die Kontaktaufnahme eines Interviewpartners zu deutschsprachigen Männern bisher erfolglos. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Er wünscht sich, dass es einen deutschen Mann gibt, der sich mit ihm trifft und mit ihm Deutsch spricht (...), aber weil er nicht gut [Deutsch] sprechen kann, findet er niemanden. (...) Er würde gerne eine Person treffen, um in Kontakt zu kommen und sich nur zu zweit zu treffen, um eine Beziehung aufzubauen.“ (Interview 3-8; eigene Übersetzung)

Eine Person verweist diesbezüglich auf die paradoxe Situation, einerseits von staatlicher Seite zur Integration aufgefordert zu werden und andererseits staatlich verordnet isoliert untergebracht zu sein, was die Kontaktchancen erschwere. Die Dolmetscherin:

„[Die Ausländerbehörde] hat ihm gesagt: ‚Integriere dich mit Deutschen,‘ aber er hat keinen Deutschen getroffen, also in der Unterkunft. Wie soll er sich also integrieren?“ (Interview 3-5; eigene Übersetzung)

Auch Personen, die in Wohnungen leben, fühlen sich zum Teil isoliert und stoßen im Quartier auf Desinteresse: Einem alleinstehenden Mann gelingt es beispielsweise trotz regelmäßiger Kontaktversuche in einer lokalen Kirchengemeinde nicht, Bekanntschaften aufzubauen. Er werde häufig ignoriert, die Gemeinde sei „sehr deutsch“ und er steche hier heraus (Interview 3-9). Zwei andere Interviewpartner beobachten eine gewisse Gleichgültigkeit im Quartier, die sie als Ausdruck von Individualismus verstehen (Interviews 3-1, 3-4). Eine Person fühlt sich deshalb im positiven Sinne in Ruhe gelassen:

„Meine Erfahrung hier ist, dass die Leute sehr verschlossen sind. (...) sie machen einfach ihr Ding. Nicht alle, aber sie fragen dich nicht, (...) was du machst oder wonach du suchst, und das finde ich gut. (...) Sie stören mich nicht.“ (Interview 3-1; eigene Übersetzung)

Zusammenfassend erleben die befragten Geflüchteten die alltäglichen Begegnungen im Quartier überwiegend als positiv und die Mehrheit von ihnen baut an verschiedenen Orten – Unterkunft, Supermarkt, soziale Einrichtungen und Initiativen – soziale Kontakte auf. Gleichzeitig existiert im Kreuzberger Zusammenleben ein soziales Nebeneinander, das von einer alltäglichen Diversität und von Offenheit gegenüber Vielfalt geprägt ist. Die Geflüchteten erleben hier, wenig aufzufallen und unbeachtet bleiben zu können. Das soziale Nebeneinander und die prekären Lebenslagen im Quartier führen zum Teil aber auch dazu, dass Geflüchtete es schwierig finden, Kontakte zu anderen Quartiersbewohner_innen aufzubauen.

4.3.3 KONFLIKTE UND KRISENHAFT SITUATIONEN

In Berlin-Kreuzberg lebende Geflüchtete berichten wenig von Konflikten im Wohnhaus oder im öffentlichen Raum. Diese bleiben jedoch auch nicht gänzlich aus: Ein Befragter schildert, dass seine Nachbar_innen ihn bereits bei seinem Einzug davor warnten, Ruhestörung zu verursachen (Interview 3-9). Daneben berichten vor allem Schwarze Menschen von sozialer Ausgrenzung, Ablehnung und Ungleichbehandlung im Quartier, die sie auf ihre Hautfarbe zurückführen (Interviews 3-2, 3-10, 3-14, 3-16). Eine Person erklärt dazu:

„Unsere Hautfarbe, das macht sehr viel. Es gibt auch andere Leute, die genauso wie wir geflüchtet sind, die genauso wie wir Geld vom Jobcenter bekommen, aber sie werden anders gesehen als wir.“
(Interview 3-14)

So schildert beispielsweise ein Schwarzer Interviewpartner, wie ihm die Bedienung in einem Café verweigert wurde (Interview 3-10), und eine Schwarze Interviewpartnerin berichtet, dass ihr Kind von Nachbar_innen im Wohnhaus gemieden wird:

„Hier (im Wohnhaus) sind alles Türken. Und wenn sie mir begegnen, sagen sie nicht Guten Tag und sie erlauben auch nicht, dass unsere Kinder spielen (...) Ich habe meinem Sohn erlaubt, mit den Kindern zu spielen. Und er hat mit denen gespielt. Und der eine wollte auch zu ihm, aber die Schwester hat gesagt: ‚Nein, meine Mama hat doch gesagt, du sollst nicht mit ihm spielen.‘ Und ich habe sie dann gefragt: ‚Meinst du das ernst?‘ Sie sagt: ‚Ja.‘ Und dann habe ich ihr gesagt: ‚Ja, wenn das so ist, dann möchte ich auch nicht, dass mein Sohn mit euch spielt.‘ Ich weiß es nicht, ob das an unserer Hautfarbe liegt, ob sie Angst haben vor uns oder weil sie uns nicht kennen, weiß ich nicht warum.“ (Interview 3-14)

Von solchen distanzierenden oder ablehnenden Situationen im Quartier auch mit Personen, die arabische oder türkische Migrationsbezüge haben, berichten verschiedene Interviewpartner_innen (Interviews 3-10, 3-14, 3-16). Ein Schwarzer Geflüchteter führt solche Ressentiments auf Konkurrenzgefühle und eine geringe Präsenz Schwarzer Community-Strukturen im Quartier zurück. Der Übersetzer fasst seine Aussagen so zusammen:

„Vor 15 Jahren gab es echt nicht viele Schwarze hier in Berlin. Er war nicht da, aber es gab echt weniger Schwarze. Vielleicht gibt es irgendwie so Eifersucht oder Neid, weil die alle Migrantinnen sind. Vielleicht ist das auf noch was zurückzuführen. Ein bisschen kompliziert. Weiß er auch selber nicht, (...) es gibt keine richtige Bindung.“ (Interview 3-10)

Um die Nachbarschaft weiter zu öffnen, bedarf es aus Sicht eines Interviewpartners Infrastruktureinrichtungen, die von Schwarzen Personen betrieben werden:

„Unser Ziel ist es, in die Nachbarschaft zu passen und gemeinsam mit allen etwas zur Nachbarschaft beizutragen. (...) Etwas, das Veränderung bewirken könnte, wäre, dass Schwarze oder Afrikaner auch ihren Raum haben in der Nachbarschaft (...), dass sie ihre Wohnungen haben, ihre Büros, ihre Geschäfte oder ihre Bars, ihren politischen Raum. Ich denke, das ist der einzige Weg, um die Situation zu ändern. (...) Jetzt gerade hat ein sudanesisches Restaurant eröffnet, das ist gut. (...) Solche Dinge müsste es an jeder Ecke geben, wenn das passiert (...) können Schwarze aus anderen Communities kommen und abhängen und spüren, okay, das ist ein Raum für uns.“ (Interview 3-16; eigene Übersetzung)

Neben der geschilderten sozialen Ausgrenzung verweist eine Schwarze Person darauf, dass am Kottbusser Tor ständig Polizeikontrollen drohten, und beschreibt eine spezifische „Vulnerabilität von afrikanischen Geflüchteten“ (Interview 3-16; eigene Übersetzung). Für ihn bedeute die Polizeipräsenz vor Ort nicht Sicherheit und Schutz, sondern eine ständige Gefahr, durch rassistische Polizeikontrollen kriminalisiert zu werden – insbesondere in der Zeit, in der er von Abschiebung bedroht ist:²⁷

„Ich stand vor Herausforderungen, denn (...) wenn ich aus meinem Haus herauskam, sah ich immer die Polizei. Ich war immer verängstigt, sehr verängstigt. Dann bin ich hier nicht sicher, wenn die Polizei immer da ist.“ (Interview 3-16; eigene Übersetzung)

Sowohl Schwarze Geflüchtete als auch Geflüchtete aus dem arabischsprachigen Raum geben an, dass am Kottbusser Tor in ihnen Gefühle von Angst und Bedrohung aufkamen. Eine Person beschreibt:

„Ich bin eigentlich offen, ja. Aber am Kottbusser Tor, da hat man Angst, besonders abends (...). Mir ist noch nichts passiert, aber trotzdem hat man so ein komisches Gefühl.“ (Interview 3-14)

Eine weitere interviewte Person sagt, dass er das Kottbusser Tor wegen der alltäglichen Konflikte, der Polizeieinsätze und des Alkohol- und Drogenkonsums meide. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Er versucht, selbst nicht dorthin zu gehen, weil er sich dort nicht wohlfühlt. (...) Er selbst hat keine Konflikte am Kottbusser Tor erlebt, aber er hat gesehen, dass dort einige Leute handgreiflich wurden, und dann kam die Polizei und sie sind weggelaufen. (...) Seine Freunde aus der Unterkunft, sie waren am Kottbusser Tor und haben sich gestritten und er hat gesehen, wie sie Blut im Gesicht hatten. (...) Er weiß nicht wirklich, worum es bei dem Konflikt ging, aber sie trinken dort Alkohol und sie konsumieren Drogen.“ (Interview 3-8; eigene Übersetzung)

Musliminnen, die ein Kopftuch tragen, berichten von Anfeindungen im Nahverkehr und im öffentlichen Raum, die sie jedoch überwiegend außerhalb von Kreuzberg, insbesondere in (Außen-)Bezirken erlebten (Interviews 3-4, 3-5, 3-13). Eine der Interviewpartnerinnen schildert eine Situation, die ihrer Bekannten in einem Bus in Kreuzberg widerfahren sei. Die Dolmetscherin:

²⁷ In mehreren Bundesländern (darunter Berlin, Baden-Württemberg und Sachsen) ist die Polizei seit der Reduzierung inner-europäischer Grenzkontrollen durch das Schengener Abkommen dazu befugt, „verdachts- und anlassunabhängige Kontrollen“ durchzuführen (vgl. Oulios 2015: 235). Bei einer Polizeikontrolle der Ausweispapiere wird deshalb in der Regel auch der Aufenthaltsstatus überprüft und bei fehlender Berechtigung die zuständige Ausländerbehörde eingeschaltet (Ellermann 2009: 201). Am Kottbusser Tor kommt hinzu, dass verdachtsunabhängige Personenkontrollen hier auch mit der Einstufung als „kriminalitätsbelasteter Ort“ u. a. verbunden mit Drogenhandel (s. auch Kap. 2.2) zusammenhängen, wobei es auch zu Racial Profiling kommt (Kaps 2020: 29 f.; s. Fußnote 32 zu Racial Profiling).

„Eine Freundin war im Bus und ein alter deutscher Mann hat sie beschimpft, aber sie hat kein Deutsch verstanden. Eine türkische Frau war auch im Bus, die Deutsch versteht, und sie verstand, was er sagte, und sie fing an, zurück zu schimpfen. (...) Sie hat schon oft von Freundinnen, die ein Kopftuch tragen, gehört, dass sie so etwas in Kreuzberg häufiger erleben.“ (Interview 3-4; eigene Übersetzung)

Auch wenn fast alle interviewten Geflüchteten Berlin-Kreuzberg als divers und offen erfahren, fühlen sich schlussendlich nicht alle ausreichend vor Diskriminierung geschützt. Einige verweisen auf fehlende Informationen über Rechte und auf Sprachbarrieren oder äußern ein Misstrauen gegenüber Institutionen wie der Polizei sowie die Angst, selbst Schwierigkeiten zu bekommen, wenn sie sich wehren (Interviews 3-10, 3-7, 3-8, 3-13). Bisher reagieren die Interviewpartner_innen auf Anfeindungen und Ungleichbehandlungen in der Regel mit Schweigen oder Widerspruch. Exemplarisch beschreibt eine Muslimin, die ein Kopftuch trägt, ihr fehlendes Vertrauen in die Hilfeleistung der Polizei, wenn es zu einem Angriff kommt. Die Dolmetscherin:

„Sie kennt die Regeln hier in Deutschland nicht, sie weiß nicht, wie sie reagieren soll oder wie sie sich verteidigen soll. (...) Sie weiß zum Beispiel nicht, bis zu welcher Grenze sie sich wehren darf. Wenn sie zum Beispiel jemanden zurückschlägt, könnte das auf sie zurückfallen, nicht auf ihn. Sie bräuchte in diesem Fall Zeugen, die für sie aussagen, all diese Informationen kennt sie nicht genau. (...) Sie könnte auch zur Polizei gehen, aber da fehlen ihr deutsche Sprachkenntnisse. Wenn die Polizei käme und ihr Fragen stellen würde, wüsste sie nicht, wie sie diese beantworten sollte. Das ist, was ihr fehlt. (...) Sie würde [die Polizei] nicht anrufen. (...) Hauptsächlich wegen der Sprache und auch weil sie glaubt, selbst wenn die Polizei käme, würden sie nicht viel tun. Sie würden nur ein paar Fragen stellen, und das war's dann (...) es würde ihr nicht wirklich helfen.“ (Interview 3-13; eigene Übersetzung)

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass neben alltäglichen Erfahrungen von Offenheit und gegenseitiger Akzeptanz auch in einer super-diversen Nachbarschaft wie Berlin-Kreuzberg Konflikte, Anfeindungen und Gewaltbedrohungen im öffentlichen Raum und Nahverkehr nicht ausbleiben. So fühlen sich nicht alle im Quartier vor Diskriminierung geschützt. Doch werden solche Situationen in den Interviews relativ selten geschildert, oft steht eher die Erfahrung im Vordergrund, im alltäglichen Geschehen nicht aufzufallen bzw. nicht beachtet zu werden.

4.3.4 UNTERSTÜTZUNG UND TEILHABE

Verbunden mit der oben skizzierten dichten Infrastrukturlandschaft und dem überwiegend positiv erlebten sozialen Umfeld finden die meisten Interviewpartner_innen auf verschiedene Weise Unterstützung im Quartier: Häufig verweisen sie auf engagierte Einzelpersonen, denen sie zum Beispiel zufällig beim Einkaufen begegnen oder die in sozialen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen eingebunden sind (Interviews 3-4, 3-9, 3-14). Eine alleinerziehende Mutter, die in einer Kreuzberger Wohnung lebt, zählt verschiedene Akteur_innen und Orte auf, durch die sie Unterstützung erfahren hat:

„Meine Familienhelferin hat einen Dolmetscher und (...) der arbeitet in einem Familienzentrum. (...) Und der hat mich dann hingebacht und der Chefin vorgestellt. Diese Chefin hat mir dann eine Frau als Patin vorgestellt (...), die unterstützen möchte. Und so habe ich sie kennengelernt. (...) [Außerdem] hat die Familienhelferin für meinen Sohn einen Kindergartenplatz gefunden. (...) Und dieser Kindergarten ist so ein kleiner, (...) sie haben sich für meinen Sohn interessiert und er hat sich mit allen Kindern angefreundet. Und wir waren wie eine Familie.“ (Interview 3-14)

Auch in Gemeinschaftsunterkünften entstehen soziale Netzwerke zwischen Bewohner_innen, die einander helfen. Eine Interviewpartnerin beschreibt, wie sie Unterstützung und ein Gefühl von Zuhause durch Kontakte innerhalb und außerhalb der Unterkunft gefunden hat:

„Das war so schwierig am Anfang. (...) Hier war es nicht eingerichtet, es war kalt. Dann, langsam ich habe Sachen gekauft, mich eingerichtet und so weiter. Langsam fühlt man sich so ein bisschen wie zu Hause. (...) Dabei hat eine Frau aus der Türkei geholfen. (...) Wenn ich was brauchte, dann habe ich sie angerufen. (...) Es gibt so einen Sozalladen hier in der Nähe. (...) Dort habe ich sie zufällig kennengelernt. Ich habe sie gefragt: ‚Bist du Kundin?‘ Und sie meinte: ‚Ja, bist du Kundin?‘ So haben wir uns kennengelernt, Telefonnummern ausgetauscht, und bis jetzt sind wir im Kontakt. (...) Und eine Frau aus China hat geholfen beim Einkaufen und solche Sachen. Sie hat mir Lidl gezeigt und gesagt: ‚Du kannst hier und dort deine Sachen kaufen.‘ Und auch mein Sohn hat mich unterstützt am Anfang. Und dann habe ich Nachbarn aus Damaskus, zwei, drei Frauen, kennengelernt. Und die sagten: ‚Okay, wir helfen dir, sag einfach, was du brauchst.‘“ (Interview 3-3)

Vier Personen erzählen zudem von Unterstützungsangeboten von politisch-aktivistischen (Nachbarschafts-) Initiativen. Diese lernten sie kennen, als sie direkt zu ihnen in eine ehemalige Kreuzberger Unterkunft kamen und Unterstützung anboten; bis heute seien sie wichtige Kontakte. Die Interviewpartner_innen erhielten Unterstützung etwa in Form von Rechtsberatung und Schlafplätzen; sie nahmen mit den ehrenamtlich Engagierten zum Teil community-übergreifend an Demonstrationen und Protesten für ihr Bleiberecht teil (Interviews 3-2, 3-10, 3-15, 3-16). Eine Person schildert dies, übersetzt vom Dolmetscher, wie folgt:

„In der Initiative sind sehr, sehr viele Leute. (...) Wenn er einen Termin hat mit dem Verein, dann geht das immer vor, weil, die haben wirklich bis zum Ende geholfen oder helfen immer noch (...), man telefoniert, man sieht sich, (...) wie eine Familie eigentlich, dieser Zusammenhalt.“ (Interview 3-10)

Zwei Personen geben an, in Verhandlungen mit verschiedenen Akteur_innen als Vermittler agiert zu haben (Interviews 3-2, 3-10). Einer vertrat beispielsweise gegenüber der Stadtverwaltung die Interessen von Geflüchteten zum Thema Aufenthalt und Unterbringung:

„Er war ein Bindeglied zwischen den Leuten von der Nachbarschaftsinitiative, der Verwaltung und der Gruppe von Geflüchteten. (...) Er hat immer mit der Gruppe gesprochen und die Sachen so rübergebracht, (...) als Verhandler sozusagen.“ (Interview 3-10)

Ein anderer Befragter ist bei einem sozialen Träger in Kreuzberg als Kultur- und Sprachmittler tätig. Dort unterstützt er alleinstehende geflüchtete Männer in den Bereichen medizinische Versorgung und juristische Beratung, außerdem informiert er Geflüchtete mithilfe sozialer Medien über ihre Rechte und den Zugang zu Ressourcen (Interview 3-16).

Die Beispiele politisch-aktivistischer Unterstützung verdeutlichen, dass neben etablierten Infrastruktureinrichtungen auch zivilgesellschaftliche Akteur_innen, denen die strukturelle Diskriminierung von Geflüchteten bewusst ist, zielgerichtet spezifische Möglichkeiten der Teilhabe durch Beratung, Vernetzung und Mitgestaltung eröffnen. Hinsichtlich der gemeinsamen politischen Kämpfe bleiben enttäuschte Erwartungen aber nicht aus. Der Oranienplatz, ein zentraler Platz in der Nachbarschaft, wurde zwischen 2012 und 2014 durch Geflüchtete besetzt. Diese protestierten damit unter anderem gegen Abschiebung und „Residenzpflicht“ (die staatli-

che Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf dem Bundesgebiet). 2014 wurde der Platz durch die Polizei geräumt. Eine interviewte Person schildert, wie die anfänglich starke Unterstützung des Protests durch Stadtbewohner_innen nach der polizeilichen Räumung stark zurückging (vgl. Ünsal 2015):

„Zum Beispiel am Oranienplatz, so, da sind 2013 bis 2014 immer Tausende gekommen. (...) Aber jetzt im Moment viele Leute, die ich kenne vom Oranienplatz, (...) haben mich vergessen (...).“ (Interview 3-15)

Eine andere Person betont, dass es lokal etablierte Beratungsstellen mehrheitlich für arabischsprachige Geflüchtete gebe und er im Quartier nur eine Initiative gefunden habe, die explizit Beratung für Geflüchtete aus afrikanischen Ländern anbietet:

„Fast alle Hilfsorganisationen hier in Berlin haben arabische Geflüchtete aus Syrien, Irak et cetera als Zielgruppe. Es gibt wenige Organisationen, die sich an Geflüchtete aus Afrika richten, und aus diesem Grund wurde diese Organisation initiiert.“ (Interview 3-12; eigene Übersetzung)

Dass es Geflüchteten bei wichtigen und dringlichen Angelegenheiten wie Aufenthalt, Arbeit und Wohnraum häufig an Unterstützung fehlt, sowohl von Initiativen als auch von engagierten Einzelpersonen, berichten fast alle Interviewpartner_innen, unabhängig vom Herkunftsland (Interviews 3-1, 3-3, 3-4, 3-5, 3-7, 3-8, 3-9, 3-10, 3-11, 3-12, 3-13, 3-14, 3-16). Der Dolmetscher:

„Die Wohnungssuche ist ein Problem (...) Man muss echt einen Arbeitsvertrag haben. (...) Ist schon ein bisschen schwer zu finden tatsächlich, ne. Dafür hat er keine Person gefunden, die ihm hilft.“ (Interview 3-10)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in Berlin-Kreuzberg ein recht dichtes Netz an Unterstützungsstrukturen existiert, das viele Sprachen und unterschiedliche Bedarfe abdeckt. Interessant ist, dass viele Geflüchtete berichten, direkte persönliche Unterstützung zu erhalten. Jedoch sind diese Infrastrukturen nur bedingt in der Lage, Zugang zu zentralen Ressourcen wie Wohnraum oder Aufenthalt zu eröffnen, da diese auch mit starker Unterstützung nur schwer zugänglich sind.

4.3.5 ZUGANG ZU WOHNRAUM IM QUARTIER

Unabhängig davon, ob die interviewten Geflüchteten in Berlin-Kreuzberg wohnen oder nicht, geben sie mehrheitlich an, hier ihren Lebensmittelpunkt zu haben (Interviews 3-1, 3-2, 3-3, 3-4, 3-5, 3-6, 3-7, 3-9, 3-10, 3-11, 3-12, 3-14, 3-15, 3-16). Ein Interviewpartner, der in einer Wohngemeinschaft im Quartier lebt, beschreibt exemplarisch:

„Ich liebe Kreuzberg. Ich will nicht weg aus Kreuzberg, weil mein Leben in Kreuzberg begonnen hat. Ich habe in Kreuzberg angefangen, mich mit Leuten zu vernetzen. (...) Meine Arbeitsstelle ist in Kreuzberg. Also alles ist Kreuzberg. Ich bin sehr glücklich, dass ich so meinen Weg gefunden habe.“ (Interview 3-16; eigene Übersetzung)

Doch auch wenn viele der Interviewpartner_innen gern in Kreuzberg wohnen, schätzen insbesondere Geflüchtete, die noch in einer Unterkunft wohnen, ihre Chance, in eine eigene Wohnung im Quartier ziehen zu können, als sehr gering ein (Interviews 3-1, 3-3, 3-4, 3-5, 3-8, 3-10, 3-13). In den Interviews mit ihnen stellt die Wohnungssuche ein dominierendes Thema dar. So geben insbesondere Personen im Familienverbund an, seit mehreren Jahren vergeblich nach einer Wohnung zu suchen und dabei auf verschiedene Hürden zu

stoßen. Zwei Personen berichten beispielsweise, als Migrant_in oder Sozialleistungsbezieher_in von Vermieter_innen diskriminiert zu werden (Interviews 3-7, 3-8). Die Dolmetscherin übersetzt:

„Er sagt, wenn du ein Deutscher bist, werden sie dir das geben, diese Einzimmerwohnung (...), aber weil wir Migranten sind, geben sie uns nur ein Zimmer und eine Küche für zwei Personen. Das Sozialamt sagt aber, jede Person hat das Recht, eine Wohnung zu haben. (...) Das Problem ist auch, dass, wenn die Vermieter sehen, dass das Jobcenter oder das Sozialamt deine Miete bezahlt, sie zögern, an dich zu vermieten. (...) Es gibt einige Leute, die das vielleicht akzeptieren, aber das ist wirklich selten, und das Sozialamt hat ihm auch gesagt, dass das so ist: Die Leute akzeptieren nicht, dass wir Ihre Miete bezahlen und so weiter. Also ist es schwer für sie, eine Wohnung zu finden (...) Er sagt: Wir haben aufgehört zu suchen (...), ich habe drei Wohnungen gesehen, eine in Marzahn, eine in Spandau, eine in Wedding (...) und die Vermieter haben Ausreden, die einem das Leben schwer machen. Wie zum Beispiel, dass sie sagen, die Aufenthaltsgenehmigung ist nicht lang genug.“ (Interview 3-7; eigene Übersetzung)

Auch Sprachbarrieren, hohe Mietpreise und lange Wartezeiten auf Verwaltungsebene erschweren den Zugang (Interviews 3-3, 3-4, 3-5, 3-7, 3-8): Zwei Personen im Familienverbund beschreiben, dass Wohnungen mit erschwinglichen Mieten nur mit einem gültigen „Wohnberechtigungsschein“ (WBS)²⁸ bezogen werden können. Um diesen beantragen zu können, muss jedoch das Asylverfahren aller Familienangehörigen abgeschlossen sein. Da ihre Familienangehörigen aber später nachgekommen seien, befänden sie sich nun seit Jahren im Wartemodus (Interviews 3-5, 3-8). Die Dolmetscherin übersetzt die Aussage eines Familienvaters:

„Er war mal bei einer Wohnungsbesichtigung, aber der WBS war nur für eine Person (...) Er braucht einen neuen Wohnberechtigungsschein für vier Personen (...) Erst im Dezember bekommt er den, (...) bis dahin kann er nichts machen.“ (Interview 3-8; eigene Übersetzung)

Vor dem Hintergrund ihrer erfolglosen Wohnungssuche beschreiben zwei Musliminnen, die ein Kopftuch tragen, die wachsende Sorge, (wieder) in Randbezirke ziehen zu müssen, wo sie sich aufgrund von abwertenden Blicken, Beleidigungen und Bedrohungen unsicher fühlten (Interviews 3-4, 3-5). Exemplarisch schildert eine der beiden ihre Erfahrung in einem weniger zentralen Berliner Bezirk, übersetzt von der Dolmetscherin, wie folgt:

„Als sie zum Beispiel in Köpenick gewohnt hat, (...) hat sie sich nicht wohlfühlt. Wenn sie zum Beispiel bei Lidl einkaufen war, haben alle sie komisch angeschaut, also sie hat sich überhaupt nicht willkommen gefühlt, obwohl sie jetzt hört, dass es mittlerweile viele Araber in Köpenick gibt, aber sie will da nicht wieder hinziehen.“ (Interview 3-4; eigene Übersetzung)

Geflüchtete, die in Berlin-Kreuzberg eine Wohnung bezogen haben, fanden diese meist über soziale Netzwerke (Interviews 3-9, 3-14, 3-16): Ein alleinstehender Mann erhielt seine Wohnung über einen persönlichen Kontakt in einer Kirche (Interview 3-9), einem anderen wurde ein Zimmer in einer Wohnungsgemeinschaft über eine politisch-aktivistische Initiative vermittelt (Interview 3-16) und eine alleinerziehende Mutter wurde von einer anderen Mutter aus dem Kindergarten eng begleitet:

28 Ein Wohnberechtigungsschein (WBS) kann bei geringem Haushaltseinkommen beim Wohnungsamt des jeweiligen Berliner Bezirks beantragt werden und erlaubt die Anmietung einer aus öffentlichen Mitteln geförderten Wohnung (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2021).

„Sie hat den Computer angemacht, dann hat sie gesucht und sie meinte: ‚Ja, da ist eine Wohnung. Das ist sieben Minuten von mir zu Hause.‘ Aber ich habe es nicht geglaubt, ich habe gedacht, na ja, kann sie versuchen, aber ich werde sowieso die Wohnung nicht bekommen. Wir haben uns verabredet um vier Uhr. Sie sagte mir: ‚Ja, du kommst die Wohnung besuchen.‘ (...) Aber ich bin zwei Stunden lang hier rumgelaufen, ich habe die Wohnung nicht gefunden, (...) sie hat sich dann allein die Wohnung angeguckt. Dann hat sie die Verantwortung übernommen und alles gemacht. Nach drei Tagen sagte sie, ich soll noch mal kommen, und sie sagte mir, was sie braucht, meine Dokumente. Und ich schicke ihr alles per E-Mail. Und dann hat sie mir gesagt: ‚Zu 80 Prozent bekommst du die Wohnung.‘ Ich bin auch sehr dankbar, ich bin ein Glückskind. Ich habe Glück gehabt.“ (Interview 3-14)

Einige Personen, die ohne Unterstützung auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung suchten, berichten von ausbeuterischen Vermittlungsnetzwerken. In sechs Interviews wurde uns von informellen Makler_innen erzählt, die für einen Geldbetrag von bis zu 10.000 Euro Wohnungen an Geflüchtete vermitteln (Interviews 3-3, 3-4, 3-5, 3-7, 3-8, 3-13). Eine Person erklärt, dass sich die Höhe des Geldbetrags nach Wohnungsgröße und Wohnlage richte. Die Dolmetscherin:

„Was hier passiert, ist, dass man viel Geld an einen Mittelsmann oder so zahlen muss, um eine Wohnung zu bekommen. (...) Bei vielen seiner Freunde hat das so funktioniert (...) Sein Verwandter hat 10.000 Euro bezahlt für ein Schlafzimmer und ein Wohnzimmer. (...) Wenn es weiter draußen ist, verlangen sie meistens 4.000 oder 6.500 Euro, aber wenn es im Zentrum ist, dann sind es 6.000 und mehr.“ (Interview 3-8; eigene Übersetzung)

Ein anderer Interviewpartner bezahlte einem solchen informellen Makler 1.000 Euro für die Vermittlung eines Platzes in einer Wohnung, in der er sich ein Zimmer mit einer zweiten Person sowie die Küche und Sanitärräume mit weiteren alleinstehenden geflüchteten Männern teile, die auf gleichem Wege an diese Wohnung gelangt seien. Die Mietkosten übernehme das Sozialamt, die Wohnung befinde sich jedoch in einem desolaten Zustand und eine Ansprechperson sei nicht erreichbar. Der Interviewpartner schildert, dass er hier wie in einer Gemeinschaftsunterkunft mit fremden Personen zusammenlebe und es an Privatsphäre fehle:

„Das Schlimmste ist, dass das Heim sogar besser ist, weil im Heim, da ist jemand zuständig, der uns zuhört. Aber hier hört niemand zu, [niemand ist verantwortlich].“ (Interview 3-7; eigene Übersetzung)

Die Mieter_innen dieser Unterkunft hätten bereits Unterstützung beim Mieter_innenverein und beim Sozialamt gesucht – bisher jedoch ohne Erfolg. Dies habe bei ihm zu einem Vertrauensverlust in die Institutionen und die Rechtssicherheit geführt (ebd.).

Dass über ein Drittel der befragten Personen Dienstleistungen von informellen Makler_innen in Anspruch nimmt oder in Erwägung zieht, liegt daran, dass darin ihre einzige Chance auf einen Zugang zum Wohnungsmarkt gesehen wird (Interviews 3-3, 3-4, 3-5, 3-7, 3-8, 3-13). Eine Interviewpartnerin, die aufgrund ihrer familiären und sozialen Netzwerke und dem gewohnten Umfeld in Kreuzberg unbedingt dort wohnen bleiben will, beschreibt einen zunehmenden Druck, da ihre Unterkunft in absehbarer Zeit schließe und ihre Deutschkenntnisse für Wohnungsbewerbungen nicht ausreichen. Der Dolmetscher:

„Sie ist ein bisschen ratlos. Die [Unterkunftsleitung] sagt, noch ein Jahr, aber das ist bald und ich brauche Unterstützung, jemanden, der mir dabei helfen kann, und ich mache mir schon Sorgen. Ich habe keine deutschen Sprachkenntnisse, sodass ich zu (Wohnungs-)Unternehmen gehen und mich

bewerben kann und so weiter. Und, ja, ich brauche Hilfe (...) Ich habe jetzt nur ein Jahr Zeit und danach weiß ich nicht, wo ich hinziehen soll und so. Und mir wurde gesagt, man kann auch vielleicht über illegale Wege sozusagen eine Wohnung finden, so auf dem Schwarzmarkt ein bisschen Geld extra zahlen und so (...), ich bin auch bereit, das zu machen.“ (Interview 3-3)

Die beschriebenen Vermittlungsnetzwerke werden schließlich für all diejenigen zur „größten Barriere“ (Interview 3-8), die das Geld nicht aufbringen können und ihre Hoffnung auf eine Wohnung praktisch komplett verlieren, solange es an alternativen Orientierungshilfen und an Begleitung bei Wohnungsbesichtigungen fehlt (Interviews 3-4, 3-7, 3-8). Die anwesende Dolmetscherin übersetzt die Aussage einer Person wie folgt:

„Sie versuchen es (...), aber sie können nicht gut Deutsch sprechen und die Unterkunftsleitung hier hilft ihnen nicht viel. (...) Es geht immer über einen Mittelsmann, der viel Geld verlangt, (...) sie haben es versucht, er hat 7.000 Euro verlangt, aber natürlich hatten sie [das Geld] nicht.“ (Interview 3-4; eigene Übersetzung)

Zusammenfassend muss konstatiert werden, dass die Hürden, eine Wohnung im Quartier (und auch in anderen Teilen Berlins) zu finden, für Geflüchtete sehr hoch sind. Sie befürchten oft, in andere Nachbarschaften umziehen zu müssen, in denen es Unterstützungsstrukturen und migrantische Netzwerke in weitaus geringerem Maße als in Berlin-Kreuzberg gibt.

4.3.6 ZUSAMMENFASSUNG

Die interviewten Geflüchteten beschreiben Berlin-Kreuzberg aufgrund seiner Migrationsgeschichte und dem Vorhandensein verschiedener sozioökonomischer und politischer Bewohner_innen- und Nutzer_innengruppen als soziales, super-diverses Stadtviertel, das von Offenheit und Zugänglichkeit geprägt ist. Die vielfältigen Infrastruktureinrichtungen erleichtern den Geflüchteten in vielerlei Hinsicht den Zugang zu Ressourcen. Dazu trägt insbesondere die stark ausgeprägte Mehrsprachigkeit im Quartier bei. Geflüchtete erfahren Unterstützung durch Beratungsstellen, migrantische Netzwerke, politisch-aktivistische Initiativen und Einzelpersonen. Hinsichtlich des Ressourcenzugangs kann Kreuzberg damit als „klassisches Ankunftsquartier“ bezeichnet werden, in dem sich durch eine langjährige Migrationsgeschichte ein Netz etablierter migrantischer und mehrsprachiger Unterstützungsstrukturen herausgebildet hat (vgl. El-Kayed et al. 2020: 111).

Im sozialen Zusammenleben dominiert die Erfahrung, sich im Quartier sicher und wohl zu fühlen. Diese Erlebnisse werden insbesondere mit der im öffentlichen Raum sichtbaren Migrationsgeschichte des Quartiers verbunden. So heben die befragten Geflüchteten positiv hervor, dass sie aufgrund der vorhandenen Migrationsgeschichte im alltäglichen Geschehen der Nachbarschaft kaum auffallen und eher „untergehen“. Geflüchtete bewegen sich in Kreuzberg also überwiegend in einer Art „comfort zone“ (Blokland/Nast 2014: 1146 f.), in der sie eher inkludierende Einstellungen und Verhaltensweisen gegenüber Diversität erwarten und erleben.

Doch trotz der Vielfalt lokaler Angebote und Kontaktchancen sowie der erlebten Alltäglichkeit von Diversität geben einige Geflüchtete an, sozial isoliert zu sein und diskriminiert zu werden. Neben fehlenden Informationen zu Unterstützung und Beratung sowie Erfahrungen von Gleichgültigkeit und Desinteresse berichten insbesondere Schwarze Geflüchtete von sozialer Ausgrenzung und institutioneller Diskriminierung (u. a. durch die Polizei) im öffentlichen Raum. Geflüchtete aus afrikanischen Ländern verweisen darüber hinaus auf Lücken in Unterstützungs- und Beratungsangeboten.

Insgesamt sind die Unterstützungsstrukturen in Berlin-Kreuzberg jedoch recht dicht und decken viele Sprachen und Bedürfnisse ab. Dennoch können die Hürden insbesondere beim Zugang zu Aufenthalt und

zum knappen Wohnraum nicht in ausreichendem Maße überwunden werden. Zwar ist Kreuzberg für fast alle durch uns interviewte Geflüchtete zum Lebensmittelpunkt geworden, jedoch findet der Großteil hier bisher keinen Zugang zu Wohnraum. Insbesondere Personen, die noch in einer Unterkunft leben, schätzen ihre Chancen auf eine Wohnung im Viertel aufgrund der hohen Mietpreise und Diskriminierung als sehr gering ein. Die meisten sehen sich bei der Wohnungssuche – die sich nie allein auf Kreuzberg beschränkt – in einer Abhängigkeit von ausbeuterischen Vermittlungsnetzwerken, die ihnen für einen hohen Geldbetrag eine Wohnung vermitteln. Diejenigen, die das Geld nicht aufbringen können, geben ihre Hoffnung auf eine Wohnung praktisch komplett auf. Ihnen fehlt es oft an Informationen, Orientierungshilfen und Begleitung bei Wohnungsbesichtigungen.

4.4 STUTTGART-UNTERTÜRKHEIM – „...EINE FREUNDLICHE UND RUHIGE GEGEND, DAS EINZIGE PROBLEM IST DIE WOHNUNG“

In Stuttgart-Untertürkheim wurden 13 Interviews mit Geflüchteten geführt. Bis auf eine Person wohnen alle Interviewpartner_innen im Stadtviertel. Acht Personen wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft im Quartier, fünf in einer Wohnung in Untertürkheim bzw. einem benachbarten Stadtviertel. Die Interviewten kommen unter anderem aus Afghanistan, Syrien und Kamerun. Zehn Personen sind verheiratet und haben zwischen einem und sechs Kinder, vier sind ledig. Insgesamt wurden fünf Männer und neun Frauen interviewt.

4.4.1 QUARTIERSBESCHREIBUNG UND INFRASTRUKTUR

Stuttgart-Untertürkheim wird von einigen Geflüchteten als ruhiges und familienfreundliches Wohnviertel beschrieben (Interviews 3-18, 3-19, 3-27). Eine interviewte Person illustriert ihren Eindruck vom Quartier anhand des Ortszentrums, wo Menschen zusammensaßen und eine gewisse Geselligkeit zu beobachten sei. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Sie mag die Gegend. Es ist eine ruhige Gegend, sie wohnt gerne hier. (...) Sie sieht immer, dass sich Leute treffen und sich unterhalten, in den Straßen hier hinten. Das gefällt ihr sehr, weil es sie an Syrien erinnert.“ (Interview 3-27; eigene Übersetzung)

Die Bewohner_innen des Quartiers werden von den befragten Personen je nach Wohngegend unterschiedlich beschrieben: Zwei Personen teilen den Eindruck, dass es in Untertürkheim keine Armut oder Arbeitslosigkeit gebe und die Bewohner_innen gebildet seien (Interviews 3-18, 3-19). Alle Befragten verweisen auf die sichtbare Migrationsgeschichte des Quartiers, insbesondere auf die dort lebenden arabisch- und türkischsprachigen Bewohner_innen. So wie die lokalen Akteur_innen in Kapitel 2.3 nehmen auch die Geflüchteten diesbezüglich eine Zweiteilung des Quartiers wahr: Ein Unterkunftsbewohner stellt beispielsweise fest, dass die sichtbare Vielfalt des „unteren“ Teils Untertürkheims im „oberen“ Teil kaum existiere, dort lebten auffallend mehr „Deutsche“ (Interview 3-24). Ein anderer Interviewpartner illustriert die Unterschiede im Quartier anhand der Sprachen, die er auf den Straßen höre:

„Wenn Sie also weiterfahren, bisschen höher (...), da sprechen die meisten Deutsch, und sie sind zwar freundlich, aber wenn man jetzt Richtung Untertürkheim ist, hört man da eigentlich fast nur Türkisch oder Arabisch.“ (Interview 3-28)

Die Migrationsgeschichte des „unteren“ Teils Untertürkheims trägt maßgeblich dazu bei, dass die Geflüchteten hier eine vielfältige Infrastruktur vorfinden. So verweisen sie positiv auf migrantische Netzwerke und mehrsprachige Angebote in sozialen Einrichtungen. Einige Interviewpartner_innen betonen zudem, mit den vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kindergärten im Viertel zufrieden zu sein (Interviews

3-18, 3-21, 3-22), auch wenn drei Mütter das Fehlen von Kindergartenplätzen bemängeln (Interviews 3-17, 3-19, 3-24). Des Weiteren gibt die Mehrheit der Geflüchteten an, nicht alles Notwendige wie etwa Arztpraxen mit mehrsprachigem Personal oder migrantische Netzwerke und Strukturen im Quartier zu finden. Sie geben jedoch an, kurze Wege zu allen relevanten Infrastrukturen zu haben und diese in angrenzenden Stadtvierteln zu finden, etwa in Wangen, Bad Cannstatt und Obertürkheim (Interviews 3-17, 3-18, 3-20, 3-21, 3-22, 3-24, 3-25, 3-27, 3-28, 3-29). Eine Interviewpartnerin schildert:

„Es gibt alles, einen türkischen Laden, Lidl, Aldi, Kaufland, alles. Einen arabischen Laden auch. (...) Das ist gut. Beim Arzt habe ich auch keine Probleme, Apotheken gibt es viele hier. (...) Da gibt es arabische Ärzte in Stuttgart. Ich denke, afghanische Ärzte auch. Die Leute können dort hingehen.“ (Interview 3-20)

Dass die vorhandene Mehrsprachigkeit den Zugang zu Infrastrukturen oft erleichtert, geben auch andere Personen an. Nur wenige berichten von Sprachbarrieren in Schulen, Kindergärten oder Behörden. Einige der Interviewten beschreiben die Kommunikation auch deshalb als gut, weil sie sich häufig auf Englisch verständigen können (Interviews 3-18, 3-26, 3-27, 3-29). Andere geben an, dass die Kommunikation in Einrichtungen durch mehrsprachiges Personal erleichtert werde oder sich das Personal bemühe, die Kommunikation über beauftragte Dolmetscher_innen zu ermöglichen (Interviews 3-17, 3-19, 3-20, 3-22). Eine Familienmutter erzählt, wie das ihre Suche nach einem Kindergartenplatz erheblich erleichtert hat:

„Ich besuchte immer diese Kita und fragte, gibt es einen Platz, kann mein Kind teilnehmen? Die Frauen sagten irgendwann, wir haben Platz. (...) [Die Erzieherin] war sehr nett mit meinem Kind, mit mir. Manchmal hilft sie mir, wenn es Fragen gibt. Sie bringt immer Dolmetscher, weil, am Anfang war ich schlecht in Deutsch. Sie bringt dann immer Dolmetscher, wenn ich Fragen habe oder so. Sie war hilfsbereit. (...) Wenn ich sage, ich will einen Dolmetscher, dann bringt sie einen mit. Vom Stadtbüro, da gibt es eine Dolmetscherliste, und die machen einen Termin.“ (Interview 3-17)

Auf Dolmetscherdienste greifen jedoch nicht alle Einrichtungen zurück. So wurde zum Beispiel eine Interviewpartnerin wegen Kommunikationsschwierigkeiten von zwei lokalen Arztpraxen ohne Behandlung weggeschickt. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Bezüglich Arzttermine beispielsweise haben sie Schwierigkeiten (...) Letzte Woche waren sie beim Zahnarzt, aber weil sie sich nicht mitteilen konnten (...), wurde der Termin abgebrochen, sie konnten nicht mit dem Arzt kommunizieren. (...) Und sie war mehrmals beim Gynäkologen (...), aber sie konnte nicht kommunizieren. Also bekam sie [die Behandlung] nicht, die sie vom Arzt wollte, und ging wieder. (...) Sie war bei einer Sozialarbeiterin, die sagte, dass sie einen Dolmetscher mitnehmen müsse, aber sie findet keinen.“ (Interview 3-23; eigene Übersetzung)

Zusammenfassend betrachtet, beschreiben die Geflüchteten Untertürkheim als eine ruhige Nachbarschaft, die von einer sichtbaren Migrationsgeschichte und relativ stabilen sozioökonomischen Lebenslagen geprägt ist. Die meisten von ihnen finden im Quartier oder in angrenzenden Stadtteilen alle relevanten Infrastrukturen, deren Zugänge insbesondere durch mehrsprachiges Personal oder Dolmetscherdienste ermöglicht werden. An manchen Stellen fehlen solche Übersetzungsmöglichkeiten jedoch, was den Zugang zu Diensten und Versorgungseinrichtungen, wie zum Beispiel zu medizinischer Versorgung, erschwert.

4.4.2 BEGEGNUNGEN IM ALLTAG UND WAHRNEHMUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Neben den im Quartier vorhandenen Infrastrukturen beschreiben die Geflüchteten mehrheitlich ein überwiegend freundliches soziales Miteinander in Untertürkheim. Dies führt auch dazu, dass sie sich in der Regel wohl und sicher im Quartier fühlen (Interviews 3-17, 3-18, 3-19, 3-20, 3-22, 3-23, 3-24, 3-27, 3-28, 3-29). Eng damit verbunden ist, wie in Berlin-Kreuzberg, die Migrationsgeschichte des Viertels: Einige Personen geben an, sich wohlfühlen, weil Mehrsprachigkeit, unterschiedliche Herkünfte und Frauen mit Kopftuch zum Alltag gehören (Interviews 3-18, 3-22, 3-23, 3-24, 3-29). Eine Muslimin, die ein Kopftuch trägt, verbindet die alltäglich sichtbare Diversität im Viertel zudem mit Erfahrungen von Offenheit und Kontakt:

„Mit Kopftuch, ich glaube, die [Bewohner_innen] haben kein Problem (...). Viele Frauen tragen Kopftuch. Und hier die Leute, Bewohner in Stuttgart, tolerieren uns und akzeptieren uns. Es gibt sogar viele Frauen, die tragen Kopftuch und haben richtig Kontakt mit deutschen Frauen, und wir haben keine Probleme hier in Stuttgart. (...) Die Leute hier in Untertürkheim sind freundlich und sind bereit, mit den Kindern oft zu sprechen und sich zu unterhalten. Fast alle sind nett und freundlich.“ (Interview 3-18)

Einige Geflüchtete haben Beziehungen zu Quartiersbewohner_innen in Untertürkheim aufgebaut. So schildert eine Interviewpartnerin, dass sie einer Bewohnerin mit eigener Migrationsbiografie zufällig im Supermarkt begegnet und diese zu einem wichtigen Kontakt für sie geworden sei:

„Glücklicherweise habe ich zufällig eine Frau getroffen im Supermarkt oder Umgebung. Die war arabisch aus Syrien. Wir haben viele Unterhaltungen geführt und sie hat mir gezeigt, wo wir Unterstützung kriegen können oder Hilfe.“ (Interview 3-18)

Neben diesen positiven Erfahrungen berichten einige Personen aber auch von Desinteresse und distanzierendem Verhalten seitens der Untertürkheimer_innen: Es sei schwer, Kontakte aufzubauen, und sie lernten häufig nur Bewohner_innen kennen, die direkt auf sie zukämen oder sich in der Unterkunft engagierten (Interviews 3-20, 3-26, 3-27, 3-28). Eine Person schildert, dass eine sozial engagierte Nachbarin sie nach dem Einzug in ihre Wohnung willkommen geheißen habe, mittlerweile aber weggezogen sei. Bekanntschaften zu anderen Bewohner_innen seien bisher ausgeblieben. Die Dolmetscherin übersetzt:

„In den ersten zwei Wochen (...) wusste [ihre Freundin], dass sie in die Wohnung gezogen sind, und sie wohnte in der Nähe, also kam sie vorbei und brachte ein Geschenk. Durch sie hat sie viele Leute kennengelernt (...) [Die meisten Leute hier] sind freundlich. Und jeden Freitag gibt es einen Markt und wenn sie dorthin geht, sagt sie Hallo, und die Leute antworten freundlich. Aber mehr als das ... es gibt keine tieferen Beziehungen. (...) Sie weiß es nicht, aber es gab bisher keine Gelegenheiten für sie, diese Menschen richtig kennenzulernen.“ (Interview 3-27; eigene Übersetzung)

Eine interviewte Person schildert, dass sie in ihrem Wohnhaus ignoriert werde, obwohl sie sich um einen guten Kontakt durch einladende Gesten bemühe:

„Ab und zu habe ich sie begrüßt, guten Morgen. Manchmal habe ich bemerkt, das war komisch. Sie hat nicht geantwortet. Trotzdem habe ich einen großen Schritt gemacht. Ich habe gratuliert, Kärtchen zu Weihnachten und Silvester geschickt für alle Nachbarn. Aber leider, was traurig für mich war, ich habe keine Antwort gekriegt.“ (Interview 3-18)

Geflüchtete berichten auch davon, dass sie einen unfreundlichen Umgang erleben oder ignoriert werden, und führen solche Situationen etwa auf ihr Kopftuch oder ihre Hautfarbe zurück (Interviews 3-18, 3-23, 3-26,

3-27, 3-28). Eine interviewte Muslimin, die ein Kopftuch trägt, beschreibt die Begegnungen mit einem Nachbarn (in der Übersetzung der Dolmetscherin) wie folgt:

„Sie erwähnte einen alten Mann im Gebäude nebenan, der ihr anfangs komische Blicke zuwarf. Er war nicht wirklich willkommend, obwohl seine Frau lächelte. (...) Er ist immer noch unfreundlich (...) und sie hat das Gefühl, dass sie nicht gerne in Kontakt treten, vor allem nicht mit einer Frau, die ein Kopftuch trägt. Sie denkt, dass dies der Grund ist, warum sie nicht offen sind.“ (Interview 3-27; eigene Übersetzung)

Von ähnlichen Situationen erzählt ein Schwarzer Interviewpartner, der Ignoranz und Hochnäsigkeit als große Hindernisse bei der Suche nach sozialem Anschluss beschreibt:

„Deutschland hat eine dieser Kulturen, in denen man normalerweise sehr introvertiert ist. (...) Das hindert mich nicht daran, rauszugehen und mich zu integrieren, aber es verlangsamt das. (...) Ich weiß es nicht, vielleicht ist es die Art, wie sie aufgewachsen sind, oder es ist eine individuelle Art des Verhaltens, aber was ich gesehen habe, als ich ankam, waren hochnäsige Menschen. (...) Zum Beispiel, wenn du mit jemandem redest, stellt er sich taub. Er will nicht einmal, dass du näherkommst. Es ist so, als ob du kein Mensch wärst.“ (Interview 3-26; eigene Übersetzung)

Der ausbleibende Kontakt zu Nachbar_innen löst bei einer Person die Unsicherheit darüber aus, nicht zu wissen, an wen sie sich wenden kann, wenn sie einmal Hilfe benötigt. Die Dolmetscherin:

„Manchmal ist sie verängstigt, was ist, wenn zum Beispiel nachts etwas passiert und sie Hilfe von einem Nachbarn bräuchte und sie wäre bei niemandem willkommen.“ (Interview 3-27; eigene Übersetzung)

In der Gesamtbetrachtung ist das Stuttgart-Untertürkheimer Zusammenleben aus Sicht der Geflüchteten überwiegend von einem freundlichen Miteinander geprägt, in dem Diversität und Offenheit dominieren, ähnlich wie es für Berlin-Kreuzberg beschrieben wurde. Es bleiben aber auch Erfahrungen von Desinteresse und sozialer Distanzierung nicht aus. So beschreiben einige Geflüchtete die Schwierigkeit, nähere Bekanntschaften zu Quartiersbewohner_innen aufzubauen. In einigen Fällen führen die Geflüchteten Abweisungen auf rassistische Einstellungen zurück. So erleben die Geflüchteten im Untertürkheimer Zusammenleben eine gewisse Zweiteilung zwischen Offenheit und Verslossenheit.

4.4.3 KONFLIKTE UND KRISENHAFT SITUATIONEN

Nach Erfahrungen mit Konflikten und krisenhaften Situationen befragt, thematisieren Personen, die in der Gemeinschaftsunterkunft leben, insbesondere die schlechten Wohnbedingungen. Dort komme es aufgrund unterschiedlicher Alltagsrhythmen, dünner Wände und Lärmbelästigung häufig zu Konflikten zwischen Familien mit Kindern und Alleinstehenden, die auf einem Flur zusammenleben. Zwei Personen berichten, dass sie versucht hätten, über Gespräche mit der Unterkunftsleitung und dem Sozialamt eine neue Regelung zu finden, es jedoch trotz konkreter Lösungsvorschläge bisher keine Veränderungen gebe (Interviews 3-17, 3-29). Eine Interviewpartnerin, die mit ihrer Familie in der Unterkunft wohnt, schildert:

„Wir haben versucht, mit unserem Sozialarbeiter zu diskutieren und viele Sachen zu erklären. Aber leider haben sie gesagt, die müssen beide Seiten, alleinstehende Männer und Familien, müssen sie hier zusammen integrieren. Aber das ist nicht richtige Integration, wenn die uns zwingen (...) Bis jetzt ist das nicht gelöst. (...) Ich habe gesagt, es wäre nett, wenn die ein Gebäude nur für alleinstehende

hende Männer geben und die anderen Gebäude nur für Familien mit Kleinkindern sind. Diesen Vorschlag habe ich gemacht, aber leider hat niemand auf mich gehört.“ (Interview 3-17)

Eine weitere Person berichtet von einem Konflikt zwischen Anwohner_innen und Kindern aus der Geflüchtetenunterkunft. Als Letztere in einem benachbarten Garten unerlaubt Tomaten pflückten, riefen die Eigentümer_innen die Polizei:

„Da gab es dann richtig Ärger. Die Leute dort haben auch die Polizei gerufen und man hat dann den Kindern später verboten, dorthin zu gehen.“ (Interview 3-20)

Eine andere Interviewpartnerin aus der Unterkunft schildert, dass sie gerne in den Weingärten spazieren gehen würde, ihr jedoch vermittelt wurde, dass dies verboten sei. Die Dolmetscherin übersetzt: „(...) die sind privat, sie dürfen die nicht betreten. (...) Es ist niemandem erlaubt. Nein.“ (Interview 3-21; eigene Übersetzung). Diese Falschinformation der unerlaubten Nutzung der Wege in den Weinbergen – denn Spaziergänger_innen dürfen die privaten Wege offiziell nutzen – knüpft vermutlich an frühere Aushandlungen über den Unterkunftsbaubau an. In Interviews mit lokalen Akteur_innen wurde geschildert, dass zu Beginn der Unterbringung von Geflüchteten in Untertürkheim unter anderem für kurze Zeit ein Sicherheitsdienst eingesetzt wurde, um die Angst der Weinbauer_innen zu beruhigen, dass Geflüchtete in den Weinbergen Weinblätter oder -trauben pflücken könnten (s. Kap. 2.3).

Drei Geflüchtete, die in Wohnungen leben, erzählen von wiederkehrenden und unverhältnismäßigen Lärmbeschwerden durch Nachbar_innen im Wohnhaus. Sie vermuten dahinter eine generelle Ablehnung (Interviews 3-18, 3-19, 3-25). Eine Person schildert exemplarisch:

„Ich habe das Gefühl, die deutsche Frau, sie war gegen uns. Sie wollte uns nur angreifen oder irgendwas sagen (...) Die Frau wohnt im ersten Stock. Und ich wohne im dritten Stock. Vom zweiten Stock habe ich keine Beschwerden gehört und niemand hat uns kritisiert. Aber die deutsche Frau vom ersten Stock war einfach gegen uns.“ (Interview 3-18)

Ein Interviewpartner aus der Gemeinschaftsunterkunft erzählt, dass er Abwertungen aufgrund seines Sozialleistungsbezugs wahrnehme:

„Man hört [auf der Straße], dass manche der Meinung sind, dass wir hierher nach Deutschland kommen und nur rumsitzen und nichts machen, dass wir Leistungen von dem Staat bekommen.“ (Interview 3-20)

Außerdem berichten Geflüchtete von Anfeindungen im öffentlichen Nahverkehr, die sich teilweise auch in anderen Stadtteilen abspielen (Interviews 3-18, 3-19, 3-23, 3-29). Zum Beispiel berichten zwei Interviewpartnerinnen, dass sie trotz der alltäglichen Sichtbarkeit von Musliminnen in Stuttgart im Nahverkehr wiederkehrend Beschimpfungen erleben, in denen Begriffe wie „Kopftuch“ und „Ausländer“ fallen (Interview 3-19). Exemplarisch berichtet eine Person, die selbst ein Kopftuch trägt:

„Da habe ich schon schlechte Erfahrungen gemacht. Manche Leute, die haben mit Händen irgendwas gezeigt. Die waren böse oder ich habe Schimpfworte über Ausländer oder die Frauen mit Kopftuch gehört. Aber das interessiert mich nicht. Ich muss weitergehen. Und ich zeige solchen Leuten kein Interesse.“ (Interview 3-18)

Die Mehrheit der Interviewten geht solchen Anfeindungen und Konflikten wenn möglich aus dem Weg oder ignoriert sie (Interviews 3-18, 3-19, 3-23, 3-27, 3-29). Zwei Personen erklären zudem, dass sie bei Anfeindungen im öffentlichen Raum selten von Anwesenden unterstützt würden (Interviews 3-19, 3-29). Eine Interviewpartnerin beschreibt eine Situation in der Innenstadt, in der eine Passantin sie minutenlang an einer Bushaltestelle beschimpft habe und anwesende Menschen zugeschaut hätten, aber nicht eingeschritten seien (Interview 3-29). Lediglich eine Person schildert, wie eine Mitfahrerin im öffentlichen Nahverkehr sie bei einem verbalen Angriff verteidigt habe (Interview 3-18).

Einige Geflüchtete berichten von aussichtslosen Versuchen, Konflikte und Anfeindungen im Wohnhaus über Gespräche zu lösen (Interviews 3-17, 3-18, 3-25, 3-28). Eine Person, die immer wieder mit ihrer Nachbarin in Streit über Kinderlärm gerate, berichtet, dass auch die Unterstützung von Bekannten nicht weitergeholfen habe:

„[Meine Freunde] haben versucht, unsere Nachbarin zu beruhigen. Haben gesagt, wir sind seit einer Woche zu Besuch bei der Frau. Sie ist sehr ruhig und ihre Kinder machen nicht so laut Krach. Und die haben versucht, die Situation zu deeskalieren, (...) aber sie ist bis heute launisch.“ (Interview 3-18)

Zusammenfassend betrachtet, betonen die interviewten Geflüchteten, dass sie sich im gesamten Stuttgarter Stadtraum grundsätzlich sicher fühlen und dass sie insbesondere in Untertürkheim wenig auffallen. Jedoch berichten sie gleichzeitig von unverhältnismäßigen Beschwerden und nicht zu lösenden Nutzungskonflikten im Wohnhaus und in der Gemeinschaftsunterkunft sowie vereinzelt von Anfeindungen auf der Straße und im Nahverkehr.

4.4.4 UNTERSTÜTZUNG UND TEILHABE

Fast alle befragten Personen finden in Stuttgart-Untertürkheim auf verschiedenen Wegen Unterstützung. Zentrale Ansprechpersonen sind für Bewohner_innen der Gemeinschaftsunterkunft zunächst die dort tätigen Sozialarbeiter_innen. Darüber hinaus lernen sie engagierte Einzelpersonen sowie – etwa durch den Besuch des Begegnungscafés oder die Teilnahme an Ausflügen oder Sprachkursen – Ehrenamtliche der lokalen Willkommensinitiative kennen (Interviews 3-17, 3-20, 3-24, 3-25, 3-26, 3-28). Eine Interviewpartnerin beschreibt das Begegnungscafé, das von der lokalen Willkommensinitiative in der Unterkunft organisiert wird, als gute Möglichkeit, um ins Gespräch zu kommen und Unterstützungsbedarfe zu vermitteln:

„Viele Nachbarn hier direkt aus der Umgebung oder von etwas weiter weg kommen auch regelmäßig zu uns. Sie trinken Kaffee. Sie helfen uns, wo sie können. Helfen uns da, wo sie Möglichkeiten sehen. Und wo sie uns nicht helfen können, können sie eben nicht helfen. (...) Es kommen Personen türkischer Herkunft, deutscher Herkunft, serbischer Herkunft.“ (Interview 3-20)

Andere Personen, insbesondere Frauen und Mütter, nutzen auch Angebote im Stadtteil- und Familienzentrum im „unteren“ Teil Untertürkheims oder in sozialen Einrichtungen in benachbarten Stadtteilen, in denen Beratung, Sprachkurse oder Kinderbetreuung angeboten werden und wo sie neue Kontakte – häufig zu anderen geflüchteten Frauen – knüpfen können. Von den Angeboten erfahren sie meist über Bekannte oder ehrenamtlich Engagierte (Interviews 3-17, 3-18, 3-19, 3-24). Darüber hinaus werden Personen von migrantischen Netzwerken oder Quartiersbewohner_innen mit Migrationshintergrund unterstützt, die sie im Supermarkt, im Wohnhaus oder religiösen Vereinen kennenlernen (Interviews 3-17, 3-18, 3-23, 3-25, 3-26, 3-27). Geflüchtete, die über solche Wege Unterstützung erhalten, beschreiben in vielen Fällen einen erleichterten Zugang etwa zu Informationen, sozialen Kontakten und medizinischer Versorgung (Interviews 3-17, 3-18, 3-26, 3-27). Eine Interviewpartnerin zählt die Hilfsangebote der lokalen Willkommensinitiative auf:

„Es gibt zum Beispiel jeden Mittwoch (...) einen Deutschkurs, auch für die Männer. Wenn jemand einen Termin beim Arzt hat und er kann sich nicht gut ausdrücken, helfen die anderen dabei. Wenn man zum Beispiel etwas braucht, wenn man eine Wohnung findet, dann helfen sie beim Umziehen in die Wohnung. (...) Es gibt viele Leute, eine hat uns ihre Nummer gegeben. (...) Aber es gibt viele. Ich kann nicht alle Namen nennen.“ (Interview 3-18)

Doch neben den ehrenamtlichen Hilfsangeboten fehlt es vielen Interviewpartner_innen bei dringenden Angelegenheiten wie Asylverfahren, Arbeitserlaubnis, Kindergartenplatz- und Wohnungssuche an Unterstützung (Interviews 3-17, 3-20, 3-21, 3-23, 3-24, 3-27, 3-28). Eine Person erklärt, dass in solchen Fragen die Kapazitäten und Zuständigkeiten der Sozialarbeiter_innen in der Unterkunft begrenzt seien:

„Ich werde nicht so gut behandelt von den Sozialarbeitern, wenn ich das sagen darf, Entschuldigung auch, auf gut Deutsch gesagt, ich fühle mich wie ein Tier. Die denken, ich verlange von denen Geld oder et cetera. (...) Es gibt hier nur einen Mann, der beim Sozialamt arbeitet. Ich schildere ihm manchmal mein Problem und er hilft mir auch sehr gerne. Aber so viel machen kann er jetzt nicht, es ist hier sehr begrenzt und alles ist voll. Aber das ist der einzige Mann, der mir auch wirklich zuhört, und ich fühle mich auch sehr, sehr sicher bei ihm. Denn egal, wenn ich jetzt irgendwie Hemmungen habe, und sobald ich bei ihm bin, fühle ich mich wieder besser. Auch wenn er vielleicht nicht viel in der Sache jetzt machen kann. Aber bei anderen Leuten ist es echt unmöglich.“ (Interview 3-28)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die lokalen Unterstützungsstrukturen in Stuttgart-Untertürkheim verschiedene Bedürfnisse der Geflüchteten abdecken und Unterstützung oft direkt in der Gemeinschaftsunterkunft angeboten wird. Hier lernen Geflüchtete auch Einzelpersonen kennen, die sich lokal engagieren, gut im Ort vernetzt sind und ihnen den Zugang zu lokalen Ressourcen erleichtern können. Die zivilgesellschaftliche und sozialarbeiterische Unterstützung kann jedoch nicht immer dabei helfen, Zugangshürden zu überwinden. Das gilt insbesondere dann, wenn diese aufgrund von rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen bestehen, wie zum Beispiel der Zugang zu Wohnraum, Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis.

4.4.5 ZUGANG ZU WOHNRAUM IM QUARTIER

Wie sich in den Interviews mit den Unterkunftsbewohner_innen gezeigt hat, stellt die Wohnungssuche ein akutes Problem für sie dar: Fast alle Personen geben an, seit mehreren Jahren eine Wohnung im Quartier oder in anderen Stadtteilen zu suchen (Interviews 3-17, 3-20, 3-21, 3-22, 3-23). Die Zugangshürden zum Stuttgarter Wohnungsmarkt bestehen für die Geflüchteten in den hohen Mietpreisen, der Diskriminierung und den rechtlichen Einschränkungen. Eine interviewte Person erklärt beispielsweise, dass ein fehlender Arbeitsvertrag oft der Grund für eine Ablehnung durch Vermieter_innen sei. Der Dolmetscher:

„Mein Mann ist immer unter Druck, weil, er sucht seit drei Jahren nach einer Wohnung. Es ist schwierig. Ich habe viele Wohnungen besichtigt, aber die Antwort ist immer eine Absage. Die Vermittlerin sagt immer, wir geben die Wohnung nicht für Leute, die beim Jobcenter sind. Musst du selber arbeiten. Hier ist es schwierig, eine Stelle zu finden. Bis jetzt habe ich circa acht oder zehn Bewerbungen gegeben, überall Absagen.“ (Interview 3-17)

Auch andere Interviewte nennen den Sozialleistungsbezug als häufigen Ablehnungsgrund:

„Wenn du unabhängig bist, du einen Job findest, dann kannst du eine Wohnung finden. Es geht nur um Arbeit (...), denn [die Vermieter] sagen, wer weiß, ob das Jobcenter das Geld zahlt.“ (Interview 3-24; eigene Übersetzung)

Ein Interviewpartner berichtet von seiner Erfahrung, dass soziale Kontakte ausschlaggebend sind. Die Dolmetscherin:

„Viele seiner Freunde sagten, dass es schwierig sei, etwas zu finden. Entweder musst du einen Job für zwei Jahre oder so etwas haben oder du hast jemanden, der dich unterstützt (...) wenn du einen deutschen Freund hast, wird es zum Beispiel funktionieren.“ (Interview 3-21; eigene Übersetzung)

Fünf Personen geben an, dass die Wohnsitzregelung in Baden-Württemberg ihre Suche nach einer Wohnung stark einschränke (Interviews 3-20, 3-23, 3-27, 3-28). Die Regelung gibt vor, dass Geflüchtete in der Regel nach ihrer Anerkennung drei Jahre lang keine Wohnung außerhalb der Stadtgrenzen beziehen dürfen (s. zu der Regelung Fußnote 7, Kap. 2.2). Ein Interviewpartner zählt die daraus resultierenden Einschränkungen auf:

„Man muss drei Jahre in Stuttgart leben und kann nicht eine Wohnung in Stuttgart oder einer anderen Stadt suchen. Was bedeutet, es gibt große Probleme. Ich denke, es gibt in Stuttgart 10.000 Flüchtlinge. Und die Stadt kann nicht allen Familien helfen. Ich bin seit zwei Jahren beim Wohnungsamt angemeldet. Ich habe nur einmal ein Angebot bekommen. (...) Es schränkt einen in seiner Freiheit ein zu entscheiden, wo man leben möchte.“ (Interview 3-20)

Diejenigen Interviewpartner_innen, die bereits in einer Wohnung leben, haben diese etwa über Ehrenamtliche (Interviews 3-21, 3-22) oder den Arbeitgeber (Interview 3-19) gefunden. Geflüchtete, die sich noch auf Wohnungssuche befinden, konnten bisher keine Hilfsangebote finden (Interviews 3-17, 3-20, 3-21, 3-28). Ein Interviewpartner schildert exemplarisch:

„Ich habe zehn Mal gefragt [und dachte], vielleicht hilft das Jobcenter Familien oder den Leuten wegen der Wohnung, aber sie sagen, das ist nicht unsere Aufgabe.“ (Interview 3-20)

Um eine Wohnung zu finden, recherchieren die befragten Geflüchteten auf Onlineportalen oder lassen sich auf Wartelisten vom Wohnungsamt setzen, wobei sie allerdings auf die geringen Aussichten hingewiesen werden (Interviews 3-18, 3-21, 3-22, 3-27). Eine Person erhielt nach langer Suche eine positive Rückmeldung von einer Wohnungsvermietung, jedoch lehnte das Jobcenter das Mietverhältnis aufgrund einer zu hohen Miete ab (Interview 3-18). Eine andere Person machte die Erfahrung, dass es sehr schwierig ist, eine geeignete Wohnung für eine größere Familie zu finden, die auch vom Jobcenter akzeptiert wird. Er verweist auf eine Möglichkeit: den Kontakt zu informellen Maklern – wie in Berlin-Kreuzberg. Auch hier wird für einen hohen Geldbetrag eine passende Wohnung versprochen:

„Es gibt manche Makler, die eine Provision oder eine Belohnung von 4.000, 5.000 Euro verlangen, um eine Ein- oder Anderthalbzimmerwohnung zu besorgen. (...) Natürlich können die dazu beitragen, dass man etwas findet. Aber man muss auch ehrlich sehen, dass es darunter viele Betrüger gibt. (...) (aber das machen) viele Leute, zuerst braucht man (aber) dieses Geld.“ (Interview 3-20)

Die vielfältigen Zugangshürden zum Wohnungsmarkt haben schließlich den Effekt, dass viele der interviewten Unterkunftsbewohner_innen trotz Auszugserlaubnis oder -aufforderung gezwungen sind, in der Unterkunft zu bleiben.

Dennoch gibt rund die Hälfte der Interviewten an, dass Untertürkheim für sie bereits zum Lebensmittelpunkt geworden sei und sie gerne bleiben würden (Interviews 3-17, 3-18, 3-19, 3-24, 3-25, 3-27). Vier von ihnen wollen dagegen gerne wegziehen oder betrachten den Stadtteil als Zwischenstation (Interviews 3-20,

3-21, 3-26, 3-28). Drei Unterkunftsbewohner_innen geht es in erster Linie darum, endlich eine Wohnung zu finden, egal wo. Diejenigen, die gerne in Untertürkheim bleiben würden, schätzen ihre Chancen, eine geeignete Wohnung im Stadtteil zu finden, jedoch als sehr gering ein. Eine Person schlussfolgert (übersetzt von der Dolmetscherin): „Sie würde gerne hier leben. Das einzige Problem ist die Wohnung.“ (Interview 3-28) Auch andere Interviewte gehen davon aus, dass ihnen die Wahl eines Wohnortes kaum möglich sein wird. Sie hoffen aber, dass ihre zukünftige Wohnung in einer offenen und angenehmen Nachbarschaft liegen wird, „wo Menschen freundlich sind und uns Migranten oder Geflüchteten keine Probleme bereiten“ (Interviews 3-24; s. auch 3-19, 3-20, 3-26, 3-29), oder dass an ihrem zukünftigen Wohnort zumindest eine gute Schul- oder ÖPNV-Anbindung existiert (Interviews 3-19, 3-20, 3-21, 2-24, 3-25, 3-26, 3-28, 3-29).

Ähnlich wie in Berlin-Kreuzberg fühlen sich Geflüchtete in Stuttgart-Untertürkheim aufgrund der vorhandenen Infrastrukturen, Migrationserfahrungen, Mehrsprachigkeit und dem überwiegend positiv erlebten Miteinander sehr wohl. Sie finden hier Unterstützung und soziale Kontakte und haben das Gefühl, nicht aufzufallen. Für viele sind das auch die Gründe, weshalb sie gerne in Untertürkheim wohnen bleiben möchten. Doch wie in Kreuzberg stellt der enge Wohnungsmarkt auch hier eine extrem hohe Hürde dafür dar, den Lebensmittelpunkt nach der Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft tatsächlich in Untertürkheim – oder auch nur in Stuttgart – zu behalten. So entstehen zwar durchaus Bleibewünsche, aber nur geringe Bleibeperspektiven.

4.4.6 ZUSAMMENFASSUNG

Für Stuttgart-Untertürkheim lässt sich zusammenfassen, dass die vorhandene Migrationsgeschichte zum allgemeinen Sicherheits- und Wohlfühl der Geflüchteten beiträgt. Ähnlich wie in Berlin-Kreuzberg heben die Geflüchteten die sichtbare Diversität, die Mehrsprachigkeit, migrantische Netzwerke und vielfältige Infrastrukturen hervor, die ihnen den Zugang zu Übersetzungen, ärztlicher Behandlung oder auch zu sozialen Kontakten erleichtern. Diese Strukturen finden die befragten Geflüchteten zwar nicht immer direkt im Quartier, doch in der Regel in angrenzenden Stadtteilen.

Mit Blick auf das Zusammenleben dominieren Beschreibungen eines freundlichen Umgangs in Untertürkheim, auch wenn selten nähere Bekanntschaften entstehen. Viele der befragten Geflüchteten finden Kontakt zu Untertürkheimer_innen, die sich direkt in der Gemeinschaftsunterkunft oder im Stadtteil- und Familienzentrum engagieren. Darüber hinaus werden jedoch kaum Orte und Gelegenheiten der Begegnung genannt. Dabei beschreiben die Geflüchteten im Quartier ein Nebeneinander, das einerseits von einer alltäglichen Diversität und der Offenheit gegenüber Vielfalt geprägt ist, andererseits aber auch von Ablehnung: So erleben einige Personen wiederkehrend im Wohnhaus oder auf der Straße, dass sich Bewohner_innen ihnen gegenüber distanziert und unfreundlich verhalten. Auch im öffentlichen Nahverkehr bleiben Anfeindungen nicht aus. In einigen Fällen führen Geflüchtete solche Erfahrungen auf rassistische Einstellungen gegenüber Schwarzen Personen, Musliminnen mit Kopftuch und geflüchteten Menschen, die Sozialleistungen beziehen, zurück.

Hinsichtlich des lokalen Zugangs zu Ressourcen erhalten die befragten Geflüchteten durch verschiedene Akteur_innen Unterstützung, insbesondere durch Sozialarbeiter_innen in sozialen Einrichtungen, durch Ehrenamtliche einer lokalen Willkommensinitiative und durch engagierte Einzelpersonen, die häufig selbst einen Flucht- oder Migrationshintergrund haben. Sie helfen etwa bei Arztbesuchen, beim Spracherwerb und der Kinderbetreuung. Es fällt jedoch auf, dass fast alle befragten Personen angeben, in dringlichen Angelegenheiten wie der Wohnungssuche, dem Kindergartenplatz, der Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis auf sich allein gestellt zu sein. Besonders auf dem angespannten Stuttgarter Wohnungsmarkt und durch die ortsbezogene Wohnsitzregelung in Baden-Württemberg (s. Fußnote 7, Kap. 2.2) stellt die Wohnungssuche ein akutes Pro-

blem dar, das sich durch Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt und hohe Mietpreise noch zusätzlich verschärft. Die (ortsbezogene) Wohnsitzregelung hat somit stark einschränkende Effekte auf Teilhabe- und Zugangschancen von Geflüchteten (Brücker/Hauptmann/Jaschke 2020; El-Kayed/Hamann 2018; Tanis 2020). Schließlich lebt der Großteil der interviewten Geflüchteten seit mehreren Jahren in der Gemeinschaftsunterkunft und sucht oft schon ebenso lange in ganz Stuttgart vergeblich nach einer Wohnung. So besteht trotz des Bleibewunsches bei vielen Geflüchteten kaum eine Bleibeperspektive in Untertürkheim.

4.5 HAMBURG-EPPENDORF – „SIE SIND NETT UND HÖFLICH, ABER DU SOLLTEST ABSTAND HALTEN“

In Hamburg-Eppendorf haben wir insgesamt 13 Geflüchtete befragt. Es wurden nur Männer und lediglich ein Quartiersbewohner als Interviewpartner gefunden – zwölf Interviewpartner lebten außerhalb Eppendorfs, nutzten jedoch den Stadtteil regelmäßig, zum Beispiel aufgrund von individuellen Kontakten oder speziellen Angeboten. Dass nur eine Person gefunden werden konnte, die in Eppendorf selbst wohnte, lag vor allem daran, dass sich zum Zeitpunkt der Datenerhebung die Gemeinschaftsunterkunft im Stadtteil noch im Bau befand. Vier der Nutzenden leben in einer Gemeinschaftsunterkunft, neun wohnen in Wohnungen – alle außerhalb Eppendorfs. Die Interviewten kommen unter anderem aus Syrien, Afghanistan und Eritrea. Sieben Interviewpartner sind ledig, vier sind verheiratet und haben zwischen zwei und fünf Kinder, eine Person ist verlobt und eine lebt in einer Partnerschaft und hat zwei Kinder.

4.5.1 QUARTIERSBESCHREIBUNG UND INFRASTRUKTUR

Reichtum, Freiräume und eine ruhige, saubere Umgebung sind Merkmale von Hamburg-Eppendorf, die nahezu in jedem Interview Erwähnung finden (Interviews 3-30, 3-34, 3-35, 3-36, 3-37, 3-38, 3-39, 3-40, 3-41, 3-42). Drei Interviewpartner beschreiben das Quartier als „familiär“ (Interviews 3-30, 3-36, 3-39), einer fühlt sich hier aufgrund der im Vergleich zu anderen Stadtteilen wenig belebten Straßen eher „einsam“ (Interview 3-33). Ein Befragter misst dem Stadtteil eine gewisse „Sicherheit“ und „Stabilität“ bei, durch die er sich hier wohlfühlt:

„Ich finde es hier in Eppendorf ein bisschen mehr safe (...), also ruhiger, weißt du, ich fühle mich auch einfach wohler. (...) Ich habe das Gefühl, es ist hier ein bisschen beständiger, ja. Stabiler, so in der Hinsicht, von der Basis her gleich[bleibend] (...). Ich mag Eppendorf gerne als Stadtteil.“
(Interview 3-36)

Eppendorfs Bewohner_innenschaft beschreiben die Interviewten zumeist als wenig divers: Einige geben zum Beispiel an, im öffentlichen Raum kaum andere Sprachen als Deutsch zu hören, selten Englisch. Zudem leben hier – anders als in anderen Hamburger Stadtteilen, die sie nutzen oder in denen sie wohnen – kaum Migrant_innen (Interviews 3-30, 3-36, 3-37, 3-41) und die Bewohner_innen wirkten auffallend reich und gebildet (Interviews 3-30, 3-34, 3-35, 3-38, 3-40, 3-41, 3-42). Ein Interviewpartner schildert seinen Eindruck wie folgt:

„Die Menschen hier sind wirklich bescheiden und gebildet natürlich. Eppendorf ist in der Stadtmitte und die Leute sind richtig reich.“ (Interview 3-35; eigene Übersetzung)

Hinsichtlich der im Quartier vorhandenen Infrastruktur treten in den Interviews einige Leerstellen zutage: Da nur einer unserer Interviewpartner hier lebt und die anderen angeben, sich selten in Eppendorf aufzuhalten und den Stadtteil nur zu konkreten Anlässen zu nutzen, nehmen sie das Quartier kaum als Ganzes wahr. Sie lernen Eppendorf vielmehr punktuell durch einzelne Angebote oder Kontakte kennen. Fünf Personen nehmen hier an einem ehrenamtlich organisierten Sprachkurs teil, drei Personen nutzen ein Angebot in einer Kirche und vier besuchen Kulturveranstaltungen oder Bekannte, die im Quartier wohnen (Interviews

3-30, 3-31, 3-32, 3-33, 3-35, 3-38, 3-39, 3-40, 3-41, 3-42). Die Information über den ehrenamtlich organisierten Sprachkurs, der zum Zeitpunkt der Interviews erst seit wenigen Wochen in Eppendorf stattfindet, erhielten unsere Interviewpartner über andere Geflüchtete oder eine zentrale Anlaufstelle im Stadtzentrum (Flüchtlingszentrum Hamburg). Diesen Sprachkurs besuchen die Geflüchteten deshalb, weil sie etwa aufgrund ihres noch laufenden Asylverfahrens keinen Zugang zu offiziellen Sprachkursen, sogenannten „Integrationskursen“²⁹, bekommen. Durch die Teilnahme am Sprachkurs sind unsere Interviewpartner zwar fast täglich im Quartier, fahren in der Regel aber nach dem Kurs direkt wieder weg. Beim Angebot der Kirche ist die Nutzungsweise ähnlich: Alle zwei Wochen besuchen drei befragte Personen hier einen Gottesdienst, darüber hinaus halten sie sich nicht in Eppendorf auf.

Die vier Interviewpartner, die Kulturveranstaltungen oder Bekannte besuchen, sind die einzigen, die Eppendorf über persönliche Kontakte kennengelernt haben (Interviews 3-30, 3-34, 3-35, 3-36, 3-37). Ein Interviewpartner knüpfte den Kontakt zu einer Person aus Eppendorf, die sich bei einem ehrenamtlichen Sprachkurs engagierte, der vor einiger Zeit in Eppendorf stattfand. Eine Person lernte Quartiersbewohner_innen über arabisch-deutsche Tandempartner_innenschaften kennen, von denen er über Aushänge in der Universität erfahren hatte. Zwei weitere Personen sind Musiker und besuchen regelmäßig kulturelle Einrichtungen in Eppendorf: Einer von ihnen wurde von einer Quartiersbewohnerin nach einer Musikveranstaltung im Stadtzentrum angesprochen, der andere erfuhr von der Einrichtung durch eine Anzeige im Internet, beide treffen dort auf gut vernetzte und unterstützende Personen. Über solche individuellen Kontakte, speziellen Angebote und Einrichtungen hinaus fehlt es jedoch an Anlaufstellen in Eppendorf, weshalb der Verbleib der interviewten Personen im Viertel überwiegend kurz ausfällt. Anders als dem Innenstadtbereich, den eine Person als „Treffpunkt für alle“ (Interview 3-34) bezeichnet, fehlen Eppendorf eine vielfältige Infrastruktur und mehrsprachige Angebote.

Zusammenfassend wird deutlich, dass Geflüchtete Hamburg-Eppendorf zwar als ruhige und schöne Wohngegend beschreiben, sie das Viertel aber nur begrenzt erleben und nutzen, was natürlich auch damit zusammenhängt, dass sie dort nicht wohnen. Im Quartier nehmen sie sprachliche, soziale und symbolische Grenzbeziehungen wahr, die sie an Reichtum und Bildung festmachen. Für unsere Interviewpartner verbinden sich die einzelnen Angebote, die sie vor Ort nutzen, nicht zu einem dichteren Netz einer vielfältigen, mehrsprachigen Infrastrukturlandschaft, daher lernen sie Hamburg-Eppendorf auch kaum als zusammenhängende Nachbarschaft kennen.

4.5.2 BEGEGNUNGEN IM ALLTAG UND WAHRNEHMUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Die Mehrheit der Interviewten bezeichnet den sozialen Umgang in Eppendorf als höflich und freundlich und fühlt sich hier überwiegend sicher und wohl (Interviews 3-31, 3-34, 3-35, 3-36, 3-37, 3-40, 3-41, 3-42). Einem Interviewpartner fällt auf, dass im Umgang miteinander „indirekt viele Regeln“ (Interview 3-36) vermittelt würden und es „nicht so locker“ (ebd.) zugehe. Die meisten Interviewpartner erleben Interaktionen in Eppendorf ohne deutsche Sprachkenntnisse als wenig zugänglich. Für einen Interviewpartner ist das ein Grund dafür, dass er Eppendorf kaum nutzt:

29 Der Integrationskurs ist ein staatliches Grundangebot, bestehend aus einem Deutschsprachkurs und einem Orientierungskurs zur Vermittlung der Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands (BAMF 2019). Einen gesetzlichen Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs haben nur Personen, die einen Aufenthaltstitel (nach dem 1.1.2005) erhalten haben und sich dauerhaft in Deutschland aufhalten (§ 44 Abs. 1 AufenthG). Zugewanderte, die z.B. vor dem 1.1.2005 einen Aufenthaltstitel in Deutschland erhalten bzw. ungesicherte Aufenthaltstitel haben, haben keinen gesetzlichen Anspruch, können aber auf Antrag bei ausreichenden Plätzen zugelassen werden (BAMF 2021).

„Ich mag es, diesen Ort zu nutzen, aber weil ich kein Deutsch spreche, kann ich es kaum, aber ich würde gerne Beziehungen zu Deutschen haben.“ (Interview 3-38; eigene Übersetzung)

Die Interviewpartner, die bereits Kontakte in Eppendorf haben, beschreiben diese Personen als interessiert und hilfsbereit (Interviews 3-30, 3-34, 3-35, 3-36, 3-37). Sie geben an, mit ihren Bekannten ausschließlich auf Deutsch, teilweise auf Englisch zu kommunizieren. Eine Person, die in Eppendorf über Kulturveranstaltungen verschiedene Kontakte knüpft, berichtet exemplarisch:

„Alle sind freundlich. Sie haben mir geholfen. (...) Wir haben hier ein Konzert gemacht, und da habe ich auch neue Leute kennengelernt. Und ja, wir haben richtig Spaß gehabt. (...) Ich treffe hier immer neue Künstler einfach.“ (Interview 3-36)

Kontakte zur Eppendorfer Bewohner_innenschaft bestehen überwiegend zu Rentner_innen und zu Bewohner_innen, die in die Kunst- und Kulturszene involviert sind, Sprachtandems eingehen oder sich in Unterkünften oder Initiativen für Geflüchtete engagieren (Interviews 3-31, 3-35, 3-36, 3-37). Auffallend ist, dass mehrere Interviewpartner in Eppendorf die Erfahrung teilen, dass ältere Personen ihnen gegenüber eher offen und interessiert sind, der Kontakt zu jüngeren Personen dagegen seltener zustande kommt (Interviews 3-30, 3-34, 3-35, 3-36, 3-40). Zwei alleinstehende junge Männer heben besonders die Schwierigkeit hervor, mit gleichaltrigen Männern Bekanntschaften aufzubauen (Interviews 3-31, 3-34). Diese Perspektive auf Eppendorfs eher offene ältere Bewohner_innenschaft erinnert an das Narrativ der lokalen Akteur_innen, die Eppendorf zu früheren Zeiten noch als „alternativen“ Stadtteil und „Studentenviertel“ bezeichneten, das besonders für die Kunst- und Musikszene bekannt war. Doch ähnlich, wie einige der lokalen Akteur_innen das gegenwärtige Eppendorf skizzieren, nehmen die befragten Geflüchteten heute überwiegend den Reichtum im Viertel wahr (s. Kap. 2.4). Damit verbunden berichtet ein Interviewpartner von distanzierten Verhaltensweisen während eines Treffens mit Bewohner_innen von Eppendorf:

„Als wir uns getroffen haben, kamen wir immer auf dieses Thema: ‚Wir, die Eppendorfer, wir sind Leute, die reich sind, die sich viele Sachen leisten können.‘ (...) Ja, das hat gezeigt, dass wir eine andere Schicht sind. (...) Ich glaube, sie mögen [es], das zu zeigen. (...) Die sind nett auf jeden Fall. Und wenn man etwas will, sind sie hilfsbereit (...) Aber manchmal hat man das Gefühl: ‚Wir sind nett und höflich, aber du solltest Abstand zu uns halten.‘ Oder, ja: ‚Wir sind ein bisschen anders.‘ So kann ich das beschreiben. Aber das ist allgemein in jedem wohlhabenden Stadtteil.“ (Interview 3-30)

Der befragte Geflüchtete beschreibt solche Distanzierungen und die fehlende Diversität in Hamburg-Eppendorf als Defizite. So sei Eppendorf zwar einer seiner Lieblingsorte in Hamburg, er würde hier aufgrund der Umgangsweisen und der Homogenität aber nicht gern wohnen wollen (Interview 3-30). Andere Interviewpartner treffen auf ähnliche Verhaltensweisen (Interviews 3-32, 3-34, 3-38). Beispielsweise schildert ein Interviewpartner, dass er von einer Passantin in Eppendorf ignoriert wurde, als er mit einem Freund nach dem Weg zur U-Bahn-Station fragte. Die Dolmetscherin:

„Sie sind nett zu mir, aber es gibt Momente, in denen ich das Gefühl habe, sie mögen uns nicht, also Geflüchtete (...) Einmal waren wir auf der Suche nach einer U-Bahn-Station, wir konnten sie nicht finden. Also haben wir versucht, eine Frau und ihre Tochter zu fragen. Sie haben uns nicht einmal angeschaut. Sie haben uns komplett ignoriert.“ (Interview 3-38; eigene Übersetzung)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Geflüchtete Begegnungen im öffentlichen Raum in Hamburg-Eppendorf überwiegend als freundlich und höflich empfinden. Und obwohl nur eine befragte Person in Ep-

pendorf lebt, haben einige Geflüchtete vereinzelt Kontakte zu hilfsbereiten und interessierten Quartiersbewohner_innen aufgebaut. Neben dieser grundsätzlich positiven Wahrnehmung des Quartiers erleben Geflüchtete jedoch auch immer wieder Situationen, in denen sie auf Ignoranz und Distanzierung stoßen. So existiert in Hamburg-Eppendorf wie auch in Stuttgart-Untertürkheim eine gewisse Zweiteilung zwischen einem relativ verschlossenen Viertel und einem Viertel, das sich im Zuge von individuellen Kontakten und vereinzelt Angeboten öffnet.

4.5.3 KONFLIKTE UND KRISENHAFT SITUATIONEN

Die befragten Personen erleben kaum offen ausgetragene Konflikte und krisenhafte Situationen in Eppendorf. Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass sie dort nicht wohnen. Drei Personen nehmen jedoch wahr, dass sich der soziale Umgang im öffentlichen Raum in Eppendorf je nach phänotypischen Merkmalen wie Haut- und Haarfarbe und zugeschriebener Herkunft unterscheidet: Schwarze und arabisch gelesene Personen geben an, ‚anders‘ bzw. ablehnend behandelt zu werden (Interviews 3-30, 3-32, 3-35). Ein Schwarzer Interviewpartner beschreibt beispielsweise, wie er sich bereits beim ersten Besuch in Eppendorf unwohl und unwillkommen fühlt. Der Dolmetscher übersetzt:

„Das erste Mal, als er hierhin gefahren ist mit dem Bus, da war der Bus ganz voll. Und sie wurden von den älteren Menschen so komisch angeguckt, ja. (...) Danach wollte er einfach keinen Kontakt mit den Menschen dort haben. Also er macht einfach nur seine Sachen. Er geht hin und wieder nach Hause.“ (Interview 3-32)

Ähnliche Situationen schildert ein Geflüchteter aus einem arabischen Land, der sich fehl am Platze gefühlt habe, ohne dass etwas Bestimmtes gesagt worden wäre. Er erlebe die Bewohner_innenschaft nur begrenzt als offen und habe den Eindruck, aus einem unerwünschten Herkunftsland zu kommen:

„Es gibt auf jeden Fall viele offene Leute und die haben überhaupt kein Problem mit einem, der woanders herkommt. Aber auf Veranstaltungen habe ich öfter gemerkt, dass sie lieber weiße Deutsche haben wollen. (...) Und auch wenn ein Ausländer aus den USA kommt, ist der kein Ausländer wie einer, der aus dem Mittleren oder Nahen Osten kommt. Er wird als Vorbild gesehen, aber der Ausländer aus ärmeren Ländern oder aus der Dritten Welt wird anders gesehen. (...) Was von der westlichen Welt kommt, es ist willkommen oder es ist einfach, so sich in die Gesellschaft einzumischen.“ (Interview 3-30)

Aus seiner Sicht findet Rassismus in Eppendorf eher einen indirekten Ausdruck. Dies illustriert er am Beispiel einer öffentlichen Veranstaltung, auf der Quartiersbewohner_innen gegen den Bau der Unterkunft für Geflüchtete argumentieren:

„Manche haben klar gesagt: ‚Wir wollen keine Flüchtlinge hier haben. Wir wollen, dass unsere Kinder einfach in die Schule gehen können und vielleicht fremde Leute nicht sehen.‘ (...) Das ist nicht in Ordnung. Wir leben jetzt in 2019 und in einem Land, in dem es viel Rassismus gab, und jetzt sollte es das nicht mehr geben. (...) Aber sie haben immer einen Weg gefunden oder eine Idee gefunden, damit man dort kein Flüchtlingscamp braucht, sondern was anderes für die Einwohner. Das ist Rassismus, aber es ist manchmal indirekt.“ (Interview 3-30)

Außerhalb von Eppendorf erleben die Geflüchteten zum Teil Ablehnung, Anfeindungen und Gewaltbedrohungen in Hamburg, auch wenn sie davon eher selten erzählen. Wie in den anderen untersuchten Städten und Nachbarschaften berichten die Interviewpartner_innen insbesondere von negativen Situationen im öffentli-

chen Nahverkehr: Zum Beispiel erleben Schwarze Personen, dass sich Fahrgäste von ihnen wegssetzen oder sie auffordern, sich wegzusetzen (Interviews 3-32, 3-33). Arabisch- oder farsisprachige Personen erzählen, dass sich Fahrgäste über Lärmbelästigung beschwerten, wenn sie sich unterhalten, und ablehnende Blicke nähmen zu, wenn sie in arabisch gelesenen Männergruppen unterwegs sind (Interviews 3-30, 3-34). Darüber hinaus berichten zwei Personen, dass sie wiederkehrend von Angriffen auf Musliminnen, die ein Kopftuch tragen, hören oder diese miterlebt haben (Interviews 3-37, 3-40). In den meisten Fällen würden die Angegriffenen nicht von Anwesenden unterstützt. Lediglich eine Person schildert, dass eine Mitfahrerin ihn bei einem verbalen Angriff im Bus verteidigt habe (Interview 3-33). Insgesamt ist auffallend, dass die befragten Geflüchteten – ähnlich wie in Stuttgart, jedoch anders als in Berlin – keinen Stadtteil in Hamburg nennen, den sie aufgrund von stärkerer Gewaltbedrohung meiden würden. Ein Interviewpartner erklärt, dass es in Hamburg keinen Rechtsextremismus gebe, und deswegen auch keinen spezifisch gefährlichen Ort (Interview 3-39). Ein Bild, das sich mit dem überwiegend als positiv beschriebenen Sicherheitsgefühl der anderen Interviewpartner deckt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Geflüchtete in Hamburg-Eppendorf neben höflichen bis distanzier-ten Verhaltensweisen auch Ablehnung erfahren und teilweise den Eindruck haben, unerwünscht zu sein. Einige beschreiben, in Eppendorf mitunter negativ aufzufallen. Eine Erfahrung, die sich von denjenigen der Geflüchteten in Berlin-Kreuzberg und Stuttgart-Untertürkheim unterscheidet, denn diese fallen in den beiden Stadtteilen mit langjähriger Migrationsgeschichte vergleichsweise wenig auf. Die meisten befragten Geflüchteten benennen die ablehnenden Haltungen ihnen gegenüber nur vage – sie werden zum Teil als schwer greifbar oder als indirekt beschrieben. Dagegen wird die versuchte Verhinderung der Eppendorfer Unterkunft für Geflüchtete von einer interviewten Person als deutlicher Ausdruck von Rassismus gewertet.

4.5.4 UNTERSTÜTZUNG UND TEILHABE

Wie bereits dargelegt, erfahren Geflüchtete in Eppendorf vereinzelt Unterstützung; breite Unterstützungsstrukturen gibt es in dem Stadtteil jedoch – anders als in Kreuzberg oder Untertürkheim – nicht. Zugang zu zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Netzwerken erhalten sie zum Beispiel über Sprachkurse, Sprachtandems oder Kulturveranstaltungen. Die Interviewpartner beschreiben ihre individuellen Kontakte überwiegend als gebildet und gut vernetzt. Durch sie erhalten sie zum Beispiel Hilfe in administrativen Angelegenheiten, Informationen über Beschäftigungs-, Ausbildungs- und finanzielle Förderungsmöglichkeiten sowie Übersetzungshilfen, was eine Person wie folgt schildert:

„[Meine Bekannte] hat mir geholfen mit den ganzen Papieren, mit den Unterlagen, was ich brauche, also, ja, sie hat geholfen, also meine Zeugnisse zu übersetzen, so. Und, ja, also das war der Anfang, von meinem Leben hier einfach in Deutschland. Sie hatte mir richtig geholfen.“ (Interview 3-36)

In anderen Fällen eröffnen die Kontakte Zugänge zu Wohnmöglichkeiten, gemeinsamen Urlaubsreisen oder Begleitung bei Arztbesuchen. Ein Interviewpartner beschreibt exemplarisch:

„Das war wirklich hilfreich, denn sie hat mir die Stadt gezeigt, wie alles funktioniert, der Papierkram, wie bürokratische Angelegenheiten laufen. Es war eine großartige Gelegenheit (...) sie hilft immer noch (...) zum Beispiel bei Arztterminen.“ (Interview 3-35; eigene Übersetzung)

Die interviewten Personen, die in Eppendorf einen Sprachkurs oder eine Kirche besuchen, erhalten weitere Unterstützung nur außerhalb des Quartiers. Unterstützungsstrukturen finden sie insbesondere in Nachbarschaften mit vorhandener Migrationsgeschichte oder durch Einzelpersonen, die sich in Geflüchtetenunterkünften engagieren. Vier Personen geben an, Hilfe überwiegend von Personen mit eigenem Flucht- oder

Migrationshintergrund zu bekommen, die schon länger in Hamburg leben und sowohl ihre Muttersprache als auch Deutsch sprechen (Interviews 3-33, 3-38, 3-39, 3-42). Darüber hinaus nutzen einige Personen kommunale Anlaufstellen bei Rechtsfragen oder der Wohnungs- und Sprachkursuche (Interviews 3-33, 3-34, 3-39, 3-42). Überwiegend fühlen sich die befragten Geflüchteten bei Themen wie Spracherwerb, Asylverfahren und Wohnungssuche aber alleingelassen (Interviews 3-30, 3-31, 3-33, 3-36, 3-40, 3-42). Insbesondere Geflüchtete aus Afghanistan berichten von drohenden Abschiebungen und langen Warteprozessen bezüglich ihres Asylbescheids, was zu praktischer und psychischer Handlungsunfähigkeit in Form von Depressionen, psychischer Instabilität oder gar Selbstmordversuchen führt (Interviews 3-35, 3-38, 3-39, 3-41). Dass ein unsicherer rechtlicher Aufenthaltsstatus wie zum Beispiel eine Duldung die Lebensbedingungen im Bereich Teilhabe, Wohnen, Arbeit, Bildung und Gesundheit erheblich beeinträchtigt und bei geduldeten Personen etwa Ängste vor Abschiebung dominieren, haben bereits verschiedene Studien aufgezeigt (vgl. u. a. Hengtes/Staszczak 2010: 151 ff.; Parusel 2017; Wenner et al. 2016). Exemplarisch schildert ein interviewter Familienvater, übersetzt von der Dolmetscherin:

„Er sagt, dass er seit zweieinhalb Jahren hier in Hamburg ist und (...) er an einer schweren Depression gelitten und keine Angebote für Deutschkurse erhalten hat. (...) Er sagt: ‚Als wir die Mitteilung zur Abschiebung erhalten haben, wollte ich meine Kinder nicht in Afghanistan unter Vergewaltigung oder Gewalt oder was auch immer leiden sehen. Also habe ich entschieden, Selbstmord zu begehen.‘“ (Interview 3-38; eigene Übersetzung)

Es wurde ersichtlich, dass bereits einige befragte Geflüchtete Bekanntschaften zu Bewohner_innen in Eppendorf aufgebaut haben, obwohl nur einer von ihnen selbst im Viertel wohnt. In einigen Fällen haben die Kontakte ihnen Zugänge zu wichtigen Ressourcen wie Arbeit, Ausbildung und Wohnraum eröffnet. Für die meisten interviewten Geflüchteten, die Eppendorf nur für spezielle Angebote nutzen, bleiben die lokalen Netzwerke jedoch verschlossen. Unterstützung finden sie eher in anderen, migrantisch geprägten Hamburger Stadtteilen. Hier zeigt sich eine Zweiteilung von Verschlossenheit auf der einen Seite und Öffnung von Ressourcen durch ehrenamtliche Netzwerke auf der anderen. Die geschilderten geringen Nutzungsmöglichkeiten des Quartiers spiegeln dabei die Perspektive der Eppendorfer Willkommensinitiative wider, die in Kapitel 2.4 deutlich wurde: Die Ehrenamtlichen äußern eine gewisse Frustration darüber, dass sie in Eppendorf durch die lange Verhinderung des Unterkunftsbaus kaum Möglichkeiten haben, ihren Engagementwillen und ihre Ehrenamtsressourcen einzusetzen und Angebote für Geflüchtete in der Nachbarschaft zu etablieren.

4.5.5 ZUGANG ZU WOHNRAUM IM QUARTIER

Mit Blick auf Wohnungen im Quartier fällt auf, dass zwar alle interviewten Geflüchteten Hamburg-Eppendorf als eine schöne Wohngegend bezeichnen, aufgrund des offensichtlichen Wohlstands des Quartiers aber fast niemand davon ausgeht, hier Zugang zu Wohnraum zu finden. Deshalb sucht auch kaum ein Interviewpartner aktiv in Eppendorf eine Wohnung, der Großteil der Befragten hat bereits in anderen Stadtteilen etwas gefunden. Eine Person, die mittlerweile eine Wohnung am Stadtrand bezogen hat, erinnert sich, in Eppendorf über die städtische Wohnungsgesellschaft SAGA eine Wohnung gesucht, jedoch nie eine Antwort erhalten zu haben:

„In Eppendorf habe ich es, glaube ich, einmal probiert, also es gibt die SAGA, da habe ich mich beworben, und ich habe bis jetzt gar keine Antwort bekommen. (...) Bis jetzt habe ich die ganzen Wohnungen selber gefunden, bei Ebay-Kleinanzeigen.“ (Interview 3-36)

Der einzige in Eppendorf wohnende Geflüchtete, den wir interviewt haben, fand die Wohnung mit der Unterstützung einer ehrenamtlich Engagierten, die er in einer Unterkunft kennengelernt hatte: Sie habe ihn

über die verschiedenen Möglichkeiten der Wohnungssuche informiert. So habe er sich auf die Wartelisten von mehreren Wohnungsgesellschaften, darunter SAGA, GWG und EVG, setzen lassen. Daraufhin sei er zur Besichtigung einer Genossenschaftswohnung eingeladen worden und dort auf mehrere Bewerber_innen, ebenfalls Geflüchtete, getroffen. Dass er die Wohnung schließlich erhielt, führt er darauf zurück, dass seine Deutschkenntnisse im Vergleich zu den anderen Bewerber_innen bereits fortgeschritten gewesen seien. In der Wohnung und der direkten Nachbarschaft fühle er sich wohl, dennoch sei die Wohnung in Eppendorf für ihn nur eine Zwischenstation, da sie auf Dauer zu klein und zu teuer sei (Interview 3-34).

Die Wohnungen der anderen befragten Geflüchteten liegen mehrheitlich in Quartieren mit ausgeprägter Migrationsgeschichte. Die meisten geben an, mit ihrer Wohnung und ihrem Wohnumfeld dort zufrieden zu sein (Interviews 3-32, 3-33, 3-36, 3-37, 3-39). Die Wohnungen fanden sie entweder über individuelle Kontakte, Wartelisten der städtischen Wohnungsgesellschaft SAGA oder durch Initiativbewerbungen bei verschiedenen Wohnungsunternehmen (Interviews 3-30, 3-31, 3-32, 3-33, 3-34, 3-35, 3-36, 3-37, 3-39). Auch wenn die Wohnungssuche für sie erfolgreich verlief, verweisen sie auf verschiedene Zugangshürden zum Wohnungsmarkt: Dazu gehören in erster Linie hohe Mietpreise und Benachteiligungen aufgrund von temporären Aufenthaltstiteln, fehlenden Arbeitsverträgen oder als ungenügend erachteten Deutschkenntnissen (Interviews 3-34, 3-38, 3-40). Für einige wurde die Wohnungssuche maßgeblich durch Orientierungshilfen erleichtert, die sie von Sozialarbeiter_innen, ehrenamtlich Engagierten oder sozialen Einrichtungen erhielten (Interviews 3-31, 3-32, 3-34). Eine Person, die eine Wohnung in einem anderen Innenstadtviertel über Initiativbewerbungen fand, habe ihre Informationen beispielsweise in der Hamburger Zentralbibliothek gefunden. Der Dolmetscher übersetzt:

„Man kann an verschiedenen Orten Infos bekommen, zum Beispiel in der Zentralbibliothek in Hamburg, da wird Hilfe für Geflüchtete angeboten. Und dort wurde ihm auch gesagt, dass er sich irgendwo in Hamburg (bei Wohnungsanbietern) anmelden kann.“ (Interview 3-32)

Während der Großteil der Interviewpartner bereits eine Wohnung gefunden hat, befinden sich vier Personen noch auf der Wohnungssuche, ohne Unterstützung zu haben. Der Zugang zum Wohnungsmarkt ist ihnen in besonderem Maße versperrt, da sie zum Beispiel nur eine Duldung haben und über keine Arbeitserlaubnis verfügen (Interviews 3-38, 3-40, 3-41). Ein Geflüchteter berichtet, dass der temporäre Aufenthaltsstatus mehrmals Grund dafür war, dass Vermieter_innen seine Bewerbung für ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft ablehnten. Der Dolmetscher:

„Die Leute in der Wohnung wollten ihn [als Mitbewohner]. Der Vermieter hätte etwas unterschreiben müssen, aber er hat nicht zugestimmt. (...) Das ist drei Mal passiert, (...) aufgrund seiner Papiere, der Aufenthalt ist für sechs Monate, (...) aber sie wollen einen Ausweis, der ein Jahr oder drei Jahre gültig ist.“ (Interview 3-40, eigene Übersetzung)

Hinsichtlich ihrer Bleibeperspektive sagen schließlich mehr als die Hälfte der Geflüchteten, dass Hamburg ihr Lebensmittelpunkt geworden sei (Interviews 3-30, 3-31, 3-32, 3-33, 3-36, 3-37, 3-39). Für die anderen habe Priorität, so schnell wie möglich eine (andere) Wohnung zu finden, gegebenenfalls auch außerhalb der Stadt (Interviews 3-34, 3-35, 3-38, 3-40, 3-41, 3-42).

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die Wohnungssuche in Hamburg durch (ehrenamtliche) Orientierungshilfen, Initiativbewerbungen und Angebote der städtischen Wohnungsgesellschaft für einige Geflüchtete durchaus erfolgreich verlief. Auf diese Weise hat auch eine interviewte Person eine Wohnung in Eppendorf gefunden, aus der er aber langfristig aufgrund hoher Mietkosten ausziehen wird. Doch die

Beispiele der Geflüchteten, die noch in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, illustrieren auch, dass institutionelle und ehrenamtliche Unterstützung bei der Wohnungssuche auf einem angespannten Wohnungsmarkt eine entscheidende Rolle spielt – insbesondere, um Benachteiligungen aufgrund von temporären Aufenthaltstiteln, fehlenden Arbeitsverträgen oder ungenügend Deutschkenntnissen zu verhindern.

Eine Wohnung in Hamburg-Eppendorf zu suchen, kommt aufgrund des hochpreisigen und engen Wohnungsmarktes jedoch für keinen unserer Interviewpartner infrage. In welchem Stadtviertel eine Wohnung mit erschwinglichem Mietpreis liegt, hat für sie aufgrund der angespannten Hamburger Wohnungsmarktsituation letztlich auch kaum Priorität. Die interviewten Personen wohnen überwiegend in Quartieren mit ausgeprägter Migrationsgeschichte sowie am Stadtrand, nicht in Quartieren wie Eppendorf.

4.5.6 ZUSAMMENFASSUNG

Hamburg-Eppendorf stellt aus Sicht der interviewten Geflüchteten einen exklusiven Wohnort dar, den sie mit einer hohen Lebensqualität verbinden. Jedoch lebt nur ein Interviewpartner in Eppendorf, alle anderen nutzen im Quartier lediglich spezifische Angebote – zum Beispiel einen Sprachkurs, eine Kirche, kulturelle Veranstaltungen – oder sie besuchen hier persönliche Kontakte. Darüber hinaus fehlt es in Eppendorf an einer vielfältigen, mehrsprachigen Infrastrukturlandschaft und an Begegnungsorten, die auch für Geflüchtete geöffnet sind. Die meisten befragten Personen halten sich deshalb nur kurzzeitig und zu konkreten Anlässen im Stadtteil auf. Die speziellen Angebote, Einrichtungen und Kontakte verbinden sich bisher nicht zu einem dichteren Netz. Dies in Verbindung mit der Tatsache, dass zum Untersuchungszeitpunkt so gut wie keine Geflüchteten in Eppendorf wohnen, führt dazu, dass Geflüchtete das Quartier kaum als Nachbarschaftsraum kennenlernen. Diese Erfahrungen werden auch von der Willkommensinitiative (s. Kap. 2.4) widerspiegelt, die beklagt, durch die lange Verhinderung des Geflüchtetenunterkunftsbaus ihre Ehrenamtsressourcen in Eppendorf kaum umsetzen und lokal verankern zu können.

Im öffentlichen Raum von Hamburg-Eppendorf erleben Geflüchtete Begegnungen überwiegend als freundlich. Doch zugleich berichten sie von wiederkehrenden Situationen, in denen sie auf Ignoranz, Distanziertheit und Ablehnung treffen. Anders als in Berlin-Kreuzberg und Stuttgart-Untertürkheim fielen sie in Eppendorf auf und fühlten sich eher unerwünscht. Erfahrungen mit ablehnenden Haltungen im Bus oder auf Kulturveranstaltungen beziehen sie einerseits auf den Wohlstand des Quartiers und andererseits auf ihre Hautfarbe und Herkunft. Am Beispiel der Proteste gegen den Bau einer Geflüchtetenunterkunft beschreibt ein Interviewpartner, dass sich Rassismus hier jedoch eher indirekt und subtil ausdrücke (vgl. Nguyen 2014). Bei den Schilderungen der Geflüchteten fällt zudem auf, dass sie Hamburg insgesamt zwar als eine Stadt erleben, in der Diversität und Offenheit gegenüber Vielfalt dominieren, sie dieses Bild allerdings kaum auf Eppendorf übertragen können. Hier erleben sie eher, dass verschiedene Migrationsformen unterschiedlich bewertet werden und etwa Migrant_innen aus der „westlichen Welt“ gegenüber Migrant_innen aus dem „Nahen Osten“ und „ärmeren Ländern“ bevorzugt werden. Wie in anderen Städten zeigt sich hier, dass sich die Modi der Sichtbarkeit und Raumaneignung durch Migration in den Stadtvierteln stark unterscheiden und sich Geflüchtete in Eppendorf, wo überwiegend statushohe Bewohner_innengruppen leben, anders als in anderen Stadtteilen, eher fehl am Platze fühlen (vgl. zu ähnlichen Forschungsergebnissen Sassen 1996; Glick-Schiller/Çağlar/Guldbrandsen 2006: 121; Çağlar 2001: 603).

Mit Blick auf die erlebte Ablehnung und die kaum vielfältige Infrastrukturlandschaft kommt in Eppendorf schließlich eine spezifische Exklusivität zum Vorschein: Neben der Infrastruktur, die vor allem auf wohlhabende und kaum diverse Gruppen abgestimmt ist (vgl. Butler 2010; Kreichauf 2017: 423), entstehen auch durch symbolische Nutzungsweisen der Nachbarschaft (vgl. Blokland et al. 2016; Blokland 2011) verschiedene soziale und symbolische Grenzziehungen, durch die Eppendorf etwa mit einem wohlhabenden Lebens-

stil verknüpft wird. Dadurch bekommen Geflüchtete bereits in oberflächlichen Begegnungen im öffentlichen Raum ein Verständnis davon vermittelt, dass sie nicht zur Nachbarschaft gehören bzw. unerwünscht sind (Blokland 2011: 187). Solche Grenzziehungen werden in einzelnen lokalen Einrichtungen und durch Einzelpersonen jedoch punktuell aufgehoben. Mit der Nutzung der Eppendorfer Nachbarschaft durch Geflüchtete werden somit unterschiedliche Fähigkeiten der Öffnung für „neue“ Diversität sichtbar, indem zum Beispiel Bewohner_innen vereinzelt Zugänge zu vorhandenen Ressourcen im Quartier öffnen: So wohnt zwar fast keiner der Interviewpartner im Viertel, einige haben jedoch Kontakte zu Eppendorfer Bewohner_innen aufgebaut. Auch durch die fehlenden Wohnmöglichkeiten entstehen solche Kontakte jedoch, anders als in Kreuzberg oder Untertürkheim, nicht spontan, zum Beispiel im Supermarkt, sondern lediglich zu speziellen Anlässen, in Einrichtungen oder durch ehrenamtliches Engagement einzelner Quartiersbewohner_innen. Manchmal eröffnen diese Kontakte den Geflüchteten Zugänge zu Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten, medizinischer Versorgung und Wohnraum. Die meisten interviewten Personen finden jedoch überwiegend in anderen, migrantisch geprägten Hamburger Stadtteilen Unterstützung. Einige Geflüchtete, mit denen wir gesprochen haben, konnten bereits eine Wohnung in Hamburg finden, in der Regel jedoch nicht in Eppendorf, sondern zumeist am Stadtrand in migrantisch geprägten Stadtvierteln. Mit Verweis auf den sichtbaren Wohlstand und die hohen Mietpreise in Eppendorf gibt auch fast keiner der Befragten an, in Eppendorf je eine Wohnung gesucht zu haben. Auch der Interviewpartner, der in Eppendorf in einer Wohnung lebt, will sich aufgrund des hohen Mietpreises langfristig eine andere Wohnung suchen.

Schließlich erleben Geflüchtete in Eppendorf eine gewisse Zweiteilung zwischen einem für sie relativ verschlossenen Viertel auf der einen Seite und einem Viertel, das durch zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Netzwerke lokale Ressourcen wie Unterstützung und Wohnraum öffnet – bisher jedoch, auch aufgrund der im Untersuchungszeitraum noch nicht eröffneten Geflüchtetenunterkunft, nur für einige wenige Geflüchtete.

4.6 DRESDEN-GORBITZ – „DAS BESTE VOM SCHLECHTESTEN“

In Dresden-Gorbitz wurden insgesamt zehn Interviews geführt. Zum Zeitpunkt der Interviews wohnten alle Interviewpartner_innen in Wohnungen im Quartier. Sie kommen aus Afghanistan, Syrien und Somalia. Sieben Personen sind verheiratet und haben zwischen einem und sieben Kinder, zwei sind ledig und kinderlos, eine Interviewpartnerin lebt mit ihren Kindern von ihrem Ehemann getrennt. Insgesamt wurden acht Frauen und sechs Männer interviewt, darunter vier Ehepaare gemeinsam.

4.6.1 QUARTIERSBESCHREIBUNG UND INFRASTRUKTUR

Für alle Interviewpartner_innen zeichnet sich das Quartier Dresden-Gorbitz – im Unterschied zu den anderen untersuchten Quartieren – primär durch erschwingliche Mietpreise aus (Interviews 3-43, 3-47, 3-49, 3-51). Darüber hinaus heben insbesondere Geflüchtete im Familienverbund das kinderfreundliche Umfeld hervor: Sie verweisen positiv auf Verkehrsruhe, Parkanlagen, Spielplätze und Freiflächen in Gorbitz sowie auf die Nähe zu Schule und Kindergarten (Interviews 3-44, 3-45, 3-46, 3-48, 3-52). Der Dolmetscher übersetzt die Schilderung einer Mutter wie folgt:

„Gorbitz ist sehr schön, weil, es ist ruhig und auch ein bisschen geschlossener, auch wegen der Verkehrsmittel. Die Kinder sind sicher hier und können auf der Straße spielen. (...) Sie will bald umziehen, diese Wohnung verlassen, (...) aber hierbleiben, weil der Kindergarten ist gleich hier, zwei Minuten entfernt, und wie gesagt, die Kinder können draußen bleiben. Manchmal bleiben wir bis 10 Uhr abends draußen. (...) Wir haben hier mehr Platz [als in der Innenstadt].“ (Interview 3-52).

Der großen Mehrheit der Interviewpartner_innen fällt jedoch auch sichtbarer Alkohol- und Drogenkonsum im öffentlichen Raum auf (Interviews 3-43, 3-44, 3-46, 3-49, 3-50, 3-51, 3-52). Einige nehmen zudem Armut,

Arbeitslosigkeit, Alltagsmonotonie, Konflikte und Polizeieinsätze im Quartier wahr (Interviews 3-44, 3-47, 3-49, 3-50, 3-51, 3-52). Eine Person skizziert ihr Bild von Dresden-Gorbitz wie folgt:

„Bevor ich hierhergekommen bin, wusste ich nicht, was Gorbitz ist. Für mich war alles gleich, egal wo ich wohne in Dresden. (...) Und in den ersten Wochen habe ich gemerkt, dass Gorbitz anders ist als die anderen Stadtteile in Dresden. (...) Die Gewalttaten sind mehr als woanders. Gorbitz, die Polizei kontrolliert ganz oft und fragt nach Ausweisen. Viele Leute sind ja einfach sozial Schwache und die haben keine Beschäftigung oder die haben nichts zu tun. Und die fangen an zu trinken, zu konsumieren. Die konzentrieren ihre Wut auf uns, auf Ausländer.“ (Interview 3-52)

Die Bewohner_innenschaft von Dresden-Gorbitz wird von den interviewten Personen unterschiedlich beschrieben: Während einige hervorheben, dass im Viertel fast nur Deutsch gesprochen wird und hier viele Rentner_innen, Hundebesitzer_innen (Interviews 3-44, 3-47, 3-48, 3-49), „Rechtsextremisten“ und „Nazis“ (Interview 3-51) lebten, nehmen andere in der Gorbitzer Bevölkerung „einen Mix“ (Interview 3-49) aus verschiedenen Nationalitäten wahr: Sie verweisen zum Beispiel auf bereits ansässige Migrant_innen aus Russland und südosteuropäischen EU-Ländern sowie auf Bewohner_innen aus Afghanistan und arabischen Ländern, die wie sie neu hinzugezogen seien (Interviews 3-43 3-44, 3-47, 3-49, 3-50). Eine Person zählt für ihr Wohnhaus, in dem Anonymität dominiere, exemplarisch drei Bewohner_innengruppen auf. Die Dolmetscherin:

„In diesem Gebäude wohnen etwa 221 Personen, es ist eine Mischung. Da wohnen Deutsche. Es gibt Russen, Araber, aber sie begegnen sich kaum.“ (Interview 3-49; eigene Übersetzung)

Die Infrastruktur (z.B. Vereine, soziale Einrichtungen, Schule, Kita, Einkaufsmöglichkeiten) in Gorbitz wird im Gegensatz dazu von keiner Person als vielfältig oder migrantisch geprägt beschrieben. Dennoch schätzen zum Beispiel Familien mit Kindern, dass Kindergärten und Schulen direkt im Viertel liegen, und fast alle geben an, dass die vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf ausreichen. Eine Person erklärt zudem, dass sich die lokale Infrastruktur in den letzten Jahren deutlich verbessert habe:

„Sie haben hier kürzlich ein Einkaufszentrum gebaut. Vorher war es so schwer für uns, einzukaufen, sie mussten weit gehen, ein paar Straßenbahnstationen weiter (...) aber jetzt gibt es eine Menge guter Läden dort, und sie hat das Gefühl, dass es besser wird. (...) Samstags fahren sie ins Stadtzentrum, zu arabischen Geschäften, um Halal-Produkte zu kaufen.“ (Interview 3-44; eigene Übersetzung)

Fast alle Geflüchteten fahren regelmäßig in die Innenstadt, weil sie nur dort zumindest vereinzelt migrantische Netzwerke und Strukturen, wie etwa auch arabische oder afghanische Lebensmittelgeschäfte, finden (Interviews 3-43, 3-44, 3-46, 3-47, 3-48, 3-49, 3-50, 3-52).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Gorbitz von einigen Geflüchteten – besonders von Familien mit Kindern – als ein Wohnviertel gesehen wird, das einige Qualitäten aufweist. Doch allen befragten Geflüchteten fehlt es in Gorbitz an migrantischen Infrastrukturen, die sie in Dresden nur vereinzelt in der Innenstadt finden. Mit Blick auf die lokale Bewohner_innenschaft nehmen die Geflüchteten Problemlagen wie Arbeitslosigkeit und Alkoholkonsum wahr.

4.6.2 BEGEGNUNGEN IM ALLTAG UND WAHRNEHMUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS

Fast alle interviewten Geflüchteten erinnern die Begegnungen mit Quartiersbewohner_innen in den ersten Wochen nach ihrem Herzug aufgrund von stark ablehnenden Haltungen ihnen gegenüber als große Belastung (Interviews 3-43, 3-44, 3-46, 3-47, 3-48, 3-49, 3-50, 3-51, 3-52). Eine Interviewpartnerin beschreibt:

„Der erste Gedanke war, wie können wir hier leben? Die Leute sind so aggressiv und sie mögen uns nicht. Und wie kann ich mit dieser Situation umgehen und mich anpassen ein bisschen, ankommen? Vor allem spreche ich auch kein Deutsch. Das war so der erste Gedanke. Es wird schwierig, ich schaffe das nicht. Aber mit der Zeit habe ich ein bisschen gelernt, kann jetzt auch rausgehen. Kann wieder zurück. Ich weiß, wohin die Verkehrsmittel fahren.“ (Interview 3-52)

Eine andere Person hebt insbesondere die Ablehnung und Aggression der Nachbar_innen in ihrem Wohnhaus hervor. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Sie sagt, sie hätten eine Menge Probleme, (...) die Nachbarn im ersten, zweiten, dritten und vierten Stock benehmen sich ihnen gegenüber wirklich hässlich. (...) Ihre Tochter sagte dann auch zum Vater: ‚Warum hast du uns nach Dresden gebracht?‘ Die Entfernung [zur Heimat] können wir bewältigen, aber das hier schaffen wir nicht.“ (Interview 3-44; eigene Übersetzung)

Einige der Befragten zählen positive Aspekte des Zusammenlebens auf: Für sie spielen die entstandenen sozialen Netzwerke von Geflüchteten eine zentrale Rolle. Eine Person gibt an, deshalb in Gorbitz ein Gefühl von Heimat entwickelt zu haben:

„Es gibt viele Leute, die Arabisch sprechen. Das ist auch schön. Ich fühle mich nicht fremd dann auch. Das ist genau wie ... ein bisschen fühle ich mich wie in meiner Heimat.“ (Interview 3-52)

Darüber hinaus verweisen mehrere Interviewpartner_innen auf zwei soziale Vereine in Gorbitz, die Unterstützungsangebote wie Sprachkurse und Übersetzungen anbieten und Treffpunkte für Geflüchtete eingerichtet haben. In einem solchen Sprachkurs hat eine Person beispielsweise Bekanntschaften zu Frauen aus verschiedenen Ländern aufgebaut:

„Im Deutschkurs waren Frauen aus Afghanistan, Iran, es gab Araberinnen, einige Somalierinnen. Sie hatten nicht alle das gleiche Sprachniveau wie ich, (...) aber ich habe immer versucht zu kommen, weil es hier andere Dinge gab, wie Kontakte, die mich glücklich gemacht haben, (...) es war motivierend.“ (Interview 3-44; eigene Übersetzung)

Kontakte entstehen zwischen neu hinzugezogenen Geflüchteten an verschiedenen Orten, zum Beispiel in Vereinsräumen, in Schulen, auf Behörden, auf der Straße, im Supermarkt, über Verwandte, in Sprachkursen oder in Gemeinschaftsunterkünften, in denen sie zuvor gelebt haben (Interviews 3-43, 3-44, 3-45, 3-46, 3-47, 3-49, 3-50, 3-52).

In einigen wenigen Fällen erzählen Geflüchtete von Bekanntschaften zu Bewohner_innen ohne Flucht- oder Migrationshintergrund, die sie zum Beispiel über die Kinder, auf dem Spielplatz oder durch (Essens-)Einladungen im Wohnhaus kennenlernten (Interviews 3-43, 3-47, 3-50, 3-52). Eine Interviewpartnerin zählt mehrere Orte und Begegnungen auf, durch die sie sich im Viertel mittlerweile wohlfühle:

„Wir treffen uns regelmäßig in diesem Park. Deutsche und Araber. Und unsere Kinder spielen miteinander. Und sie fühlt sich hier auch einigermassen wohl. (...) Es gibt unterschiedliche Punkte, wo wir uns treffen, wir haben dadurch auch deutsche Freunde gewonnen. Sie haben uns besucht. Wir besuchen sie. Sie haben uns besser kennengelernt, unsere Kultur, und wir haben ihre Kultur auch kennengelernt. Das ist nicht wie vorher, das ist jetzt besser. (...) Und einmal im Monat organisiert der eine Verein eine Veranstaltung speziell zu einer Nation. Zum Beispiel nächsten Monat zu

syrischer Tradition, Kultur, Musik und so weiter. Manchmal melden sich viele Leute an, dann sind die Kapazitäten nicht genug. Die müssen dann absagen und sagen, wir haben leider keine Plätze mehr.“ (Interview 3-52)

Neben solchen – insgesamt seltenen – Begegnungen bilden sich relativ entkoppelte Alltagsräume neben der etablierten Wohnbevölkerung: Außer mit Sozialarbeiter_innen und vereinzelt interessierten Nachbar_innen kommen die Geflüchteten kaum mit Alteingesessenen in Kontakt (Interviews 3-43, 3-44, 3-45, 3-48, 3-49, 3-50, 3-51). Zudem erreichen die Angebote der lokalen Vereine bisher insbesondere Frauen und Familien mit Kindern. Alleinstehende Männer beschreiben ihr Leben in Gorbitz aufgrund von ausbleibenden Kontakten und Anfeindungen überwiegend als isoliert und anonym, weshalb sich ihre Orientierung stärker aus dem Stadtteil hinaus richtet (Interviews 3-49, 3-51). Eine Person beschreibt:

„Ich bin ja nicht so oft in Gorbitz. Wenn ich raus aus der Wohnung muss, muss ich in die Bahn einsteigen. Dann fahre ich in die Stadt. Gorbitz, hier kann man nichts machen, wenn man hier ist. Vielleicht kann man zufällig auf die Nase was bekommen. (...) Dann rufe ich einfach Freunde an (...), dann treffen wir uns in der Stadt.“ (Interview 3-51)

Als Haupthindernis der Kontaktherstellung sehen einige Personen fehlende Orte der Begegnung und Sprachbarrieren, denn im Viertel werde oft auch die Kommunikation auf Englisch verweigert oder sie scheitere:

„Selbst wenn sie Englisch können (...) wollen die Leute nicht Englisch sprechen, weil sie anti-migrantisch eingestellt sind.“ (Interview 3-46; eigene Übersetzung)

Zusammenfassend muss konstatiert werden, dass Geflüchtete in Dresden-Gorbitz im Unterschied zu allen anderen untersuchten Quartieren überwiegend von negativen Reaktionen auf ihren Zuzug berichten. Neben alltäglich erlebter Ablehnung und zumeist ausbleibenden Kontakten mit der etablierten Bevölkerung (auch aufgrund von Sprachbarrieren) bilden sich jedoch soziale Netzwerke – vor allem zwischen neu hinzugezogenen Geflüchteten und vereinzelt mit Quartiersbewohner_innen ohne Fluchterfahrung. Begegnungen finden dabei zum Teil in lokalen Vereinen und überwiegend informell im öffentlichen Nachbarschaftsraum statt. Durch das Teilen gemeinsamer Wohn- und Freiräume (Hausflure, Spielplätze, Schulen, Vereine etc.) begegnen sich Bewohner_innen tagtäglich, ähnlich wie es in Berlin-Kreuzberg und teilweise in Stuttgart-Untertürkheim beschrieben wird. Doch in Dresden-Gorbitz bedeutet diese Nähe in Kombination mit dem Fakt, dass Geflüchtete hier stark auffallen, dass sie auch ablehnenden Bewohner_innen kaum aus dem Weg gehen können.

4.6.3 KONFLIKTE UND KRISENHAFT SITUATIONEN

Fast alle interviewten Personen beklagen alltägliche Anfeindungen und Ungleichbehandlungen im Quartier, die sie auf rassistische Einstellungen zurückführen (Interviews 3-43, 3-44, 3-46, 3-47, 3-48, 3-49, 3-50, 3-51, 3-52). Sie berichten etwa von unverhältnismäßig häufigen Beschwerden von Nachbar_innen im Wohnhaus über Lärm, Essenserüche und Unsauberkeit (Interviews 3-44, 3-46, 3-47, 3-48, 3-49, 3-51, 3-52), die nicht selten von (rassistischen) Beleidigungen begleitet würden (Interviews 3-46, 3-51, 3-52). Eine Person schildert, dass ihr Namensschild am Postkasten mehrmals abgerissen worden sei (Interview 3-50), und eine muslimische Interviewpartnerin erzählt, dass ihre Familie durch mehrfaches Klingeln in der Nacht terrorisiert und Abfälle, Reste von Schweinefleisch und Hundekot auf ihre Fußmatte geschüttet worden seien. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Die Nachbarn (...) ließen ihre [Schweine-]Abfälle vor der Tür ihrer Wohnung oder auch vor der Wohnungstür der Afghanen liegen. So als würden sie den Müllsack bei ihnen öffnen und wegwer-

fen ... oder sie legen Hundekot auf die Fußmatte. (...) Und sie klingeln zum Beispiel auch an der Haustür, um Mitternacht, um 2 oder 3 Uhr morgens. Die Kinder fingen an, Angst zu haben, und (...) sie beschlossen, die Klingel nachts abzuschalten und ohne Strom zu schlafen. Sie sagte auch, dass wenn sie rausgeht, sie immer Angst hat, ihre Kinder allein zu lassen.“ (Interview 3-44; eigene Übersetzung)

Auch im öffentlichen Raum erfahren Geflüchtete wiederkehrend verbale Anfeindungen und Gewaltandrohungen: Mehrere Personen fühlen sich durch Blicke bedroht (Interviews 3-46, 3-48, 3-49, 3-50, 3-51), Hundebesitzer_innen lassen auf der Straße ihre Hunde dicht hinter geflüchteten Kindern und Frauen herlaufen (Interview 3-44), ein Schulkind droht seinem Mitschüler mit Fluchtbiografie: „(...) irgendwann müsst ihr zurück“ (Interview 3-47), und eine afghanische Familie wird regelmäßig auf dem Nachhauseweg von einer älteren Nachbarin vom Fenster aus beschimpft: „(...) warum sprichst du so laut, geh nach Hause, kümmer dich um deine Kinder“ (Interview 3-46; eigene Übersetzung). Ein afghanisches Ehepaar beobachtet zudem, dass ein geflüchtetes Kind nur knapp einem körperlichen Angriff entkommt:

„Wir in Dresden, wir warten immer darauf, dass etwas passiert. Wir haben immer diese Angst. Ich fühle mich genauso wie in Afghanistan, dass plötzlich eine Bombe ... also nicht so, dass es eine Explosion vor mir geben könnte oder einen Angriff von den Taliban, aber es gibt immer Angst. (...) Ich würde hier natürlich nicht sterben, aber es gibt Gewalt, physische Gewalt. (...) Es gab zum Beispiel einen Vorfall, da war ein arabisches Mädchen vor diesem großen Gebäude hier gegenüber und von oben hat [ein Deutscher] ihr eine Flasche auf ihren Kopf geworfen und die hat sie nicht getroffen, aber es kam nah dran.“ (Interview 3-46; eigene Übersetzung)

Eine Schwarze Person schildert wiederkehrende Anfeindungen durch betrunkene Männergruppen an einer Haltestelle am späten Abend (Interview 3-51) und weitere Personen berichten von Fällen, in denen Musliminnen, die ein Kopftuch tragen, angegriffen oder belästigt werden, etwa in Fußgängertunneln oder Parks (Interviews 3-47, 3-48, 3-49, 3-51, 3-52):

„Immer wenn die (betrunkenen Männer) eine Gruppe von Frauen sehen oder wenn Geflüchtete oder Migrantinnen in den Park gehen, gehen sie plötzlich dorthin und nehmen denselben Platz ein, den die Frauen einnehmen wollten, als wäre das ihr Territorium (...) sie lachen laut und sie trinken Bier.“ (Interview 3-44; eigene Übersetzung)

Weiterhin beschreiben mehrere Personen die Sorge um das Wohlergehen ihrer Kinder im Stadtteil (Interviews 3-43, 3-44, 3-47, 3-48, 3-50). Eine dreifache Mutter etwa begleitet ihre jugendliche Tochter aus Angst vor Übergriffen jeden Morgen zur Bushaltestelle, denn nachdem ihre Söhne einen sexuellen Übergriff in der Nachbarschaft beobachtet haben, sei sie bemüht, ihre Kinder nicht allein im Viertel unterwegs sein zu lassen, weiter übersetzt die Dolmetscherin:

„Sie gibt die Söhne drei Mal in der Woche in den Hort (...) und an den anderen zwei Tagen sind sie beim Fußballtraining. Sie sorgt also dafür, dass ihre Kinder hier in dieser Atmosphäre keine Zeit verbringen. (...) Sie beschäftigt sie einfach.“ (Interview 3-44; eigene Übersetzung)

Im öffentlichen Nahverkehr zeichnet sich ein ähnliches Erfahrungsbild wie im Wohnhaus und im öffentlichen Raum ab. So berichtet eine Familienmutter, dass eine ältere Mitfahrerin ihren Kinderwagen weggeschubst habe (Interview 3-52), eine Schwarze Person und zwei Männer aus Syrien erlebten, dass sich Mitfahrende von ihnen wegsetzten (Interviews 3-49, 3-50, 3-51), und mehrere Frauen mit Kopftuch wurden rassistisch beschimpft (Interviews 3-52, 3-44, 3-47, 3-48). Eine Interviewpartnerin schildert: „Wenn wir einsteigen, hören wir

das Wort ‚Scheiße‘ (...), weil wir eingestiegen sind“ (Interview 3-52). Anfeindungen und Ungleichbehandlungen reichen somit über die Grenzen des Viertels hinaus. Auch die Innenstadt, in der sich einige Geflüchtete aufgrund der stärker sichtbaren Diversität grundsätzlich wohler fühlen (Interviews 3-49, 3-51), wird während der wöchentlich stattfindenden Pegida-Demonstrationen³⁰ zu einem potenziell gefährlichen Ort. Aus Sicht eines Interviewpartners werde diese Bedrohung durch Polizeipräsenz entschärft (Interview 3-43), ein anderer dagegen schildert:

„Auf der Montagsdemonstration gibt es eine Menge Leute, die Migranten schlagen, wenn sie dazwischengehen. Da war ein Iraner, den haben sie geschlagen und seine Brille zerbrochen und so weiter.“ (Interview 3-46; eigene Übersetzung)

Aufgrund der fehlenden Sicherheit für Geflüchtete in Dresden vergleicht er seine Lebenssituation mit der in Afghanistan:

„Ich komme bereits aus einem Kriegsgebiet; dort gibt es eine Menge Terroristen, die zum Beispiel 16 Kollegen von mir an einem Tag getötet haben, das möchte ich nicht weiterhin, in dieser Art von bedrohlicher Situation sein.“ (Interview 3-46; eigene Übersetzung)

Bei den häufig offen ausgetragenen rassistischen Anfeindungen erlebte bisher keine der befragten Personen, dass Anwesende einschreiten und ihnen zu Hilfe kommen. Die Geflüchteten gehen ihrerseits mit Gefahren- und Konfliktsituationen unterschiedlich um. Auffallend ist, dass – wie in den anderen untersuchten Quartieren – Geflüchtete in Dresden-Gorbitz eine hohe Resilienz³¹ bei der Bewältigung solcher Situationen beschreiben: Sie versuchen, Konflikte, Anfeindungen und Übergriffe zu vermeiden und ihnen standzuhalten, indem sie Beschwerden und Beleidigungen ignorieren oder durch veränderte Alltagsroutinen wie das Laufen von Umwegen oder das Verweilen in der eigenen Wohnung umgehen (Interviews 3-46, 3-47, 3-49, 3-50, 3-51, 3-52). Eine Person beschreibt ihre Umgangsstrategie wie folgt:

„Ich habe noch keine Probleme mit den Rechtsextremen. Wenn man hier klarkommen will in Gorbitz, muss man alles annehmen. Beleidigung, alles. Man muss einfach vorbeilaufen. Sonst bekommt man, ich weiß nicht, Schläge.“ (Interview 3-51)

In den Interviews schildern Geflüchtete zum Teil auch, dass sie versuchten, mit Personen, von denen sie verbal angegriffen werden, ins Gespräch zu kommen, um die Gefahr abzuwenden (Interviews 3-43, 3-44, 3-46, 3-47, 3-48, 3-50, 3-51, 3-52), oder dass sie Anschuldigungen direkt zurückwiesen (Interviews 3-43, 3-44, 3-47, 3-48, 3-47, 3-52). Ein Interviewpartner beschreibt beispielsweise, wie er seinen Nachbarn, der sich wiederkehrend über Essensgerüche beschwert hatte, abwehren konnte:

„Als er das dritte Mal kam, wurde ich ein bisschen wütend und habe gesagt, entweder du gehst zur

30 Zum Begriff Pegida s. Fußnote 12, Kap. 2.5.

31 Resilienz wird hier in Anlehnung an Hall und Lamont (2013) als Handlungsfähigkeit definiert, rassistische Diskriminierung und Anfeindungen zu bewältigen. Dabei können drei Dimensionen von sozialer Resilienz unterschieden werden: die Fähigkeit, (1) alternative Deutungsschemata zu entwickeln, (2) sich eine zukünftige Verbesserung vorzustellen, sowie (3) Diskriminierung und Exklusion standhalten zu können (vgl. ebd.; Lamont/Welburn/Fleming 2015). Der Resilienzbegriff intendiert dabei keine „Kategorisierung von resilienten und nicht-resilienten Geflüchteten [...], die eng mit Vulnerabilitätszuschreibungen verbunden bleiben“ (Krause/Schmidt 2018: 31), sondern betrachtet individuelle Ressourcen und Widerstandsfähigkeit im Kontext gesellschaftlicher Problemlagen und sozialer Ungleichheiten (vgl. u. a. von Freyberg 2017: 33).

Polizei oder du gehst zum Hausmeister oder du ziehst von hier weg. Und der Typ hat nichts mehr gesagt.“ (Interview 3-46; eigene Übersetzung)

Andere Personen ziehen bei Konflikten auch die Polizei, Lehrkräfte, Sozialarbeiter_innen oder Hausmeister_innen hinzu (Interviews 3-44, 3-46, 3-47, 3-50). In zwei Interviews geben Geflüchtete jedoch an, die Polizei aufgrund von Sprachbarrieren und Befürchtungen, selbst in Schwierigkeiten zu geraten oder nicht ernst genommen zu werden, nicht einzuschalten (Interviews 3-47, 3-48). Ein Schwarzer Geflüchteter verbindet zudem Begegnungen mit der Polizei in Gorbitz bisher nicht mit dem Gefühl von Schutz oder persönlicher Sicherheit, sondern mit unverhältnismäßig häufigen Kontrollen aufgrund von Racial Profiling:³²

„Ich werde kontrolliert von der Polizei (...), weil ich anders aussehe. (...) Ich kann kontrolliert werden, kein Problem (...). Aber die Kontrollen sind zu viel.“ (Interview 3-51)

Insgesamt erleben die befragten Geflüchteten in Gorbitz nur vereinzelt nachhaltige Abschwächungen der alltäglichen Konflikte und Anfeindungen. In zwei Fällen entwickeln die Konfliktparteien eine engere Bekanntschaft (Interviews 3-46, 3-47), in einem anderen Fall legt sich der Konflikt mit dem Auszug einer Nachbarin, die dies der Interviewpartnerin erklärt (übersetzt von der Dolmetscherin):

„Sie sagte einmal zu ihrer Tochter: ‚Ihr Flüchtlinge, ihr habt euch diesen ganzen Teil von Gorbitz genommen und jetzt gehört er euch und deshalb ziehe ich weg.‘“ (Interview 3-48; eigene Übersetzung)

Durch die beschriebenen Konflikte und Auseinandersetzungen bleibt das Zusammenleben in der Nachbarschaft für fast alle interviewten Personen angespannt, distanziert und unsicher (Interviews 3-43, 3-44, 3-46, 3-47, 3-48, 3-49, 3-50, 3-51, 3-52). Sie geben an, dass besonders die Anfeindungen im direkten Wohnumfeld ihre Privatsphäre, ihre Sicherheit und ihre Möglichkeiten der Erholung erheblich einschränkten. Eine Person entwickelt deshalb Depressionen (Interview 3-44). Auf solche und weitere psychische und gesundheitliche Folgen durch Rassismuserfahrungen weisen verschiedene Studien hin (vgl. u. a. Igel/Brähler/Grande 2010; Pascoe/Smart Richman 2009; Prasad 2009; Schmitt et al. 2014; Schnapka/Schäfer 2019; Velho 2011; Yeboah 2017).

Andere Geflüchtete berichten, ein starkes Misstrauen gegenüber der lokalen Wohnbevölkerung zu entwickeln (Interviews 3-43, 3-47, 3-48), und fast die Hälfte der Geflüchteten gibt an, sich wenn immer möglich zu Hause aufzuhalten, Anfeindungen zu ignorieren und sich weitestgehend abzugrenzen (Interviews 3-44, 3-47, 3-48, 3-47, 3-51). Nur wenige zeigen sich optimistisch und hoffen auf eine Verbesserung des Zusammenlebens (Interviews 3-44, 3-46, 3-49). Ein Interviewpartner erklärt:

„Es gibt viel Schlechtes in Gorbitz, aber ich glaube, dass (...) wenn man versucht, den Leuten mit gutem Benehmen zu begegnen, lernen sie von einem, aber man muss Geduld haben.“ (Interview 3-46; eigene Übersetzung)

Aufgrund der erlebten Kontraste zwischen Ruhe, Selbstständigkeit, Angst, Unsicherheit und Misstrauen beschreibt eine Interviewpartnerin das Leben in Gorbitz schließlich als „das Beste vom Schlechtesten“. Die Dolmetscherin:

32 Der Begriff Racial Profiling beschreibt „die polizeiliche Praxis, unveränderliche Merkmale, die das äußere Erscheinungsbild eines Menschen prägen, als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen heranzuziehen“ (Cremer 2017: 405). Praktiken des Racial Profiling führen dazu, dass Personen, die Rassismus erfahren, auffallend häufig von Polizeikontrollen betroffen sind (vgl. u. a. Espahangizi et al. 2016; Hunold/Wegner 2020).

„Gorbitz ist für sie wie das Beste vom Schlechtesten, denn wenn sie in die Innenstadt ziehen würde, wären da viele Leute und das wäre ihr zu viel. ... Hier ist sie weg von den Leuten, ihre Kinder gehen hier zur Schule, ihr Mann hat ein Auto, und das war's. Sie hat vorher in Dörfern gelebt, und da fuhr am Wochenende zum Beispiel keine Straßenbahn. Also, hier ist es das Beste vom Schlechtesten.“
(Interview 3-48; eigene Übersetzung)

Zusammengefasst zeigen die Beispiele in Dresden-Gorbitz, dass Geflüchtete hier aufgrund der fehlenden Diversität im Viertel stark auffallen und kaum im alltäglichen Zusammenleben ‚untergehen‘ wie in Berlin-Kreuzberg oder Stuttgart-Untertürkheim. Sie sind im Gegenteil stark im Nachbarschaftsraum sichtbar. Die wahrgenommene Sichtbarkeit ähnelt den Schilderungen der Geflüchteten in Hamburg-Eppendorf, allerdings wird Ablehnung und Rassismus in Gorbitz deutlich offener, konflikt- und gewaltbereiter ausgetragen. Die Geflüchteten in Gorbitz entwickeln auf der einen Seite oft eine hohe Resilienz bei der Bewältigung solcher Situationen. Auf der anderen Seite ermöglicht ihnen ihr Wohnumfeld aber kaum Sicherheit und Erholung, was in vielen Fällen zu sozialem Rückzug und auch zu psychischen Problemen führt.

4.6.4 UNTERSTÜTZUNG UND TEILHABE

Einige Geflüchtete geben an, in Gorbitz Unterstützungsangebote von Vereinen der Kinder- und Jugendsozialarbeit wie dem Omse e.V. oder einer im Jahr 2016 eingerichteten lokalen Anlaufstelle des Frauen- und Mädchengesundheitszentrums MEDEA e.V. zu nutzen. Beide Vereine bieten beispielsweise Beratung und Übersetzungsleistungen an, initiieren Begegnungen in der Nachbarschaft durch Treffs und Veranstaltungen, die auch Netzwerke zwischen (neu) hinzugezogenen Geflüchteten stärken. Eine Person schildert:

„Wir haben alles hier in der Nähe: Beratung ist hier, wenn wir hier das Formular ausfüllen wollen, das ist gleich hier, nicht weit weg. (...) Am Mittwoch ist ein fester Termin, um diese Formulare auszufüllen für Geflüchtete. Und dienstags gibt es eine Kochen-AG oder Familienfrühstück. Und dann am Freitag Deutschunterricht.“ (Interview 3-52)

Des Weiteren heben viele befragte Geflüchtete die zentrale Rolle von Mitarbeiterinnen mit Arabisch- oder Farsi-Sprachkenntnissen, die in lokalen Vereinen in Gorbitz arbeiten, hervor (Interviews 3-43, 3-44, 3-45, 3-46, 3-47, 3-49, 3-52). Eine Interviewpartnerin, die an Depressionen leidet, beschreibt die Anwesenheit des Vereins und insbesondere die emotionale und soziale Unterstützung, die sie hier erhalte, als ausschlaggebend für ihren Verbleib im Viertel. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Dort konnte ich mit Deutschen und mit anderen in Kontakt sein. Und es war wie ein Heilmittel für meine Depression (...) [Die Organisation] ist wie meine neue Familie. Und wenn die [Organisation] umzieht, ziehe ich mit.“ (Interview 3-44; eigene Übersetzung)

Angesprochen auf ihre Ankunft in Dresden-Gorbitz gibt jedoch die Hälfte der Interviewten an, zunächst keinen Zugang zu Hilfe durch Organisationen oder Einzelpersonen erhalten zu haben (Interviews 3-43, 3-46, 3-47, 3-48). In fast allen Interviews sind Sprachbarrieren ein dominantes Thema: Die Mehrheit berichtet, sich auf Behörden und in lokalen Einrichtungen wie in der Schule oder in Arztpraxen nur schwer verständigen zu können (Interviews 3-43, 3-44, 3-45, 3-46, 3-47, 3-49, 3-50, 3-52). Vier Personen erhalten zwar Hilfe bei administrativen Angelegenheiten und Übersetzungen durch Familienangehörige oder engagierte Einzelpersonen mit eigenem Flucht- oder Migrationshintergrund (Interviews 3-44, 3-45, 3-49, 3-50), doch können auch diese Personen nicht in jeder Situation helfen. Eine Geflüchtete schildert etwa, dass eine Mitarbeiterin des Jobcenters ihrer Tochter aufgrund neuer rechtlicher Vorschriften verboten habe, bei einem Amtstermin zu übersetzen. Die Dolmetscherin:

„Zum Beispiel mussten sie einmal zum Jobcenter und sie konnte kein Deutsch, so A1 irgendwas, und ihre Tochter kam mit. Als die [Jobcenter-Mitarbeiterin] die Tochter sah, sagte sie, das geht nicht, es gibt ein neues Gesetz, dass sie nicht für ihre Mutter übersetzen darf. Sie verhandelten, die Tochter sagte, ich möchte bei meiner Mutter sein, um ihr zu helfen, und die Mitarbeiterin sagte, es ist nicht möglich, du musst draußen bleiben. Sie hat sich sehr unter Druck gesetzt gefühlt, wegen ihrer mangelnden Deutschkenntnisse, aber sie sagte, an diesem Punkt habe ich beschlossen, überall alleine hinzugehen, und sie hat der Mitarbeiterin gesagt, sie soll langsam sprechen, dann verstehe ich sie, und sie hat fast alles Notwendige verstanden.“ (Interview 3-44; eigene Übersetzung)

Einige Familien mit Kindern berichten zudem über erschwerte Zugänge zu Kindergärten und verweisen etwa auf das Fehlen von mehrsprachigem Personal oder Informationsmaterial. Exemplarisch beschreibt ein Geflüchteter, wie er durch Eigeninitiative und über Umwege Unterstützung bei der Suche nach einem Kindergartenplatz erhielt. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Es gab niemanden, der ihnen geholfen hat, und als er hierherzog, wollte er (die Kinder) in die Kita bringen, aber sie konnten kaum Deutsch (...) Also ist er zum Rathaus gefahren und hat gesagt: ‚Kindergarten für diese Kinder‘, und da war eine Frau, die hat ihnen geholfen, ein Formular auszufüllen, nach acht Monaten haben sie Post erhalten, dass sie die Kinder in die Kita bringen können (...) Was den Papierkram angeht, hat der Cousin ihnen oft geholfen, aber wenn der mit der Arbeit beschäftigt war, hat er versucht, das Problem selbst zu lösen. Normalerweise war der Cousin derjenige, der bereit war zu helfen, es gab keine andere Person.“ (Interview 3-46; eigene Übersetzung)

Ein Familienvater berichtet, sich bei einem Konflikt mit einem Erzieher alleingelassen gefühlt zu haben, unter anderem habe auch hier jemand zum Übersetzen gefehlt (Interview 3-43).

Die Schilderungen einer Mutter verdeutlichen, inwiefern mehrsprachiges Personal Verbesserungen in der Kommunikation zwischen Eltern und pädagogischem Personal erwirken kann. Sie berichtet, dass in der Schule ihrer Kinder in Gorbitz mittlerweile eine arabischsprachige Sozialarbeiterin tätig sei, mit der sie bei Bedarf auch Einzelgespräche vereinbaren könne. Die Möglichkeit dieser elterlichen Teilhabe sei für sie auch deshalb von Bedeutung, da ihre Tochter in der Schule wiederkehrend von Mitschüler_innen rassistisch angefeindet werde. Der Dolmetscher übersetzt:

„Dieses Jahr haben sie eine arabische Fachkraft in der Schule als Sozialarbeiterin, nicht Lehrerin. Sie meinte, falls wir was brauchen, rufe ich an, ich erkläre, was ich will, und dann machen wir einen Termin aus. Dass halt die Kommunikation auf Arabisch läuft quasi. (...) Sie betont, ‚das finde ich sehr gut.‘“ (Interview 3-47)

Neben fehlenden Sprachkenntnissen kommen weitere Aspekte auf, durch die Geflüchtete in Einrichtungen Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren. So berichtet eine Person, dass ihr die Teilnahme am offiziellen Sprachkurs aufgrund ihrer Schwangerschaft verweigert worden sei. Die Dolmetscherin:

„Sie hatte wirklich hohe Erwartungen, also nach Deutschland zu kommen, Deutsch zu lernen und so weiter. Aber immer, wenn sie nach einem Sprachkurs fragte, und sie wussten, dass sie schwanger ist, sagten sie ihr jedes Mal, nein, du darfst jetzt nicht Deutsch lernen. Bis heute hat sie immer noch kein Deutsch gelernt.“ (Interview 3-48; eigene Übersetzung)

Darüber hinaus berichten zwei Personen von drastischen Erlebnissen im Dresdener Gesundheitswesen. Zwei Mütter legen dar, dass sie eines ihrer Kinder aufgrund medizinischer Fehlbehandlungen verloren hätten. Sie berichten von Unfreundlichkeit, Ungleichbehandlung und rassistischen Aussagen durch medizinisches Personal (Interviews 3-47, 3-48). Im Interview übersetzt die Dolmetscherin die Schilderungen einer Mutter:

„Sie war beim Kinderarzt und hat auch nach Medikamenten gefragt, (...) dann meinte die Ärztin: ‚Nein, ohne Medikamente.‘ Sie meinte, okay ich verstehe, dass es in Deutschland anders ist ein bisschen. (...) Aber dann nach zehn Tagen habe ich wieder gesagt, wir müssen was machen. (...) Und die Kinderärztin hat sich rassistisch ausgedrückt. (...) Sie hat gesagt: ‚Okay, was wir für deine Tochter machen, das konnten sie in Syrien nicht für deine Tochter machen. Du musst zufrieden sein.‘ In dieser Art und Weise. Und sie meinte, das hat mich sehr tief verletzt (...) Und ihr Bruder hat gesagt, du kannst dich beschweren offiziell wegen dieser Ärztin. Dann sie meinte, nein, wir machen das nicht. Ich will keine Probleme machen, und sie war sich auch so unsicher. Aber sie sagte, ich bin sicher, sie hat meine Tochter getötet. Sie hat sich nicht gekümmert. Sie meint, das war eine falsche Diagnose von ihr, weil, sie hatte zehn Tage Fieber, aber trotzdem sie hat sie nach Hause geschickt. Und sie meinte, sie sollte sie aufnehmen im Krankenhaus, ja. Und von daher sie meinte, sie hat sie getötet. Und sie hat sich nicht gekümmert.“ (Interview 3-47)³³

Im Zusammenhang mit erlebten Sprachbarrieren, der Diskriminierung von schwangeren Frauen, Rassismus im Gesundheitssystem und dem Tod zweier Kinder geben Geflüchtete an, sich nicht ausreichend geschützt und über ihre Rechte im Bereich medizinische Versorgung, Spracherwerb, Aufenthalt und persönliche Unversehrtheit informiert zu fühlen (Interviews 3-43, 3-44, 3-47, 3-48, 3-52).

Insgesamt betrachtet wird den Geflüchteten in Dresden-Gorbitz der Zugang zu Unterstützung und Teilhabe in vielerlei Hinsicht erschwert, oft auch deshalb, weil mehrsprachige Angebote in zentralen Einrichtungen fehlen. Hinzu kommt, dass Geflüchtete hinsichtlich Zugangsbarrieren und im Fall von Diskriminierungsfällen, die auch außerhalb der Stadtteilgrenzen stattfinden, nur wenig bis gar keine Informationen über ihre rechtlichen Möglichkeiten und (Opfer-)Beratungsstellen haben. Zudem ist auffallend, dass die interviewten Geflüchteten in Gorbitz fast ausschließlich von Personen mit eigener Fluchtbiografie oder von Sozialarbeiter_innen unterstützt werden, aber kaum bis gar nicht von ehrenamtlich engagierten Personen oder Willkommensinitiativen im Viertel. So sind Teilhabe- und Unterstützungsangebote in Gorbitz zwar durchaus im Entstehen und es bilden sich Netzwerke heraus – die Institutionalisierung solcher Strukturen steht aber noch aus.

4.6.5 ZUGANG ZU WOHNRAUM IM QUARTIER

Während Geflüchtete auf vielen Ebenen auf verschlossene Zugänge stoßen, wird der Gorbitzer Wohnungsmarkt als relativ zugänglich wahrgenommen. Alle Geflüchteten, die wir interviewt haben, leben in einer Wohnung im Quartier. Jedoch hätte sich kaum ein_e Interviewpartner_in dezidiert für Gorbitz als Wohnviertel entschieden. Fast alle geben an, lediglich aufgrund der vorhandenen Sozialwohnungen und der erschwinglichen Mietpreise hierhergezogen zu sein (Interviews 3-43, 3-46, 3-47, 3-48, 3-49, 3-50, 3-51, 3-52). Eine Person erklärt, übersetzt von der Dolmetscherin:

33 Das Thema Rassismus im Gesundheitswesen wurde in Deutschland bislang wenig beforscht (vgl. u. a. Gerlach et al. 2008; M’bayo 2009: 34; Forgiarini/Gallucci/Maravita 2011: 108). Im Zuge neuer Debatten um medizinische Ungleichbehandlung, Auswirkungen von Diskriminierung und strukturellen Rassismus im Kontext der Covid-19-Pandemie bekommt das Thema derzeit mehr Aufmerksamkeit (vgl. Kluge et al. 2020: 1020).

„Sie lebt in Gorbitz, weil die Wohnung ihr vom Amt zugewiesen wurde, es war nicht ihre Entscheidung.“ (Interview 3-48, eigene Übersetzung)

Ein anderer Interviewpartner gibt an, er habe nur in Gorbitz eine Wohnung gefunden, die den Jobcenter-Kriterien entspricht:

„Sie mussten sich mit dem Jobcenter einigen, das heißt, die Wohnung sollte nicht zu klein sein und auch der Mietpreis musste in den Rahmen passen.“ (Interview 3-43; eigene Übersetzung)

Einen ähnlichen Grund skizziert eine andere Interviewpartnerin. Der Dolmetscher übersetzt:

„Ihr Bruder wohnte schon hier in Dresden, dann wollte sie auch zu ihm. Sie sind eine große Familie, sechs Mitglieder. Und dann der Bruder meinte, ihr kriegt noch eine große Wohnung in Gorbitz hier. Und daher kamen sie hierher.“ (Interview 3-47)

Für einen weiteren Interviewpartner waren bereits existierende soziale Kontakte im Viertel ausschlaggebend (Interview 3-45), auch die Nähe zur Stadt wurde als Grund genannt (Interview 3-44).

Im Verlauf der Wohnungssuche stießen die interviewten Personen jedoch durchaus auf Hürden. Drei Personen waren beispielsweise aufgrund fehlender Deutsch- und Systemkenntnisse auf die Unterstützung von Bekannten angewiesen (Interviews 3-44, 3-49, 3-50). Zudem war Gorbitz aufgrund der hohen Mietpreise in der Dresdener Innenstadt einer der wenigen Bezirke, in denen Geflüchtete im Anschluss an die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften überhaupt eine eigene Wohnung finden konnten.

Der Zuzug nach Gorbitz bedeutet für sie zunächst einmal einen Gewinn an Selbstständigkeit und Unabhängigkeit (Interviews 3-43, 3-44, 3-47, 3-48, 3-52). Eine Person verdeutlicht dies, übersetzt von der Dolmetscherin, wie folgt:

„Sie war eigentlich so glücklich, als sie hierherzog, weil sie endlich wieder mit ihrer Familie vereint sein konnte. Sie konnte kochen, ihren Alltag selbst gestalten, ihre Kleidung so tragen, also sie war wirklich glücklich.“ (Interview 3-48; eigene Übersetzung)

Hinsichtlich der eigenen Bleibeperspektive zeigt sich die Mehrheit der interviewten Personen besorgt, und zwar wegen des angespannten Zusammenlebens in Gorbitz. Zwar ist das Quartier für drei Personen aufgrund ihrer Kinder und der lokalen Vereine zum Lebensmittelpunkt geworden (Interviews 3-44, 3-45, 3-52), die anderen sieben Interviewpartner_innen geben jedoch an, aus Gorbitz beziehungsweise Dresden wegzuwollen (Interviews 3-43, 3-46, 3-47, 3-48, 3-49, 3-50, 3-51). Exemplarisch beschreibt eine Person aus Syrien die Unfreiwilligkeit ihres Bleibens im Viertel und ihre Resignation darüber. Die Dolmetscherin übersetzt:

„Bevor er hierherzog, hatte er einen Freund, der hier in einem anderen Gebäude wohnte, den besuchte er manchmal (...). Damals hätte er sich nie vorstellen können, dass er am Ende auch hier wohnen würde. Weil er eigentlich nicht hier wohnen wollte. (...) er war überrascht, wie die Leute hier gucken. Sein Freund hat ihm gesagt, die Leute sind hier so. Da muss man sich dran gewöhnen. Aber er wohnt jetzt trotzdem hier, weil die Miete noch bezahlbar ist. Es ist billiger, als in der Neustadt zu wohnen. Deshalb käme ein Umzug für ihn jetzt nicht infrage.“ (Interview 3-49; eigene Übersetzung)

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass Geflüchtete den Wohnungsmarkt in Dresden-Gorbitz im Gegensatz zu allen anderen untersuchten Quartieren als relativ zugänglich erleben, da sie hier eine Wohnung finden konnten. Damit war es ihnen möglich, nach dem oft langen Verbleib in Gemeinschaftsunterkünften ein selbstständiges Leben aufzubauen. Doch erleben sie ihr Wohnumfeld als eines, in dem sie kaum auf eine vielfältige Infrastruktur, dafür aber auf alltägliche Anfeindungen treffen, sodass sich viele vom Viertel weg orientieren und die Mehrheit der interviewten Personen aus Gorbitz oder Dresden wegziehen will. Nur wenige konnten hier aufgrund ihrer Kinder und mithilfe sozialer Vereine ihren Lebensmittelpunkt aufbauen.

4.6.6 ZUSAMMENFASSUNG

Für die von uns interviewten Personen zeichnet sich Dresden-Gorbitz durch eine kinderfreundliche Umgebung und erschwingliche Mietwohnungen aus. Viele Geflüchtete, die ins Quartier gezogen sind, bauen hier soziale Netzwerke untereinander auf und finden Unterstützungsangebote in einzelnen lokalen Vereinen. Den Geflüchteten fehlt es in Gorbitz aber an migrantischen Infrastrukturen wie Lebensmittelgeschäften und Vereinen, die sie auch in der Dresdener Innenstadt nur vereinzelt finden. Zudem wird die Teilhabe der Geflüchteten überwiegend durch das Fehlen von Mehrsprachigkeit in relevanten Einrichtungen wie Arztpraxen und Schulen erschwert. Soziale Kontakte entstehen vor allem zwischen den Geflüchteten selbst und zu Sozialarbeiter_innen, aber nur vereinzelt zu Quartiersbewohner_innen ohne Fluchterfahrung, die sie im Wohnhaus, auf Spielplätzen oder in lokalen Vereinen kennenlernen. Auch hier werden unter anderem Sprachbarrieren als Hürden genannt. So fehlt es insgesamt im Quartier an einer Mehrsprachigkeit in der lokalen Bevölkerung sowie an Einrichtungen, die die soziale Teilhabe von Geflüchteten stärken würden (vgl. dazu ähnlich Schweitzer 2018).

Verschärfend kommt hinzu, dass Geflüchtete in Gorbitz auf alltägliche Ablehnung und rassistische Anfeindungen treffen. Die meisten sehen ihre Sicherheit in Gorbitz kaum gewährleistet. Hier gehen die Geflüchteten nicht, wie in Berlin-Kreuzberg und Stuttgart-Untertürkheim, im Stadtbild unter, sondern fallen im Zusammenleben Tür an Tür stark auf. Diese Sichtbarkeit korrespondiert mit den Erfahrungen der Geflüchteten in Hamburg-Eppendorf, die auf ähnliche Weise im Stadtbild auffallen. In Eppendorf geht diese Situation aber nicht, wie in Gorbitz, mit gewaltbereiten, offen rassistischen Anfeindungen einher. In Gorbitz beeinträchtigt die im alltäglichen Zusammenleben erfahrene Ablehnung schließlich auch den Ressourcenzugang der Geflüchteten: Die allgegenwärtigen Konflikte schränken die Möglichkeiten der Geflüchteten etwa auf Zugang zu sicherem Wohnen, sozialen Kontakten und zur Nutzung des öffentlichen Raums ein. Neben Alltagsrassismus führen Erfahrungen mit institutionellem Rassismus zu Misstrauen und sozialem Rückzug – auch wenn die meisten Geflüchteten in der Bewältigung solcher Erfahrungen Resilienz entwickeln und sich etwa im Ignorieren üben (vgl. zu Beschreibungen ähnlicher Strategien Hall/Lamont 2013; Lamont/Welburn/Fleming 2015; Krause/Schmidt 2018).

Vor diesem Hintergrund spielt sich das alltägliche Leben der Geflüchteten in Gorbitz in relativ abgegrenzten Räumen ab. Fast alle betonen dabei die zentrale Bedeutung der lokalen Vereine. Hier bilden sich Strukturen, die wir als „Willkommensbubbles“ bezeichnen möchten und die von den sonstigen Prozessen und Interaktionen im Wohnhaus, auf der Straße und in anderen öffentlichen Räumen im Viertel weitestgehend abgeschirmt sind. Sie ermöglichen es den Geflüchteten, sich zu vernetzen, ihr Familienleben zu gestalten sowie emotionale und soziale Unterstützung zu finden, zugleich sind sie Orte der Erholung von alltäglicher Ablehnung. Doch bisher erreichen diese Strukturen fast ausschließlich Familien und zum Beispiel selten alleinstehende Männer.

Während in Gorbitz viele Zugänge zu Unterstützung und Teilhabe erschwert sind, erweist sich der Gorbitzer Wohnungsmarkt im Unterschied zu allen anderen untersuchten Quartieren als durchaus zugänglich. Damit steht Gorbitz im Nachbarschaftsvergleich stellvertretend für andere ostdeutsche Großwohnsiedlungen, die

seit 2015 einen verstärkten Zuzug von geflüchteten Bewohner_innen verzeichnen, bisher jedoch wenig migrantisch geprägt waren (Helbig/Jähnen 2019; El-Kayed et al. 2020). Der Bezug einer Wohnung in Gorbitz bedeutet für viele nach dem Verbleib in Gemeinschaftsunterkünften zunächst einen Gewinn an Selbstständigkeit und Unabhängigkeit. Dennoch entwickeln die meisten Geflüchteten, mit denen wir gesprochen haben, keinen Bleibewunsch. Gründe sind primär fehlende migrantische Infrastrukturen in Kombination mit alltäglichen Anfeindungen. Lediglich ein kleiner Teil der Interviewten hat in Gorbitz einen Lebensmittelpunkt gefunden und zählt die lokalen Vereine, die Schul- und Kindergartenanbindung ihrer Kinder sowie die sozialen Netzwerke zwischen Geflüchteten als Bleibegründe auf. So lässt sich in Gorbitz der Beginn eines Entstehungsprozesses in Richtung eines „Ankunftsquartiers“ erkennen, der sich vereinzelt positiv auf die Bleibeperspektive im Quartier auswirkt (vgl. El-Kayed et al. 2020). Unabhängig vom Potenzial des Ankunftsquartiers könnte sich aber ebenso die Konzentration von Armut, Ausgrenzung und fehlenden Lebenschancen weiter verschärfen und die Teilhabe von neu hinzukommenden Geflüchteten erschweren (Helbig/Jähnen 2019: 46 f.; El-Kayed et al. 2020). Aktuell zeichnet sich die Situation in Dresden-Gorbitz aus Sicht der Geflüchteten durch eine große Spannung zwischen dem Zugang zur Ressource Wohnraum und vereinzelt „Willkommensbubbles“ (Vereine, soziale Netzwerke) auf der einen Seite sowie alltäglich präsenten rassistischen Anfeindungen (im Wohnhaus, Nahverkehr, öffentlichen Raum) auf der anderen Seite aus.

4.7 ZWISCHENFAZIT

Im Vergleich aller vier untersuchten Nachbarschaften lassen sich bestimmte ähnliche Erfahrungen, aber auch einige Unterschiede erkennen, insbesondere entlang des Faktors der vorhandenen bzw. nicht vorhandenen Migrationsgeschichte des Quartiers. In Bezug auf das Zusammenleben, Begegnungen im Alltag, die Wahrnehmung des öffentlichen Raums sowie Erfahrungen mit Konflikten und krisenhaften Situationen betont die Mehrzahl der befragten Geflüchteten in den beiden Nachbarschaften mit bisheriger Migrationsgeschichte – Kreuzberg und Untertürkheim –, dass diese sichtbare Migrationsgeschichte dazu beitrage, dass sie sich akzeptiert, wohl und sicher fühlen. Die Geflüchteten heben diesbezüglich etwa die Alltäglichkeit von Musliminnen mit Kopftuch hervor und ihre Wahrnehmung, dass sie im öffentlichen Raum visuell kaum auffallen und unterschiedliche Sprachen hören. Die langjährige Migrationsgeschichte eines Viertels führt aber nicht automatisch zu direktem Kontakt. Die Geflüchteten erleben in solchen Quartieren zwar überwiegend einen freundlichen Umgang und lernen auch zum Teil unterstützende Quartiersbewohner_innen kennen. Sie treffen aber durchaus auch auf Desinteresse oder Abweisung. Auch in Berlin-Kreuzberg und Stuttgart-Untertürkheim bleiben Anfeindungen, Gewaltbedrohungen und Ungleichbehandlungen nicht aus. Zum Beispiel berichten Schwarze Personen, arabisch gelesene Männer und Musliminnen mit Kopftuch von Beschimpfungen und abwertenden Blicken auf der Straße und im Nahverkehr. Im sozioökonomisch bessergestellten Quartier mit vorhandener Migrationsgeschichte (Stuttgart-Untertürkheim) erleben Geflüchtete auch Abwertung, die mit Sozialleistungsbezug verknüpft ist. Insgesamt schildern Geflüchtete ausgrenzende und abwertende Situationen in den beiden Quartieren mit ausgeprägter Migrationserfahrung aber seltener als in den anderen beiden Quartieren und berichten oft, dass sie in der Regel nicht auffallen und eine gewisse Offenheit erleben.

In den beiden Nachbarschaften ohne bisherige Migrationsgeschichte – Eppendorf und Gorbitz – haben Geflüchtete hingegen das Gefühl, stärker aufzufallen. In Hamburg-Eppendorf erleben Befragte, aufgrund von Hautfarbe und Herkunft unerwünscht zu sein. Dort erfahren sie zwar in der Regel keine direkten Gewaltandrohungen, jedoch ergeben sich hier ausgrenzende und abwertende Situationen, in denen sie deutlich das Gefühl haben, fehl am Platze zu sein. Das wird von ihnen insbesondere mit dem hohen ökonomischen Status des Viertels in Verbindung gebracht: Die Geflüchteten teilen den Eindruck, dass sich die Bewohner_innen von Eppendorf oft für etwas „Besseres“ halten und dass Menschen aus der „westlichen Welt“ willkommen sind, nicht aber Personen aus „ärmeren Ländern“ und dem „Nahen Osten“.

In Gorbitz geht das Gefühl des Auffallens mit einem deutlichen Bedrohungsgefühl einher. So berichten viele Geflüchtete von alltäglichen Beschimpfungen, ablehnenden Blicken, Polizeikontrollen und körperlichen Übergriffen auf der Straße oder in der Straßenbahn. Das setzt sich auch im nahen Wohnumfeld im Umgang mit Nachbar_innen auf derselben Etage oder im Hausaufgang fort: Nachbar_innen beschwerten sich zum Beispiel unverhältnismäßig oft und deutlich über Lärm, mangelnde Sauberkeit und störende Gerüche oder äußern rassistische Beleidigungen. Aufgrund der alltäglichen Konflikte und Anfeindungen empfinden die meisten interviewten Geflüchteten ihr Wohnumfeld in Gorbitz als unsicher.

Mit Blick auf den lokalen Ressourcenzugang, auf Unterstützung und Teilhabe zeigt sich im Vergleich der vier Nachbarschaften, dass die Lebensgestaltung der Geflüchteten zunächst überall von langen Warteprozessen und Zugangsbarrieren geprägt ist und diese nur zum Teil durch zivilgesellschaftliche Strukturen, soziale Netzwerke und Eigenengagement ausgeglichen werden können. Auffallend ist, dass Strukturen, die helfen können, solche Barrieren zu überwinden, in den beiden Vierteln mit bisheriger Migrationsgeschichte – Kreuzberg und Untertürkheim – stärker vorhanden sind. Für die Herausbildung solcher „Ankunftsinfrastrukturen“ (Meeus/Arnaut/van Heur 2019; Hans et al. 2019; El-Kayed et al. 2020) erweisen sich drei Faktoren als besonders relevant:

- (1) Durch die vorhandenen Sprachressourcen erleben Geflüchtete im Alltag seltener Sprachbarrieren. Sie treffen in lokalen Einrichtungen häufig auf eine Mehrsprachigkeit des Personals oder auf Dolmetscherdienste und können sich in ihrer Muttersprache verständigen. Außerdem werden einige auch von mehrsprachigen Quartiersbewohner_innen, die oft selbst einen Flucht- oder Migrationshintergrund haben, begleitet. So helfen migrantische Netzwerke und vielfältige Infrastrukturen dabei, dass Geflüchtete Informationen, medizinische Versorgung, Beschäftigungs- und Wohnmöglichkeiten, sozialen Anschluss und das Gefühl von Zuhause finden.
- (2) Migrantische Strukturen oder Personen mit eigener Migrationsgeschichte in Vereinen und Institutionen spielen eine zentrale Rolle für den Ressourcenzugang. Sie erleichtern den Zugang insbesondere zu institutionell angebotenen Teilhabe- und Unterstützungsangeboten.
- (3) In den Quartieren mit vorhandener Migrationsgeschichte sind auch sozialarbeiterische und politisch-aktivistische Unterstützungsstrukturen zentral für den Zugang zu Ressourcen. Sie tragen häufig dazu bei, institutionelle Angebotslücken auszugleichen. Dadurch entsteht ein dichtes Netz an Unterstützungsstrukturen, die viele Sprachen und unterschiedliche Bedürfnisse abdecken.

Im Vergleich der beiden Nachbarschaften mit ausgeprägter Migrationsgeschichte fällt auf, dass die aufgezählten Strukturen in Berlin-Kreuzberg sehr viel dichter sind als diejenigen in Stuttgart-Untertürkheim, was jedoch im Kontext der Lage und Bevölkerungsdichte der Stadtteile zu sehen ist. Was Geflüchtete an notwendiger Infrastruktur – migrantische Strukturen, Einkaufsmöglichkeiten etc. – nicht in Untertürkheim vorfinden, finden sie jedoch meist in anliegenden Vierteln Stuttgarts, die ebenfalls stark durch Migration geprägt sind. Hier ist auf die zentrale Rolle zu verweisen, die Infrastrukturen, die nicht im Wohnviertel selbst verortet, aber gut erreichbar sind, spielen (vgl. El-Kayed 2018; Hanhörster/Weck 2016). Kreuzberg hat eine solche Funktion für viele der interviewten Geflüchteten, die nicht im Viertel wohnen, aber den Weg dorthin zurücklegen, um verschiedene Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen, die sich dort in besonders starkem Maße konzentrieren.

Im Vergleich zeichnen sich die in den beiden Nachbarschaften ohne bisherige Migrationsgeschichte vorhandenen Unterstützungsstrukturen dadurch aus, dass sie entweder nur in geringem Maße vorhanden sind und – wie in Gorbitz – bisher nicht auf ein migrantisches Klientel ausgerichtet waren. Dabei sticht vor allem hervor, dass Geflüchtete es in diesen beiden Nachbarschaften viel schwieriger finden, Sprachbarrieren bei Be-

hördengängen, in Schule und Kindergarten und im Alltag zu überwinden. Vereinzelt wird mehrsprachiges Personal eingestellt (Gorbitz) und wo das passiert, wird eine deutliche Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten zum Ausdruck gebracht. Ähnlich wie in Stuttgart-Untertürkheim versuchen Geflüchtete in Dresden-Gorbitz aufgrund fehlender migrantischer Infrastrukturen teilweise, auf Angebote und Einkaufsmöglichkeiten in anderen Dresdener Vierteln auszuweichen. Dies gelingt jedoch nicht in Bezug auf alle Bedürfnisse, da die Gesamtstadt – anders als Berlin, Stuttgart und Hamburg – bisher wenig migrantisch geprägt ist. Dies hebt noch einmal die Bedeutung der Einbettung von Quartieren in die Gesamtstadt und die Region hervor. In Dresden können Geflüchtete so in geringerem Ausmaß ein fehlendes Angebot im Viertel selbst, in der Stadt oder Region mit Mobilität kompensieren als in Stuttgart. Auch in Hamburg-Eppendorf fehlt eine stark ausgeprägte migrantische Infrastruktur. Dennoch ist Eppendorf für einige wenige Geflüchtete ein Anlaufpunkt, um Angebote wie Kulturveranstaltungen, Kirchengemeinden oder ehrenamtliche Sprachkurse zu nutzen, vereinzelt auch, um engagierte Quartiersbewohner_innen zu besuchen. So sind Geflüchtete nicht dorthin gekommen, weil Eppendorf ein bekannter Anlaufpunkt für Unterstützungsangebote (wie Berlin-Kreuzberg) ist, sondern aufgrund von individuellen Kontakten und Netzwerken. Auffallend ist jedoch, dass ähnlich wie in Untertürkheim diejenigen Geflüchteten, die Kontakte in Eppendorf haben, durch sie in einigen Fällen beispielsweise Zugänge zu Wohn-, Ausbildungs- oder Arbeitsmöglichkeiten finden. Bisher existieren solche Unterstützungsangebote jedoch nur sehr vereinzelt und verbinden sich weder zu einem dichteren Netz (wie in Kreuzberg und Untertürkheim), noch führen sie dazu, dass die Geflüchteten Eppendorf insgesamt als zugänglichen Nachbarschaftsraum erleben.

Schlussendlich stellt der Zugang zu Wohnraum für alle Geflüchteten eine zentrale Ressource dar. Diesen erleben Geflüchtete in allen Nachbarschaften außer in Dresden-Gorbitz als extrem stark verschlossen. Insbesondere Berlin-Kreuzberg und Stuttgart-Untertürkheim sind eigentlich Nachbarschaften, in denen Geflüchtete gern eine Bleibeperspektive entwickeln würden, es ihnen aber aufgrund fehlender Wohnmöglichkeiten kaum möglich ist, zu bleiben. Hamburg-Eppendorf wird aufgrund des deutlich sichtbaren Wohlstands als Wohnort selten überhaupt in Betracht gezogen. Um die hohen Zugangshürden zum Wohnungsmarkt zu überwinden, sind die vorhandenen Unterstützungsstrukturen häufig nicht effektiv. Nur wenige Geflüchtete finden Wohnraum, wenn sie dabei durch ehrenamtlich Engagierte begleitet werden. Den meisten fehlt es an Informationen, Orientierungshilfen, Begleitung und Schutz vor Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Zudem haben sich laut unseren Interviews in Berlin und Stuttgart betrügerische Vermittlungsnetzwerke gebildet. Geflüchtete berichten von informellen Makler_innen, die eine Wohnung an Geflüchtete für einen illegalen Maklerbetrag von bis zu 10.000 Euro vermitteln. Einige Geflüchtete nehmen diese Dienste in Anspruch oder ziehen es zumindest in Erwägung, sie zu nutzen, weil sie keine andere Chance sehen, sonst eine Wohnung zu finden. Vor dem Hintergrund der angespannten Wohnungsmarktsituation und den großen Zugangshürden zu Wohnraum ist in Berlin-Kreuzberg die Sorge von Geflüchteten groß, in die aus ihrer Sicht unsicheren Randbezirke Berlins verdrängt zu werden, während sich viele der von uns interviewten Geflüchteten in Dresden-Gorbitz Sorgen, dort wohnen bleiben zu müssen. Der Wohnort von Geflüchteten ist nach unserem Datenmaterial also kaum von den Wohnwünschen der Geflüchteten abhängig. Da insbesondere etablierte migrantische Innenstadtviertel wie Kreuzberg in den letzten Jahren bis Jahrzehnten einer zunehmenden Gentrifizierung unterworfen waren, kommt es zu der Situation, dass diese Viertel für neu hinzukommende migrantische Gruppen kaum noch zugänglich sind. So zeigt eine aktuelle Studie, dass der Anteil von geflüchteten Bewohner_innen sich aktuell vor allem in ostdeutschen Großwohnsiedlungen erhöht (Helbig/Jähnen 2019), in denen in der Regel bisher nur wenige migrantische Strukturen existieren.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über die Ergebnisse des Projekts „Nachbarschaften des Willkommens“, das zwischen 2017 und 2020 die Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in Nachbarschaften mit zunehmender Diversität durch Fluchtmigration erforscht hat. Dabei gingen wir der Frage nach, wo Vorstellungen und Praktiken des sozialen Zusammenhalts vorherrschen, die auch neue Bewohner_innen und Nutzer_innen mit Fluchthintergrund inkludieren, und wo dies nicht der Fall ist. In diesem Kontext fragten wir insbesondere danach, wo Geflüchtete, die im Quartier wohnen oder es nutzen, Zugänge zu zentralen Ressourcen wie Wohnraum, Unterstützung, Teilhabe und Mitbestimmung erhalten und wie diese Zugänge lokal ausgehandelt, entschieden und gelebt werden.

Diesen Fragestellungen wurde in vier Nachbarschaften jeweils aus unterschiedlichen Perspektiven nachgegangen. In der ersten Forschungsphase wurden dazu qualitative Interviews mit zentralen Akteur_innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft der Nachbarschaften geführt. In der zweiten Forschungsphase folgten standardisierte Befragungen der etablierten Wohnbevölkerung, und schließlich in der dritten Forschungsphase qualitative Interviews mit Geflüchteten, die in den Quartieren wohnen oder sie nutzen.

Die untersuchten Nachbarschaften weisen unterschiedliche sozioökonomische Zusammensetzungen sowie unterschiedlich ausgeprägte Migrationsgeschichten auf. Auf der Grundlage bisheriger Forschung wurde davon ausgegangen, dass der sozioökonomische Status und die bisherige Migrationserfahrung des Quartiers wesentliche Einflussfaktoren für Reaktionen auf neue, migrationsbezogene Diversität sein können (Pettingrew 1998; Heitmeyer 2011). Um beide Einflussfaktoren aufeinander bezogen untersuchen zu können, wählten wir Nachbarschaften aus, die sich systematisch in der Ausprägung ihrer Migrationsgeschichte sowie im sozioökonomischen Status ihrer Bevölkerung unterscheiden. Berlin-Kreuzberg ist ein Quartier mit einer stark ausgeprägten Migrationsgeschichte und vergleichsweise starker sozialer Deprivationserfahrung. Stuttgart-Untertürkheim besitzt eine ähnlich reiche Migrationserfahrung wie Kreuzberg, die Bevölkerung dort hat jedoch im Schnitt einen höheren sozioökonomischen Status. Hamburg-Eppendorf teilt mit Untertürkheim den im Nachbarschaftsvergleich hohen sozialen Status der Bevölkerung, dort wohnt jedoch nur ein geringer Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Dresden-Gorbitz ist ebenfalls durch eine geringe Migrationserfahrung geprägt, teilt mit Kreuzberg jedoch die sozialen Deprivations- und Armutserfahrungen in der Bevölkerung.

In allen vier Nachbarschaften sind geflüchtete Personen untergebracht bzw. sollten zu Beginn des Untersuchungszeitraums dort untergebracht werden. Eine öffentliche Diskussion um die Unterbringung von geflüchteten Personen, die einen Bearbeitungsdruck aufseiten von Politik und Verwaltung auslöste, fand jedoch nur in den beiden Quartieren mit höherem sozioökonomischem Status statt: Eppendorf und Untertürkheim. In Untertürkheim konnte der anfängliche Protest relativ rasch beigelegt werden. In Eppendorf hingegen wurde der Bau einer Geflüchtetenunterkunft durch den Widerstand der lokalen Bevölkerung so stark verzögert, dass der Bezug der Unterkunft erst in den letzten Monaten des Forschungszeitraums stattfand. In beiden Nachbarschaften wurden die Unterkünfte schließlich gebaut – gleichwohl die Bearbeitung der Proteste hohe personelle, zeitliche und auch finanzielle Aufwände vonseiten der Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erforderte. Hinzu kommt, dass sich die Rationalitäten dieser Aushandlungen (zumindest zeitweise) stärker an den Gegner_innen der Unterkünfte ausrichteten als an den sozialen Rechten und den Bedürfnissen der Geflüchteten bzw. an den lokalen Befürworter_innen der Unterkünfte.

In Kreuzberg und Gorbitz hingegen hat es keine kollektiven lokalen Aushandlungen zwischen (organisier-ten) Teilen der Bevölkerung und Vertreter_innen aus Politik oder Verwaltung gegeben. In Kreuzberg geht dies mit einer von zentralen Akteur_innen oft hervorgehobenen Alltäglichkeit von Migration und Diversität

einher; in Gorbitz hingegen berichten Akteur_innen aus Sozialarbeit und Zivilgesellschaft von rassistischen Anfeindungen und Übergriffen, denen Geflüchtete im Alltag ausgesetzt seien und die die Atmosphäre im Stadtviertel prägten. Das Fehlen in der Öffentlichkeit ausgetragener lokaler Aushandlungen um den Zuzug von Bewohner_innen mit Fluchterfahrung bedeutet also nicht, dass keine ausgrenzenden und rassistischen Einstellungen, Anfeindungen und Übergriffe existieren.

Dies zeigt sich auch noch einmal deutlich in der Analyse der Daten aus der Umfrage unter der etablierten Bevölkerung: Überraschenderweise geben nicht nur in Kreuzberg lediglich relativ kleine Anteile der lokalen Bevölkerung an, ablehnend gegenüber Geflüchteten (im Stadtviertel und darüber hinaus) eingestellt zu sein, sondern auch in Untertürkheim und Eppendorf – den beiden Stadtteilen, in denen sich öffentlich wahrnehmbare Proteste gegen die dortigen Unterkünfte formierten. Die Umfragedaten zeigen also, dass eine starke Ablehnung gegenüber Geflüchteten hier wesentlich geringer verbreitet ist, als es die öffentlichen Aushandlungsprozesse in diesen Nachbarschaften vermuten lassen. Das heißt nicht, dass hier in der breiten Bevölkerung eine auf allen Ebenen inklusive und offene Vorstellung von sozialem Zusammenhalt vorherrscht, aber doch, dass stark ablehnende Haltungen, wie sie in den öffentlichen Aushandlungen geäußert wurden, weniger stark verbreitet sind. Nehmen wir dieses Ergebnis ernst, bedeutet es, dass hier relativ kleine Gruppen von Bewohner_innen einen überproportionalen Einfluss auf die politisch-gesellschaftlichen Aushandlungen vor Ort hatten.

In Gorbitz sind – im Vergleich zu den anderen drei Nachbarschaften – ablehnende Haltungen gegenüber Geflüchteten wesentlich stärker verbreitet. Jedoch ist darauf hinzuweisen, dass dies auch hier nicht auf alle Teile der Bevölkerung zutrifft – gleichzeitig haben wesentliche Teile der Bevölkerung mittlere bis offene Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Hier sind unterschiedliche Positionen erkennbar, deren Existenz auch von zentralen Akteur_innen im Quartier betont, jedoch insbesondere in die Wahrnehmung des Stadtviertels von außen kaum Eingang findet.

Es stellt sich also die Frage, wie engagierte und offen eingestellte Bevölkerungsteile gegenüber exkludierenden Tendenzen in den Nachbarschaften unterstützt werden können – in Gorbitz in einem durch Anfeindungen gegenüber Geflüchteten geprägten Alltag, in Eppendorf und Untertürkheim in den öffentlich geführten Auseinandersetzungen um die Unterbringung von Geflüchteten.

In Bezug auf die Dimensionen unseres Fallvergleichs – sozioökonomischer Status und bisherige Migrations- und Diversitätserfahrung in den Nachbarschaften – zeigen die Daten zur Einstellung gegenüber Geflüchteten ein paradoxes Muster: In Kreuzberg und Eppendorf – den beiden Nachbarschaften mit jeweils gegensätzlichen Merkmalen in Bezug auf sozialen Status und Migrationsgeschichte – finden wir das geringste Ausmaß ablehnender Einstellungen gegenüber Geflüchteten. Untertürkheim hingegen hat im Nachbarschaftsvergleich ein mittleres Ausmaß an ablehnenden Einstellungen – bei einer ausgeprägten Migrationsgeschichte in Kombination mit einem relativ hohen sozioökonomischen Status der Bevölkerung. Es ergibt sich also auf Nachbarschaftsebene kein klares Bild bezüglich des Zusammenhangs zwischen der Einstellung gegenüber Geflüchteten und dem sozioökonomischen Status bzw. der bisherigen Diversitätserfahrung durch Migration. Dies weist darauf hin, dass sozioökonomischer Status und bisherige Migrationserfahrung in den Nachbarschaften durchaus unterschiedlich interagieren.

Auf der Grundlage dieses Ergebnisses hat uns interessiert, ob sich die Einstellungsmuster in den verschiedenen Nachbarschaften mit ähnlichen Einflussfaktoren auf individueller Ebene erklären lassen. Dabei haben wir uns auf die Frage konzentriert, inwiefern der Kontakt zu Personen anderer Herkunft auf Nachbarschaftsebene und in persönlichen Netzwerken in der Familie, im Freundeskreis und bei der Arbeit für die Einstel-

lung gegenüber Geflüchteten eine Rolle spielt. Hier zeigen sich unterschiedliche Muster: Nur in Kreuzberg geht der Kontakt zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft mit einer positiveren Einstellung gegenüber Geflüchteten einher, in den anderen Nachbarschaften finden sich keine Zusammenhänge – weder mit ablehnenderen noch mit offeneren Einstellungen. In Bezug auf Kontakte zu Personen anderer Herkunft in persönlichen Netzwerken in Familie, Freundeskreis oder bei der Arbeit finden sich in Kreuzberg und Gorbitz Zusammenhänge zu offeneren Einstellungen gegenüber Geflüchteten. In Eppendorf und Untertürkheim gibt es auch in dieser Dimension keine Anzeichen dafür, dass sich solche Kontakte auf die Einstellung gegenüber Geflüchteten auswirken – weder positiv noch negativ. In diesen beiden Quartieren mit sozioökonomisch bessergestellter Bevölkerung scheinen die Einstellungen gegenüber Geflüchteten daher wenig mit bisherigen individuellen Erfahrungen mit Diversität zu tun zu haben.

Aus den Perspektiven und Erfahrungen der Geflüchteten in den Nachbarschaften sind zunächst nachbarschaftsübergreifende Themen zu benennen, die an allen Untersuchungsorten aufkamen. Diese betreffen etwa rechtliche Rahmenbedingungen auf Landes- oder Bundesebene und strukturelle Problemlagen. Sie unterscheiden sich daher kaum zwischen den Nachbarschaftskontexten und lassen sich auch meist schlecht auf lokaler Ebene bearbeiten. Gleichwohl prägen sie die Erfahrungen der Geflüchteten und ihre Handlungsspielräume auf lokaler Ebene maßgeblich. Zu diesen nachbarschaftsübergreifenden Themen gehören unter anderem der erschwerte Zugang zu Ressourcen und Rechten, etwa durch Migrationskontrollen und Asylverfahren. Viele Geflüchtete benennen hier lange Warteprozesse, Hürden bei Familienzusammenführungen sowie die Wohnsitzauflage als problematisch. Letztere verpflichtet Geflüchtete nach Abschluss des Asylverfahrens in der Regel für drei Jahre zur Wohnsitznahme in dem Bundesland, in dem ihr Asylverfahren stattfand. Weitere Themen sind die als unwürdig, belastend und freiheitseinschränkend erlebten Wohnbedingungen in staatlichen Gemeinschaftsunterkünften sowie die Schwierigkeit, eine eigene Wohnung zu finden. Außerdem erleben fast alle Geflüchteten Diskriminierung und Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt sowie herabsetzende und rassistische Übergriffe im Nahverkehr und im öffentlichen Raum.

Mit Blick auf die Nachbarschaftsebene lässt sich für den lokalen Ressourcenzugang und das soziale Zusammenleben festhalten: Wohlbefinden und Sicherheit sind dort stärker ausgeprägt, wo Geflüchtete Migrationsgeschichte als sichtbar beschreiben. So nehmen die meisten von uns befragten Geflüchteten in Kreuzberg und Untertürkheim kaum Reaktionen auf ihren Zuzug wahr und haben das Gefühl, im öffentlichen Raum weniger aufzufallen, auch wenn hier diskriminierende Alltagserfahrungen ebenfalls nicht ausbleiben. Dagegen geben die interviewten Geflüchteten in Eppendorf und insbesondere in Gorbitz an, dass sie aufgrund der im Quartier fehlenden Diversität extrem auffallen. Dies führt in beiden Nachbarschaften zu Begegnungen, die Geflüchtete als abwertend beschreiben. In Gorbitz kommt es darüber hinaus zu offen(er)en rassistischen Äußerungen und Übergriffen, die das Sicherheitsgefühl vieler Interviewpartner_innen in erheblichem Maße beeinträchtigen.

Daneben haben zivilgesellschaftliche Strukturen, migrantische Netzwerke und insbesondere auch vielfältige Sprachressourcen eine besondere Relevanz für den lokalen Ressourcenzugang von Geflüchteten. Sie erleichtern beispielsweise den Zugang zu Unterstützung und Teilhabe. Die Bedeutung von lokalen Vereinen, institutionalisierten Angeboten und sozialarbeiterischer, zivilgesellschaftlicher wie auch politisch-aktivistischer Unterstützung wird von interviewten Geflüchteten in allen Nachbarschaften hervorgehoben, auch wenn die lokalen Strukturen in den Quartieren unterschiedlich gefestigt sind. Diese Strukturen sind auch in einem als feindlich wahrgenommenen nachbarschaftlichen Umfeld in der Lage, räumlich abgegrenzte „Willkommensbubbles“ zu schaffen, die Geflüchtete zumindest zeitweise von Alltagsanfeindungen abschirmen und ihnen Unterstützung zukommen lassen. Hier stellt sich die Frage, wie die Etablierung solcher Strukturen gefördert werden kann – insbesondere an Orten, wo sie bisher weniger stark verankert sind, wie etwa in Gorbitz.

Die Beständigkeit und Flexibilität von Unterstützungsangeboten sowie starke Ehrenamtsressourcen stellen zentrale Faktoren für den Ressourcenzugang dar. Neben Sozialarbeit und Migrationsberatung sind migrantische und mehrsprachige Strukturen zentral. In der direkten Nachbarschaft sind diese für Geflüchtete jedoch nur in Kreuzberg und (in geringerem Ausmaß) in Untertürkheim vorhanden. Während Geflüchtete in Hamburg und Stuttgart auf andere Stadtteile ausweichen können, um Zugang zu migrantischen Infrastrukturen zu erhalten, ist dies in Dresden schwieriger. Auch vor diesem Hintergrund sind Einschränkungen durch Sprachbarrieren nicht zu unterschätzen. Geflüchtete im Familienverbund sind deswegen oft auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen. Eine zentrale Rolle spielen Übersetzungsdienstleistungen von außen, etwa durch mehrsprachiges Personal oder die Inanspruchnahme von Dolmetscherdiensten in zentralen Einrichtungen. Insbesondere Alleinstehende und Geflüchtete aus afrikanischen Ländern finden jedoch auch in Nachbarschaften, in denen Unterstützungsstrukturen gut etabliert sind, kaum Anlaufstellen vor. Diese erreichen bisher überwiegend arabisch- und farsisprachige Geflüchtete im Familienverbund.

Den Zugang zum Wohnungsmarkt empfinden die Geflüchteten in allen untersuchten Nachbarschaften als problematisch, jedoch zeigen sich hier unterschiedliche Dynamiken in Zusammenhang mit den lokalen Wohnungsmarktstrukturen: In Kreuzberg, Eppendorf und Untertürkheim sehen Geflüchtete kaum Chancen, eine Wohnung im Viertel zu finden, auch wenn sie dort gerne bleiben oder hinziehen möchten. In Untertürkheim wirkt insbesondere die Baden-Württembergische Ausgestaltung der Wohnsitzauflage einschränkend, da die Geflüchteten hierdurch gezwungen sind, eine Wohnung auf dem extrem unter Druck stehenden Stuttgarter Wohnungsmarkt zu finden, auch wenn einige gern in umliegende Gemeinden ziehen würden. Demgegenüber haben in Gorbitz seit 2015 viele Geflüchtete eigene Wohnungen finden können. Während sie hier einerseits die Unabhängigkeit, die mit einer eigenen Wohnung einhergeht, schätzen, wird doch oft der Wunsch geäußert, in einem Stadtteil oder einer Region Deutschlands zu wohnen, der oder die weniger stark von rassistischen Anfeindungen und Angriffen geprägt ist. Oft sehen sie jedoch kaum Chancen für einen Wohnortwechsel.

So ergibt sich in Bezug auf den Wohnungsmarktzugang in unserem Fallvergleich eine paradoxe Situation: In den Nachbarschaften, die relativ ausgeprägte Erfahrungen im Umgang mit Migration und Diversität auf lokaler Ebene haben – Untertürkheim und Kreuzberg –, ist der Wohnungsmarkt so eng, dass die Chancen für Geflüchtete, dort eine Wohnung zu finden, gering sind. Mit einem Umzug verlieren sie jedoch auch die Anbindung an effektive Unterstützungsstrukturen am Wohnort. In Gorbitz sind migrantische oder mehrsprachige Unterstützungsstrukturen hingegen durch die bisher geringere Migrationserfahrung in der Nachbarschaft weniger ausgeprägt, hinzu kommt die Bedrohung durch rassistische Anfeindungen und Angriffe im Alltag. Andererseits finden Geflüchtete hier einfacher eigenen Wohnraum. Aktuelle Studien zeigen, dass deutschlandweit insbesondere sozial benachteiligte Nachbarschaften in ostdeutschen Städten, die bisher wenig durch Migration geprägt sind, im Moment einen verstärkten Zuzug von Geflüchteten verzeichnen (Helbig/Jähnen 2019). Hier stellt sich die Frage, inwiefern sich in Gorbitz und ähnlichen Nachbarschaften relevante Unterstützungsstrukturen weiter herausbilden werden oder ob sich hier perspektivisch Formen von sozialer Benachteiligung überlagern und sich lokale Konfliktstrukturen weiter verstärken werden (El-Kayed et al. 2020).

In den Ergebnissen der vorliegenden Studie zeigt sich immer wieder die zentrale Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Strukturen sowie von Beratungs- und sozialarbeiterischen Angeboten in den Nachbarschaften. Durch die aktuelle Covid-19-Pandemie und den damit verbundenen (Kontakt-)Beschränkungen fallen viele dieser Angebote weg oder können nur stark eingeschränkt stattfinden. Während die Auswirkungen der Beschränkungen im vorliegenden Bericht nicht mehr berücksichtigt werden konnten, ist jedoch abzusehen, dass diese sich wesentlich auf den Zugang von Geflüchteten zu Beratungs- und anderen Unterstützungsangeboten sowie auf das soziale Zusammenleben vor Ort auswirken werden.

Zwischen Mai und Juni 2020 führten wir dazu Telefongespräche mit einigen der zuvor interviewten Akteur_innen vor Ort. Sie berichteten beispielsweise davon, dass Geflüchtete zu Beginn der Pandemie eine starke Verunsicherung und Orientierungslosigkeit in Bezug auf den Umgang mit der Covid-19-Pandemie und auf die zu erwartenden gesundheitlichen, gesellschaftlichen und ökonomischen Auswirkungen äußerten. Hinzu kamen Belastungen durch Kinderbetreuung und soziale Isolation sowie spezifische Probleme für Geflüchtete, die noch in Unterkünften wohnen: So ließen sich in den beengten Wohnverhältnissen Hygienekonzepte nur schwer umsetzen, zudem wurden nicht ausreichend Hygieneartikel bereitgestellt. Die Einschränkungen hatten zudem gravierende Auswirkungen auf die laufenden Angebote: In Unterkünften wurden Besuchsverbote erteilt und in lokalen Einrichtungen mussten offene niedrigschwellige Gruppenangebote und Treffpunkte eingestellt werden. Die professionalisierte und persönliche Unterstützung, die Geflüchtete erhalten konnten, ging somit stark zurück. Jedoch reagierten viele lokale Akteur_innen mit schnellen und flexiblen Umstellungen der Angebotsstruktur auf die veränderten Beratungsbedingungen und -bedarfe, um den Zugang zu Informationsvermittlung und Austausch weiterhin zu ermöglichen. Beratung, Austausch und Betreuung findet seither zum Beispiel verstärkt über Kurznachrichtendienste und per Telefon statt. Gruppenangebote wurden zum Teil durch persönliche Einzelberatungen ersetzt.

Zu den zentralen Beratungsbedarfen gehören: Übersetzungsleistungen und Unterstützung beim Umgang mit Briefen und Formularen von Ämtern und Institutionen, Hilfe beim Homeschooling, Vermittlung von aktuellen Informationen zu Ausgangsbeschränkungen und relevanten Gesundheitsinformationen (Hygiene, Maskenpflicht etc.). Hier zeigt sich wieder die zentrale Bedeutung mehrsprachiger Angebote. Oftmals fanden Geflüchtete auf offiziellen Websites lediglich Übersetzungen von veralteten, nicht mehr geltenden Regelungen vor oder Onlineangebote waren für Personen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen zu hochschwellig und wurden deshalb nicht genutzt. Insbesondere die Vernetzung über Kurznachrichtendienste stellt mittlerweile eine wichtige Ressource dar. Eine Akteurin aus der Sozialarbeit berichtet etwa, dass ihr Verein neun Chatgruppen mit knapp 800 Teilnehmenden betreue.

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse lassen sich abschließend vier Herausforderungen für Politik, Verwaltung, Sozialarbeit und Zivilgesellschaft formulieren. Diese sind gemeinsam mit den Praxispartnern des Projekts diskutiert worden, um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten (s. Anhang).

Erstens stellt sich die Frage, wie lokale Aushandlungsprozesse so gestaltet werden können, dass sie sowohl Geflüchtete und ihre Rechte und Bedürfnisse als auch offen(er) eingestellte Bevölkerungsteile einbeziehen bzw. aktivieren. Zweitens stellen Diskriminierung und rassistische Gewalt im öffentlichen Raum und in Institutionen ein zentrales Problem dar. Hier besteht die dringende Aufgabe, Nachbarschaften für Geflüchtete und für Personen, die Rassismus erfahren, zu sichereren Orten zu machen und das Sicherheits- und Akzeptanzgefühl im Quartier und in lokalen Einrichtungen zu stärken. Damit hängt drittens die Herausforderung zusammen, die lokalen sozialen und zivilgesellschaftlichen Infrastrukturlandschaften zu stärken, weiter zu öffnen und besser zu vernetzen, um bestehende Zugangshürden zu Unterstützung und Teilhabe für benachteiligte Bewohner_innen (u. a. geflüchtete Personen, Personen mit Migrationshintergrund und von Armut betroffene Personen) weiter abzubauen. Und schließlich stellt sich viertens die Frage, wie die Wohnraumversorgung insbesondere für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und für Sozialhilfebezieher_innen garantiert werden kann und wie auch der Zugang zu Wohnraum in migrantisch geprägten Nachbarschaften gesichert werden kann, deren Wohnungsmärkte mittlerweile stark durch Gentrifizierungsprozesse und steigende Mieten geprägt sind.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

KAPITEL 1

Abbildung 1.1: Anteil der arbeitslosen Personen und der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den Untersuchungsquartieren im Jahr 2014 / Eigene Darstellung auf Basis der Daten von Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2015; Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2020; Landeshauptstadt Stuttgart Amt für Statistik 2015; Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle 2016,2; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2015.

KAPITEL 2

Abbildung 2.1: Lage des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin / Quelle: Wikimedia Commons 2010a

Abbildung 2.2: Untersuchungsgebiet in Berlin-Kreuzberg / Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2016

Abbildung 2.3: Lage von Untertürkheim in Stuttgart/Quelle: Wikimedia Commons 2010c

KAPITEL 3

Abbildung 3.1: Zufriedenheit mit Nachbarschaft allgemein, in Prozent

Abbildung 3.2: Zufriedenheit mit der sozialen Zusammensetzung in der Nachbarschaft, in Prozent

Abbildung 3.3: Einstellung zu Flüchtlingsheim der Nachbarschaft, in Prozent, S.E. in Klammern

Abbildung 3.4: Einstellung zu Geflüchteten in Wohnungen in der Nachbarschaft, in Prozent, S.E. in Klammern

Abbildung 3.5: Ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten, in Prozent

Abbildung 3.6: Anteil Einwohner_innen, die für Geflüchtete gespendet haben, in Prozent, S.E. in Klammern

Abbildung 3.7: Anteil Einwohner_innen, die sich für Geflüchtete engagiert haben, in Prozent, S.E. in Klammern

Abbildung 3.8: Flüchtige Begegnungen in der Nachbarschaft mit Personen anderer Herkunft, in Prozent

Abbildung 1.2: Anteil der arbeitslosen Personen und der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in den Untersuchungsquartieren im Jahr 2018 / Eigene Darstellung auf Basis der Daten von Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin 2019; Amt für Statistik Berlin Brandenburg 2020; Landeshauptstadt Stuttgart 2020a/b; Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle 2019a/b; Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2019.

Abbildung 2.4: Lage von Eppendorf im Bezirk Hamburg-Nord und der Stadt Hamburg / Quelle: Wikimedia Commons 2010b

Abbildung 2.5: Lage von Gorbitz in Dresden / Quelle: Wikimedia Commons 2012

Abbildung 3.9: Kontakte zu Personen mit/ohne Migrationshintergrund am Arbeitsplatz, in Prozent, S.E. in Klammern

Abbildung 3.10: Kontakte zu Personen mit/ohne Migrationshintergrund in persönlichen Netzwerken: Freundeskreis, in Prozent, S.E. in Klammern

Abbildung 3.11: Kontakte zu Personen mit/ohne Migrationshintergrund in persönlichen Netzwerken: Familie, in Prozent, S.E. in Klammern

Abbildung 3.12: Effekt des Kontakts zu Personen anderer Herkunft in der Nachbarschaft auf die Ablehnung gegenüber Geflüchteten aus Modell 2 (ablehnende Einstellung zu Geflüchteten: 1-niedrig; 5-hoch)

Abbildung 3.13: Effekt der Abweichung vom mittleren Haushaltseinkommen (gewichtet nach Haushaltszusammensetzung) auf Ablehnung gegenüber Geflüchteten aus Modell 2 (ablehnende Einstellung zu Geflüchteten: 1-niedrig; 5-hoch)

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 3.1: Anzahl Befragte in den Nachbarschaften

Tabelle 3.2: Soziodemografische Merkmale im Vergleich und sozioökonomischer Status

Tabelle 3.3: Miete und Wohnen

Tabelle 3.4: Drängendstes Problem in der Nachbarschaft (off-

ene Angabe, Mehrfachnennung möglich)

Tabelle 3.5: Mittelwerte der ablehnenden Einstellung gegenüber Geflüchteten über Merkmalsfaktoren

Tabelle 3.6: Regressionsmodelle zur Einstellung gegenüber Geflüchteten

VERZEICHNIS DER INTERVIEWS

KAPITEL 2: INTERVIEWS FORSCHUNGSPHASE 1

Interviews Berlin-Kreuzberg

Interview 1-1, Zivilgesellschaft, Mieter_inneninitiative Kotti & Co., Interview mit Sandy Katzenborn, Initiativmitglied, 04.05.2018.

Interview 1-2, Politik, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg – Bezirksstadtrat Abteilung für Bauen, Planen und Facility Management, Interview mit Florian Schmidt, Baustadtrat, 14.03.2018.

Interview 1-3, Politik, Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in Friedrichshain-Kreuzberg – Migrationsausschuss, Interview mit Wolfgang Lenk, Vorsitzender, 13.03.2018.

Interview 1-4, Sozialarbeit, Kotti e. V., Interview mit Monique Messikh-Müller, Erwachsenenbildnerin, 20.03.2018.

Interview 1-5, Polizei, Polizei Berlin, Interview mit Norbert Sommerfeld, Kontaktbereichsbeamter, 21.02.2018.

Interview 1-6, Gewerbe, Café Kotti, Interview mit Ercan Yaşaroğlu, Gewerbetreibender & Unternehmer, 19.02.2018.

Interview 1-7, Sozialarbeit, „Gemeinwesenetzwerk@kotti.

Interviews Stuttgart-Untertürkheim

Interview 1-13, TBU Turnerbund Untertürkheim 1888 e. V., Interview mit Rosa-Maria Wolff, Alwin Rieger & Hannelore Gundlach, Vereinsmitglieder, 16.05.2018.

Interview 1-14, Verwaltung, Bezirksamt Untertürkheim, Interview mit Dagmar Wenzel, Bezirksvorsteherin, 16.05.2018.

Interview 1-15, Sozialarbeit, AWO Stuttgart – Flüchtlingsunterkunft Untertürkheim, Interview mit Marius Volkman, Unterkunftsleiter, 16.05.2018.

Interview 1-16, Sozialarbeit, Stadtteil- und Familienzentrum Mäulentreff, Interview mit Corinne Montoya, Koordinatorin, 16.05.2018.

Interview 1-17, Zivilgesellschaft, Bürgerverein Untertürkheim, Interview mit Klaus Enslin, Vereinsvorsitzender, 15.05.2018.

Interview 1-18, Verwaltung, Sozialamt Stuttgart Abteilung Flüchtlinge 506, Interview mit Marco Oliver Luz, Abteilungs-

Interviews Hamburg-Eppendorf

Interview 1-28, Verwaltung, Bezirksamt Hamburg-Nord, Interview mit Nico Schröder, Fachamtsleiter Sozialraummanagement, 20.04.2018.

Interview 1-30, Polizei, Kommissariat 23, Interview mit Thorsten Pech, Polizeibeamter, 19.04.2018.

Interview 1-31, Verwaltung, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI), Interview mit Anselm Sprandel, Leiter und Senatsdirektor des Zentralen Koordi-

Ein Projekt vom Kotti e. V., Interview mit Gemeinwesenmitarbeiterin, 22.08.2019.

Interview 1-8, Zivilgesellschaft, Flüchtlingskirche, Interview mit Leslie Frey, Projektleitung, 17.06.2019.

Interview 1-9, Zivilgesellschaft, Mieter_inneninitiative Kotti & Co., Stadtrundgang mit Sandy Katzenborn, Initiativmitglied, 04.05.2018.

Interview 1-10, Quartiersmanagement Wassertorplatz, Interview mit Dr. Laila Atrache-Younes, Quartiersmanagerin, 15.03.2018.

Interview 1-11, Sozialarbeit, Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften (BENN) am Quartiersmanagement Wassertorplatz, Interview mit Teresa Weis & Felicia Harms, Sozialarbeiterinnen, 20.06.2018.

Interview 1-12, Sozialarbeit, Gemeinschaftsunterkunft Alte Jakobstraße, Interview mit Nathalie Graßmuck, Unterkunftsleiterin, 09.03.2020.

leiter, 14.05.2018.

Interview 1-19, Zivilgesellschaft, Moscheeverein Kuba Mescid Islamische Solidarität in Baden-Württemberg e.V., Interview mit Ali Kılıçaslan, Koordinator für Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung, 15.05.2018.

Interview 1-20, Zivilgesellschaft, Wallmerkirche, Interview mit Martin Hug, Gemeindepfarrer, 15.05.2018.

Interview 1-21, Zivilgesellschaft, Freundeskreis Flüchtlinge Untertürkheim, Interview mit Gerhard Schimpf, Sabine Reichert, Werner Kobitzsch & Cornelia Jaus, Initiativmitglieder, 14.05.2018.

Interview 1-24, Zivilgesellschaft, Interkulturelle Brückenbauerinnen und Brückenbauer, Interview mit Sayima Ergün-Pick, Projektkoordinatorin, 17.05.2018.

Interview 1-25, Polizei, Polizeirevierstation Untertürkheim, Interview mit Peter Dieminger, Revierleiter, 16.05.2018.

nierungsstab Flüchtlinge (ZKF), 19.04.2018.

Interview 1-33, Zivilgesellschaft, Welcome to Eppendorf, Interview mit Gesina Pansch und Barbara Forst, Initiativmitglieder, 20.04.2018.

Interview 1-34, Kultur und Zivilgesellschaft, Kulturhaus Eppendorf/Geschichtswerkstatt Eppendorf, Interview mit Maria Kosser, Maritta Grebe-Senner, Larissa Rode, Klaus Kolb, 19.04.2018.

Interview 1-35, Zivilgesellschaft, Wir-sind-Eppendorf, Inter-

view mit Marthe Friedrichs, Initiativmitglied, 20.04.2018.

Interview 1-36, Zivilgesellschaft, Flüchtlinge nach Eppendorf, Interview mit Götz von Grone, Initiativgründer, 19.04.2018.

Interviews Dresden-Gorbitz

Interview 1-38, Zivilgesellschaft, GoBi (Gorbitzer Bürgerinitiative), Interview mit Mathias Körner, Gründer der Gorbitzer Bürgerinitiative, 06.03.2018.

Interview 1-39, Sozialarbeit, Omse e. V., Interview mit Sören Bär, Josef Rapaj, Wafaa Al-Akrad, Nicole Krüger, Sozialarbeiter, Projektkoordinator, Mitarbeiterin, Ehrenamtliche, 07.03.2018.

Interview 1-40, Verwaltung, Stadtplanungsamt Sachgebiet Stadterneuerung und Quartiersplanung Süd, Interview mit Ingeborg Bürger, Gebietsbetreuerin, 08.03.2018.

Interview 1-41, Politik, Ausschuss für Soziales und Wohnen, Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau, Interview mit Pia Barkow, Parlamentarische Beraterin, 16.05.2018.

KAPITEL 4: INTERVIEWS FORSCHUNGSPHASE 3

Interviews Berlin-Kreuzberg

Interview 3-1, durchgeführt in Berlin-Kreuzberg, 11.11.2019.

Interview 3-2, durchgeführt in Berlin-Kreuzberg, 12.11.2019.

Interview 3-3, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 13.11.2019.

Interview 3-4, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 14.11.2019.

Interview 3-5, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 15.11.2019.

Interview 3-6, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 15.11.2019.

Interview 3-7, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 15.11.2019.

Interview 3-8, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 19.11.2019.

Interviews Stuttgart-Untertürkheim

Interview 3-17, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 21.10.2019.

Interview 3-18, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 22.10.2019.

Interview 3-19, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 22.10.2019.

Interview 3-20, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 22.10.2019.

Interview 3-21, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 22.10.2019.

Interview 3-22, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 22.10.2019.

Interview 3-23, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stutt-

Interview 1-37, Religion/Zivilgesellschaft, St. Martinus Eppendorf, Interview mit Ulrich Thomas, Gemeindepastor, 18.04.2018.

Interview 1-42, Sozialarbeit, Kinder- und Jugendhaus Gorbitz (Stadtjugendring Dresden e. V.), Interview mit Ralf Markmann, Sozialpädagoge, 08.03.2018.

Interview 1-43, Polizei, Polizeirevier Dresden-West, Interview mit Thomas Herbst, Polizeihauptkommissar und Leiter des kommissarischen Polizeireviers, 17.07.2018.

Interview 1-44, Sozialarbeit, SUFW Dresden e. V., Interview mit Jacqueline Modrakowski, Regionalkoordinatorin und Fachbereichsleiterin der Sozialbetreuung in Dresden-West, 19.07.2018.

Interview 1-46, Sozialarbeit, SUFW Dresden e. V., Interview mit Mariana Seeboth, Koordinatorin für Migration und Ehrenamt in Gorbitz, 19.07.2018.

Interview 3-9, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 13.11.2019.

Interview 3-10, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 19.11.2019.

Interview 3-11, durchgeführt in Berlin-Kreuzberg, 14.11.2019.

Interview 3-12, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 28.11.2019.

Interview 3-13, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 20.11.2019.

Interview 3-14, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Berlin-Kreuzberg, 25.11.2019.

Interview 3-15, durchgeführt in Berlin-Kreuzberg, 30.11.2019.

Interview 3-16, durchgeführt in Berlin-Kreuzberg, 07.11.2019.

gart-Untertürkheim, 23.10.2019.

Interview 3-24, durchgeführt am 23.10.2019.

Interview 3-25, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 23.10.2019.

Interview 3-26, durchgeführt in Stuttgart-Untertürkheim, 23.10.2019.

Interview 3-27, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 24.10.2019.

Interview 3-28, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Stuttgart-Untertürkheim, 23.10.2019.

Interview 3-29, durchgeführt in Stuttgart-Untertürkheim, 23.10.2019.

Interviews Hamburg-Eppendorf

Interview 3-30, durchgeführt in Hamburg-Zentrum, 10.12.2019.

Interview 3-31, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 12.12.2019.

Interview 3-32, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 12.12.2019.

Interview 3-33, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 12.12.2019.

Interview 3-34, durchgeführt in Hamburg-Eppendorf, 12.12.2019.

Interview 3-35, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 11.12.2019.

Interview 3-36, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Ham-

Interviews Dresden-Gorbitz

Interview 3-43, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 07.10.2019.

Interview 3-44, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 08.10.2019.

Interview 3-45, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 08.10.2019.

Interview 3-46, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 07.10.2019.

Interview 3-47, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 09.10.2019.

burg-Eppendorf, 11.12.2019.

Interview 3-37, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 11.12.2019.

Interview 3-38, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 10.12.2019.

Interview 3-39, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 11.12.2019.

Interview 3-40, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 11.12.2019.

Interview 3-41, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-Eppendorf, 11.12.2019.

Interview 3-42, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Hamburg-St.Pauli, 12.12.2019.

Interview 3-48, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 08.10.2019.

Interview 3-49, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 07.10.2019.

Interview 3-50, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 10.10.2019.

Interview 3-51, durchgeführt in Dresden-Gorbitz, 09.10.2019.

Interview 3-52, durchgeführt mit Dolmetscher_in in Dresden-Gorbitz, 10.10.2019.

LITERATURVERZEICHNIS

Alesina, Alberto / La Ferrara, Eliana (2000): Participation in heterogeneous communities. In: Quarterly Journal of Economics 115/3, 847–904.

Allport, Gordon W. (1954): The nature of prejudice. Massachusetts: Addison-Wesley.

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2016): Lebensweltlich orientierte Räume (LOR) – Planungsräume [Karte]. FIS Broker. <https://fbinter.stadt-berlin.de/fb/index.jsp> (letzter Zugriff am 31.08.2020).

– Dass. (2019): Statistischer Bericht A I 16 – hj 2/ 18, Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2018. https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2019/SB_A01-05-00_2018h02_BE.pdf (letzter Zugriff am 16.3.2021).

– Dass. (2020): StatIS-BBB. Einwohnerregisterstatistik Berlin (1). Region nach Stichtag und Deutsche/Ausländer [Dataset]. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/webapi/jsf/tableView/tableView.xhtml> (letzter Zugriff am 30.4.2021).

Appiah, Kwame A. (2019): The lies that bind. Rethinking identity. Creed, country, colour, class, culture. London: Profile Books.

Aumüller, Jutta / Daphi, Priska / Biesenkamp, Celine (2015): Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement. Stuttgart: Robert-Bosch-Stiftung.

Balke, Doreen / El-Menouar, Yasemin / Rastetter, Uwe (2014): Einschätzung von Kosten durch Zuwanderer. Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen (ZIS). <https://doi.org/10.6102/zis156> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2021): Ausländische Staatsangehörige. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/TraegerLehrFachkraefte/TraegerIntegrationskurse/Organisatorisches/TeilnahmeKosten/Auslaender/auslaender.html?nn=282656> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

– Dass. (2020): Aktuelle Zahlen. Ausgabe: April 2020. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/AsylinZahlen/aktuelle-zahlen-april-2020.pdf?__blob=publi-

cationFile&v=6 (letzter Zugriff am 14.6.2020).

– Dass. (2019): Dossier: Integrationskurse. Der Allgemeine Integrationskurs. https://www.bamf.de/SharedDocs/Dossiers/DE/Integration/integrationskurse-im-fokus.html?nn=284228&cms_docId=411136 (letzter Zugriff am 10.4.2021).

Beitzer, Hannah (2016): Wie Hamburger Flüchtlingsunterkünfte verhindern. In: *Süddeutsche Zeitung* 7.4.2016. <https://www.sueddeutsche.de/politik/integration-wie-hamburger-fluechtlingsunterkuenfte-verhindern-1.2938527-0#seite-2> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

Benček, David / Strasheim, Julia (2016): Refugees welcome? A dataset on anti-refugee violence in Germany. In: *Research & Politics* October – December 2016, 1–11.

Bernard, Paul (2000): Social Cohesion: A dialectical critique of a quasi-concept? SRA-491. Strategic Research and Analysis, Department of Canadian Heritage, Ottawa: English translation of Bernard, Paul (1999): *La cohésion sociale: critique dialectique d'un quasi concept*. In: *Lien social et politique* 41, 47–59.

Bernt, Matthias/ El-Kayed, Nihad/ Milstrey, Ulrike/ Rößler, Stefanie (2021): Stadtbau und Migration – Herausforderungen für Großwohnsiedlungen. *Planerin*, (1), 51–56.

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin (2021a): Planungsraum Wassertorplatz. <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/bezirkliche-planung-und-koordinierung/sozialraumorientierte-planungskoordination/region/planungsraum-wassertorplatz-836746.php> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

– Dass. (2021b): Planungsraum Oranienplatz. <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/bezirkliche-planung-und-koordinierung/sozialraumorientierte-planungskoordination/region/planungsraum-oranienplatz-836694.php> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

– Dass. (2021c): Planungsraum Moritzplatz. <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/bezirkliche-planung-und-koordinierung/sozialraumorientierte-planungskoordination/region/planungsraum-moritzplatz-836315.php> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

– Dass. (2021d): Willkommen in der Gruppe Erhaltungsgebiete. <https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/aemter/stadtentwicklungsamt/stadtplanung/gruppe-erhaltungsgebiete/> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

Bezirksamt Hamburg-Nord (2020): Veranstaltungshinweis Runder Tisch Loogestraße am 18.03.2020. Mitteilungsvorlage

Bezirksamt Hamburg Nord, 30.1.2020, Drucksachen – Nr. 21-0842.

Bloemraad, Irene / Korteweg, Anna / Yurdakul, Gökçe (2008): Citizenship and immigration: Multiculturalism, assimilation, and challenges to the nation-state. In: *Annual Review of Sociology* 34, 153–179.

Blokland, Talja (2011): 'Even when I see the real scoundrel around here, I don't feel unsafe'. On neighbourhood diversity, conflicts, and safety. In: Heike Herrmann (Hg.), *Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie)*. Wiesbaden: VS Verlag, 173–196.

Blokland, Talja / Giustozzi, Carlotta / Krüger, Daniela / Schilling, Hannah (Hg.) (2016): *Creating the unequal city. The exclusionary consequences of everyday routines in Berlin*. Abingdon/New York: Routledge.

Blokland, Talja / Nast, Julia (2014): From public familiarity to comfort zone: The relevance of absent ties for belonging in Berlin's mixed neighbourhoods. In: *International Journal of Urban and Regional* 38/4, 1142–1159.

Blokland, Talja / van Eijk, Gwen (2010): Do people who like diversity practice diversity in neighbourhood life? Neighbourhood use and the social networks of 'diversity-seekers' in a mixed neighbourhood in the Netherlands. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 36/2, 313–332.

Blumer, Herbert (1958): Race prejudice as a sense of group position. In: *Pacific Sociological Review* 1/1, 3–7.

BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2016): Pressemitteilung vom 6.1.2016. 2015: Mehr Asylanträge in Deutschland als jemals zuvor. www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html (letzter Zugriff am 22.2.2021).

Bobo, Lawrence (1988): Group conflict, prejudice, and the paradox of contemporary racial attitudes. In: Phyllis A. Katz / Dalmas A. Taylor (Hg.), *Eliminating racism. Profiles in controversy*. New York: Plenum Press, 85–114.

Bojadžijev, Manuela / Römhild, Regina (2014): Was kommt nach dem „transnational turn“? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung. In: *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge* 65, 10–24.

Brücker, Herbert / Hauptmann, Andreas / Jaschke, Philipp (2020): Beschränkungen der Wohnortwahl für anerkannte Geflüchtete. Wohnsitzauflagen reduzieren die Chance auf Arbeitsmarktintegration. IAB-Kurzbericht No. 3/2020, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <http://doku.iab.de/kurzber/2020/kb0320.pdf> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

Bürgerinitiative Eppendorf/Lokstedt (2018): Integration statt Großwohnsiedlung. Über Uns. <http://eppendorf-lokstedt>.

- de/ueber-uns-2/ (letzter Zugriff am 23.2.2018).
- Dies. (2016): Informationsflyer „Das Bezirksamt Nord plant in Eppendorf: 3000 Flüchtlinge in 500 Wohnungen in einer Großsiedlung“, Aufruf zur Teilnahme an der Informationsveranstaltung des Bezirksamts vom 18.2.2016.
- Bürgerschaft FHH – Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg** (2016): Konsens mit den Initiatoren der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“, Drucksache 21/5231. <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/53721/konsens-mit-den-initiatoren-der-volksinitiative-%E2%80%9Ehamburg-f%C3%BCr-gute-integration%E2%80%9C.pdf> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Butler**, Tim (2010): Consumption and culture. In: Japonica Brown-Saracino (Hg.), *The gentrification debates*. New York u. a.: Routledge, 235–260.
- Çağlar**, Ayşe S. (2001): Stigmatisierende Metaphern und die Transnationalisierung sozialer Räume in Berlin. In: Frank Geseemann (Hg.), *Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag, 333–346.
- Caillé**, Alain (2011): *Pour un manifeste du convivialisme*. Lyon: Lectures.
- Canan**, Coşkun / **Foroutan**, Naika (2016): Deutschland postmigrantisch III. Migrantische Perspektiven auf deutsche Identitäten – Einstellungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu nationaler Identität in Deutschland. https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/Deutschland_Postmigrantisch_3__Juni_2016.pdf (letzter Zugriff am 9.11.2020).
- Cremer**, Hendrik (2017): Racial Profiling: eine menschenrechtswidrige Praxis am Beispiel anlassloser Personenkontrollen. In: Karim Fereidooni / Meral El (2017), *Rassismuskritik und Widerstandsformen*. Wiesbaden: Springer VS, 405–414.
- Decker**, Oliver / **Kiess**, Johannes / **Brähler**, Elmar (Hg.) (2016): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Diekmann**, Daniel / **Fereidooni**, Karim (2019): Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen geflüchteter Menschen in Deutschland: ein Forschungsüberblick. In: *Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung* 3/2, 343–360.
- Dinesen**, Peter T. / **Sonderskov**, Kim M. (2015): Ethnic diversity and social trust: Evidence from the micro-context. In: *American Sociological Review* 80/3, 550–573.
- Dinkelaker**, Samia / **Huke**, Nikolai / **Tietje**, Olaf (Hg.) (2021): *Nach der „Willkommenskultur“: Geflüchtete zwischen umkämpfter Teilhabe und zivilgesellschaftlicher Solidarität*. Bielefeld: transcript.
- Doomernik**, Jeroen / **Glorius**, Birgit (2016): Editorial. In: Birgit Glorius / Jeroen Doomernik (Hg.), *Refugee migration and local demarcations. New insight into European localities*, Special Issue, *Journal of Refugee Studies* 29/4, 429–439.
- Durchdenwald**, Thomas (2018): So teuer ist das Wohnen in den einzelnen Stadtbezirken. In: *Stuttgarter Zeitung Online* 2.11.2018. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.mietpreise-in-stuttgart-so-teuer-ist-das-wohnen-in-den-einzelnen-stadtbezirken.4e55ff37-1511-45e8-bfc9-7f59b083f8a9.html> (letzter Zugriff am 7.10.2020).
- Elias**, Norbert / **Scotson**, John L. (2002 [1965]): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- El-Kayed**, Nihad (2018): *Local Conditions of Democracy – The relevance of neighborhoods for political participation of first and second-generation immigrants*. Dissertation an der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin.
- El-Kayed**, Nihad / **Bernt**, Matthias / **Hamann**, Ulrike / **Pilz**, Madlen (2020): *Peripheral estates as arrival spaces? Conceptualising research on arrival functions of new immigrant destinations*. In: Yvonne Franz / Heike Hanhörster (Hg.), *Urban arrival spaces. Social co-existence in times of changing mobilities and local diversity*, Special Issue, *Urban Planning* 5/3, 103–114.
- El-Kayed**, Nihad / **Hamann**, Ulrike (2018): *Refugees’ access to housing and residency in German cities: Internal border regimes and their local variations*. In: *Social Inclusion* 6/1, 135–146.
- Ellermann**, Antje (2009): *States against migrants. Deportation in Germany and the United States*. Cambridge/New York: Cambridge University Press.
- Espahangizi**, Kijan / **Jain**, Rohit / **Michel**, Noémi / **Naguib**, Tarek / **Pinto**, Jovita / **Plümecke**, Tino / **Purtschert**, Patricia / **Schär**, Bernhard C. / **Schilliger**, Sarah (2016): *Racial/Ethnic Profiling. Institutioneller Rassismus – kein Einzelfallproblem. Öffentliche Stellungnahme zur institutionellen Verantwortung für diskriminierende Polizeikontrollen*. <https://kop-berlin.de/files/113> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Flüchtlingsrat Baden-Württemberg** (2019): *Wohnsitzauflagen im Migrationsrecht*. <https://fluechtlingsrat-bw.de/wp-content/uploads/2020/07/2019-12-Broschuere-Wohnsitzauflagen.pdf> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Fontanari**, Elena (2016): *Looking for Neverland: the experience of the group „Lampedusa in Berlin“ and the refugee protest of Oranienplatz*. In: Gökce Yurdakul / Regina Römhild / Anja Schwanhäußer / Birgit zur Nieden (Hg.), *Witnessing the transition. Moments in the Long Summer of Migration*. Berlin:

Assoziation A, 15–35.

Forgiarini, Matteo / Gallucci, Marcello / Maravita, Angelo (2011): Racism and the empathy for pain on our skin. In: *Front Psychology* 2/108, <https://doi.org/10.3389/fpsyg.2011.00108> (letzter Zugriff am 9.11.2020).

Foroutan, Naika (2015): Konviale Integration in postmigrantischen Gesellschaften. In: Frank Adloff / Volker M. Heins (Hg.), *Konvivialismus. Eine Debatte*. Bielefeld: transcript, 205–216.

Foroutan, Naika (2019): Die postmigrantische Gesellschaft. Ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript.

Foroutan, Naika / Hamann, Ulrike / El-Kayed, Nihad / Jorek, Susanna (2017): Zwischen Lager und Mietvertrag. Wohnunterbringung geflüchteter Frauen in Berlin und Dresden. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

Foroutan, Naika / Kalter, Frank / Canan, Coşkun / Simon, Mara (2019): Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung. Unter Mitarbeit von Daniel Kubiak und Sabrina Zajak. Berlin: DeZIM-Institut.

Freie und Hansestadt Hamburg (2013): Wohnungsbauprogramm 2014. Bezirk Hamburg-Nord. <https://www.hamburg.de/contentblob/4257974/6693a55e3a82660588adf3dbea1c9887/data/wohnungsbauprogramm-hamburg-nord-2014.pdf> (letzter Zugriff am 10.4.2021).

Friedrichs, Jürgen / LeBlke, Felix / Schwarzenberg, Vera (2019): Die Akzeptanz von Flüchtlingen: eine vergleichende Studie sechs deutscher Wohngebiete. In: *Raumforschung und Raumordnung* 77/4, 349–366.

Friedrichs, Nils / Barp, Francesca / Mualem Sultan, Marie / Weiss, Karin (2020): Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft. Berlin: SVR-Forschungsbereich.

Gerlach, Heli / Becker, Nicole / Fuchs, Angela / Wollny, Anja / Abholz, Heinz-Harald (2008): Diskriminierung von Schwarzen aufgrund ihrer Hautfarbe? Ergebnisse von Fokusgruppensitzungen mit Betroffenen im deutschen Gesundheitswesen. In: *Das Gesundheitswesen* 70/1, 47–53.

Gesemann, Frank / Seidel, Alexander / Mayer, Margit (2019): Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen, vhw-Schriftenreihe 13. Berlin: vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.

GESIS, Universität Bielefeld (2013): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF Surveys 2002–2011) – Variable Report. GESIS-Variable Reports 2013|80.

Gilroy, Paul (2004): *After empire. Melancholia or convivial culture?* London: Routledge.

Gilroy, Paul (2006): Colonial crimes and convivial cultures. In: *Rethinking nordic colonialism. Act. 2 Greenland*. <http://www.rethinking-nordic-colonialism.org/files/pdf/ACT2/ESSAYS/Gilroy.pdf> (letzter Zugriff am 22.4.2019).

Glick-Schiller, Nina / Çağlar, Ayşe / Gulbrandsen, Thaddeus C. (2006): Jenseits der „ethnischen Gruppe“ als Objekt des Wissens: Lokalität, Globalität und Inkorporationsmuster von Migranten. In: Helmut Berking (Hg.), *Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen*. Frankfurt am Main: Campus, 105–144.

GoBI Dresden – Gorbitzer Bürger Initiative (2021): GOBI. <http://www.gobi-dresden.wg.vu/gobi/?wgsid=438e1r4jt-05p81icgk3efvlua0> (letzter Zugriff am 18.3.2021).

Göller, Norbert (2002): *Gorbitz. Aus der Geschichte eines Dresdner Stadtteils*. Herausgegeben von der Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden. Dresden: Sandstein Verlag.

Gundelach, Birte (2014): In diversity we trust: The positive effect of ethnic diversity on outgroup trust. In: *Political Behavior* 36/1, 125–142.

Gundelach, Birte / Traummüller, Richard (2010): Kulturelle Diversität und sozialer Zusammenhalt: eine Mehrebenenanalyse zum Einfluss multikultureller Kontexte auf das Sozialkapital in den deutschen Regionen. In: Markus Freitag / Adrian Vatter (Hg.), *Vergleichende subnationale Analysen für Deutschland. Institutionen, Staatstätigkeiten und politische Kulturen*. Münster: Lit-Verlag, 315–343.

Hall, Peter A. / Lamont, Michèle (Hg.). (2013): *Social resilience in the neoliberal era*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hamann, Ulrike / Kaltenborn, Sandy / Kotti & Co. (Hg.) (2015): *Und deswegen sind wir hier*: Kotti & Co. Leipzig: Spector Books.

Hamann, Ulrike / Karakayali, Serhat / Wallis, Mira / Höfler, Leif J. (2016): *Erhebung zu Koordinationsmodellen und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Hamann, Ulrike / Türkmen, Ceren (2020): Communities of struggle: The making of a protest movement around housing, migration and racism beyond identity politics in Berlin. In: *Territory, Politics, Governance* 8/4, 515–531.

Hanhörster, Heike (2019): Inklusion und Exklusion Zugewanderter auf dem Mietwohnungsmarkt: zur Rolle institutioneller Wohnungsanbieter. In: *Stadtforschung und Statistik. Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker* 32/1, 45–49.

Hanhörster, Heike / Weck, Sabine (2016): *Cross-local ties to migrant neighborhoods: the resource transfers of out-migrant*

- ing Turkish middle-class households. In: *Cities* 59, 193–199.
- Hanhörster, Heike / Wessendorf, Susanne** (2020): The role of arrival areas for migrant integration and resource access. In: Yvonne Franz / Heike Hanhörster (Hg.), *Urban arrival spaces. Social co-existence in times of changing mobilities and local diversity*, Special Issue, *Urban Planning* 5/3, 1–10.
- Hans, Nils / Hanhörster, Heike / Polívka, Jan / Beißwenger, Sabine** (2019): Die Rolle von Ankunftsräumen für die Integration Zugewanderter: eine kritische Diskussion des Forschungsstandes. In: *Raumforschung und Raumordnung* 77/5, 1–14.
- Heitmeyer, Wilhelm** (2011) (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 10*. Berlin: Suhrkamp.
- Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie** (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, WZB Discussion Paper P 2018–001. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf> (letzter Zugriff am 25.8.2020).
- Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie** (2019): Wo findet „Integration“ statt? Die sozialräumliche Verteilung von Zuwanderern in den deutschen Städten zwischen 2014 und 2017, WZB Discussion Paper P 2019–003. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2019/p19-003.pdf> (letzter Zugriff am 25.8.2020).
- Hentges, Gudrun / Staszczak, Justyna** (2010): Geduldet, nicht erwünscht. Auswirkungen der Bleiberechtsregelung auf die Lebenssituation geduldeter Flüchtlinge in Deutschland. Stuttgart: ibidem-Verlag.
- Hess, Sabine / Kasparek, Bernd** (2019): The post-2015 European border regime. New approaches in a shifting field. In: *Archivio Antropologico Mediterraneo* [Online], Anno XXII, 21/2. <https://doi.org/10.4000/aam.1812> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Hess, Sabine / Binder, Jana / Moser, Johannes** (2009): No integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld: transcript Verlag.
- Huke, Nikolai** (2020): Ganz unten in der Hierarchie. Rassismus als Arbeitsmarkthindernis für Geflüchtete, Herausgegeben in Kooperation mit Pro Asyl und der IG Metall. http://www.welcome-democracy.de/sites/default/files/2020-11/Studie_GanzUnten_web.pdf (letzter Zugriff am 15.2.2021).
- Hunold, Daniela / Wegner, Maren** (2020): Rassismus und Polizei: zum Stand der Forschung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42–44, 27–32.
- Hüttermann, Jörg** (2000): Der avancierende Fremde: zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. In: *Zeitschrift für Soziologie* 44/4, 275–293.
- IFI Hamburg – Initiative für erfolgreiche Integration Ham-**
- burg** (2020): Über IFI Hamburg. <https://www.ifi-hamburg.de/> (letzter Zugriff am 1.10.2020).
- Dies. (2021): Über IFI Hamburg. Forderungen. <https://www.ifi-hamburg.de/%C3%BCber-ifi-hamburg/forderungen/> (letzter Zugriff am 11.3.2021).
- Dies. (2017): „Eppendorfer Konzept“ zur Flüchtlingsunterbringung, <https://www.gute-integration.de/2017/07/17/viel-geschafft-aber-noch-viel-vor/> (letzter Zugriff am 27.4.2021).
- Investitionsbank Berlin** (2018): IBB Wohnungsmarktbericht 2018. https://www.ibt.de/media/dokumente/publikationen/berliner-wohnungsmarkt/wohnungsmarktbericht/ibt_wohnungsmarktbericht_2018.pdf (letzter Zugriff am 29.10.2020).
- Igel, Ulrike / Brähler, Elmar / Grande, Gesine** (2010): Der Einfluss von Diskriminierungserfahrungen auf die Gesundheit von MigrantInnen. In: *Psychiatrische Praxis* 37/4, 183–190.
- Jäckle, Sebastian / König, Pascal D.** (2016): Xenophobic violence after Brexit: How Britain could learn from Germany’s experience. <http://www.democraticaudit.com/2016/11/04/xenophobic-violence-after-brexit-how-britain-could-learn-from-germanys-experience/> (letzter Zugriff am 9.4.2021).
- Kaps, Christina** (2020): Der Görlitzer Park im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Problemlagen und Handlungsfelder der kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 70. Berlin: Landeskommission Berlin gegen Gewalt.
- Karakayali, Serhat / Kleist, Olaf** (2015): Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kempkens, Sebastian** (2019): Angekommen in der Warteschleife. In: *Die Zeit* 49, 28.11.2019, 2.
- Kesler, Christel / Bloemraad, Irene** (2010): Does immigration erode social capital? The conditional effects of immigration-generated diversity on trust, membership, and participation across 19 countries, 1981–2000. In: *Canadian Journal of Political Science* 43/2, 319–347.
- Kirchhoff, Gudrun / Landua, Detlef / Reimann, Bettina** (2019): Kommunalumfrage: Zuwanderung, Wohnen, Nachbarschaft. Bericht im Rahmen des Forschungsprojekts „Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern“. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.
- Kluge, Ulrike / Aichberger, Marion C. / Heinz, Richard E. / Udeogu-Gözalán, Christina / Abdel-Fatah, Dana** (2020): Rassismus und psychische Gesundheit. In: *Nervenarzt* 91, 1017–1024.

- Koch, Jakob** (2016): Eppendorf wehrt sich gegen Flüchtlings-Großunterkunft. In: Welt, 9.2.2016. <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article152024319/Eppendorf-wehrt-sich-gegen-Fluechtlings-Grossunterkunft.html> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Koch, Jakob / Woldin, Philipp** (2016a): Warum 2400 Flüchtlinge zu viel für Eppendorf sind. In: Welt, 19.4.2016. <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article154506511/Warum-2400-Fluechtlinge-zu-viel-fuer-Eppendorf-sind.html> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Koch, Jakob / Woldin, Philipp** (2016b): Videobeitrag zu dem Artikel „Warum 2400 Flüchtlinge zu viel für Eppendorf sind“. In: Welt, 19.4.2016. <https://www.welt.de/regionales/hamburg/article154506511/Warum-2400-Fluechtlinge-zu-viel-fuer-Eppendorf-sind.html> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Koopmans, Ruud / Veit, Susanne** (2014): Ethnic diversity, trust, and the mediating role of positive and negative interethnic contact: A priming experiment. In: Social Science Research 47, 91–107.
- Kotti-Coop e. V.** (2018): Re-Kommunalisierung Plus. https://kottbusertor.org/rekommstudiekotti_web.pdf (letzter Zugriff am 29.10.2020).
- Krause, Ulrike / Schmidt, Hannah** (2018): Vom Opfer zum Akteur? Diskurse über Resilienz von Flüchtlingen und im Flüchtlingsschutz. In: IMIS-Beiträge 52, 7–32.
- Kreichauf, René** (2017): Michel Foucault: Raum als relationales Mittel zum Verständnis und zur Produktion von Macht. In: Frank Eckardt (Hg.), Schlüsselwerke der Stadtforschung. Wiesbaden: Springer VS, 411–434.
- Kunstlinik – Kulturzentrum Eppendorf** (2021): Geschichte. <https://kunstlinik.hamburg/start/geschichte/> (letzter Zugriff am 27.4.2021).
- Lamont, Michèle / Welburn, Jessica S. / Fleming, Crystal M.** (2015): Formen des Umgangs mit Diskriminierung und soziale Resilienz im Neoliberalismus: die Vereinigten Staaten im Vergleich. In: Martin Endreß / Andrea Maurer (Hg.), Resilienz im Sozialen. Theoretische und empirische Analysen. Wiesbaden: Springer VS, 89–122.
- Lamprecht, Stephanie** (2017): Geschmacklose Aktion gegen Flüchtlinge. Der Sarg-Skandal von Eppendorf. In: Hamburger Morgenpost, 13.6.2017. <https://www.mopo.de/hamburg/geschmacklose-aktion-gegen-fluechtlinge-der-sarg-skandal-von-eppendorf-27783052> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung Hamburg** (2021): Karte Hamburger Flüchtlingsunterkünfte. <https://geoportal-hamburg.de/fluechtlingsunterkuenfte/?bezirk=0> (letzter Zugriff am 29.2.2021).
- Landeshauptstadt Dresden** (2019): Unterbringung. Asyl in Dresden. <https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/migration/asyl/unterbringung.php> (letzter Zugriff am 24.3.2021).
- Dies. (2020): Soziale Stadt: Gorbitz. https://www.dresden.de/de/stadtraum/planen/stadtentwicklung/stadterneuerung/soziale_stadt/Gorbitz.php (letzter Zugriff am 20.4.2021).
- Dies. (2021): Soziale Betreuung geflüchteter Menschen. Vernetzt und im Dialog – Migrationssozialarbeit in Dresden. <https://www.dresden.de/de/leben/gesellschaft/migration/hilfe/fluechtlingssozialarbeit.php> (letzter Zugriff am 20.4.2021).
- Landeshauptstadt Dresden Kommunale Statistikstelle** (2015): Statistische Mitteilungen. Bevölkerung und Haushalte 2014. https://www.dresden.de/media/pdf/onlineshop/statistikstelle/Bevoelkerung_und_Haushalte_2014.pdf (letzter Zugriff am 10.2.2021).
- Dies. (2016): Statistische Mitteilungen. Stadtteilkatalog 2014. <https://www.dresden.de/media/pdf/onlineshop/statistikstelle/Stadtteilkatalog2014.pdf> (letzter Zugriff am 30.4.2021).
- Dies. (2019a): Statistische Mitteilungen. Bevölkerung und Haushalte 2018. https://www.dresden.de/media/pdf/onlineshop/statistikstelle/Bevoelkerung_und_Haushalte_2018.pdf (letzter Zugriff am 10.2.2021).
- Dies. (2019b): Statistische Mitteilungen. Stadtteilkatalog 2018. https://www.dresden.de/media/pdf/onlineshop/statistikstelle/120_080_010_Stadtteilkatalog_2018.pdf (letzter Zugriff am 10.2.2021).
- Dies. (2020): Bevölkerungsbestand, Tab. 8: Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Stadtteilen 1990 bis 2020. https://www.dresden.de/media/pdf/statistik/Statistik_1211_15-16_E2012-1990_nach_ST_und_Agr.pdf (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Landeshauptstadt Dresden Sozialamt** (2018): Wohnungsnotfallhilfekzept 2018. Konzept zur integrierten Versorgung von wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen in Dresden. https://www.dresden.de/media/pdf/sozialamt/Wohnungsnotfallhilfekzept_2018_V2145.pdf (letzter Zugriff am 24.3.2021).
- Landeshauptstadt Stuttgart Amt für Statistik** (2015): Datenkompass Stuttgart Auszug: Stadtbezirk Untertürkheim. Auflage 2014/2015. Stuttgart 2015.
- Landeshauptstadt Stuttgart** (2020a): Sozialmonitoring der Landeshauptstadt Stuttgart: Stadtbezirke. Einwohner nicht deutsch gesamt: 2018 – Stadtbezirke [Interaktive Karte]. <https://statistik.stuttgart.de/statistiken/sozialmonitoring/atlas/Stadtbezirke/out/atlas.html> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Dies. (2020b): Sozialmonitoring der Landeshauptstadt Stuttgart: Stadtbezirke. Arbeitslos Gemeldete: 2018 – Stadtbezirke

- [Interaktive Karte]. <https://statistik.stuttgart.de/statistiken/sozialmonitoring/atlas/Stadtbezirke/out/atlas.html> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Landtag von Baden-Württemberg** (2017): Lageangepasste Wohnsitzregelung in Gemeinden und Städten Baden-Württembergs. Kleine Anfrage des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Antwort des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration. https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/2000/16_2931_D.pdf (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Laurence, James / Bentley, Lee** (2016): Does ethnic diversity have a negative effect on attitudes towards the community? A longitudinal analysis of the causal claims within the stuehnic diversity and social cohesin debate. In: *European Sociological Review* 32/1, 54–67.
- Lees, Loretta** (2008): Gentrification and social mixing: Towards an inclusive urban renaissance? In: *Urban Studies* 45/12, 2449–2470.
- Leithold, Daniel / Oesingmann, Katrin** (2016): Institutionelle Grundlagen zum Asylrecht und zur Integration von Flüchtlingen in Deutschland. In: *ifo Schnelldienst* 69/1, 29–37.
- Marshall, Thomas H.** (1950): *Citizenship and social class and other essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Marth, Julia / Grau, Andreas / Legge, Sandra** (2010): Fremdenfeindlichkeit. Warum der lokale Kontext einen Unterschied macht. In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände, Folge 9*. Berlin: Suhrkamp, 61–81.
- M'bayo, Rosaline** (2009): Zur Gesundheitsversorgung afrikanischer Migrantinnen. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), *Dossier Migration und Gesundheit*, 29–36. http://kultur-gesundheit.de/projekt/publikationen_vortraege/dokumente_weitere/dossier_migration_und_gesundheit.pdf (letzter Zugriff am 9.11.2020).
- Mediendienst Integration** (2016): Unterbringung. Sind Flüchtlinge ein Konjunktur-Motor für den Wohnungsmarkt? https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MDI_Informationspapier_Fluechtlinge_auf_dem_Wohnungsmarkt_August_2016.pdf (letzter Zugriff am 14.7.2017).
- Meeus, Bruno / Arnaut, Karel / van Heur, Bas** (Hg.) (2019): *Arrival infrastructures. Migration and urban social mobilities*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Münch, Sybille** (2013): Rahmenbedingungen von Zuwanderung und interkulturellem Zusammenleben in den ost-deutschen Bundesländern – eine Bestandsaufnahme. In: *Raumforschung und Raumordnung* 71, 261–271.
- Netzwerk Recht auf Stadt** (2016): *Migration findet Stadt. Gegen die Hysterie – für eine andere Planung*. Plenum des Netzwerks Recht auf Stadt, 9.2.2016. <http://www.rechtaufstadt.net/migration-findet-stadt/> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Nguyen, Toan Quoc** (2014): „Offensichtlich und zugedeckt“ – Alltagsrassismus in Deutschland. <https://www.bpb.de/dialog/194569/offensichtlich-und-zugedeckt-alltagsrassismus-in-deutschland> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Nowicka, Magdalena / Vertovec, Steven** (2014): Comparing convivialities: Dreams and realities of living-with-difference. In: *European Journal of Cultural Studies* 17/4, 341–356.
- Ogette, Tupoka** (2019): *Exit Racism. Rassismuskritisch denken lernen*. Münster: Unrast Verlag.
- Oulios, Miltiadis** (2015): *Blackbox Abschiebung. Geschichte, Theorie und Praxis der deutschen Migrationspolitik*. 2. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Ousman, Mamadou** (2014): „Es gibt zwar Organisationen und Beratungsstellen, die junge Flüchtlinge unterstützen, aber wir können und müssen auch für uns selbst sprechen.“ Erfahrungen über unsere Tätigkeit bei Jugendliche ohne Grenzen. In: Maren Gag / Franziska Voges (Hg.), *Inklusion auf Raten. Zur Teilhabe von Flüchtlingen an Ausbildung und Arbeit*. Münster/New York: Waxmann, 156–163.
- Parusel, Bernd** (2017): Asylsuchende aus Afghanistan und die Defizite des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems. In: *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 1/2, 275–297.
- Pascoe, Elizabeth A. / Smart Richman, Laura** (2009): Perceived discrimination and health. A meta-analytic review. In: *Psychological Bulletin* 135, 531–554.
- Patzelt, Werner J.** (2015): Was und wie denken PEGIDA-Demonstranten? Analyse der PEGIDA-Demonstranten am 25. Januar 2015, Dresden. Ein Forschungsbericht. <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/polsys/ressourcen/dateien/forschung/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015-01.pdf?lang=de> (letzter Zugriff am 22.1.2021).
- Pestel-Institut** (2012): *Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland*, Hannover. <http://www.pestel-institut.de/images/18/Studie%20Sozialer-Wohnungsbau%2008-2012.pdf> (letzter Zugriff am 5.7.2017).
- Pettigrew, Thomas F.** (1998): Intergroup contact theory. In: *Annual Review of Psychology* 49/1, 65–85.
- Pettigrew, Thomas F. / Christ, Oliver / Wagner, Ulrich / Meertens, Roel W. / Van Dick, Rolf / Zick, Andreas** (2008): Relative deprivation and intergroup prejudice. In: *Journal of Social Issues* 64/2, 385–401.
- Pettigrew, Thomas F. / Tropp, Linda R.** (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 90/5, 751–783.
- planbar3** (2017): *Zukunft Untertürkheim – Zwischen Weinkul-*

- tur und Weltpräsenz. Abschlussbericht zum Bürgerbeteiligungsprozess Rahmenplan Untertürkheim. <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/file/5922dcf9d4f3dbac70440314/> (letzter Zugriff am 09.11.2020).
- Portes, Alejandro / Landolt, Patricia** (1996): The downside of social capital. In: *American Prospect* 26/May – June, 18–21.
- Prasad, Nivedita** (2009): Gewalt und Rassismus als Risikofaktoren für die Gesundheit von Migrantinnen. <https://heimatkunde.boell.de/de/2013/11/18/gewalt-und-rassismus-als-risikofaktoren-für-die-gesundheit-von-migrantinnen> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Putnam, Robert D.** (2000): *Bowling alone. The collapse and revival of American community.* New York: Simon and Schuster.
- Putnam, Robert D.** (2007): E Pluribus Unum: Diversity and community in the twenty-first century. In: *Scandinavian Political Studies* 30/2, 137–174.
- Quartiersmanagement Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße** (2017): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2017–2019. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/download/ihek/IHEK_2017_QM_Zentrum_Kreuzberg_Oranienstrasse.pdf (letzter Zugriff am 14.7.2017).
- Rink, Dieter / Schönig, Barbara / Gardemin, Daniel / Holm, Andrej** (2015): Städte unter Druck. Die Rückkehr der Wohnungsfrage. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6, 69–79.
- Römhild, Regina** (2018): Konvivialität – Momente von Post-Otherness. In: Marc Hill / Erol Yildiz (Hg.), *Postmigrantische Visionen.* Bielefeld: transcript.
- Sassen, Saskia** (1996): Rebuilding the global city: Economy, ethnicity, and space. In: Anthony D. King (Hg.), *Re-presenting the city. Ethnicity, capital and culture in the twenty-first century metropolis.* Basingstoke: Macmillan, 23–42.
- Schaeffer, Merlin** (2013): Inter-ethnic neighbourhood acquaintances of migrants and natives in Germany: on the brokering roles of inter-ethnic partners and children. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 39/8, 1219–1240.
- Scheer, Lisa** (2016): Kotti & Co. Ein Beispiel neuer Protestformen als Antwort auf neue Formen der Verdrängung. In: Ilse Helbrecht (Hg.), *Gentrifizierung in Berlin. Verdrängungsprozesse und Bleibestrategien.* Bielefeld: transcript, 15–183.
- Scherr, Albert / Scherschel, Karin** (2019): Wer ist ein Flüchtling? Grundlagen einer Soziologie der Zwangsmigration. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schiefer, David** (2017): *Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland.* Berlin: Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR-Forschungsbereich) und Robert-Bosch-Stiftung.
- Schirg, Oliver** (2016): Anwohner verhindern Bau von Flüchtlingsheim. In: *Berliner Morgenpost*, 5.4.2016. www.morgenpost.de/vermischtes/article207387811/Strasse-zugemarkt-Bau-von-Fluechtlingsheim-muss-warten.html (letzter Zugriff am 22.2.2021).
- Schmid, Katharina / Al Ramiah, Ananthi / Hewstone, Miles** (2014): Neighborhood ethnic diversity and trust: The role of intergroup contact and perceived threat. In: *Psychological Science* 25/3, 665–674.
- Schmitt, Michael T. / Branscombe, Nyla R. / Postmes, Tom / Garcia, Amber** (2014): The consequences of perceived discrimination for psychological well-being: A meta-analytic review. In: *Psychological Bulletin* 140/4, 921–948.
- Schnabel, Annette / Tranow, Ulf** (2020): Zur Einleitung: Grenzziehungen der Solidarität. In: *Berliner Journal für Soziologie* 30/1, 5–22.
- Schnapka, Charlotte / Schäfer, Thomas** (2019): Der Umgang unbegleiteter geflüchteter Jugendlicher mit rassistischer Diskriminierung in Dresden und die Auswirkungen auf ihr psychisches Wohlergehen. In: *Zeitschrift für Flucht- und Flüchtlingsforschung* 3/2, 177–218.
- Schönig, Barbara / Rink, Dieter / Gardemin, Daniel / Holm, Andrej** (2017): Paradigmenwechsel in der kommunalen Wohnungspolitik? Variationen kommunalisierter Wohnungspolitik im transformierten Wohlfahrtsstaat. In: Marlon Barbehön / Sybille Münch (Hg.), *Variationen des Städtischen – Variationen lokaler Politik.* Wiesbaden: Springer VS, 25–62.
- Schröteler-von Brandt, Hildegard / Schmitt, Gisela** (2016): Behutsame Stadterneuerung: Städtebauliche Sanierung. In: Hildegard Schröteler-von Brandt / Gisela Schmitt (Hg.), *Stadterneuerung. Eine Einführung.* Wiesbaden: Springer Fachmedien, 154–182.
- Schweitzer, Helmuth** (2018): Wenn der Staat mit seinem Deutsch (fast) am Ende ist ... Chancen und Grenzen der neudeutschen Mehrsprachigkeit bei der Überwindung der Politik zur einsprachigen Assimilierung. In: Frank Gesemann / Roland Roth (Hg.), *Handbuch Lokale Integrationspolitik.* Wiesbaden: Springer VS, 435–460.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin** (2015): *Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2015. 2.1. Indexindikatoren nach Status und Dynamik – Anteilswerte – auf Ebene der Planungsräume 2014.* https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2015/tab/2.1.IndexInd_Anteile_PLR_MSS2015.pdf (letzter Zugriff am 30.4.2021).

- Dies. (2017): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2017. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2017/Monitoring_Soziale_Stadtentwicklung_2017-Bericht.pdf (letzter Zugriff am 7.10.2020).
- Dies. (2019): Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2019. 2.1. Indexindikatoren nach Status und Dynamik – Anteilswerte – auf Ebene der Planungsräume 2018. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/download/2019/tab/2.1.IndexInd_Anteile_PLR_MSS2019.pdf (letzter Zugriff am 10.2.2021).
- Dies. (2020): Dokumentation zur Modifikation der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR). https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/lor/download/Dokumentation_zur_Modifikation_LOR_2020.pdf (letzter Zugriff am 17.3.2021).
- Dies. (2021): Wohnberechtigungsschein (WBS). https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mieterfibelf/de/mf_wbs.shtml (letzter Zugriff am 3.3.2021).
- SFA – Stabsstelle Flüchtlinge und übergreifende Aufgaben** (2018): Klagen gegen Flüchtlingsunterkünfte. <https://www.hamburg.de/fluechtlinge-daten-fakten/4672976/klagen-gegen-unterkuenfte> (letzter Zugriff am 4.3.2019).
- Soysal, Yasemin N.** (1994): Limits of citizenship. Migrants and postnational membership in Europe. Chicago: The University of Chicago Press.
- Stadt Hamburg** (2019): Sehenswertes Eppendorf. <https://www.hamburg.de/sehenswertes-eppendorf/> (letzter Zugriff am 16.3.2021).
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein** (2015): Hamburger Stadtteil-Profile. Berichtsjahr 2015. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/NR17_Statistik-Profile_HH_2015.pdf (letzter Zugriff am 10.2.2021).
- Dass. (2019): Hamburger Stadtteil-Profile. Berichtsjahr 2018. https://www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/NORD.regional/NR21_Statistik-Profile_HH-2018.pdf (letzter Zugriff am 10.2.2021).
- Statistisches Amt Stuttgart** (2018): Eigentümerstruktur Untertürkheim. Anzahl der Wohnungen nach Eigentümer des Gebäudes am 9.5.2011 in Stuttgart-Untertürkheim [Persönliche Korrespondenz mit Matthias Strauss, Datum: 22.11.2018].
- Dass. (2020a): Sozialmonitoring der Landeshauptstadt Stuttgart: Stadtbezirke. <https://statistik.stuttgart.de/statistiken/sozialmonitoring/atlas/Stadtbezirke/out/atlas.html> (letzter Zugriff am 27.4.2021).
- Dass. (2020b): Sozialmonitoring der Landeshauptstadt Stuttgart: Stadtteile. <https://statistik.stuttgart.de/statistiken/sozialmonitoring/atlas/Stadtteile/out/atlas.html> (letzter Zugriff am 27.4.2021).
- Statistisches Bundesamt** (2017). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2012. https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00037311/2010220127004_korr21032017.pdf (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Dass. (2021): Sozialberichterstattung. OECD-Skala. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Sozialberichterstattung/Glossar/oecd-skala.html> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Steffens, Philipp** (2017): Sarg-Aktion in Eppendorf. Kein Platz für Flüchtlinge. In: die tageszeitung, 16.6.2017. <https://taz.de/Sarg-Aktion-in-Eppendorf!/5417885/> (letzter Zugriff am 10.4.2021).
- Sturgis, Patrick / Brunton-Smith, Ian / Read, Sanna / Allum, Nick** (2011): Does ethnic diversity erode trust? Putnam's 'hunkering down' thesis reconsidered. In: British Journal of Political Science 41/1, 57–82.
- Tajfel, Henry / Turner, John C.** (1986): The social identity theory of intergroup behavior. In: Stephen Worchel / William G. Austin (Hg.), Psychology of Intergroup Relation. Chicago: Hall Publishers, 7–24.
- Tanis, Kerstin** (2020): Entwicklungen in der Wohnsituation Geflüchteter. Ausgabe 05/2020 der Kurzanalysen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Ünsal, Nadiye** (2015): Challenging „refugees“ and „supporters“: intersectional power structures in the refugee movement in Berlin. In: movements - Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1/2, 1–18.
- Velho, Astride** (2011): Auswirkungen von Rassismuserfahrungen auf die Gesundheit, das Befinden und die Subjektivität. Ansätze für eine reflexive Berufspraxis. In: Landeshauptstadt München, Direktorium, Antidiskriminierungsstelle für Menschen mit Migrationshintergrund AMIGRA (Hg.), Alltagsrassismus und rassistische Diskriminierung, Dokumentation der Fachtagung.
- Verba, Sidney / Schlozman, Kay L. / Brady, Henry E.** (1995): Voice and equality. Civic voluntarism in American politics. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Vertovec, Steven** (2007): Super-diversity and its implications. In: Ethnic and Racial Studies 30/6, 1024–1054.
- von Freyberg, Thomas** (2017): Resilienz in der Pädagogik. Thesen – Antithesen – Synthesen. In: medico international

(Hg.), *Fit für die Katastrophe? Kritische Anmerkungen zum Resilienzdiskurs im aktuellen Krisenmanagement*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 23–34.

Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven (2016): *PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. Wiesbaden: Springer VS.

Waldinger, Roger (2010): The 'other side' of embedded ness: A case-study of the interplay of economy and ethnicity. In: *Ethnic and Racial Studies* 18/3, 555–580.

Wendel, Kay (2014): *Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich*. https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2014/09/Laendervergleich_Unterbringung_2014-09-23_02.pdf (letzter Zugriff am 29.3.2019).

Wenner, Judith / Razum, Oliver / Schenk, Liane / Ellert, Ute / Bozorgmehr, Kayvan (2016): *Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit ungesichertem Aufenthaltsstatus im Vergleich zu Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Auswertung der KiGGS-Daten 2003–06*. In: *Bundesgesundheitsblatt—Gesundheitsforschung—Gesundheitsschutz* 59/5, 627–635.

Wessendorf, Susanne (2016): *Settling in a super-diverse context: Recent migrants' experiences in conviviality*. In: *Journal of Intercultural Studies* 37/5, 449–463.

Wikimedia Commons (2010a): *File: Berlin Bezirk Fried-*

richshain-Kreuzberg (labeled).svg. [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berlin_Bezirk_Friedrichshain-Kreuzberg_\(labeled\).svg?uselang=de#filelinks](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Berlin_Bezirk_Friedrichshain-Kreuzberg_(labeled).svg?uselang=de#filelinks) (letzter Zugriff am 10.2.2021).

– Dies. (2010b): *Datei: Eppendorf in HH.svg*. https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Eppendorf_in_HH.svg (letzter Zugriff am 10.2.2021).

– Dies. (2010c): *Datei: Stuttgart Bezirk Untertürkheim.svg*. https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Stuttgart_Bezirk_Untertürkheim.svg (letzter Zugriff am 10.2.2021).

– Dies. (2012): *Datei: Gemarkung Gorbitz in Dresden.svg*. https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Gemarkung_Gorbitz_in_Dresden.svg#filehistory (letzter Zugriff am 10.2.2021).

Yeboah, Amma (2017): *Rassismus und psychische Gesundheit in Deutschland*. In: *Karim Fereidooni / Mera El (Hg.), Rassismuskritik und Widerstandsformen*. Wiesbaden: Springer VS, 143–161.

Zick, Andreas (2014): *Fragile Mitte – feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn: Dietz.

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Hövermann, Andreas (2011): *Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

ANHANG

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

zum Forschungsprojekt

NACHBARSCHAFTEN DES WILLKOMMENS

Bedingungen für sozialen Zusammenhalt in super-diversen Quartieren (NaWill)

Gemeinsam erarbeitet von:

Ausländerrat Dresden e.V., dock europe e.V., Kotti-Coop e.V. und Sozialamt Stuttgart

Unter Mitarbeit von:

Nihad El-Kayed, Leoni J. Keskinliç, Sebastian Juhnke, Yağmur Dalga und Lisa Götz

GEFÖRDERT VOM



Praxispartner:



STUÏGART 



1 POLITISCH-INSTITUTIONELLE AUSHANDLUNGSPROZESSE INKLUSIV GESTALTEN

1.1 PROBLEMDEFINITION AUF GRUNDLAGE DER ERGEBNISSE

In der vorliegenden Studie hat sich gezeigt, dass nicht in allen untersuchten Nachbarschaften Diskussionen um die Unterbringung von geflüchteten Personen, die einen Bearbeitungsdruck aufseiten von Politik und Verwaltung auslösen, stattfinden. Dies war nur in den beiden Nachbarschaften mit höherem sozioökonomischen Status der Fall. Dort waren diejenigen Teile der Bevölkerung, die eine Unterkunft für geflüchtete Personen ablehnten, in der Lage, sich bei Politik und Verwaltung Gehör zu verschaffen, in Aushandlungsprozesse eingebunden zu werden und ihre Forderungen teilweise in die lokale Ausgestaltung des Unterkunftsbaus einfließen zu lassen.

Als bemerkenswert wird erachtet, dass die öffentlich wahrnehmbare Ablehnung der Unterbringung und des Zuzugs von Geflüchteten in den untersuchten Nachbarschaften nicht die breite bzw. überwiegende Bevölkerungsmeynung repräsentiert. Im Gegenteil sind es jeweils nur relativ geringe Anteile der lokalen Bevölkerung, die angeben, geflüchtete Nachbar_innen als ‚problematisch‘ zu empfinden. Hier scheint ein kleiner Teil der örtlichen Bewohner_innenschaft eine überproportionale Wirkung auf den öffentlichen Diskurs in diesen Nachbarschaften auszuüben. Zwar waren Politik und Verwaltung durchaus erfolgreich in der Bearbeitung des Widerstandes gegen die Unterbringung von Geflüchteten. Dies hatte jedoch auch den Effekt, dass es in den öffentlichen Aushandlungen um die Unterbringung von Geflüchteten die Tendenz gab, stärker auf die Argumente und Zielvorstellungen der Gegner_innen zu reagieren als auf diejenigen der Unterstützer_innen oder auf die Bedürfnisse der Geflüchteten. In der untersuchten Nachbarschaft mit niedrigem sozioökonomischen Status und (bisher) wenig Migrationserfahrung kam es hingegen trotz höherer (aber nicht mehrheitlicher) Ablehnungsraten in der Bevölkerung unseres Wissens zu keiner öffentlichen Aushandlung um die Unterbringung von Geflüchteten im Stadtviertel. Hier beklagten Sozialarbeiter_innen und zivilgesellschaftliche Akteur_innen zum Teil eine wenig ausgeprägte Informationsbereitschaft von Politik und Verwaltung.

1.2 EMPFEHLUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE

Handlungsbedarf besteht vor diesem Hintergrund darin, bei Teilen der Bürger_innenschaft die Bereitseligkeit zur Öffnung und Veränderung zu fördern. Dabei muss Widerstand aufgegriffen und bearbeitet werden. Dafür braucht es offene Orte des Streitens, Diskutierens und Aushandelns, in denen die unterschiedlichen Perspektiven sichtbar gemacht werden. Die Prozesse in den untersuchten Nachbarschaften zeigen, dass eine offene Kommunikation mit einer Vielzahl von lokalen Akteur_innen Konflikte erfolgreich bearbeiten kann. Bei diesen Aushandlungsprozessen ist ein ausgewogener Umgang mit Widerstand gegen (neue) Diversität notwendig. Im Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzung sollte insbesondere darauf geachtet werden, dass exkludierende Positionen nicht die Überhand gewinnen und so die Positionen von Unterstützungsnetzwerken und Willkommensinitiativen in den Hintergrund treten.

Weiterhin bedarf es der Sensibilisierung der Bewohner_innenschaft für strukturelle Benachteiligungen und Problemlagen bzw. der Anerkennung von struktureller Ungleichheit und Rassismus in der Gesamtgesellschaft. Hierfür kann die Stärkung und das Sichtbarmachen von Diversitätsoffenheit und Engagement im Lokalraum hilfreich sein, indem Diversitätskompetenzen verschiedener Bewohner_innengruppen durch Perspektivwechsel und Vermittlungsarbeit gekräftigt werden.

1.3 MÖGLICHE MASSNAHMEN UND GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

Um politisch-institutionelle Aushandlungsprozesse effektiv gestalten zu können, müssen vorab und begleitend folgende Befähigungen erworben bzw. gefestigt werden:

- A Stärkung von Diversitätskompetenzen bei allen beteiligten Akteur_innen, inklusive der kritischen Reflexion von Privilegien und Empowerment
- B Stärkung von Aushandlungskompetenzen, um zu vermeiden, dass kleine aber lautstark organisierte Proteste die Aushandlungen bestimmen
- C Aushandlungs- und Reflexionsprozesse sowie Bildung und Begegnung sollten durch engagierte, empathische Moderator_innen aus der (professionellen) Zivilgesellschaft angeleitet werden. Hier können städtische Diskussions- und Reflexionsräume eröffnet, Perspektivwechsel ermöglicht und kann an Schnittstellen in Politik und Verwaltung kommuniziert werden. Dazu gehört auch die Finanzierung von Prozessbegleitung und Moderation für Aushandlungs-, Bildungs- und Begegnungsprojekte in Nachbarschaften durch kommunale Gelder. Um exkludierende, kulturalisierende und rassistische Diskurse zu überwinden, sind Versorgungs- und Partizipationsformate im Sinne einer „Stadtbürgerschaft“ (*urban citizenship*) neu zu denken und zu fordern. *Urban citizenship* stellt die Frage nach Rechten im Sinne einer lokalen politischen und sozialen Teilhabe für alle Stadtbewohner_innen – unabhängig von ihrer Staatsbürger_innenschaft oder ihrem Aufenthaltsstatus. Hier geht es auch um politische Stellschrauben wie etwa die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für städtische Bewohner_innen als Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe (vgl. Recht auf Stadt 2016).

Good-Practice-Beispiele:

- Um die Diversitäts- und Aushandlungskompetenzen (1.3.A und 1.3.B) auf kommunaler Ebene zu stärken, sollten zivilgesellschaftliche Träger unterstützt und mit der kommunalen Politik und Verwaltung vernetzt sein, um politische Bildungs- und Gemeinwesenarbeit stärker zusammenzudenken, zu begleiten und mit Ressourcen auszustatten. Ein solches Modell verfolgt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“¹. Seit 2015 fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit diesem Programm zivilgesellschaftliches Engagement mit dem Ziel, ein vielfältiges und demokratisches Miteinander zu stärken und der Polarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Dafür werden auf kommunaler Ebene Zusammenschlüsse von Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik in „Partnerschaften für Demokratie“ unterstützt, die Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt entwickeln und umsetzen. Die Förderung sieht hierfür neben der Zusammenarbeit der vor Ort relevanten Akteur_innen eine aktive Beteiligung von Bürger_innen vor. Zentraler Ankerpunkt dieser Zusammenarbeit ist ein zivilgesellschaftlicher Trägerverein vor Ort, der als Koordinierungs- und Fachstelle dient (siehe auch 1.3.C). In Kooperation mit einem federführenden Amt auf der kommunalen Verwaltungsebene verfolgen die „Partnerschaften für Demokratie“ unter anderem die Ziele, die Zivilgesellschaft zu stärken und Verfahren demokratischer Beteiligung zu entwickeln und zu etablieren.
- Zum Empowerment aller Bewohner_innengruppen eines Quartiers (1.3.A) und ihrer Vernetzung mit Politik und Verwaltung (1.3.C) ist das „Fachkonzept Sozialraumorientierung“ ein richtungsweisendes Instrument der sozialen Arbeit. Das Konzept zielt darauf ab, nicht einzelne Zielgruppen, sondern alle Menschen innerhalb eines sozialen Raums zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Dabei basiert die sozialräumliche Arbeit auf der Kooperation und Vernetzung von kommunaler Verwaltung, lokaler Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Das Fachkonzept Sozialraumorientierung wurde von Wolfgang Hinte am Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen entwickelt² und findet als fachliche Grundlage Anwendung in der sozialen Arbeit. Es

1 <https://www.demokratie-leben.de/>

2 <https://www.uni-due.de/biwi/issab/sozialraumorientierung>

sieht vor, die soziale Arbeit an den Bedarfen und Interessen der Menschen auszurichten und der aktivierenden Arbeit Vorrang vor betreuender Tätigkeit zu geben. Bei der Gestaltung von Aktivitäten und Hilfen kommt personalen und sozialräumlichen Ressourcen eine wesentliche Rolle zu. Darüber hinaus sollen diese Aktivitäten und Hilfen zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt sein, wofür eine Vernetzung und Integration verschiedener sozialer Dienste als grundlegend definiert wird. Wie ein Beispiel aus der Caritasarbeit (vgl. Caritas 2021: 5) verdeutlicht, geht es darum, der Lebenswelt der Menschen in den Institutionen und Nachbarschaften eine größere Beachtung zu schenken und sie in die Entwicklung von Angeboten einzubeziehen. Dies kann durch ‚runde Tische‘ auf Quartiersebene erfolgen, die einen offenen Raum für die Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen, Institutionen, Schlüsselpersonen des Sozialraums und Einzelpersonen darstellen.

2 SCHUTZ VOR DISKRIMINIERUNG IM WOHNUMFELD UND IN DEN INSTITUTIONEN

2.1 PROBLEMDEFINITION AUF GRUNDLAGE DER ERGEBNISSE

Geflüchtete waren und sind in allen untersuchten Quartieren in unterschiedlichem Ausmaß ausgrenzenden und rassistischen Einstellungen, Anfeindungen und Übergriffen im (halb-)öffentlichen Raum, im nahen Wohnumfeld sowie in Institutionen ausgesetzt. Geflüchtete erleben zum Beispiel Anfeindungen durch Nachbar_innen im Wohnhaus, auf der Straße und an Haltestellen oder Ungleichbehandlungen durch die Polizei oder in Arztpraxen. Besonders in Nachbarschaften, in denen kaum Migrationserfahrung vorhanden ist, berichten Geflüchtete häufig von der negativen Erfahrung, stark aufzufallen, die teilweise mit einem Gefühl des Bedrohtseins einhergehe. Demgegenüber öffnen sich in den Quartieren bisher überwiegend nur Akteur_innen und Einrichtungen aus Sozialarbeit und Zivilgesellschaft explizit für alle Einwohner_innen und beziehen offen Position gegen rassistische und andere exkludierende Haltungen. Es ist auffallend, dass die befragten Geflüchteten – in allen Nachbarschaften – selten davon berichten, dass andere Personen eingreifen, wenn sie Anfeindungen erfahren. Kommen Geflüchtete in solch eine Situation, wollen sie meist vermeiden, in Schwierigkeiten zu kommen – sie fühlen sich hinsichtlich des Schutzes vor rassistischer Diskriminierung wenig über ihre Rechte informiert und kennen oft keine zuständigen Anlaufstellen.

2.2 EMPFEHLUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE

Handlungsbedarf besteht darin, Strukturen so zu verändern, dass Nachbarschaften für Geflüchtete und für Personen, die Rassismus erfahren, zu ‚sicheren‘ Orten werden. Dafür ist es notwendig, dass sich zentrale Institutionen wie Polizei, Schule und Gesundheitswesen mit strukturellem Rassismus gegenüber verschiedenen Gruppen auseinandersetzen. Um das Sicherheits- und Akzeptanzgefühl im Quartier zu stärken, bedarf es zudem einer größeren Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund in öffentlich sichtbaren Positionen, etwa als Lehrer_innen und Polizist_innen. Um darüber hinaus Teilhabe im Alltag und auf der Straße zu ermöglichen und das Sicherheitsgefühl im (halb-)öffentlichen Raum und im Wohnumfeld zu stärken, sind Anlaufstellen und vermittelnde Akteur_innen vor Ort notwendig, die für den Umgang mit direkten Konflikten zuständig sind, einen konstruktiven Umgang mit Konflikten stärken und Aushandlungen begleiten. So können sich Personen, die Diskriminierung oder Übergriffe erfahren (haben), an unabhängige Stellen wenden und unmittelbar geschützt werden.

2.3 MÖGLICHE MASSNAHMEN UND GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

Um den Schutz vor Diskriminierung im Wohnumfeld und in den Institutionen zu erhöhen, eignen sich folgende Maßnahmen:

- A Im Rahmen von Anti-Rassismus-Trainings in staatlich organisierten Institutionen (z.B. in Schulen als Teil des Unterrichts, in Kindergärten, Polizei) und in Einrichtungen des Gesundheitswesens (z.B. innerhalb der Berufsausbildung) sollte über Rassismus und strukturelle Ungleichbehandlung aufgeklärt werden. Hierbei sollten Fachkräfte und Schüler_innen bzw. Teilnehmer_innen gleichermaßen sensibilisiert werden. Diese Trainings sollten bestenfalls von externen Trainer_innen durchgeführt werden.
- B Es sollte ein institutionenübergreifender Austausch geschaffen werden (z.B. zwischen Kitas und Schulen oder Jugendzentren). So kann ein nachbarschaftsweiter Verhaltenskodex (*code of conduct*) entstehen, der öffentlich sichtbar gemacht wird und etwa Hausordnungen und Schutzkonzepte beinhaltet.
- C Es sollten Ermutigungsstrukturen geschaffen werden für Menschen mit Migrationsgeschichte bzw. Menschen, die Rassismus erfahren. In diesen Strukturen sollten Selbstbehauptung und Empowerment vermittelt werden. Zudem sollte über die Wichtigkeit der Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund und/oder Rassismuserfahrung an demokratischen Prozessen aufgeklärt werden. Projekte wie das House of Resources in Dresden³ vermitteln Wissen über Beteiligungsmöglichkeiten für alle (s. u.). Auf diese Weise befähigen sie lokale Akteur_innen, strukturelle Unterstützung bereitzustellen.
- D Die Opferberatungsstrukturen für Betroffene rassistischer Gewalt sollten ausgebaut werden. Es ist wichtig, dass es mehrere solcher Anlaufstellen in der Stadt gibt, und zwar jeweils dort, wo diese Gewalt erlebt wird. Betroffene sollten für eine Beratung nicht in weit entfernte Stadtteile reisen müssen, da dies eine (zusätzliche) Barriere darstellt.

Good-Practice-Beispiele:

- Als Beispiel für die Schaffung von Ermutigungsstrukturen (2.3.C) ist das House of Resources Dresden zu nennen, dessen Ziel es ist, das gesellschaftliche Engagement und die Selbstorganisation von Migrant_innen zu stärken. Die Beratungs- und Weiterbildungsangebote umfassen Themen wie Vereinsgründung und -führung, Finanzverwaltung und Antragstellung bis hin zu Konzept- und Projektentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätssicherung. Zudem unterstützt das House of Resources durch eine Mikroprojektförderung integrative Projekte, indem Mittel des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) weitergeleitet werden. Gefördert werden zum Beispiel Projekte, die eine bessere Teilhabe von Migrant_innen am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben ermöglichen, oder etwa die Professionalisierung von jungen Migrant_innenorganisationen steigern. Ermöglicht wird dies auch durch ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement in diesen Projekten und Organisationen.
- Ein Beispiel für die Opferberatung für von rassistischer Gewalt betroffene Personen, deren Angehörige und Zeug_innen (2.3.D) ist das Projekt *SUPPORT für Betroffene rechter Gewalt* der *Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen* e.V. (RAA) in Dresden.⁴ Hier wird Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen solcher Angriffe und der Wahrnehmung von Rechten angeboten. Ziel ist es, bei den Betroffenen das Sicherheitsgefühl (wieder) zu erhöhen und ihre Selbstwirksamkeit erlebbar zu machen. Zudem werden Informationen über die Situation von Betroffenen und das Ausmaß und die Folgen rechter Gewalt in gesellschaftliche und politische Strukturen getragen, um die Solidarität mit den Betroffenen zu fördern. Das Projekt betreibt Beratungsstellen in mehreren Städten, arbeitet auch aufsuchend und bietet eine Onlineberatung an. Darüber hinaus wird hier kostenlos, vertraulich, auf Wunsch anonym und mehrsprachig gearbeitet. Voraussetzung für die Wahrnehmung des Angebots ist nicht, dass ein Übergriff polizeilich angezeigt wurde.

³ <https://hor-dresden.de>

⁴ <https://raa-sachsen.de/support/beratung>

- Ein weiteres Beispiel ist die *Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas*, die in Kooperation mit dem Berliner Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg und der RAA Berlin / *Die Werkstatt – Familie, Schule und Jugendhilfe gemeinsam denken* betrieben wird.⁵ Die Beratung richtet sich insbesondere an Menschen, die (rassistische) Diskriminierung im Bildungssystem erfahren haben, und erfolgt unter anderem durch die Dokumentation, Begleitung und Nachsteuerung von Diskriminierungsfällen in Schule und Kita. Darüber hinaus gibt es hier diskriminierungs- und rassismuskritische Beratungsangebote und Fortbildungen für Bildungseinrichtungen (siehe 2.3.A) sowie eine Netzwerkarbeit mit anderen Stellen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aus dem Bereich der Antidiskriminierungsarbeit (siehe 2.3.B).
- Auch in Stuttgart gibt es mit dem Büro für Diskriminierungskritische Arbeit (BfDA) eine Anlaufstelle für Menschen, die aufgrund ihrer zugeschriebenen Herkunft oder anderer Merkmale wie Geschlecht, Alter oder Religion Diskriminierung erfahren. Sie wird von der Stadt Stuttgart und dem Land Baden-Württemberg finanziert.⁶

3 LOKALE SOZIALE UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE INFRASTRUKTURLANDSCHAFT STÄRKEN, ÖFFNEN UND VERNETZEN

3.1 PROBLEMDEFINITION AUF GRUNDLAGE DER ERGEBNISSE

In allen untersuchten Nachbarschaften treffen Geflüchtete auf Zugangsbarrieren und lange Warteprozesse, die nur zum Teil durch zivilgesellschaftliche Strukturen, soziale Netzwerke und Eigenengagement aufgefangen werden können. In den beiden Vierteln mit ausgeprägter Migrationsgeschichte sind jedoch solche Strukturen stärker vorhanden, die zur Überwindung der genannten Barrieren beitragen können. Drei Faktoren erweisen sich als besonders relevant:

- A Sprachressourcen und Mehrsprachigkeit im Alltag und in lokalen Einrichtungen durch mehrsprachiges Personal oder Dolmetscherdienste, die eine Verständigung in der Muttersprache oder auf Englisch ermöglichen.
- B Migrantische Strukturen oder Personen in Vereinen und Institutionen mit eigener Migrationsgeschichte erleichtern den Zugang insbesondere zu institutionell angebundenen Teilhabe- und Unterstützungsangeboten.
- C Sozialarbeiterische oder politisch-aktivistische Unterstützung trägt häufig dazu bei, institutionelle Angebotslücken zu schließen.

Im Quartiersvergleich wird deutlich, dass in den beiden Nachbarschaften ohne signifikante Migrationsgeschichte, Unterstützungsstrukturen in geringerem Maße vorhanden und/oder bisher nicht auf Bewohner_innen mit Migrationsgeschichte ausgerichtet sind. Dabei sticht vor allem hervor, dass es Geflüchtete hier schwieriger finden, Sprachbarrieren bei Behördengängen, in Schule und Kindergarten und im Alltag zu überwinden. Dort, wo als Reaktion mehrsprachiges Personal eingestellt wird, verbessern sich Teilhabechancen merklich.

Lokale Zugangschancen erhöhen sich besonders in den Nachbarschaften, in denen vielfältige Anlaufstellen mit mehrsprachigem Personal existieren und in denen Sozialarbeiter_innen, politisch-aktivistische Initiativen sowie migrantische Netzwerke und Strukturen Unterstützung anbieten, institutionelle Angebotslücken

⁵ <http://die-werkstatt-gemeinsam-denken.de/index.php/projekte>

⁶ <https://antidiskriminierung-stuttgart.de>

schließen und soziale Netzwerke öffnen. Es stellt sich die Frage, wie die Etablierung solcher Strukturen gefördert werden kann – insbesondere an Orten, an denen Defizite bestehen.

3.2 EMPFEHLUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE

Eine breit aufgestellte soziale Infrastruktur ist in Quartieren zentral, um den Zugang zu Unterstützung und Teilhabe insbesondere für marginalisierte und benachteiligte Bewohner_innen (u. a. Geflüchtete, Personen mit Migrationshintergrund, arbeitslose Personen) zu ermöglichen und dadurch die Nachbarschaft im Ganzen zu stärken. Um niedrigschwellige Angebote zu schaffen, bedarf es der finanziellen Förderung von lokal verankerten und neu einzurichtenden sozialen Diensten, Anlauf- und Beratungsstellen, Vereinen und Initiativen. Es sollten auch nachbarschaftliche (Infra-)Strukturen mit verschiedenen Schwerpunkten finanziell gefördert werden, die neben klassischer Sozialarbeit Selbstermächtigung, Selbstwirksamkeit und Zivilcourage stärken. Dafür eignen sich Aushandlungs-, Bildungs- und Begegnungsprojekte, die sich zum Ziel setzen, verbindende Themen verschiedener Bewohner_innengruppen anzugehen.

Projekte und Begegnungsorte sollten durch Bewohner_innen des Quartiers mitgestaltet werden und sich an deren Lebenslagen orientieren, wobei insbesondere die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen (Geflüchtete, Alleinerziehende, Arbeitssuchende, Langzeitarbeitslose) berücksichtigt werden müssen. Dafür sollten Räumlichkeiten kostenlos bzw. kostengünstig bereitgestellt werden; die Bündelung von Koordinationsaufgaben sollte langfristig finanziell abgesichert sein.

Zur Umsetzung solcher Projekte und Strukturen bedarf es der Flexibilität der Stadtplanung, die informelle Strukturen zulässt und Räumlichkeiten bereitstellt, damit lebendige Stadtteile entstehen können. Lebendige Communities brauchen neben dem Wohnraum zum Beispiel auch ungeplante Treffpunkte, kreative Freiräume, Platz für Experimente und Gründungen. So bietet die dichte Ansiedlung von Vereinen, Gewerbe und (halb-)öffentlichen Räumen das Potenzial, flüchtige bis beziehungsstiftende Begegnungen zu begünstigen, Sichtbarkeiten zu schaffen und Kontaktchancen zu erhöhen.

Zudem bedarf es der weiteren Öffnung von bereits lokal verankerten Einrichtungen, um inklusive Angebote bereitzustellen und um eine bessere Repräsentation von migrantisch gelesenen Personen und Geflüchteten an öffentlich sichtbaren Orten und Positionen zu schaffen. Beispielsweise sind mehrsprachige Ansprechpersonen in lokalen sozialen Vereinen und Institutionen wichtig, um Sprachbarrieren abzubauen und um Kontakt und Teilhabe zu ermöglichen. Daneben müssen sich Einrichtungen für alle sichtbar öffnen, explizit Position gegen exkludierende Haltungen beziehen und die Sichtbarkeit von multiplen Migrationsgeschichten vor Ort stärken. Die Projektergebnisse zeigen, dass dadurch nicht nur die Zugänglichkeit erleichtert, sondern auch das Sicherheits- und Akzeptanzgefühl von Geflüchteten gestärkt wird.

Eine stärkere und kontinuierliche Vernetzung lokaler Akteur_innen zu Zielsetzungen und Erfahrungen in Bezug auf Teilhabe und Mitbestimmung sowie zur Bildung von Synergien zwischen geförderten Projekten stärkt zudem lokale Aushandlungsprozesse.

3.3 MÖGLICHE MASSNAHMEN UND GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

Geeignete konkrete Maßnahmen, um diese Ziele zu erreichen, sind unter anderem:

- A Die Vermittlung zwischen Infrastruktur, Zivilgesellschaft, Institutionen, Politik und Verwaltung sollte durch Schlüsselpersonen gefördert werden. Erreicht wird dies, indem sie die im alltäglichen Nachbarschaftsgeschehen auftretenden Nutzungsbedarfe und -konflikte erkunden und hierbei lokal vermitteln, vernetzen und direkt aushandeln.

- B Es sollten kurz- und langfristig finanzielle Mittel bereitgestellt werden, wobei die Kooperation in den Stadtteilen wichtig ist (siehe Handlungsempfehlung 2). Dies sollte sowohl niedrigschwellige, kurzfristige (Mikro-)Fonds für nachbarschaftsbezogene Projekte von selbstorganisierten Gruppen und temporären Initiativen als auch umfangreiche, langfristige finanzielle Mittel für lokal verankerte Träger und Initiativen beinhalten, deren Arbeit etwa durch eine Fünf-Jahres-Förderung nachhaltige Veränderungen in der Nachbarschaft erwirken kann. Hierbei sollten bestehende Strukturen externer Träger bevorzugt werden, da sie bereits über Kenntnisse des lokalen Kontextes verfügen.
- C Bei der Förderung von Mikroprojekten sollte darauf geachtet werden, dass auch selbstorganisierten Gruppen und (temporären) Initiativen der Zugang zu finanziellen Mitteln ermöglicht wird, um ihre Selbstwirksamkeit zu stärken. So könnten Begegnungen von Nachbarschafts- und Geflüchteten selbstorganisationen gefördert werden, um eine gemeinsame Identität und Geschichte im Stadtteil aufzubauen. Darüber hinaus sollten Finanzierungen verstetigt werden, um sie im Quartier kurzfristig und bedarfsorientiert in Form von Sozialraumbudgets einzusetzen. Das heißt, dass sie ohne lange Planung und Vorarbeit verwendet werden können und eine pauschale und raumbezogene Abrechnung anstelle einer Einzelfallabrechnung erlauben.
- D Die regionale Flüchtlingsarbeit sollte (stärker) in die lokale Gemeinwesenarbeit einbezogen bzw. mit dieser vernetzt werden. Hierfür müssen finanzielle und zeitliche Ressourcen bereitgestellt werden, mit denen Angebote und Aktivitäten für Geflüchtete besser vernetzt und unterstützt werden können.
- E Um die Infrastrukturlandschaft für alle zu öffnen, ist es wichtig, dass migrantisch gelesene Personen und Geflüchtete an öffentlich sichtbaren Orten und Positionen repräsentiert sind und in den sozialen Einrichtungen mehrsprachige Mitarbeiter_innen bzw. Dolmetscher_innen arbeiten. Hierfür sollten unter anderem Repräsentationsstrategien entwickelt und finanzielle Mittel bereitgestellt werden (siehe Handlungsempfehlung 2).

Good-Practice-Beispiele:

- Als Good-Practice-Beispiel für die Etablierung von Schnittstellen zwischen lokalen Institutionen und Zivilgesellschaft (3.3.A) kann das Projekt *Interkulturelle Brückenbauerinnen und Brückenbauer* in Stuttgart-Untertürkheim⁷ dienen. Durch den Einsatz engagierter Ehrenamtlicher wird hier eine inklusive Öffnung lokaler Infrastrukturen sowie eine niedrigschwellige Vernetzung zwischen lokalen Akteur_innen und Bewohner_innen erreicht. Die Brückenbauer_innen unterstützen zugezogene Familien im Stadtteil; sie bieten Antworten auf interkulturelle Fragestellungen, begleiten Eltern, die Hilfe bei der Erziehung oder Orientierung im deutschen Bildungssystem benötigen und entlasten Personen mit Sprachschwierigkeiten im Alltag und bei Behördengängen. Eltern, aber auch Fachkräfte in den Institutionen werden dabei mehrsprachig und kultursensibel unterstützt. Ein weiteres Anliegen des Projektes ist es, mithilfe der Engagierten bereits vorhandene Ressourcen des Stadtteils an (neue) Bewohner_innen heranzutragen.
- Ein weiteres Beispiel für gute Vernetzung ist das Projekt Kiezläufer_innen in Hamburg, in dem Jugendliche vom Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V. ausgebildet und von lokalen Trägern betreut werden.⁸ Die jugendlichen Kiezläufer_innen fungieren als Ansprechpersonen für den Umgang mit Auseinandersetzungen zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen im Quartier. Nach einer kostenfreien, praxisorientierten Ausbildung zu Themen wie selbstbewusstes Auftreten sowie Techniken der Mediation und konstruktiver Konfliktaustragung sind sie in kleinen Gruppen im Stadtteil unterwegs, um Konflikte zu deeskalieren und Handlungs-

⁷ www.wilhelmsschule.de/partner/brueckenbauer.pdf

⁸ <https://www.ikm-hamburg.de/projekte/kiezlauerin>

alternativen aufzuzeigen. Sie schließen damit eine Lücke zu Jugendeinrichtungen mit begrenzten Öffnungszeiten und richten sich auch an Jugendliche, die Beratungsangebote des Stadtteils nicht von selbst wahrnehmen. Die Zusammensetzung der Kiezläufer_innen soll die Zielgruppe und damit die Vielfalt im Stadtviertel möglichst widerspiegeln. Damit dient das Projekt beispielhaft als Anstoß für Maßnahmen zur Sichtbarmachung von migrantisch gelesenen Personen und Geflüchteten im Stadtteil (3.3.E).

- Ein Beispiel für die Bereitstellung kurzfristiger finanzieller Mittel für Projekte lokaler Akteur_innen und Initiativen (3.3.B) ist der Projektfonds des House of Resources Berlin.⁹ Um sein Ziel, die Integration von Menschen mit Migrations- und Fluchtbiografie, zu erreichen, unterstützt der Projektfonds Projekte, die die Integration fördern, das gegenseitige Verständnis verschiedener gesellschaftlicher Gruppen vertiefen und ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement aufweisen. Der Projektfonds ist niedrigschwellig gestaltet, um auch Akteur_innen mit wenig Erfahrung in der Akquise von Fördermitteln die Möglichkeit zur Umsetzung ihrer Projekte zu bieten. So erhalten alle Teilnehmenden zunächst eine umfassende Beratung sowie die Möglichkeit, sich mit anderen zu vernetzen.

4 WOHNUNGSMARKTÖFFNUNG

4.1 PROBLEMDEFINITION AUF GRUNDLAGE DER ERGEBNISSE

Neben den bereits diskutierten Aspekten wie den Unterstützungsstrukturen entscheiden lokale Wohnungsmarktdynamiken darüber, ob Geflüchtete in den Nachbarschaften langfristig ankommen und bleiben können.

In allen untersuchten Nachbarschaften empfinden Geflüchtete den Zugang zum Wohnungsmarkt als problematisch, jedoch zeigen sich unterschiedliche Dynamiken im Zusammenhang mit den lokalen Wohnungsmarktstrukturen: So sind insbesondere innerstädtische Wohnungsmärkte aufgrund hoher Mietpreise, anhaltender Mietsteigerungen und Gentrifizierung stark geschlossen. Geflüchtete sehen in diesen Nachbarschaften kaum eine Chance, eine Wohnung zu finden, auch wenn sie dort gerne bleiben würden, beispielsweise aufgrund von gut ausgebauten Unterstützungsstrukturen. Da insbesondere etablierte migrantische Innenstadtviertel in den letzten Jahren bis Jahrzehnten einer zunehmenden Gentrifizierung unterworfen waren, kommt es dazu, dass diese Viertel für neuere migrantische Gruppen kaum noch zugänglich sind. Sie ziehen daher zunehmend in Nachbarschaften, Städte und Regionen, in denen bisher wenige migrantische Strukturen existieren und sich andere sozioökonomisch benachteiligte Bewohner_innengruppen konzentrieren (Helbig/Jähnen 2018; El-Kayed et al. 2020).

In Dresden-Gorbitz beispielsweise konnten viele Geflüchtete seit 2015 eigene Wohnungen finden. Dort wird zwar die Unabhängigkeit geschätzt, die mit einer eigenen Wohnung einhergeht, doch berichten die Geflüchteten oft von Anfeindungen im Alltag und äußern den Wunsch, in einem Wohnumfeld zu wohnen, das weniger stark von Anfeindungen und Angriffen geprägt ist. Häufig werden jedoch kaum Chancen für einen Wohnortwechsel gesehen.

Auch die politische Steuerung von Fluchtmigration beeinflusst die Art und Weise, inwiefern Geflüchtete von bestimmten Wohnungsmarktdynamiken abhängig sind, wie das Beispiel Stuttgart-Untertürkheim zeigt. Geflüchtete würden dort gern in umliegende Gemeinden ziehen, sind aber aufgrund von Wohnsitzauflagen gezwungen, auf dem engen Stuttgarter Wohnungsmarkt nach einer Wohnung zu suchen.

⁹ <https://www.house-of-resources.berlin/>

Neben diesen Barrieren, die auf politischen Regelungen und Marktdynamiken basieren, existieren weitere Hürden auf dem Wohnungsmarkt: Es fehlt unter anderem an ausreichenden Informationen und Orientierungshilfen sowie an Begleitung und Schutz vor Diskriminierung. In einigen Städten haben sich zudem ausbeuterische Vermittlungsnetzwerke gebildet, die Geflüchteten für hohe Geldsummen den Zugang zum Wohnungsmarkt ermöglichen. Die Zugangshürden zu Wohnraum sind auch in Quartieren mit einem dichten Netz an Unterstützungsstrukturen schwierig zu überwinden.

4.2 EMPFEHLUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse müssen auf mehreren Ebenen Zugangsbarrieren abgebaut werden: Auf dem Wohnungsmarkt muss die Wohnraumversorgung für alle garantiert werden, insbesondere für kleine und mittlere Einkommen sowie Sozialhilfebezieher_innen. Die effektive Nutzung vorhandener städtebaulicher Instrumente kann notwendig sein, um gegen die Verknappung und Verteuerung des Wohnraums aufgrund von Bodenspekulation und privaten Gewinninteressen vorgehen zu können. So sollte beispielsweise der soziale Wohnungsbau ohne zeitliche Bindungen ausgebaut werden.

Diskriminierende rechtliche Regelungen wie die Wohnsitzauflage, die das Recht auf Freizügigkeit beschränkt, müssen abgeschafft werden, da sie die Wohnungssuche oft extrem erschweren und sich negativ auf weitere Dimensionen wie die Integration in den Arbeitsmarkt auswirken können (vgl. Brücker/Hauptmann/Jaschke 2020).

Mit Blick auf Unterstützungsangebote für die Wohnungssuche und den Umgang mit Diskriminierung braucht es mehr Beratungsmöglichkeiten und effektive Unterstützungsstrategien sowie wirksame Antidiskriminierungsmaßnahmen.

4.3 MÖGLICHE MASSNAHMEN UND GOOD-PRACTICE-BEISPIELE

Um die Zugangsbarrieren zu Wohnraum zu überwinden, sind folgende Maßnahmen geeignet:

- A Schaffung bzw. Stärkung von Wohnungsberatungsangeboten für alle Bewohner_innen (inkl. Geflüchtete): Diese Angebote sollten sowohl Rechtsberatung gegen Betrug und hohe Mieten als auch Beratung und aktive Begleitung bei der Wohnungssuche und damit Schutz vor Diskriminierung bieten. Dafür wäre die Schaffung von lokalen Antidiskriminierungsstellen im Wohnbereich geeignet. Wenn alle Mieter_innen gemeinsame Anlaufstellen vorfinden und ihnen vermittelt wird, dass sie alle von der Wohnungskrise betroffen sind, kann dies potenziell auch das Zusammengehörigkeitsgefühl vor Ort stärken.
- B Stärkung von Inklusion und Zugänglichkeit bei kommunalen und genossenschaftlichen Träger_innen: Eine kommunale und gemeinwohlorientierte Stadtplanung kann durch inklusive Beteiligungsformate auch diejenigen anhören und einbeziehen, die normalerweise keine Stimme haben oder es nicht gewohnt sind, sich einzumischen. Bei der Gründung von Genossenschaften kann durch Auflagen zur Inklusion der Zugang für alle Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden.
- C Besonderer Schutz postmigrantisch lebenswerter Stadtteile vor Gentrifizierung durch die Gesetzgebung, da diese für bestimmte Bevölkerungsgruppen sicherere Räume darstellen.
- D Entwicklung von neuen Modellen der Selbstverwaltung des Wohnens: Eine stärker genossenschaftlich und stadtteilbezogen orientierte Selbstverwaltung im Bereich Wohnen, wie schon modellhaft in einigen Schweizer und deutschen Städten erprobt, wird angeregt. Es ist nötig, Konzepte für (öffentliches) Eigentum zu entwickeln, etwa gemeinnützige Genossenschaften, Stiftungsmodelle und alternative Investor_innen, da gemeinschaftliches Wohnen und Leben nachbarschaftliche Praxen und Aushandlungen ermöglicht.

Good-Practice-Beispiele:

- Ein Beispiel für die Schaffung bzw. Stärkung von Wohnungsberatungsangeboten zum Schutz vor Diskriminierung (4.3.A) ist *Fair Mieten – Fair Wohnen. Berliner Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt*.¹⁰ Sie wird von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung finanziell gefördert und in Kooperation mit einem Stadtforschungsbüro und dem Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) betrieben. Sie ist Anlaufstelle für Bürger_innen, die bei der Bewerbung um eine Mietwohnung oder innerhalb ihres bestehenden Mietverhältnisses aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft, Sprache, Religion, Geschlechteridentität, sexuellen Orientierung, Behinderung, ihres Alters oder sozialen Status (bzw. einer Kombination aus diesen) Diskriminierung erfahren. Die Fachstelle bietet einen geschützten Raum für Gespräche mit Betroffenen sowie Strategien zur Intervention und Bewältigung der Diskriminierungserfahrung, etwa die Formulierung einer Diskriminierungsbeschwerde oder den Beistand bei einem Gerichtsprozess.
- Ebenfalls aktive Unterstützung bei der Wohnungssuche bietet das Projekt *Wohnscouting – Begleitung bei der Wohnraumsuche für Geflüchtete* in der Trägerschaft des Vereins Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. in Berlin-Kreuzberg.¹¹ Hier werden zum einen Menschen mit Fluchterfahrung bei der Suche nach einer eigenen Wohnung sowie bei Fragen und Problemen im Vermietungsprozess unterstützt, etwa durch das gemeinsame Erstellen von Wohnungsbewerbungen sowie durch Workshops zum Umgang mit Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Zum anderen bietet das Projekt Beratung für Vermieter_innen und Wohnungseigentümer_innen an, die eine Wohnung oder ein Zimmer an Menschen mit Fluchterfahrung vermieten möchten. Das Projekt vermittelt potenzielle Mieter_innen und berät zum Beispiel bei Fragen zu Aufenthaltsstatus und Mietobergrenze.
- Ein weiteres Beispiel ist das Kontaktcafé für Geflüchtete im Alternativen Zentrum Conni in Dresden.¹² Schwerpunkte der Netzwerk- und Beratungsstelle sind die Hilfe bei der Wohnungssuche für Geflüchtete sowie Begleitung und Unterstützung nach Bezug der eigenen Wohnung. Nach fünfjähriger Arbeit musste das Kontaktcafé im Januar 2021 allerdings schließen, da keine weitere finanzielle Förderung durch das Sächsische Sozialministerium bewilligt wurde. Aktuelle Klient_innen können daher nur noch ehrenamtlich begleitet werden.

¹⁰ <https://fairmieten-fairwohnen.de>

¹¹ <http://wohnscouting.de>

¹² <https://azconni.de/kontaktcafe>

LITERATURVERZEICHNIS

Brücker, Herbert / Hauptmann, Andreas / Jaschke, Philipp (2020): Beschränkungen der Wohnortwahl für anerkannte Geflüchtete. Wohnsitzauflagen reduzieren die Chance auf Arbeitsmarktintegration. IAB-Kurzbericht 3/2020, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <http://doku.iab.de/kurzber/2020/kb0320.pdf> (letzter Zugriff am 23.2.2021).

Caritas (2021): Sozialraumorientierung. Praxisorientierte Anregungen zum Fachkonzept. Online-Broschüre. https://www.caritas-dicvhildesheim.de/cms/contents/caritas-dicvhildeshe/medien/dokumente/ueber-uns/sozialraumorientieru/broschuere_sro_dicv.pdf?d=a&f=pdf (letzter Zugriff am 27.04.2021).

El-Kayed, Nihad / Bernt, Matthias / Hamann, Ulrike / Pilz, Madlen (2020): Peripheral estates as arrival spaces? Conceptualising research on arrival functions of new immigrant destinations. In: Yvonne Franz / Heike Hanhörster (Hg.), Urban arrival spaces. Social co-existence in times of changing mobilities and local diversity, Special Issue, Urban Planning 5/3, 103-114.

Helbig, Marcel / Jähnen, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, WZB Discussion Paper P 2018-001. <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf> (letzter Zugriff am 25.8.2020).

Recht auf Stadt (2016): Migration findet Stadt. Gegen die Hysterie – Für eine andere Planung. <http://www.rechtaufstadt.net/migration-findet-stadt/> (letzter Zugriff am 27.04.2021).



BIM

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung